



Ilse Fischer (Hrsg.)

Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland

Politik- und Alltagserfahrungen
sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter

Dokumentation einer Tagung
der Friedrich-Ebert-Stiftung
am 23./24. September 2010
in Berlin

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland.

Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammer-
abgeordneter

Ilse Fischer (Hrsg.)

Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland.

Politik- und Alltagserfahrungen
sozialdemokratischer Volkskammer-
abgeordneter

Dokumentation einer Tagung der
Friedrich-Ebert-Stiftung
am 23./24. September 2010
in Berlin

Eine Publikation der FES



Herausgegeben von Ilse Fischer
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: Eva.Vary@fes.de

Die Publikation steht auch zum kostenlosen Download bereit:
<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=09846&ty=pdf>

© 2013 by Friedrich-Ebert Stiftung
Bonn

Lektorat:
Dorothea Steffen, Berlin

Redaktion:
Ilse Fischer

Organisation und Koordination:
Andrea Löcher

Gestaltung und Satz:
just in print – Petra Strauch

Umschlag:
just in print – Petra Strauch

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-477-8

Vorwort

Im Herbst 1989 gründete sich die Sozialdemokratie in der DDR neu. Die Parteigründerinnen und -gründer stellten durch diesen mutigen Akt nicht nur den Herrschaftsanspruch der »Einheitspartei« SED in Frage. Von Anfang an sahen sie ihr vorrangiges Ziel in der Durchsetzung freier Wahlen und der Ablösung des SED-Regimes durch eine parlamentarische Demokratie. Viele Parteimitglieder der ersten Stunde, die in den folgenden Monaten die Sozialdemokratie in der DDR mit aufbauten, gehörten im Frühjahr 1990 als Abgeordnete der frei gewählten Volkskammer an. Dank intensiver programmatischer Vorarbeiten gelang es der SPD-Fraktion in der Volkskammer, durch gesetzgeberische Initiativen eigene Akzente zu setzen und die Einheit so sozial zu gestalten, wie dies bei den politischen Mehrheitsverhältnissen möglich war. Die 10. Volkskammer der DDR existierte nur ein halbes Jahr – von ihrer ersten Sitzung am 12. März 1990 bis zum 2. Oktober 1990, dem Vorabend der Deutschen Einheit. In dieser Zeit mussten nicht nur die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Einigungsvertrag ratifiziert, sondern auch die strukturelle Demokratisierung der DDR umgesetzt werden. Die großen Herausforderungen und mitunter dramatischen Momente, mit denen sich dieses letzte Parlament der DDR konfrontiert sah, sind heute fast in Vergessenheit geraten.

Zwanzig Jahre später, im September 2010 trafen sich in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin ehemalige Mitglieder der SPD-Volkskammerfraktion. Sie sprachen über ihre persönlichen Erwartungen und Hoffnungen in der Friedlichen Revolution, über die parlamentarische Arbeit in der Volkskammer und zogen nach den Erfahrungen zweier Jahrzehnte eine kritische Bilanz des deutschen Einigungsprozesses. Verlauf und Ergebnisse dieser spannenden Diskussionen dokumentiert der vorliegende Band.

Kurt Beck

Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Einleitung: Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland. Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter.	9
--	---

Dokumentation

23. SEPTEMBER 2010

<i>Markus Meckel</i> : Rückblick auf die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR im Herbst 1989.	45
---	----

Erstes Podium: Politisierungserfahrungen am Ende der DDR

Diskussion.	52
<i>Christina Fritsch, Frank Heltzig, Stephan Hilsberg, Hinrich Kuessner, Markus Meckel, Steffen Reiche, Bernd Voigtländer, Gunter Weißgerber.</i>	
<i>Moderation: Mike Schmeitzner</i>	

Zweites Podium: Von der freien Volkskammerwahl bis zum Ende der DDR – Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion

Diskussion.	81
<i>Martin Gutzeit, Hans-Joachim Hacker, Reinhard Höppner, Susanne Kschenka (Seils), Hans Misselwitz, Volker Schemmel, Richard Schröder, Rolf Schwanitz. Moderation: Ilse Fischer</i>	

Abendveranstaltung

<i>Ingrid Matthäus-Maier</i> : Rückblick auf den Einigungsprozess.	117
<i>Richard Schröder</i> : Die SPD und die deutsche Einheit – Erwartungen, Ergebnisse, Wertungen.	123

Drittes Podium: Regierung und Opposition zugleich – ost- und westdeutsche SPD im Einigungsprozess

Diskussion.	144
<i>Herta Däubler-Gmelin, Reinhard Höppner, Ingrid Matthäus-Maier, Markus Meckel, Richard Schröder, Rolf Schwanitz. Moderation: Ulrich Mählert</i>	

24. SEPTEMBER 2010

Viertes Podium: Erfahrungen beim Aufbau Ost auf Bundesebene,
in den Ländern und Kommunen

Diskussion: 168

*Konrad Elmer-Herzig, Hans-Joachim Hacker, Jes Albert Möller,
Wilhelm Polte, Rolf Schwanitz. Moderation: Alfred Eichhorn**Steffen Reiche: Zur Situation der SPD in Ostdeutschland.* 199**Fünftes Podium:** Neue soziale Perspektiven – Wohlfahrtsverbände
und soziale Projekte nach der Einheit

Diskussion 209

*Frank Heltzig, Susanne Kschenka (Seils), Hinrich Kuessner,
Steffen Reiche. Moderation: Klemens Schrenk***Sechstes Podium:** 1989/90 in der kollektiven Erinnerung –
Geschichtspolitik, konkurrierende Geschichtsbilder und die Rolle
ostdeutscher Biografien

Diskussion 229

*Thomas Krüger, Heike Christina Mätzing, Steffen Reiche,
Stefan Wolle. Moderation: Bernd Faulenbach**Wolfgang Thierse: Ostdeutschland und die Zukunft der sozialen
Demokratie – Forderungen an die Politik* 248

Kurzbiografien der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer 262

Quellen- und Literaturverzeichnis 279

Abbildungsnachweis 288

Einleitung

Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland. Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter

Zur Dokumentation

Am 23. und 24. September 2010 veranstaltete das Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine Tagung zum Thema »Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland. Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter«. Schon zehn Jahre zuvor, im September 2000, hatte Wolfgang Thierse in einer von der SPD-Bundestagsfraktion herausgegebenen Broschüre über die Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion festgestellt, dass es bis zu diesem Zeitpunkt keine intensivere Befassung mit dem ersten frei gewählten Parlament der DDR und seiner politischen Arbeit gegeben habe. Erst recht fehle eine »differenzierte Dokumentation und Aufarbeitung der persönlichen Erfahrungen aus dieser Zeit«.¹ Daran hatte sich auch nach weiteren zehn Jahren nichts Wesentliches geändert.

Ziel der im September 2010 veranstalteten Tagung war es, nach zwei Jahrzehnten deutscher Einheit in Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, in Vorträgen und Diskussionen dieses kurze, aber spannungsreiche Kapitel deutscher Parlamentsgeschichte für ein politisch-historisch interessiertes Publikum noch einmal lebendig werden zu lassen. Nach einem Rückblick von Markus Meckel auf die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR im Oktober 1989 standen in der ersten Gesprächsrunde die Politisierungserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter in verschiedenen

1 »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«. Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR. Hrsg.: SPD-Bundestagsfraktion, Berlin 2000, S. 7. Publikationen zu einzelnen Aspekten der Volkskammerarbeit: Gunnar Peters: Ungleiche Parlamente: 11. Bundestag und 10. Volkskammer (1990), in: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, 6 (2009), H. 1, S. [69]–85; ders.: Verfassungsfragen in der 10. Volkskammer der DDR (1990), in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 37. Jg. (2004), H. 5, S. 828–839 (eine Dissertation des Verfassers ist angekündigt); Hans Misselwitz/Richard Schröder (Hrsg.): Mandat für Deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000.

ostdeutschen Regionen im Mittelpunkt (Christina Fritsch, Frank Heltzig, Stephan Hilsberg, Hinrich Kuessner, Markus Meckel, Steffen Reiche, Bernd Voigtländer, Gunter Weißgerber, Moderation: Mike Schmeitzner). Die beiden folgenden Podien befassten sich mit der Rolle der SPD-Fraktion in der Volkskammer und den gesetzgeberischen Aufgaben des letzten Parlaments der DDR. Dabei wurden kontroverse Debatten in der Fraktion und im Plenum thematisiert, die Rolle der SPD in der Regierungskoalition diskutiert und Erfolge und Misserfolge bei der Durchsetzung sozialdemokratischer Vorstellungen im Einigungsprozess erörtert. In dem Podiumsgespräch am Nachmittag (Martin Gutzeit, Hans-Joachim Hacker, Reinhard Höppner, Susanne Kschenka [Seils], Hans Misselwitz, Volker Schemmel, Richard Schröder, Rolf Schwanitz, Moderation: Ilse Fischer) ging es darum, einen Eindruck von der Arbeitsatmosphäre in der Volkskammer, den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen und den inhaltlichen Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik zu vermitteln. In der Abendveranstaltung zum Thema »SPD und deutsche Einheit« wurden im Anschluss an den einführenden Vortrag von Richard Schröder unterschiedliche Strategien der SPD in Ost- und Westdeutschland und die Doppelrolle der Partei als Regierungs- und Oppositionspartei diskutiert (Herta Däubler-Gmelin, Reinhard Höppner, Ingrid Matthäus-Maier, Markus Meckel, Richard Schröder, Rolf Schwanitz, Moderation: Ulrich Mählert).

Am zweiten Tag der Konferenz wandte sich die Diskussion den Umbrucherfahrungen seit 1990 zu. Ausgangspunkt waren die unterschiedlichen Politik- und Arbeitsfelder, in denen die ehemaligen Volkskammerabgeordneten nach dem 3. Oktober 1990 tätig waren. Neben der Schilderung ihrer Erfahrungen mit dem Aufbau Ost in der Kommunal- und Landespolitik und im Deutschen Bundestag befassten sich die Gesprächspartner mit den Auswirkungen der Volkskammergesetzgebung und des Einigungsvertrags (Konrad Elmer-Herzig, Hans-Joachim Hacker, Jes Albert Möller, Wilhelm Polte, Rolf Schwanitz, Moderation: Alfred Eichhorn). Die Probleme des wirtschaftlichen Strukturwandels in Ostdeutschland wurden ebenso diskutiert wie die Rolle der Treuhand. Im folgenden Podium (Frank Heltzig, Susanne Kschenka [Seils], Hinrich Kuessner, Steffen Reiche, Moderation: Klemens Schrenk) kamen unterschiedliche Tendenzen zur Sprache, die sich im Zusammenhang mit der deutschen Einheit in den ostdeutschen Ländern zeigten: der Zuwachs an Lebensqualität durch Verbesserungen im Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch Defizite bei der Entwicklung der Zivil-

gesellschaft, das Problem der Parteienabstinenz in der ostdeutschen Gesellschaft und der Umgang mit rechtsextremen Einstellungen.

Während die Vorträge und Diskussionen am ersten Konferenztag die Aufbruchstimmung nach der Gründung der SDP/SPD und die Rolle der Sozialdemokraten in den politischen Entscheidungsprozessen der Volkskammer widerspiegeln, zog Steffen Reiche am zweiten Tag in seinem Vortrag zur Situation der ostdeutschen Sozialdemokratie ein nachdenkliches Resümee der Entwicklung der Partei in den späteren Jahren und lenkte den Blick auf die Herausforderungen der Zukunft.

Das letzte Podiumsgespräch befasste sich mit der historischen Einordnung der Ereignisse von 1989/90, ihrem Stellenwert in der kollektiven Erinnerung und der Rolle ostdeutscher Biografien in diesem Diskurs (Thomas Krüger, Heike Christina Mätzing, Steffen Reiche, Stefan Wolle, Moderation: Bernd Faulenbach). Einigen Teilnehmern fiel dabei eine Doppelfunktion als Historiker und Zeitzeuge zu. In der Diskussion ging es unter anderem um die Anwendung des Revolutionsbegriffes auf die Umbruchphase 1989/90, die Bezüge zu den europäischen revolutionären Bewegungen insgesamt und das durch unterschiedliche individuelle Perspektiven geprägte Verhältnis der Deutschen in Ost und West zur Friedlichen Revolution.

Der Schlussvortrag von Wolfgang Thierse über »Ostdeutschland und die Zukunft der sozialen Demokratie« vertiefte und verdichtete viele der am zweiten Tag gewonnenen Einsichten zu Thesen für die künftige politische Entwicklung im vereinten Deutschland.

An beiden Tagen entfalteten die Diskussionen immer wieder eine – auch gewollte – Eigendynamik, so dass bestimmte Fragen sehr ausführlich und kontrovers diskutiert wurden, andere hingegen in der zur Verfügung stehenden Zeit nur gestreift werden konnten. Auch die personelle Besetzung der Podien spielte dabei eine Rolle; bei der Themenauswahl wurde bewusst auf die spezifischen Erfahrungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zurückgegriffen, die sich in den letzten zwanzig Jahren zu Experten für bestimmte Arbeitsfelder entwickelt hatten. Dennoch zogen sich durch die gesamte Diskussion einige »Leitthemen«, die immer wieder angesprochen wurden: Die Frage, warum sich die SPD in Ostdeutschland nicht zur Volkspartei entwickeln konnte und bei den Wahlen oft so enttäuschende Ergebnisse hinnehmen musste; auch die durchaus unterschiedliche Beurteilung von Chancen und Versäumnissen beim Aufbau Ost und die Einschätzung der Rolle der Treuhand gehörten dazu. Neben der Erörterung inhaltlicher Fragen zeigten

sich beim Blick auf den Einigungsprozess aus heutiger Sicht unübersehbar auch Historisierungs- und Selbsthistorisierungsbemühungen der Beteiligten, die den Diskussionsprozess zu einem Teil der aktuellen politischen Auseinandersetzung werden ließen.

Die große Resonanz der Veranstaltung beim Publikum ließ den Wunsch entstehen, die Vorträge und Diskussionsbeiträge in einer Dokumentation zusammenzuführen. Der vorliegende Band enthält die Vortragstexte und gibt einen zusammenfassenden Überblick über Inhalte und Ergebnisse der sich über rund zwölf Stunden erstreckenden Gespräche. Dabei wurden auch ausführlichere wörtliche Passagen übernommen, wobei zurückhaltende redaktionelle Eingriffe dort vorgenommen wurden, wo diese bei der Transformation vom gesprochenen Wort zur Schriftform unumgänglich erschienen. Dass innerhalb der Diskussionsverläufe oder Vorträge bestimmte Fragen wiederholt thematisiert wurden und es dabei in Einzelfällen zu Wiederholungen kam, ließ sich bei der wechselnden Zusammensetzung der Podien und der Gesprächssituationen nicht ganz vermeiden.

Mein Dank gilt Dr. Anja Kruke, der Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die eine Publikation des Bandes in der vorliegenden Form ermöglicht hat, ebenso allen, die an der Erstellung der Dokumentation beteiligt waren: Ute Raasch, die aus den vorliegenden umfangreichen Tonmitschnitten der oft lebhaften Diskussionen und Wortmeldungen eine sorgfältige Gesamtabschrift erstellt hat, Dr. Dorothea Steffen, die mit dem »Blick von außen« wertvolle Anregungen und Hinweise zur Gestaltung des Bandes gegeben hat, Andrea Löcher für die Organisation und Koordination. Besonderes danken möchte ich an dieser Stelle auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Gesprächspodien für ihre Bereitschaft, die Texte der Dokumentation noch einmal durchzusehen.

Die SPD in der frei gewählten Volkskammer

Mit den Wahlen zur Volkskammer im März 1990 setzte die zweite Phase im Demokratisierungsprozess der DDR ein. Die Ziele der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 sollten in eine umfassende gesetzgeberische und institutionelle Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einfließen; zugleich waren die Voraussetzungen für den innerdeutschen Einigungsprozess zu schaffen – DDR und Bundesrepublik mussten strukturell »kompatibel« werden. Der bis heute im Wesentlichen auf die Exekutive, und insbesondere auf das Agieren der Regierung Kohl, konzentrierte Blick in Publizistik und Forschung verstellt häufig die Sicht auf die eigenständigen Leistungen der ersten frei gewählten Volkskammer und damit auf ein außergewöhnliches Kapitel deutscher Parlaments- und Demokratiegeschichte. Auch wenn immer wieder betont wird, dass es das Ziel der Volkskammer gewesen sei, sich selbst überflüssig zu machen (was zweifellos zutreffend ist), so bedeutete dies keineswegs, dass dort nicht weitreichende Entscheidungen zu treffen waren. Unabhängig von der von den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit Ungeduld angestrebten Einheit bestand eine der wichtigsten Aufgaben des ersten frei gewählten Parlaments der DDR darin, die Interessen der Ostdeutschen im Einigungsprozess zu vertreten, so weit wie möglich besondere Härten zu vermeiden und den oft komplizierten DDR-Problemlagen im Gesetzgebungsprozess entsprechend Rechnung zu tragen. Die 10. Volkskammer der DDR tat dies mit einer für ein Parlament kaum wieder erreichbaren öffentlichen Resonanz. Durch die nahezu vollständige Übertragung der Plenarsitzungen im Fernsehen mit enorm hohen Einschaltquoten stellten die parlamentarischen Debatten für die Bürgerinnen und Bürger der DDR ein bis dahin nicht erlebtes Beispiel authentischer demokratischer Willensbildung dar.²

2 Vgl. Ed Stuhler: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2010, S. 83. Zur Wiedergabe der Video-Aufzeichnung im Internet vgl. http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/10_volkskammer/index.html.

Politisierungserfahrungen am Ende der DDR – die Gründung der SDP

Die Nachrüstungsdebatte in den 1980er Jahren mit ihren Bedrohungsszenarien und das Entstehen der Friedensbewegung, das wachsende Bewusstsein für ökologische Fragen und die Probleme der Dritten Welt veränderten auch die Situation für die oppositionellen Kräfte in der DDR. Viele der sich bildenden Gruppen zu Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsfragen versammelten sich unter dem Dach der Evangelischen Kirche. In dem größten Netzwerk »Frieden konkret« fand eine Verknüpfung kirchlicher und außerkirchlicher Gruppen statt. Dabei führte das Austesten von Spielräumen, etwa während des Olof-Palme-Friedensmarsches im September 1987 (der zeitgleich mit dem Honecker-Besuch in Bonn stattfand) oder die Einübung in Vorformen politisch-parlamentarischen Handels im Rahmen der Ökumenischen Versammlung der Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung partiell auch zu einem beginnenden internen politischen Verständigungsprozess.³

Auch viele der Parteigründer und -gründerinnen und der späteren Mitglieder der SPD-Volkskammerfraktion hatten sich zuvor in der kirchlichen Friedensarbeit engagiert: Markus Meckel war Mitinitiator der »Mobilen Friedensseminare« in Mecklenburg, Hans Misselwitz leitete gemeinsam mit seiner Frau Ruth Misselwitz den Friedenskreis in Pankow, Stephan Hilsberg war Mitgründer des Friedenskreises der Golgatha-Gemeinde in Berlin-

3 Vgl. Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997, S. 704; Karsten Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 126; Markus Meckel/Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 35–39. Dort auch grundsätzliche Anmerkungen zum Begriff der Opposition in der DDR (S. 25 ff.); vgl. Martin Gutzeit: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der »Opposition« im Herbst 1989 in der DDR, in: Walter Euchner (Hg.): Politische Opposition in Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 84–114. Zur Vernetzung mit Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen vgl. Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, S. 473–477; Markus Meckel: Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung?, in: Dieter Dowe in Zusammenarbeit mit Rainer Eckert (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte, Heft 3), Bonn 1993, S. 57.); Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 234 f. Zur »pluralen Erscheinung« der Kirchen im Hinblick auf das SED-Regime vgl. ebenda, S. 203 f.; Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 127; Reinhard Höppner: Wunder muss man ausprobieren. Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2009, S. 43 f.

Mitte. Richard Schröder und Reinhard Höppner engagierten sich in der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR.⁴ Im Spektrum der sich im August/September 1989 bildenden Foren und Gruppen der oppositionellen Bürgerbewegungen nahm die Sozialdemokratie als *politische Partei* allerdings von Anfang an eine besondere Stellung ein (vgl. Markus Meckel, S. 47, Richard Schröder, S. 123). Die einzelnen Schritte im Gründungsprozess der SDP – von der Abfassung und Bekanntmachung des »Aufrufs zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen« bis zur Gründung in Schwante am 7. Oktober 1989 – wurden auf der Konferenz von Markus Meckel, Stephan Hilsberg und Richard Schröder dargestellt.⁵ Erster Sprecher des auf der Gründungsversammlung gewählten

4 Vgl. Höppner: Wunder muss man ausprobieren, S. 42–45; Kowalczuk: Endspiel, S. 245 f.; Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, S. 617 ff.; S. 704. Mitteilung von Stephan Hilsberg vom 29. April 2012. Zur inhaltlichen Arbeit der Friedensgruppen generell vgl. die Dokumente in Meckel/Gutzeit: Opposition in der DDR.

5 Zur Parteigründung vgl. unter anderem: Patrick von zur Mühlen: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR, in: Wolfgang Herzberg/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993, S. 38–60; ders.: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. Zur Entstehung einer oppositionellen Öffentlichkeit, in: Von der SDP zur SPD. Bd. 8 der Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern. Hrsg. Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, Bonn 1994, S. 8–43; vgl. Markus Meckel: Zum Wiedererstehen der Sozialdemokratie in Ostdeutschland. Die Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), Bonn Friedrich-Ebert-Stiftung, Online-Akademie, 2007; Konrad Jarausch: »Die notwendige Demokratisierung unseres Landes«, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001, S. 52–67; Gero Neugebauer: Von der »Sofarunde« in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie«, in: Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski: Die SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation, Berlin 1992, S. 4–18; Gero Neugebauer: Die SDP/SPD in der DDR: Zur Geschichte und Entwicklung einer unvollendeten Partei, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 75–104; Bianca M. von der Weiden: Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD). Von ihrer Gründung bis zum ersten Parteitag (1989/90), in: Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München 1997, S. 13–155; Steffen Reiche: Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD, in: Franz-Josef Jelich/Stefan Goch (Hrsg.): Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach, Essen 2003, S. 193–203; Jens Walter: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag – 356 Tage ostdeutsche Sozialdemokratie im Spannungsfeld der deutschen Einheit, in: Günther Heydemann/Gunther Mai/Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 407–428.

geschäftsführenden Vorstandes wurde Stephan Hilsberg, als Stellvertreter/ in wurden Markus Meckel und Angelika Barbe gewählt; das Amt des Geschäftsführers übernahm Ibrahim (Manfred) Böhme. Der Gründungsprozess auf regionaler und lokaler Ebene wurde von den Teilnehmern des ersten Podiums aufgrund eigener Erfahrungen geschildert (vgl. Stephan Hilsberg, S. 54 ff., Frank Heltzig, S. 67 ff., Christina Fritsch, S. 70 ff., Gunter Weißgerber, S. 62 ff., Bernd Voigtländer, S. 72 ff., Hinrich Kuessner, S. 68 f.). Neben Vertretern aus dem kirchlichen Milieu waren es vor allem Naturwissenschaftler, Ingenieure, Ärzte und Vertreter technischer Berufe, die nach der Gründung zur SDP stießen.⁶ Die große Resonanz, die der neuen Partei entgegenschlug, ließ bei den Initiatoren kurzfristig die Hoffnung aufkommen, damit wieder an die Erfolge der SPD in ihren ehemaligen Hochburgen in Sachsen und Thüringen anknüpfen zu können. Es sollte sich jedoch herausstellen, dass dies nach vierzig Jahren SED-Herrschaft nicht mehr möglich war (vgl. S. 74 ff.).⁷

Gegenüber dem personellen und publizistischen Apparat von SED und Blockparteien befanden sich Bürgerrechtsgruppen und die neu gegründete

6 Anschaulich zum System der Kontaktadressen auch: Andreas Bertram: Erinnerungsfetzen an eine berauschende Zeit, in: Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der sächsischen Sozialdemokratie 1989/90. Erinnerungen, Dresden [2000], S. 141–160. Vgl. Peter Gohle: Gründungsgeschichte und Politik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 1989/90, in: »Wir haben die Machtfrage gestellt!«. SDP-Gründung und Friedliche Revolution 1989/90. Eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009, Anhang, S. 6; Peter Lösche: SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Uwe Andersen / Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 638.

7 Zwar gab es trotz der aus technischen Gründen erschwerten Vernetzungsmöglichkeiten schon bis Ende 1989 einen erfreulichen Mitgliederzulauf, doch entbehrten die von Ibrahim Böhme dann in Umlauf gebrachten Zahlen von 100.000 Mitgliedern, die auch im Vorstand der West-SPD Bewunderung auslösten, der Grundlage. Vgl. Hans-Jochen Vogel: Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996, S. 322; Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führungen 1989/90, Bonn 2009, Dokument Nr. 37, S. 273; Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 3, Stuttgart 1998, S. 597. Verlässliche Zahlen existierten erst nach der Vereinigung mit der West-SPD im September 1990. Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung 1989/90, Bonn 2006, S. 269, geht Anfang 1990 von ca. 30.000 Mitgliedern aus. Zu älteren Schätzungen: Herzberg/Von zur Mühlen (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an, S. 53; die dort genannte Zahl von 60.000 für Februar 1990 ist aber nach Einschätzung der Herausgeber zu hoch angesetzt. Zu Situationsschilderungen bei der Aufnahme neuer Mitglieder in den ersten Wochen nach der Gründung vgl. Bertram: Erinnerungsfetzen an eine berauschende Zeit, S. 149.

SDP/SPD im Nachteil. Es fehlte an Arbeitsräumen, technischer Ausstattung und Personal. Nach der provisorischen Unterbringung in verschiedenen Gebäuden, unter anderem im Haus des Nationalrats der »Nationalen Front« (dem obersten Gremium eines Zusammenschlusses von SED, Blockparteien und Massenorganisationen der DDR), bezog der Parteivorstand im Februar 1990 Büros in der ehemaligen SED-Parteihochschule in der Rungestraße, wo es durch die Unterstützung der West-SPD auch eine technische Grundausstattung gab. Anknüpfend an die Schilderung westdeutscher Hilfe in den ersten Monaten wurde mehrfach die weiterreichende Frage nach der generellen Berücksichtigung der ostdeutschen Interessen innerhalb der Gesamtpartei SPD und vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen politischen Herausforderungen gestellt (vgl. S. 80).⁸

In den Diskussionen am ersten Tag wurde deutlich, welche herausragende Bedeutung der programmatischen Verständigung der Mitglieder innerhalb der neu gegründeten Partei zukam. In einem Land, in dem über Jahrzehnte hinweg ein freier öffentlicher Meinungs Austausch und ein Zusammenschluss in demokratischen politischen Parteien und Organisationen unmöglich gewesen waren, gehörte zu diesem Prozess für die Sozialdemokraten auch die Verabschiedung eines Grundsatzprogramms (vgl. S. 89, S. 135). Die programmatische Basis der Partei hatte Markus Meckel in seinem Vortrag in Schwante umrissen, die wichtigsten Grundsätze der SDP enthielt das von Martin Gutzeit entworfene Statut.⁹ Der ersten Delegiertenkonferenz, die vom 12. bis 14. Januar 1990 in Berlin stattfand, lag dann bereits der Entwurf eines Grundsatzprogramms vor.

⁸ Vgl. auch Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 275–282.

⁹ Vgl. Martin Gutzeit/Stephan Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: in: Eberhard Kuhrt/Hanns Jörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 636–639. Einen anschaulichen Eindruck von diesem Prozess vermitteln die Zeitzeugenberichte bei Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der sächsischen Sozialdemokratie, z. B. Bericht Volker Manhenke, S. 190 f. Einen Einblick in die Vorstellungen und Entwürfe bietet die Dokumentation: Querschnitt. Denkmodelle zur künftigen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik in der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, hrsg. von Frank Bogisch, Berlin 1990. Vgl. Markus Meckel: Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 in Schwante, in: Meckel/Gutzeit: Opposition in der DDR, S. 379–396; dazu auch: Konrad Elmer: Vor- und Wirkungsgeschichte des Organisationsstatuts der SDP, in: Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 29–39.

Der Zentrale Runde Tisch und die Vorbereitung der Volkskammerwahlen

Die Initiative zur Konstituierung eines Zentralen Runden Tisches nach dem Vorbild der Runden Tische in Polen und Ungarn ging von einer Kontaktgruppe verschiedener oppositioneller Organisationen aus, die sich am 4. Oktober 1989 konstituiert hatte; dazu zählten unter anderen das Neue Forum, Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch, die Initiative Frieden und Menschenrechte und die Initiativegruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR bzw. die SDP. Die SDP forderte am 8. November 1989 in einer Presseerklärung anlässlich des Rücktritts des DDR-Ministerrats »Gespräche mit allen politischen Parteien und den sich auf demokratischer Grundlage entwickelnden Parteien und Gruppen am runden Tisch, um eine tatsächliche demokratische Wende in der DDR einzuleiten sowie ein demokratisches Wahlrecht und den Rahmen für eine künftige verfassungsgebende Versammlung zu bestimmen.«¹⁰ Die am 12. November vom SDP-Vorstand verabschiedeten »Schritte auf dem Weg zur Demokratie« sahen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung für September 1990 und Parlamentswahlen erst für das Frühjahr 1991 vor. Vor dem Hintergrund des sich auflösenden SED-Politbüros und des Zentralkomitees und einer eskalierenden allgemeinen Krisensituation in der DDR kam man zu dem Schluss, dass die Vielzahl der anstehenden grundsätzlichen Entscheidungen nur von einem demokratisch gewählten Parlament entschieden werden konnte. Unter Verzicht auf die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung wurde eine Vorverlegung der Parlamentswahlen auf den 6. Mai 1990 gefordert – ein typischer Vorgang in einer Zeit sich überschlagender Ereignisse (vgl. Reinhard Höppner, S. 163).¹¹ Auch die ursprünglich zurückhaltenden For-

10 Vgl. Gutzeit/Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, Anhang, Nr. 7, S. 683: »... eine tatsächliche demokratische Wende einzuleiten«. Erklärung zum Rücktritt der Regierung Stoph, Berlin, 8. November 1989. Zur Initiative vgl. Karl Wilhelm Fricke/Hans Lechner/Uwe Thaysen: Errungenschaften und Legenden. Runder Tisch, Willkürherrschaft und Kommandowirtschaft im DDR-Sozialismus. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1990, S. 62; Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Opladen 1990, S. 28 f.; Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 298; Hans Michael Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000, S. 479 f.; Gutzeit/Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, S. 647.

11 Vgl. Gutzeit/Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, Anhang, Dokument Nr. 9, S. 684.

mulierungen zur Frage der deutschen Einheit wurden in der Erklärung zur »Einheit der deutschen Nation« bald präzisiert (vgl. Markus Meckel, S. 49). Neben der Ablehnung einer überstürzten Vereinigung in Form eines bloßen Anschlusses an die Bundesrepublik waren darin bereits weitere zentrale sozialdemokratische Forderungen enthalten, an denen die Partei bis in die Zeit der Volkskammer festhielt.¹²

Zu den Hauptaufgaben des unter kirchlicher Moderation stehenden Runden Tisches, der am 7. Dezember 1989 im Kirchsaal der Herrnhuter Brüdergemeinde in Berlin zusammentrat, zählten die Vorbereitung freier Wahlen und die Ausarbeitung einer Verfassung. Die SDP/SPD war an den Sitzungen des Runden Tisches und in den Arbeitsgruppen durch Martin Gutzeit, Ibrahim Böhme (bis 29. Januar 1990), Christoph Matschie, Markus Meckel, Richard Schröder sowie zeitweise durch weitere Personen vertreten. In der Verfassungsfrage kam es allerdings nicht mehr zu einer Entscheidung. Die Arbeitsgruppe »Neue Verfassung« legte ihren Entwurf erst Anfang April, also nach den Volkskammerwahlen, vor.¹³

Vor dem Hintergrund der allgemeinen krisenhaften Zuspitzung der Lage, den Auseinandersetzungen über die Auflösung des aus dem MfS hervorgegangenen Amtes für Nationale Sicherheit und der »Erstürmung« des Stasi-Hauptquartiers am 15. Januar 1990, einigte man sich am 28./29. Januar über die Einsetzung einer »Regierung der nationalen Verantwortung«. Ihr gehörten auch acht Minister aus den Reihen der Opposition als Minister ohne Geschäftsbereich an, darunter der von der SPD benannte Diplom-

12 Vgl. Gutzeit/Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, Anhang, Dokument Nr. 8, S. 683 f.

13 Vgl. dazu z. B. Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 353–357, S. 358 ff.; Vgl. Martin Gutzeit: SDP/SPD und Zentraler Runder Tisch, in: Gutzeit/Heidemeyer/Tüffers: Opposition und SED, S. 156 ff. Zur komplexen Situation auch: ders.: Der Weg der Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der »Opposition« im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR, in: Walter Euchner (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 84–114; Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 369. Zur Aufgabendefinition des Runden Tisches vgl. »Beschlüsse der 1. Sitzung des Rundtischgespräches am 07./08.12.1989«, bei: Helmut Herles/Ewald Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 23; die ausführliche Dokumentation: Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. I: Aufbruch, bearbeitet und mit einem Essay versehen und herausgegeben von Uwe Thaysen, Opladen 2000. Zu den Leistungen und Grenzen der Tätigkeit des Zentralen Runden Tisches vgl. dort den einleitenden Essay von Uwe Thaysen: Stellenwert des Runden Tisches, ebenda, S. VIII–XIX. Zur Übersicht über die Mitglieder und deren Status vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990, S. 203–209.

Mathematiker Walter Romberg.¹⁴ Damit vollzog sich ein Bedeutungswandel des Runden Tisches, der vom Wegbereiter der Demokratisierung und der gewaltfreien Transformation immer mehr zu einer »zentralen politischen Steuerungsinstantz«¹⁵ wurde. Der Wahltermin, zunächst für den 6. Mai 1990 vorgesehen, wurde nun unter dem Druck der Verhältnisse auf den 18. März vorverlegt.

Bei der Diskussion über die rechtlichen Voraussetzungen für die Wahlzulassung von Gruppen und Kandidaten orientierte sich die SDP/SPD bewusst am Modell der repräsentativen parlamentarischen Demokratie mit konkurrierenden Parteien als Trägern der politischen Willensbildung und bekannte sich zum engen Austausch mit der West-SPD. Dagegen hielten die Bürgerbewegungen zum großen Teil an programmatisch und formal nicht festgelegten Zusammenschlüssen mit Anspruch auf außerparlamentarische und basisdemokratische Formen fest.¹⁶ Die im Oktober 1989 gegründete Kontaktgruppe oppositioneller Bewegungen, hatte ursprünglich die Möglichkeit eines späteren gemeinsamen Wahlbündnisses avisiert. Am 3. Januar 1990 »begräftigten« ihre Vertreter die Absicht, als »Wahlbündnis 90« zu den Volkskammerwahlen gemeinsam anzutreten. Innerhalb der SDP gab es jedoch Vorbehalte prinzipieller Natur – eine vorläufige Unterschrift Ibrahim Böhmers unter die Willenserklärung war im Selbstverständnis der Partei keine bindende Entscheidung. Auf ihrer Delegiertenkonferenz in Berlin sprachen sich die Sozialdemokraten am 13. Januar gegen eine gemeinsame Liste aus.¹⁷ Die Problematik der oft fehlenden verbindlichen Organisationsstrukturen und demokratischen Willensbildungsinstrumente innerhalb jener Gruppierungen, die bewusst Bürgerbewegung geblieben waren, führte

14 Vgl. Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, S. 91–97; Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 372 ff. Die durchaus problematischen Implikationen dieses Schrittes waren den oppositionellen Kräften bewusst. Zur heutigen Beurteilung der Vorgänge vom Januar 1990 vgl. Klaus Bästlein: »Meine Akte gehört mir!« Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Unterlagen, in: http://www.bpb.de/themen/ZA37WL,0,Meine_Akte_geh%F6rt_mir!.html.

15 Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, S. 82.

16 Vgl. Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. 641–648; Uwe Thaysen: Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk, S. 26 f., S. 126–134.

17 Vgl. Gutzeit/Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, Anhang, Dokument Nr. 12 (Bündnisfragen); Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch, S. 377. Zur Diskussion über die Problematik der offenen Strukturen der Bürgerbewegungen vgl. Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. 646 f.; zum Widerstand in der SPD gegen das Wahlbündnis: S. 648–653. Zur Problematik des Wahlbündnisses vgl. Gutzeit: Der Weg in die Opposition, in: Euchner (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, S. 104 f.

bei der Frage der Wahlzulassung zu langwierigen Auseinandersetzungen. Der nach langem Ringen am Runden Tisch verabschiedete Kompromiss trug den Intentionen der Bürgerbewegungen schließlich teilweise Rechnung.¹⁸

Wahlkampf und Wahlergebnisse

Als unbelastete politische Kraft, organisatorisch und inhaltlich gut vorbereitet, hatte die SPD durchaus Grund, optimistisch in den Wahlkampf zu gehen. Auf ihrem ersten ordentlichen Parteitag in Leipzig-Markkleeberg (22. bis 25. Februar 1990), der unter Beteiligung prominenter westdeutscher Sozialdemokraten stattfand, wählten die Delegierten Ibrahim Böhme zum Parteivorsitzenden, der damit auch Spitzenkandidat für die Wahlen war. Karl-August Kamilli, Angelika Barbe und Markus Meckel wurden zu stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, Stephan Hilsberg zum Geschäftsführer. Das gleichfalls auf dem Parteitag verabschiedete Parteiprogramm und das Wahlprogramm waren bewusst auf die Verhältnisse in der DDR zugeschnitten.¹⁹ Das erst im Dezember 1989 verabschiedete Berliner Programm der westdeutschen SPD konnte dabei nur bedingt Vorbild sein. Das Leipziger Programm stellte in sechs Kapiteln Forderungen zur Etablierung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen, zur Einführung einer ökologisch orientierten Marktwirtschaft und Durchsetzung einer solidarischen Sozialpolitik auf. Nach der Diktaturerfahrung und der Pervertierung des Begriffs »Sozialismus« bevorzugten die ostdeutschen Sozialdemokraten an Stelle der in der westdeutschen SPD gebräuchlichen Formel »demokratischer Sozialismus« die Bezeichnung »soziale Demokratie«.

18 Vgl. Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. 657–668.

19 Zum Text vgl. Dieter Dowe (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Mit den aktuellen Programmentwürfen im Anhang, 4., überarb. und aktualisierte Aufl., Bonn 2004, S. 423–464. Zum Leipziger Programm vgl. Jörg Milbradt: Das Leipziger Programm, in: Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 1, Geschichtsarbeit in den neuen Ländern, Hrsg.: Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, 1994, S. 60–71; Richard Schröder: Ein eigenes Profil – das Leipziger Grundsatziprogramm der SPD (Ost) vom Februar 1990, in: Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 73–88. Zur Entstehung des Wahlprogramms vgl. Markus Meckel: Streit um die Große Koalition, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 39. Von der Weiden: Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, S. 84.

Das auf dem Parteitag beschlossene Wahlprogramm enthielt zugleich einen »Fahrplan zur deutschen Einheit«. Danach sollten nach den Wahlen gesamtdeutsche Institutionen zur Verwaltungs- und Rechtsreform in der DDR gebildet und auf allen Ebenen gesamtdeutsche Kommissionen gegründet werden. Auch die Frage des verfassungsrechtlichen Weges zur deutschen Einheit spielte im Vorfeld der Volkskammerwahlen eine Rolle. Während sich die Regierung Kohl auf den raschen und einfachen Weg nach Artikel 23 des Grundgesetzes festlegte, der eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Grundgesetzes vorsah, wurde das Thema deutsche Einheit von den beiden sozialdemokratischen Parteien als ein gemeinsam von beiden Seiten zu gestaltender Prozess gesehen. Auf ihrer Berliner Delegiertenkonferenz am 14. Januar 1990 hatte die ostdeutsche SPD zur Frage der deutschen Einheit erklärt: »Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen.« Vorrangige Aufgabe einer künftigen sozialdemokratischen Regierung sei die Herstellung eines Wirtschafts- und Währungsverbunds. Betont wurde aber auch, dass alle Schritte in den gesamteuropäischen Einigungsprozess einzuordnen seien, dass die Zustimmung der europäischen Nachbarn erforderlich und eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung anzustreben sei.²⁰ Allerdings gab es in der ostdeutschen SPD, insbesondere an der Parteibasis, auch Stimmen, die ein rascheres Tempo bevorzugt hätten (vgl. Gunter Weißgerber, S. 63, Richard Schröder, S. 133). Zur Abstimmung der Positionen wurde ein Gemeinsamer Ausschuss der westdeutschen SPD und der SPD der DDR eingesetzt, der am 20. Februar 1990 eine erste Erklärung zum Weg der deutschen Einheit abgab. Auch hier wurde betont, dass dieser Weg »zügig, aber ohne Überstürzung« organisiert werden müsse; der 18. März entscheide darüber, ob die berechtigten Interessen der Menschen in der DDR in den Einigungsprozess eingebracht werden könnten oder in einem »bedingungslosen Anschluss« unterzugehen drohten. In diesem Sinne war auch eine Entschließung der West-SPD über »Schritte zur deutschen Einheit« verfasst.²¹ Das Leipziger Wahlprogramm sah einen Weg nach Art. 146 GG vor, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung mit einer anschließenden Volksabstimmung und darauf folgenden gemeinsamen Wahlen. Schließlich definierten die Sozialdemokraten nach den »inneren und äußeren Verwüstungen«, die das SED-Regime dem Land hinterlassen habe,

20 Vgl. Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 30, S. 219.

21 Vgl. Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 34, S. 239; Dokument Nr. 36, S. 262–265.

die PDS als politischen Hauptgegner im Wahlkampf; sie sei auf keinen Fall koalitionsfähig.²²

Der Zuversicht der Sozialdemokraten wurde vor den Wahlen durch Umfrageergebnisse gestützt, die für die Partei ursprünglich Ergebnisse von über 50 Prozent der Stimmen, im März 1990 immerhin noch mindestens 40 Prozent voraussagten.²³ Nicht zuletzt die guten Prognosen für die SPD veranlassten Helmut Kohl, nachhaltig auf den Abschluss eines Wahlbündnisses von Ost-CDU, Demokratischem Aufbruch und DSU zu dringen. Dabei traten auch Bedenken wegen der eher zögerlichen Lösung der Ost-CDU von der Linie des Staatssozialismus und einer Reihe zunächst nicht mit der West-CDU kompatibler Positionen in den Hintergrund. Die praktischen Vorteile wogen stärker, denn damit stand der CDU eine Ost-CDU mit mehr als 130.000 Mitgliedern als Partner gegenüber; Ende 1989 verfügte die Partei noch über mehr als 1.100 hauptamtliche Mitarbeiter. Auf enorme Ressourcen konnte auch die PDS als Nachfolgepartei der SED zurückgreifen. Der Apparat der SED umfasste im Herbst 1989 noch 44.000 hauptamtliche Mitarbeiter; hinzu kamen Bankguthaben in Milliardenhöhe, entsprechende Liegenschaften und ein umfangreiches bewegliches Anlagevermögen.²⁴ Wie die SED/PDS so verfügten auch die Blockparteien – neben der CDU die aus der LDPD hervorgegangene LDP, die Ost-FDP und die DFP, die sich vor den

22 Vgl. Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski (Hrsg.): Die SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation, Dokument 9; Von der Weiden: Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, S. 114.

23 Wie groß die Erwartungen an das Wahlergebnis waren, zeigt das Beispiel der SPD in Halle, wo die Partei bei der Aufstellung der Wahllisten im Bezirk davon ausging, dass die ersten 20 Kandidaten auf der Liste auch einen Sitz im Parlament erhalten würden (vgl. Rüdiger Fikentscher: Zwischen König und Bebel. Deutsche Geschichten aus zwei Jahrhunderten, Stuttgart u. a. 2006, S. 91); vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 230. Am 7. März 1990 trafen sich die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD in der ehemaligen SED-Parteihochschule »Karl Marx«, mit dem Vorstand der SPD der DDR und Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Vorgespräch – doch einer ganzen Reihe der Anwesenden sollte der Einzug in die Volkskammer versagt bleiben. Vgl. Jes Möller: »Dann nehmt doch Regine Hildebrandt«. Stolz und selbstbewusst: Die SPD-Fraktion in der Volkskammer, in: perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, Heft 43, 2009, S. 37; vgl. »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, Anhang, S. 100.

24 Vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 225, S. 228 f. Zu Kontinuitäten in der Ost-CDU vgl. Christian von Dittfurth: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991; Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 217 f.; Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. 671 f.; zum von den Parteien angegebenen Vermögen vgl. ebenda, S. 694.

Volkskammerwahlen zum »Bund Freier Demokraten« (BFD) zusammengeschlossen hatten, der Deutsche Bauernbund (DBD) sowie die NDPD – über eine ausgedehnte Infrastruktur in Form von Vermögen, Gebäuden, Verlagen, Druckereien und Grundstücken.

Die materiellen und organisatorischen Vorteile von SED und Blockparteien konnten bis zur Wahl nicht ausgeglichen werden. So ging es der Opposition vor allem darum, Transparenz über die tatsächliche Vermögensverteilung herzustellen, für neue Parteien und Gruppen eine finanzielle Erstausrüstung durchzusetzen und sich Zugang zu den DDR-Massenmedien zu verschaffen – ein mühseliger Prozess, denn vor allem im Fall der geforderten Vermögensoffenlegung gab es erhebliche Widerstände.²⁵

Ein ursprünglich vom Runden Tisch ausgesprochenes Verbot für Auftritte westdeutscher Politiker im ostdeutschen Wahlkampf, durch die sich insbesondere die Parteien ohne Westpartner benachteiligt sahen, ließ sich nicht durchsetzen.²⁶ Die Parteien der Bundesrepublik griffen durch massive Unterstützung in den Wahlkampf ein, prominente westdeutsche Politiker traten in zahlreichen ostdeutschen Städten auf. Die westdeutsche CDU ging bei der inhaltlichen Einflussnahme besonders rigoros vor.²⁷ Unter dem Motto »Nie wieder Sozialismus« führte die Allianz für Deutschland einen außerordentlich aggressiven Wahlkampf, der sich vor allem gegen die SPD richtete und vor diffamierenden Unterstellungen über deren angebliche Nähe zur PDS nicht zurückschreckte.

Auch die West-SPD unterstützte die ostdeutschen Sozialdemokraten bei der Herstellung von Plakaten und Wahlzeitungen und durch personellen Einsatz, vermied jedoch bewusst den Eindruck von inhaltlicher Beeinflussung oder Bevormundung.²⁸ Mit ihrer differenzierten Position in der Einigungspolitik geriet die SPD zunehmend in einen Gegensatz zur Stimmungslage in Ostdeutschland, wo immer mehr der Wunsch nach rascher Einheit und einem baldigen Ende der DDR dominierte. Diesem Trend kam die Allianz für Deutschland entgegen. Von der CDU wurde das Thema deutsche Einheit zur zentralen Wahlaussage gemacht und eng an die Person des Bundeskanzlers

25 Vgl. Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. S. 692 f.

26 Vgl. Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 296 ff.; Kloth: Vom »Zettelfalten zum freien Wählen«, S. 709–712.

27 Vgl. Kloth: Vom »Zettelfalten zum freien Wählen«, S. 707 f.

28 Vgl. die Eindrücke der westdeutscher Sozialdemokraten aus dem Gemeinsamen Ausschuss in der Sitzung des SPD-Präsidiums am 12. Februar 1990 (Fischer [Hrsg.]: Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 33, S. 237 f.).

Helmut Kohl gekoppelt. Nach Vorstößen der SPD zur Frage der Einführung der D-Mark in der DDR, insbesondere durch Ingrid Matthäus-Maier am 19. Januar 1990, ging Kohl nach längerem Zögern am 6. Februar 1990 seinerseits mit einem Plan zur Währungsunion und weitreichenden Versprechungen im Wahlkampf in die Offensive (vgl. Ingrid Matthäus-Maier, S. 119). Zum Nachteil der ostdeutschen Sozialdemokratie wirkte sich nicht zuletzt die Uneinigkeit aus, die in der westdeutschen SPD über das Tempo und den Charakter des Einigungsprozesses herrschte. Während Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und andere prominente Sozialdemokraten zahlreiche Auftritte in ostdeutschen Städten wahrnahmen, blieb das Engagement des Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine begrenzt.²⁹

Auch wenn gegen Ende des Wahlkampfes bereits Zweifel an einem überragenden Wahlsieg aufgekommen waren, so stellte das tatsächliche Abschneiden der ostdeutschen Sozialdemokraten bei den Volkskammerwahlen einen Schock dar. Bei einer Rekordwahlbeteiligung von 93,4 Prozent erreichte die Allianz für Deutschland 48 Prozent der Stimmen, die SPD nur 21,9 Prozent, die PDS immerhin 16,4 Prozent, die Liberalen 5,3 Prozent, Bündnis 90 2,9 Prozent und die Grünen 2,0 Prozent der Stimmen. Am besten schnitt die SPD in Ost-Berlin (34,9 Prozent) und in den Brandenburger Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder ab, Ergebnisse unter 20 Prozent gab es dagegen in den südlichen Landesteilen.³⁰ Damit musste die Hoffnung auf eine Regierung unter sozialdemokratischer Führung aufgegeben werden – ein Ergebnis, das aber mit Blick auf die persönlichen Probleme des Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Ibrahim Böhme und die unmittelbar danach gegen ihn erhobenen IM-Vorwürfe auch Vorteile hatte (vgl. Richard Schröder, S. 136).

29 Vgl. Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998, S. 180–184; Rödder: Deutschland einig Vaterland, S. 211, S. 218–221; Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 308.

30 Vgl. die Angaben bei Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 413 ff. Zur Analyse der Wahl vgl. Jürgen W. Falter: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/ Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 164–174.

Die SPD-Fraktion in der Volkskammer

Von den 88 Sozialdemokraten, die in die 400 Parlamentarier umfassende Volkskammer einzogen, zählten viele zu den Gründerinnen und Gründern der SPD. Dies spiegelte sich auch in der beruflichen Zusammensetzung der Fraktion wider: Unter den Fraktionsmitgliedern (der Personenkreis veränderte sich geringfügig durch das Ausscheiden/Nachrücken von Parlamentariern und den Anschluss von drei Abgeordneten der Demokratischen Bauernpartei [DBD] an die SPD-Fraktion im August 1990) befanden sich dreizehn Abgeordnete, die von Beruf evangelische Pfarrer/innen waren; einige weitere Parlamentarier/-innen waren im Kirchendienst beschäftigt oder hatten Theologie studiert. Nicht wenige Abgeordnete stammten aus Pfarrhäusern oder waren in kirchlichen Ehrenämtern tätig. Nicht überraschend war der hohe Anteil der Ingenieure verschiedener Richtungen (18) und der Naturwissenschaftler generell (sieben Physiker, drei Biologen, vier Chemiker, ein Geologe, drei Mathematiker); hinzu kamen neun Ärzte/Tierärzte. Dagegen verfügte die Fraktion nur über fünf Juristen, elf Lehrerinnen/Lehrern/Dozentinnen/Dozenten sowie vier Wirtschaftswissenschaftler. Innerhalb der Volkskammer wies die SPD den höchsten Akademikeranteil (92,8 Prozent) auf. Die besonderen Bedingungen der Berufswahl in der DDR, insbesondere die der juristischen Ausbildung, wurden auf der Tagung mehrfach thematisiert (vgl. Hans-Joachim Hacker, S. 100; Susanne Kschenka [Seils], S. 85; Wilhelm Polte, S. 170). Generell unterschied sich die Volkskammer in ihrer beruflichen Zusammensetzung vom 11. Deutschen Bundestag. Hinzu kam, dass sie ein vergleichsweise »junges« Parlament war; das Durchschnittsalter der Abgeordneten lag nach einer Aufschlüsselung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags zu Beginn bei 41,8 Jahren, der Frauenanteil war mit 19,8 Prozent etwas höher als im 11. Deutschen Bundestag (16,9 Prozent), wobei die SPD-Volkskammerfraktion mit 22, 8 Prozent noch darüber lag.³¹ Nur rund drei Prozent der Volkskammerabgeordneten hatten

31 Datenerstellung nach der Volkskammerdatenbank http://biosop.zhsf.uni-koeln.de/ParlamentarierPortal/vk_db/vk_db.php. Zu den dort verwendeten Quellen vgl. die Angaben ebenda unter <http://biosop.zhsf.uni-koeln.de/ParlamentarierPortal/volkskammer.htm>. Die Berufszuordnung war auf Grund der oft komplizierten Bildungs- und Ausbildungsbiografien in einigen Fällen nicht völlig eindeutig. Vgl. Wilhelm Weege: Die Mitglieder der 10. DDR-Volkskammer, 15. März 2010 http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/mitglieder_volkskammer.pdf. Etwas abweichende Angaben bei Gunnar Peters: Ungleiche Parlamente, S. 72; vgl. Christopher Hausmann: Biographisches Handbuch der

bereits früheren DDR-Volkskammern angehört, allerdings muss davon ausgegangen werden, dass ein erheblicher Teil der Mitglieder der »alten« Parteien schon zuvor Parteiämter auf unterer Ebene bekleidet hatte.³²

Die SPD hatte sich im Vorfeld der Volkskammerwahl intensiv auf die späteren parlamentarischen Aufgaben vorbereitet. Schon für die Arbeit am Runden Tisch konnten die ostdeutschen Sozialdemokraten auf eigene programmatische Vorarbeiten und die Beratung durch westdeutsche Experten zurückgreifen. Am 30. Januar 1990 eröffnete die SPD-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstagsgebäude ein Verbindungsbüro für die Kontakte mit den ostdeutschen Sozialdemokraten, dessen Leitung Walter Zöller übernahm; am 7. März fand ein Treffen mit Mitgliedern des Vorstandes und Mitarbeitern der SPD-Bundestagsfraktion statt, und am 16. März wurde Dietrich Stobbe zum persönlichen Beauftragten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel für die spätere Zusammenarbeit mit der SPD-Volkskammerfraktion ernannt. Die Arbeiten an einem Termin- und Gesetzgebungsplan sowie die inhaltliche Vorbereitung von Gesetzen und Entwürfen setzten bereits vor den Wahlen ein (vgl. Martin Gutzeit, S. 83 f.; Susanne Kschenka [Seils], S. 85).³³

Am 21. und 22. März 1990 trat die SPD-Fraktion zu ihrer konstituierenden Sitzung in der ehemaligen SED-Parteihochschule in der Rungestraße zusammen. Ibrahim Böhme wurde zum Fraktionsvorsitzenden, Richard Schröder, Christine Lucyga und Frank Terpe zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt; Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Martin Gutzeit, Fraktionsgeschäftsführer Alwin Ziel. Nachdem Frank Terpe als Minister in die Regierung eingetreten war, wurde Gottfried Timm zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bestimmt; an die Stelle von Alwin Ziel, der Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium wurde, trat Christian Schultze. Schon am 23. März ließ Ibrahim Böhme aufgrund der in einem

10. Volkskammer der DDR (1990), Köln u. a. 2000; Hans Michael Kloth: Einige Zahlen zur 10. Volkskammer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22 (1991), S. 467–473.

32 Vgl. Peters: Ungleiche Parlamente, S. 71. Der SPD-Volkskammerabgeordnete Edelbert Richter fühlte sich beim Einzug in das Parlament dennoch ernüchtert beim Anblick der »Opportunisten und Wendehälse«, die den Sprung in die erste frei gewählte Volkskammer geschafft hatten (vgl. Edelbert Richter: Erlangte Einheit – verfehlte Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991, S. 50).

33 Vgl. Markus Meckel: Der Streit in der SPD um die Große Koalition, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 42; Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer, ebenda, S. 25.

»Spiegel«-Artikel gegen ihn erhobenen Stasi-Vorwürfe sein Amt ruhen. Richard Schröder übernahm am 26. März diese Aufgabe zunächst geschäftsführend, bis er nach dem Rückzug Böhmes von den Partei- und Fraktionsämtern am 2. April 1990 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Böhmes Funktion als Parteivorsitzender übernahm vorübergehend Markus Meckel; auf dem SPD-Parteitag im Juni in Halle wurde Wolfgang Thierse zum Parteivorsitzenden gewählt. Am 17. Juni 1990 wurde der Geschäftsordnung der Fraktion entsprechend der Fraktionsvorstand neu gewählt. Richard Schröder und Martin Gutzeit wurden in ihren Ämtern bestätigt, zu Stellvertretern wurden Constanze Krehl, Volker Schemmel und Ulrich Stockmann gewählt. Konnten die Sozialdemokraten aufgrund der inhaltlichen Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit direkt mit gesetzgeberischen Initiativen beginnen und auch die personellen Turbulenzen rasch lösen, so waren die Arbeitsbedingungen in der Volkskammer für die Fraktion noch längere Zeit unbefriedigend. Räume für die Abgeordneten und die Fraktionen sollten im ehemaligen ZK-Gebäude zur Verfügung gestellt werden, doch die Räumung zog sich in die Länge, so dass die ersten Sitzungen der SPD-Fraktion in den Fluren des Palastes der Republik stattfinden mussten.³⁴

Eine der wichtigsten Fragen, die sich aus dem Wahlausgang ergab, war die Frage nach einer Regierungsbeteiligung der SPD. In der Partei war der Eintritt in die Koalition umstritten, vor allem das Verhältnis zur DSU, die einen besonders diffamierenden Wahlkampf gegen die SPD geführt hatte, war belastet. Die SPD entschloss sich nach längerer Diskussion dennoch zu diesem Schritt (vgl. Richard Schröder, S. 85 ff.; Reinhard Höppner, S. 155 f.; Markus Meckel, S. 150 f.).³⁵ Am 12. April 1990 wurde die Koalitionsvereinbarung unterzeichnet. Dem neu gebildeten Kabinett unter Ministerpräsidenten Lothar de Maizière gehörten neben Vertretern von CDU, DSU, Demokratischem Aufbruch, DFP, FDP und LDP auch sieben von der SPD benannte Minister und Ministerinnen an: Auswärtige Angelegenheiten: Markus Meckel, Finanzen: Walter Romberg, Arbeit und Soziales: Regine Hildebrandt, Post- und Fernmeldewesen: Emil Schnell, Forschung und Technologie: Frank Terpe,

34 Vgl. zu den personellen Strukturen und zur Arbeitssituation die Angaben bei Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion in der Volkskammer, S. 25. Eine anschauliche Schilderung der Arbeitsbedingungen findet sich bei Jes Möller: »Dann nehmt doch Regine Hildebrandt«, S. 41.

35 Vgl. Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD vom 12. April 1990, in: AdsD, Bestand SPD-Volkskammerfraktion, Mappe 12.

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Peter Pollack (parteilos, auf Vorschlag der SPD), Handel und Tourismus: Sybille Reider; auch sechs Staatssekretäre wurden von der SPD gestellt. Die Regierungsbeteiligung blieb allerdings innerhalb der Partei – auch nachdem die Entscheidung gefallen war – ein kontroverses Thema.³⁶

Bei der Entscheidung über das Amt des Parlamentspräsidenten hoffte die SPD nach entsprechenden Signalen durch Lothar de Maizière auf eine Wahl ihres Kandidaten Reinhard Höppner. Er besaß durch seine Arbeit in kirchlichen Ehrenämtern unumstritten die meiste Kompetenz in der Leitung parlamentarischer Gremien; doch die CDU-Fraktion sprach sich dagegen aus. Reinhard Höppner wurde in der konstituierenden Sitzung der Volkskammer am 5. April 1990 zum Vizepräsidenten gewählt (vgl. Richard Schröder, S. 141).³⁷

Gesetzgeberische Tätigkeit

Die Volkskammer trat zwischen dem 5. April und dem 2. Oktober 1990 insgesamt zu 38 Sitzungen zusammen. In diesem Zeitraum wurden mehr als 250 Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse ausgearbeitet sowie drei Staatsverträge beraten und verabschiedet. Die SPD-Fraktion hielt 51 Sitzungen ab. Hinzu kamen für die Abgeordneten die Termine der Ausschüsse, Sitzungen des Fraktionsvorstandes und der Arbeitskreise – ein enormes Arbeitspensum für einen Zeitraum von sechs Monaten. In einem Fraktionspapier vom Mai 1990 hatten die sozialdemokratischen Parlamentarier formuliert: »Wir sind zwar nicht die stärkste Fraktion in der Volkskammer, müssen uns aber bemühen, die beste zu sein, und zwar nicht nur für uns, sondern auch in der Öffentlichkeit.«³⁸

36 Vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 262 f.; Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 337; 343 f.; Dietrich Stobbe: »Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion!«, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 18 f.

37 Vgl. Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein, S. 29 f.; Wolfgang Gröf: »In der frischen Tradition des Herbstes 1989«. Die SDP/SPD in der DDR: Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit, 3. Aufl., Bonn 1996, S. 32–40; Markus Meckel: Der Streit in der SPD um die Große Koalition, in: Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein, S. 46; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498153.html>.

38 Zit. nach Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 30.

Die Sozialdemokraten beteiligten sich intensiv an der Arbeit in den einzelnen Ausschüssen. Zu den am 2. April 1990 eingesetzten Ausschüssen der Volkskammer zählte auch der ursprünglich 19 Mitglieder umfassende Koordinierungsausschuss Deutsche Einheit, dessen Vorsitzender zunächst der Sozialdemokrat Edelbert Richter war. Nachdem die bundesdeutsche SPD Ende April 1990 mit ihren mehrfach erhobenen Forderungen nach Einrichtung eines Ausschusses zur deutschen Einheit Erfolg hatte (allerdings ohne die ursprünglich geforderte Beteiligung des Bundesrats) und der aus 39 Mitgliedern bestehende Bundestagsausschuss Deutsche Einheit am 11. Mai zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten war, wurde der DDR-Ausschuss durch Beschluss der Volkskammer vom 17. Mai 1990 gleichfalls auf 39 Mitglieder aufgestockt.³⁹ In Analogie zum Bundestagsausschuss übernahm nun die Parlamentspräsidentin Sabine Bergmann-Pohl den Vorsitz. Die beiden Ausschüsse sollten mit allen grundlegenden, die Einheit Deutschlands betreffenden Fragen befasst sein, kamen allerdings nur dreimal zu gemeinsamen Sitzungen zusammen.⁴⁰

An vielen Gesetzgebungsvorhaben hatte die SPD wesentlichen, zum Teil auch initiierenden Anteil. Dies galt zum Beispiel für den in der konstituierenden Sitzung der Volkskammer am 5. April 1990 gefassten Beschluss, einen Zeitweiligen Ausschuss zur Überprüfung der Mitglieder der Volkskammer auf Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beziehungsweise das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) einzusetzen.⁴¹ Das Problem der MfS-Verstrickung betraf im Prinzip alle Parteien. Schon der Zentrale Runde Tisch hatte unter dem Eindruck des Verdachts gegen Wolfgang Schnur (DA) eine Überprüfung von Politikern auf frühere Zusammenarbeit mit der Stasi vorgeschlagen. Am 21. März hatten die aus diesem Gremium stammenden Regierungsbevollmächtigten für die Auflösung des MfS/AfNS den Parteien angeboten, eine entsprechende Überprüfung der neu gewählten Volkskammerabgeordneten durchzuführen. Den stärksten Widerstand gegen diesen Vorschlag gab es von Seiten der CDU. Am 29. März kam es zu Demonstrationen, zu denen die Bürgerbewegungen und die SPD aufgerufen

39 Vgl. Presseservice der SPD, 170/90, 23.4.1990; Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990), Nachdruck, hrsg. vom Deutschen Bundestag, I. Bd., 7. Tagung am 17. Mai 1990, S. 201.

40 Zur Beurteilung der Ausschussarbeit vgl. Richter: Erlangte Einheit, S. 54 f.

41 Das Ministerium für Staatssicherheit war im November 1990 laut Volkskammerbeschluss unter Ministerpräsident Hans Modrow in Amt für Staatssicherheit umbenannt worden.

hatten; auf ihnen wurde eine sofortige Überprüfung gefordert.⁴² Schon zu Beginn ihrer ersten Fraktionssitzung am 21./22. März hatte die SPD als Zeichen eines glaubhaften Neuanfangs die Abgeordneten in den eigenen Reihen aufgefordert, im Falle einer Verwicklung in Kontakte mit der Staatssicherheit diese gegenüber der Fraktionsführung offenzulegen oder von ihrem Mandat zurückzutreten. Nachdem in der gleichen Sitzung neue Gerüchte über Stasi-Verstrickungen Ibrahim Böhmers aufgetaucht waren, wurde die generelle Überprüfung der gewählten Abgeordneten der Volkskammer auf MfS-Mitarbeit sowie die Offenlegung der Ergebnisse der Prüfung gefordert. Der Entwurf zu diesem Beschluss wurde nach mehrmaliger Überarbeitung in der SPD-Fraktion und Beratung in der die Sitzung vorbereitenden interfraktionellen Arbeitsgruppe schließlich als Antrag aller Fraktionen eingebracht und verabschiedet.⁴³

Die Arbeit des von der Volkskammer eingesetzten Zeitweiligen Prüfungsausschusses unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Dankward Brinksmeier gestaltete sich kompliziert, wobei verschiedene Faktoren dazu beitrugen, dass die Ergebnisse nicht so rasch verfügbar waren, wie dies ursprünglich erhofft worden war. Erst in der letzten Sitzung der Volkskammer am 2. Oktober 1990 wurden unter den auf der Tagung geschilderten dramatischen Umständen die Ergebnisse bekanntgegeben (vgl. Rolf Schwanitz, S. 98 f.).⁴⁴

Problematisch war nicht zuletzt der Umgang mit den Akten selbst. Pläne zu ihrer Vernichtung bestanden noch bis in den Sommer 1990 – auch die Bundesregierung hielt eine »differenzierte Vernichtungsregelung«⁴⁵ für richtig. Am 31. Mai 1990 setzte die Volkskammer einen Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit / Amt für

42 Vgl. Dorit Pries: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Berlin 2008, S. 19–21.

43 Vgl. Martin Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 27 f. Zum Text des Volkskammerantrags aller Fraktionen über die Aufgabenstellung des Zeitweiligen Prüfungsausschusses der Volkskammer vgl. Protokolle der Volkskammer der Deutsche Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, I. Bd., 2. Tagung am 12. April 1990, S. 24 f.

44 Vgl. Dorit Pries: Stasi-Mitarbeiter, S. 21–46.

45 Zit. nach Klaus Bästlein: »Meine Akte gehört mir!« Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Unterlagen, in: Deutschland-Archiv 2/2011 – Forum, unter: http://www.bpb.de/themen/ZA37WL,4,0,Meine_Akte_geh%F6rt_mir%21.html#art4. Dort auch Angaben zur komplexen Vorgeschichte insgesamt: http://www.bpb.de/themen/ZA37WL,0,Meine_Akte_geh%F6rt_mir!.html.

Nationale Sicherheit ein und bestimmte Joachim Gauck zu dessen Vorsitzenden. Die Bundesregierung befürwortete eine Schließung der Stasi-Akten und eine Amnestie. Die SPD-Fraktion in der Volkskammer lehnte jedoch eine Amnestie für MfS-Mitarbeiter vehement ab. Dem schloss sich auch die bundesdeutsche SPD an, unterstützt von den Grünen und einigen FDP-Politikern. Ein von der Regierung de Maizière am 19. Juli eingebrachter Entwurf wurde vom »Gauck-Ausschuss« für unzureichend erklärt. Das am 24. August 1990 auf der Basis des Ausschuss-Entwurfs verabschiedete Gesetz sah die politische, historische und juristische Auswertung der Stasi-Akten vor, ebenso ein umfassendes Auskunftsrecht der Bürger, allerdings noch nicht das Recht auf Akteneinsicht. Aufgrund der Weigerung der Bundesregierung, das Gesetz zu akzeptieren kam es zu erneuten Auseinandersetzungen mit der Volkskammer; schließlich wurde durch eine Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag die künftige legislatorische Berücksichtigung des Volkskammergesetzes sichergestellt.⁴⁶

Gleichfalls zu den von der SPD vorbereiteten ersten gemeinsamen Entschlüssen der Volkskammer gehörte die außenpolitische Erklärung vom 12. April 1990, mit der sich das Parlament von der früheren Politik der SED distanzierte. Der Text enthielt Stellungnahmen zu den Verbrechen an den Juden und zu Israel, zu den im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen in der Sowjetunion verursachten Leiden, zur Beteiligung der DDR am Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 und zur polnischen Westgrenze (vgl. Hans Misselwitz, S. 93 f.).⁴⁷ Später folgten weitere außenpolitische Stellungnahmen der Volkskammer, mit denen frühere DDR-Positionen revidiert wurden, so im Juni 1990 eine gemeinsame Erklärung, in der die Befürwortung des Massakers in Peking 1989 durch die frühere Volkskammer bedauert wurde, und am 22. Juli 1990 ein Beschluss gegen die 1975 von der DDR eingebrachte UNO-Resolution zur Verurteilung des Zionismus. Am 21. Juni 1990 verabschiedeten die Volkskammer und der Deutsche Bundestag eine gleichlautende Erklärung zur polnischen Westgrenze, in der für die DDR und die Bundesrepublik gegenüber Polen die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenze sowie die Verpflichtung zu gegenseitiger uneingeschränk-

46 Vgl. Bästlein: »Meine Akte gehört mir!«, http://www.bpb.de/themen/ZA37WL,4,0,Meine_Akte_geh%F6rt_mir%21.html#art4.

47 Vgl. Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Erklärung, in: Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, I. Bd., 2. Tagung am 12. April 1990, S. 23 f.

ter Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität festgehalten wurde.⁴⁸

Zu den Problemen, für die dringend eine Lösung durch die Volkskammer gefunden werden musste, zählte die Verfassungsfrage. Als die erste frei gewählte Volkskammer der DDR zusammentrat, galt noch die alte DDR-Verfassung von 1974, die allerdings im Vorfeld der Wahlen schon modifiziert worden war. Im Dezember 1989 war in Artikel 1 der Passus über die führende Rolle der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei gestrichen, im Februar eine Stelle über die Rolle der Nationalen Front eliminiert worden.⁴⁹ Die Schaffung und Verabschiedung einer neuen Verfassung zählte zu den zentralen Anliegen der Bürgerbewegungen und der Sozialdemokraten.⁵⁰ Die Volkskammer und die SPD-Fraktion mussten entscheiden, wie mit dem von einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches ausgearbeiteten Verfassungsentwurf umzugehen war, für den es durchaus Sympathien gab. Dennoch entschied sich die Fraktion am 26. April 1990 gegen den Antrag von Bündnis 90/Grüne, der zunächst die Inkraftsetzung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches und gleichzeitig die Ausarbeitung eines Gesetzes durch den Verfassungsausschuss sowie eine spätere Volksabstimmung darüber vorsah.⁵¹ Die Argumente, die schließlich für den pragmatischen Weg des »Blocksystems« und die Verabschiedung des Verfassungsgrundsatzgesetzes sprachen, wurden in der Diskussion mehrfach dargelegt (vgl. S. 107 ff., S. 188).

Das Gesetz über die Verfassungsgrundsätze wurde am 17. Juni 1990 mit knapper Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet. Damit wurde die Deutsche Demokratische Republik als ein freiheitlicher, demokratischer, föderativer, sozialer und ökologisch orientierter Rechtsstaat definiert. Bis dahin geltende Bestimmungen, die den Einzelnen oder staatliche Organe auf die sozialis-

48 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, II. Bd., 11. Tagung am 7. Juni 1990, S. 323 f.; III. Bd., 27. Tagung am 22. Juli 1990, S. 1280–1282; II. Bd., 16. Tagung am 21. Juni 1990, S. 565 f.

49 Vgl. Bettina Scholz: Verfassungsfragen, Verträge zur Einheit, Stasi-Unterlagen-Gesetz – Verlauf der Diskussions- und Entscheidungsprozesse, in: Misselwitz/Schröder (Hrsg.): Mandat für Deutsche Einheit, S. 22.

50 Vgl. den Beitrag von Susanne Kschenka (Seils) in Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, I. Bd., 3. Tagung am 19. April 1990, S. 58 f.

51 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, I. Bd., 5. Tagung am 26. April 1990, S. 126. In der SPD-Fraktion gab es neben Zustimmung für die an praktischen Gesichtspunkten orientierte Lösung auch Stimmen, die in dem Verzicht auf die Erarbeitung einer Übergangsverfassung für die DDR den Einfluss der Bundesregierung sahen und die Entscheidung bedauerten, vgl. z. B. Edelbert Richter: Erlangte Einheit, S. 51 f.

tische Staats- und Rechtsordnung, das Prinzip des demokratischen Zentralismus oder das sozialistische Rechtsbewusstsein verpflichteten, wurden aufgehoben, der Erwerb von Privateigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln gewährleistet und den Bürgern das Recht auf Klage gegen staatliche Organe bei Verletzung ihrer Rechte eingeräumt. Als besondere staatliche Aufgaben wurden der Schutz der Umwelt und der Schutz der Arbeitskraft aufgenommen. Mit Blick auf die deutsche Einheit wurde festgelegt, dass die DDR hoheitliche Rechte auf gemeinsame zwischenstaatliche Einrichtungen oder Einrichtungen der Bundesrepublik übertragen konnte.⁵²

Die Diskussion um eine Verfassung, in der sich die Akteure vom Herbst 1989 wiederfinden konnten, war damit allerdings nicht abgeschlossen. Da nach dem Wahlergebnis vom März 1990 der Beitritt nach Artikel 23 GG feststand, richteten sich die Hoffnungen auf eine neue gemeinsame Verfassung nach der Vereinigung. Auch die westdeutsche Sozialdemokratie strebte dies an; dabei sollten unter anderem der Umweltschutz und das Recht auf Arbeit, die Mitbestimmung, das Streikrecht und das Verbot der Aussperrung verfassungsrechtlich verankert und mehr Bürgerbeteiligung zugelassen werden. Was der SPD die Zustimmung zum Einigungsvertrag erleichterte, war nicht zuletzt die Tatsache, dass Artikel 146 GG abgeändert erhalten blieb, und damit auch eine spätere Volksabstimmung über die Verfassung möglich war.⁵³ (Vgl. Konrad Elmer-Herzig, S. 190). Die Hoffnungen gingen allerdings nicht in Erfüllung. Die Ende 1991 von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Gemeinsame Verfassungskommission hatte zwar den Auftrag, die im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu beraten, die dann vorgenommenen Grundgesetzänderungen bewegten sich aber letztlich im überschaubaren Rahmen. Zu den wichtigsten Ergebnissen des am 27. Oktober 1994 verabschiedeten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zählte die nun ausdrücklich festgeschriebene Verpflichtung des Staates, die in Artikel 3 deklarierte Gleichberechtigung von Männern und Frauen durchzuset-

52 Vgl. Text unter http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/WegeInDieGegenwart_gesetz-VerfassungsänderungDDR/index.html.

53 Vgl. Stellungnahme des Parteirats der SPD zum zweiten Staatsvertrag, 26. Juni 1990, Pressecservice der SPD, Nr. 265/90, 27. Juni 1990, Abdruck in: Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 50, S. 358 f.; vgl. Protokoll der Gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes West und Ost der SPD, 31. August 1990, erster Teil; ebenda, Dokument Nr. 54, S. 369.

zen und bestehende Nachteile zu beseitigen; ferner wurden ein besonderer Gleichheitssatz für Behinderte aufgenommen, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsaufgabe definiert und einige Änderungen im Verhältnis von Bund und Ländern festgelegt.⁵⁴

Breiten Raum nahm in der Volkskammer die Umgestaltung staatlicher, rechtlicher, ökonomischer und sozialer Strukturen in der DDR ein. Schon eine Durchsicht der in den Registern zu den Protokollen der Volkskammer aufgelisteten Stichworte zeigt die Fülle der damals zu bewältigenden Aufgaben und die Vielzahl der zu verabschiedenden Gesetze und Verordnungen – die Bandbreite reichte von den Bestimmungen zur Übertragung volkseigener Betriebe der Land- und Forstwirtschaft in das Eigentum der Länder und Kommunen, dem Unternehmensgesetz, dem Richtergesetz, den Änderungen des Arbeitsgesetzbuches bis hin zu den Gesetzen über die Finanzverwaltung der DDR, den Regelungen zur Errichtung von Krankenkassen, dem Rentenanpassungsgesetz oder den Beschlüssen zum Umgang mit den Vermögen der Parteien- und Massenorganisationen der DDR und zur Rehabilitierung der Opfer. Zahlreiche Gesetze und Vorschriften waren als Folge des Vertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erforderlich oder traten – wie das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen – mit der Ratifizierung des Einigungsvertrages in Kraft.⁵⁵ Auf der Konferenz boten die Beiträge zur Verabschiedung der Kommunalverfassung, zum Ländereinführungsgesetz (vgl. Volker Schemmel, S. 105 ff.), zur Überprüfung der Richter und Staatsanwälte, zur Einführung rechtsstaatlicher Strukturen generell sowie zur Frage der Opferrehabilitierung (vgl. Hans-Joachim Hacker, S. 101 ff.) einen Einblick in die Komplexität der Gesetzgebungsarbeit.

Ein zentrales Thema der ersten Monate war die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Trotz Kritik am *Procedere* und einzelnen Bestimmungen signalisierte die ostdeutsche SPD bereits bei der ersten Lesung des Vertrags zur Währungsunion am 21. Mai 1990 in der Volkskammer, dass sie dem Vertragswerk zustimmen werde, wenn noch einige

54 Vgl. Rödder: *Deutschland einig Vaterland*, S. 332. Zur Problematik insgesamt: Markus Bremers: *Die Gemeinsame Verfassungskommission. Warum gilt das Grundgesetz? Verfassungstheoretische Herausforderung und parlamentarische Bewältigung der Verfassungsdebatte der deutschen Einheit*, Wiesbaden 2001. Zu den unterschiedlichen Erwartungen z. B. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507239.html>.

55 Vgl. Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (Hrsg.): *Offene Vermögensfragen – Versuch einer Bilanz*: http://www.badv.bund.de/003_menue_links/e0_ov/h0_service/a0_publicationen/a0_broschueren/bilanz.pdf.

Nachbesserungen vorgenommen würden. Diese bezogen sich insbesondere auf eine weitergehende Konkretisierung der vorgesehenen Strukturhilfen für die Wirtschaft, die Regelung der Eigentumsfrage in der Landwirtschaft und die Frage der Rückerstattung kommunalen Eigentums sowie die Problematik des PDS-Vermögens bei der Umwandlung in D-Mark (vgl. Martin Gutzeit, S. 110, S. 115).⁵⁶ Die westdeutsche SPD, getrieben von ihrem auf Ablehnung beharrenden Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine, hatte zu diesem Zeitpunkt erheblich größere Schwierigkeiten zu einer Entscheidung zu gelangen; sie monierte diese und einige weitere Punkte und erklärte sich erst nach einer gemeinsamen Sitzung mit den ostdeutschen Sozialdemokraten am 13. Juni 1990 zur Zustimmung bereit, der sich allerdings bei der Abstimmung im Bundestag nicht alle SPD-Abgeordneten anschlossen.⁵⁷ Am 21. Juni 1990 ratifizierte die Volkskammer den am 18. Mai unterzeichneten Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der Bundesrepublik mit 302 Ja-Stimmen, 82 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung.⁵⁸

Dem Einigungsvertrag, der am 31. August 1990 unterzeichnet worden war, stimmte die Volkskammer in zweiter Lesung am 20. September mit 299 Ja-Stimmen, 80 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu; zwei Gegenstimmen kamen aus den Reihen der SPD.⁵⁹ Zuvor hatte Edelbert Richter für die SPD-Fraktion die mangelnde Umsetzung von Ausschussempfehlungen gerügt, hatte aber eine Reihe positiver Punkte hervorgehoben; dazu gehörten die Anerkennung der Bodenreform, Veränderungen bei den offenen Vermögensfragen, der Durchbruch in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs,

56 Vgl. z. B. Edelbert Richter zum Einigungsvertrag in der 36. Tagung der Volkskammer am 20. September 1990: Es werde der Eindruck erweckt, »daß der Einigungsvertrag doch wieder – wie schon der erste Staatsvertrag – als ein Geschenk der Exekutive an die Legislative und natürlich an das Volk erscheinen muß, obwohl man in einer früheren Phase der Verhandlungen einen anderen Eindruck haben konnte« (Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, III. Bd., S. 1743); vgl. Richard Schröder in der 8. Tagung (Sondertagung) der Volkskammer am 21. Mai 1990 (Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, I. Bd., S. 217 f.).

57 Vgl. Protokoll der Beratungen mit Vertretern der SPD der DDR in der gemeinsamen Sitzung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und des SPD-Präsidiums, 13. Juni 1990; Presseerklärung des SPD-Parteivorstandes vom 14. Juni 1990, Presseservice der SPD, Nr. 252/90, in: Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 45, S. 321 f.; Nr. 46, S. 424–331.

58 Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, Bd. II, 16. Tagung am 21. Juni 1990, S. 625.

59 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, III. Bd., 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1796.

die Möglichkeit, zu einer gemeinsamen neuen Verfassung zu kommen, die Bestimmungen zur Investitionsförderung, zum SED-Vermögen und zu den Vermögen der Blockparteien sowie zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit.⁶⁰ Die Bundesregierung und die DDR-Regierung hatten sich bereits am 15. Juni 1990 in einer Gemeinsamen Erklärung auf das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« geeinigt; hiervon ausgenommen waren die Enteignungen aus der Besatzungszeit zwischen 1945 und 1949. Diese Erklärung wurde dem Einigungsvertrag beigelegt. Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen fand als DDR-Gesetz Eingang in den Einigungsvertrag und galt nach dem 3. Oktober 1990 als partielles Bundesrecht fort.⁶¹

Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung war die SPD allerdings bereits aus der Regierung ausgeschieden. Die Unzufriedenheit in der Fraktion und im SPD-Parteivorstand mit den Durchsetzungsmöglichkeiten für sozialdemokratische Politik in der Regierungskoalition hatte sich im Sommer 1990 zunehmend verstärkt. Dazu trugen unter anderem die Auseinandersetzungen um das Wahlverfahren (einheitliches Wahlgebiet mit einheitlicher Sperrklausel oder getrennte Wahlgebiete und getrennt zu berechnende Sperrklauseln), den Wahltermin und den Beitrittstermin bei. Die Bestimmungen darüber, die in einem Wahlvertrag festgehalten wurden, entschieden auch über die Wahlchancen der Parteien und wurden mit entsprechender Härte verhandelt. Hinzu kam, dass die Bonner Politik und bundesdeutsche Wahlkampfstrategien ebenfalls in die Entscheidungen der DDR-Regierung und der Volkskammer hineinwirkten. Insbesondere der Einfluss von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bundesregierung auf den Ministerpräsidenten Lothar de Maizière und die Entscheidungen des Kabinetts waren und sind bis heute Gegenstand unterschiedlicher Bewertungen.

Am 24. Juli 1990 hatte sich die SPD-Volkskammerfraktion mit der Forderung des ostdeutschen SPD-Vorstandes nach Austritt aus der Koalition auseinanderzusetzen. Nach einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und ausführlichen Erörterungen in der Fraktion verblieb die SPD weiterhin in der Regierung. Die Diskussion darüber riss jedoch nicht ab. Als Lothar

60 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, III. Bd., 36. Tagung am 20. September 1990, S. 1744.

61 Vgl. dazu den Artikel »Endspurt in die deutsche Einheit«, FAZ, 1.9.2010, unter <http://www.faz.net/artikel/C30923/20-jahre-einigungsvertrag-der-endspurt-in-die-deutsche-einheit-30303924.html>; Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (Hrsg.): Offene Vermögensfragen – Versuch einer Bilanz: http://www.badv.bund.de/003_menue_links/e0_ov/h0_service/a0_publicationen/a0_broschueren/bilanz.pdf.

de Maizière am 16. August 1990 den SPD-Finanzminister Walter Romberg und den von der SPD entsandten parteilosen Landwirtschaftsminister Peter Pollack entließ, bedeutete dies das Ende der großen Koalition. Der Austritt und ein geplantes Misstrauensvotum gegen de Maizière wurden am 19. August beschlossen. Der Fraktionsvorsitzende Richard Schröder trat daraufhin am 21. August zurück; zu seinem Nachfolger wurde Wolfgang Thierse gewählt. Die Hintergründe der Beendigung der Koalition waren in der Abendveranstaltung der Konferenz am 23. September Gegenstand lebhafter Diskussionen. Dabei stellte sich heraus, dass der von Richard Schröder dargelegte Anlass für die Entlassung Rombergs damals in der Volkskammerfraktion offensichtlich nicht allen bekannt gewesen war (vgl. S. 161).⁶² Dieser Umstand führte nach der Tagung zur Fortsetzung der Diskussion zwischen einigen Teilnehmern über die Frage, ob und wie eine Information der Abgeordneten über die aktuellen Hintergründe der Entlassung trotz der in der Fraktion seinerzeit beantragten »Abstimmung ohne Aussprache« möglich gewesen wäre.⁶³

Die Vielzahl der zu bewältigenden gesetzgeberischen Aufgaben und die Spannungen in der Regierungskoalition stellten nicht die einzigen Herausforderungen für die SPD dar. Das Parlament sah sich mit einer Reihe außergewöhnlicher, oft dramatischer Situationen konfrontiert, die sich nicht zuletzt aus den ungewöhnlichen Begleitumständen seiner Arbeit ergaben. Dazu zählten die in den Diskussionen mehrfach erwähnte Sitzung am 17. Juni 1990, in der ein sofortiger Beitritt zur Bundesrepublik beantragt worden war, und die Verfahrenslage zur Festlegung des Beitrittstermins am 22. August 1990. Bei der Auflösung dieser komplizierten Situationen bewährte sich das Verhandlungsgeschick des Vizepräsidenten Reinhard

62 Vgl. dazu unter anderem die Ergebnisse der Interviews mit Richard Schröder, Wolfgang Thierse, Peter Pollack und Reinhard Höppner bei Stuhler: *Die letzten Monate der DDR*, S. 67–74; Sturm: *Uneinig in die Einheit*, S. 342–345; Schröder: *Die Einigungsvertragsverhandlungen*, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 80 f.; Höppner: *Wunder muss man ausprobieren*, S. 126.

63 Mitteilung eines Briefes von Rolf Schwanitz an Volker Schemmel vom 7.10.2010 an die Herausgeberin. Bei Ed Stuhler: *Die letzten Monate der DDR*, S. 70, nennt Richard Schröder als Gründe für sein Verhalten, dass schon vorher von Seiten Oskar Lafontaines die Auffassung vertreten worden sei, die Koalition »störe auf dem Wahlkampfschlachtfeld«, so dass er selbst »nicht als parteischädigende Person« auftreten und die wahren Gründe habe nennen wollen. Ob andere Erwägungen – z. B. Rücksicht auf Walter Romberg (Schreiben Rolf Schwanitz an Volker Schemmel) – gleichfalls eine Rolle spielten, wurde in der Diskussion nicht mehr erörtert.

Höppner (vgl. S. 91 ff.). Dramatisch verlief auch die 37. (vorletzte) Sitzung der Volkskammer am 28. September 1990, in deren Verlauf der Abschlussbericht zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten vorgestellt wurde (vgl. Rolf Schwanitz, S. 99).

Wegen der Asbestbelastung im Palast der Republik tagten die Parlamentarier während der letzten Sitzungen im Gebäude des Zentralkomitees der SED; die abschließende (Fest-)Sitzung fand am 2. Oktober 1990 im Berliner Schauspielhaus statt. Für einen Teil der Abgeordneten ging die parlamentarische Arbeit unmittelbar danach weiter: 144 Volkskammerabgeordnete gehörten seit dem 4. Oktober 1990 dem gesamtdeutschen Bundestag an. Die SPD-Fraktion konnte 33 Abgeordnete (32 + 1 Vertreter des DBD) in den Bundestag entsenden. Die Auswahlkriterien waren in der Fraktionssitzung am 4. September 1990 festgelegt worden; dazu zählten unter anderem die sofortige Arbeitsfähigkeit, in den Arbeitskreisen erworbene Sachkenntnisse sowie eine entsprechende Vertretung aller ostdeutschen Länder und Ost-Berlins.⁶⁴

Ost- und westdeutsche SPD waren schon vor der Herstellung der staatlichen Einheit in einer Partei vereint. Zur Abstimmung der politischen Positionen hatten zwischen den beiden Parteien laufend Beratungen stattgefunden. In einer gemeinsamen Sitzung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und des SPD-Präsidiums mit Vertretern der SPD der DDR am 13. Juni 1990 in Bonn kam man überein, die Frage der Einheit der SPD vom staatlichen Einigungsprozess abzukoppeln und eine einheitliche Partei »umgehend anzustreben«. Am 17. Juni 1990 trat zum ersten Mal eine gemeinsame Kommission zur Vorbereitung der Vereinigung zusammen. Das Procedere war nicht unumstritten; Befürworter einer Urabstimmung über die Vereinigung der beiden Parteien konnten sich nicht durchsetzen. Eine Neuwahl des Vorstands auf dem Vereinigungsparteitag, die Wolfgang Thierse als Vertreter der ostdeutschen SPD vorgezogen hätte, lehnte die zu diesem Zeitpunkt in interne personelle Auseinandersetzungen verstrickte West-SPD ab. So einigte man sich darauf, dass zehn Vertreter der Ost-SPD in den Parteivorstand aufgenommen werden und außerdem ein vierter stellvertretender Parteivorsitzender und ein weiteres Präsidiumsmit-

64 Vgl. Höppner: Wunder muß man ausprobieren, S. 135; Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Volkammerfraktion, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 34.

glied hinzukommen sollten.⁶⁵ Nach zwei getrennten Sonderparteitag der westdeutschen und der ostdeutschen SPD (die dort einen neuen Vorstand wählte) fand am 27./28. September 1990 in Berlin die Vereinigung der beiden Parteien statt. Anschließend wurde Oskar Lafontaine zum Kanzlerkandidaten der vereinten Partei gewählt.

Für die sozialdemokratischen Abgeordneten der Volkskammer, die nach der Bundestagswahl in den 12. Deutschen Bundestag oder in die Landtage einzogen, begannen nach den außergewöhnlichen Monaten in der Volkskammer nun die »Mühen der Ebene«; für andere schloss sich vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Umbruchs in den neuen Ländern die oft nicht einfache Suche nach neuen beruflichen Perspektiven an. Während viele ehemalige Volkskammerabgeordnete die Zeit im ersten frei gewählten Parlament der DDR als eine besonders intensive und herausragende Phase erlebten, gab es in der SPD-Fraktion durchaus auch Mitglieder, die ihre politischen Ziele vom Herbst 1989 durch den parlamentarischen Prozess nur unzureichend verwirklicht sahen und manche Abstimmungen nur mit zwiespältigen Gefühlen mitgetragen hatten. Auch ging einigen Volkskammerabgeordnete der tatsächliche oder als zu dominierend empfundene westdeutsche Einfluss auf die Einigungsverhandlungen zu weit. Nachvollziehbar ist, dass es bei einer so rasch rekrutierten politischen Führungsschicht mit der Zeit auch zu bewussten Rückzügen aus der politischen Arbeit oder im Lauf der Jahre zu Umorientierungen in der politischen Einstellung oder bei der Parteibindung kam. Ursachen oder Anlässe für eine spätere Trennung von der SPD waren durchaus unterschiedlicher Natur.⁶⁶

65 Vgl. Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes und des Präsidiums der SPD am 13. Juni 1990; Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes der SPD, 24. Juni 1990, in: Fischer (Hrsg.): *Die Einheit sozial gestalten*, Dokument Nr. 45, S. 323, Dokument Nr. 49, S. 347 f.

66 Zu den positiven Bewertungen z. B. Höppner: *Wunder muss man ausprobieren*, S. 104. Edelbert Richter, einer der bekanntesten Vertreter der Bürgerbewegung der DDR, der über den Demokratischen Aufbruch zur SPD gekommen war, schrieb dagegen rückblickend: »Ich habe daher während des Vereinigungsprozesses zuweilen einen solchen Ekel gegenüber der Politik empfunden, dass ich sie am liebsten aufgegeben hätte und wieder zur Theologie zurückgekehrt wäre« – nicht ohne im gleichen Atemzug selbstkritisch zu fragen, ob dahinter nicht etwa der alte deutsche Ekel vor der Politik überhaupt stecke (Richter: *Erlangte Einheit*, S. 9). Richter trennte sich später von der SPD (vgl. <http://www.edelbertrichter.de/index.php?main=biografie>). Vgl. dazu z. B. auch Volker Manhenke: *Erinnerungen und Gedanken eines Mitgründers der SDP Leipzig*, in: Rudloff/Schmeitzner (Hrsg.): *Die Wiedegründung der sächsischen Sozialdemokratie*, S. 198; Manhenke trat später gleichfalls aus der SPD aus (vgl. <http://www.dazwischengehen.org/print/227>). Die ehemalige

Politische Arbeit, Alltags- und Umbrucherfahrungen im vereinten Deutschland

Am 22. Juli 1990 hatte die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz beschlossen (vgl. S. 106).⁶⁷ Durch das Gesetz wurden die seit 1952 bestehenden 14 Bezirke der DDR durch fünf Länder ersetzt. Die ersten Landtagswahlen in den neuen Bundesländern fanden am 14. Oktober 1990 statt (Berlin-Ost wählte gemeinsam mit Berlin-West das Berliner Abgeordnetenhaus erst am 2. Dezember 1990, dem Tag der Bundestagswahl). Aus den Landtagswahlen ging die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als stärkste politische Kraft hervor; nur in Brandenburg stand die SPD mit 38,2 Prozent der Stimmen an erster Stelle (Mecklenburg-Vorpommern 27,0 Prozent, Sachsen 19,1 Prozent, Sachsen-Anhalt 26,0 Prozent, Thüringen 22,8 Prozent). In Brandenburg kam es zu einer Koalitionsregierung unter SPD-Führung mit Manfred Stolpe. In Sachsen konnte die CDU eine Alleinregierung mit Kurt Biedenkopf stellen; in den übrigen Ländern bildeten sich Koalitionsregierungen von CDU und FDP.⁶⁸ Auch wenn in den folgenden Jahren die Ergebnisse der SPD zum Teil gesteigert werden konnten und es in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu Koalitionsregierungen unter sozialdemokratischer Führung kam, blieb die Entwicklung der Partei hinter den Erwartungen zurück (vgl. Steffen Reiche, S. 199).

Nur wenige Wochen später, am 2. Dezember 1990, fand die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt. Neben den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer konnten zum ersten Mal auch die Einwohner von Westberlin ihre Kandidaten für den Bundestag direkt wählen. Für die Wahlen

Ministerin für Handel und Tourismus im Kabinett von Lothar de Maizière, Sybille Reider verließ kurz nach ihrer Ministerzeit, frustriert von »Fraktionszwang und Westberatern« die SPD (<http://www.tagesspiegel.de/politik/lebenslaeufer-der-wende/593982.html>). Angelika Barbe, eine der Mitgründerinnen der SDP in Schwante und bis 1994 SPD-Bundestagsabgeordnete wechselte 1996 zur CDU. Karl-August Kamilli, einer der Mitgründer der SDP in Leipzig und später Mitglied im Vorstand der SPD-Ost, trat ebenfalls aus der SPD aus und war nach Presseberichten zeitweise Mitglied der Schill-Partei vgl. <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2002/01/31/a0137>.

67 Die einzelnen noch auf die DDR zugeschnittenen Bestimmungen wurden jedoch durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 faktisch zum großen Teil wieder aufgehoben. Vgl. die Zusammenstellung unter <http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr90-laeefinf.htm>.

68 Vgl. »20 Jahre erste freie Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern« unter http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/20_jahre_erste_freie_landtagswahlen.pdf; zur Analyse der Parteienentwicklung in den neuen Ländern vgl. http://www.uni-potsdam.de/u/soziologie/methoden/forschung/potsbei/Potsdamer_Beitrag_Nr_8.pdf.

galten besondere Bedingungen. Die erste Fassung des Wahlgesetzes, die eine einheitliche Fünf-Prozent-Wahlklausel für das gesamte Bundesgebiet vorgesehen und mögliche Listenverbindungen auf regional nicht miteinander konkurrierende Parteien beschränkt hatte, war vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben worden. Durch die ursprünglichen Bestimmungen wären die aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen neuen politischen Gruppierungen, aber auch die PDS benachteiligt worden, da sie an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert wären; Vorteile hätte nur die DSU durch eine Listenverbindung mit der CSU gehabt. Nach der Gerichtsentscheidung wurde das Wahlgebiet für die Stimmenauszählung und die Berechnung der Sperrklausel in eine westdeutsche und eine ostdeutsche Hälfte aufgeteilt; in den neuen Bundesländern konnten Parteien und politische Vereinigungen nun Listenverbindungen eingehen (Listenverbindungen nicht konkurrierender Parteien wie die von DSU und CSU waren untersagt). Im Bundestagswahlkampf, in dessen Mittelpunkt insbesondere die Finanzierung der deutschen Einheit stand, vermochte sich Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat der SPD nicht durchzusetzen.⁶⁹ Aus den Wahlen ging die Union als klarer Wahlsieger hervor, auch wenn ihre Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern etwas schwächer ausfielen als im Westen. Gegenüber der Volkskammerwahl konnte sie jedoch eine leichte Steigerung verzeichnen. Die SPD erhielt 33,5 Prozent; sie blieb dabei gerade in den neuen Bundesländern mit nur 24,3 Prozent der Stimmen weit hinter ihrem Anteil von 35,7 Prozent im Gebiet der alten Bundesrepublik zurück. Überdurchschnittliche Erfolge gelangen ihr wieder nur in Brandenburg und Ost-Berlin, während sich das starke Abschneiden der CDU in den südlichen Regionen der ehemaligen DDR wiederholte.⁷⁰

Viele grundsätzliche Probleme und Fragen, die den Umgang mit der DDR-Vergangenheit und den Folgen des SED-Systems betrafen, gingen nach dem 3. Oktober 1990 in die Verantwortung der Abgeordneten des Deutschen Bundestags über. Das galt zum Beispiel für die Verwaltung der Stasi-Unterlagen. Die Bundesregierung hatte sich zunächst geweigert, das am 24. August 1990 beschlossene DDR-Gesetz zu übernehmen. Nach massivem Druck der Volkskammer wurde als Kompromiss vereinbart, dass die Grundsätze des

69 Falter: Wahlen 1990, in: Jesse/Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit, S. 186.

70 Vgl. Falter: Wahlen 1990, in: Jesse/Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit, S. 175–186.

Volkskammergesetzes durch eine zukünftige Gesetzgebung berücksichtigt werden sollten. Dies wurde auch in die am 18. September 1990 unterzeichnete Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag aufgenommen. In dem vom Deutschen Bundestag 1991 verabschiedeten Stasi-Unterlagengesetz wurde das Recht auf Akteneinsicht verankert; für die wissenschaftliche Forschung bedeutete es allerdings »einen Rückschritt hinter die klaren Regelungen der Volkskammer«⁷¹, da Akten zum Teil nur anonymisiert eingesehen werden konnten. Joachim Gauck, der Sonderbeauftragte der DDR für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Sicherheitsdienstes der DDR, wurde in seiner Funktion bestätigt und 1991 zum ersten Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ernannt.

Zwischen 1992 und 1998 beschäftigten sich zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihren Folgen. Die Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« wie auch die Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« legten umfangreiche Dokumentationen vor.⁷² Auf Empfehlung der zweiten Kommission verabschiedete der Deutsche Bundestag 1998 ein Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zur Rehabilitation und Versorgung der Opfer wurden mehrere SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und Gesetze zur Regelung der rehabilitierungsrechtlichen Vorschriften verabschiedet.⁷³ Bei allen Initiativen spielten fachliche Kompetenzen ostdeutscher Politiker und ostdeutscher Sozialdemokraten eine wesentliche Rolle. Zunehmend rückt in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung und dem Nachdenken über die gemeinsame deutsche Geschichte auch der Begriff der Erinnerung in den Mittelpunkt, der eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Leben in der DDR in seinen verschiedenen Facetten ermöglicht.

71 Vgl. Klaus Bästlein: »Meine Akte gehört mir!« Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Unterlagen, in: http://www.bpb.de/themen/ZA37WL,0,Meine_Akte_geh%F6rt_mir!.html.

72 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 9 Bde. in 18 Teilbdn., Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995; Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, hrsg. vom Deutschen Bundestag, 8 Bde. in 14 Teilbdn., Baden-Baden/Frankfurt am Main 1999–2000.

73 Zur Übersicht über die Gesetzgebung vgl. <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/juristische-aufarbeitung-1174.html#A1474>.

Für Forschungen über die Rolle der sozialdemokratischen Abgeordneten im letzten Parlament der DDR und ihren Beitrag zur Gestaltung der deutschen Einheit sind die Protokolle und Unterlagen der SPD-Fraktion in der Volkskammer sowie die persönlichen Aktenbestände ehemaliger Volkskammerabgeordneter im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung eine wesentliche Grundlage; es wäre wünschenswert, wenn der vorliegende Band zu einer intensiveren Beschäftigung mit diesem Thema anregen würde.

23. SEPTEMBER 2010

Markus Meckel

Rückblick auf die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR im Herbst 1989

Markus Meckel, Mitgründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, 1990 Mitglied der frei gewählten Volkskammer und Außenminister der DDR weist einleitend darauf hin, dass es sich beim Thema der Konferenz um eine oft vergessene Dimension des Einigungsprozesses handele. Auch die Geschichte der Ost-SPD müsse erst noch geschrieben werden. Ein gerade im Vorwärts-Verlag erschienener kleiner Band mit Zeitzeugenberichten hebe dieses Defizit nur umso deutlicher hervor.⁷⁴

»Wir alle stehen am Ende eines langen Erinnerungsmarathons der Jahre 1989/90. Ich möchte dabei zu Beginn an die Anfänge erinnern. Viele der heute Anwesenden waren mit dabei damals, nicht nur als Zeitzeugen, sondern als Akteure. Es war ein Aufbruch aus den Verhältnissen der Unfreiheit und zugleich die erste erfolgreiche Freiheitsrevolution der deutschen Geschichte. Uns wurde die Freiheit nicht geschenkt, wir haben sie uns erkämpft und wir können stolz darauf sein! Und so wurde *auch* das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen – weil die große Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland es wollte!

Dabei war das damals nicht nur eine deutsche Sache. Ende der 1980er Jahre zeichnete sich immer deutlicher ab, dass mit Gorbatschow die Panzer aus Moskau wohl nicht mehr rollen würden – ganz sicher aber konnte man trotzdem nie sein. Damals wuchs die Hoffnung, dass sich nun wirklich etwas ändern ließe. In den baltischen Staaten gab es schon 1988 große Demonstra-

⁷⁴ Markus Meckel/Steffen Reiche (Hrsg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist.« Gedanken zur Gründung der Ost-SPD, Berlin 2010.



Markus Meckel:
*»Rückblick auf die
 Gründung der Sozial-
 demokratischen Partei
 in der DDR im Herbst
 1989«*

tionen für Freiheit und staatliche Unabhängigkeit. Die ersten Erfolge gab es dann in Polen und Ungarn: Mit dem von der Solidarność erzwungenen Runden Tisch und Tadeusz Mazowiecki als dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen, mit der Zulassung von unabhängigen Vereinigungen und Parteien in Ungarn und dem Beschluss, 1990 freie Wahlen abzuhalten, mit der Entscheidung des ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh, die Grenze zum Westen für DDR-Flüchtlinge zu öffnen, mit der er den ersten Stein aus der Mauer brach – mit all dem bekam der betonierte Kommunismus erste große Risse.

Und doch kann man nicht sagen, dass der Funke der Freiheit erst von den Nachbarn zu uns übersprungen ist. Die Friedliche Revolution hat in der DDR-Opposition selbst eine lange Vorgeschichte. Und das gilt auch für die ostdeutsche Sozialdemokratie. Ihre Wurzeln liegen in der relativ kleinen demokratischen Opposition der 1970er und 1980er Jahre. Vieles davon geschah innerhalb der evangelischen Kirche. Was wir damals versuchten, war gewissermaßen eine Schule des aufrechten Gangs und der Zivilcourage, des selbstständigen Denkens und der Verantwortung. Dies hatte lange eine mehr moralische Dimension. Wir sahen mit Bewunderung auf den Widerstand im Nationalsozialismus. Auch wenn er keinen Erfolg hatte – es war

»Was wir damals versuchten, war gewissermaßen eine Schule des aufrechten Gangs und der Zivilcourage, des selbstständigen Denkens und der Verantwortung.«

wichtig, dass es überhaupt geschah! So sahen wir es auch für uns, ohne an den eigenen Erfolg, ohne an wirkliche Veränderung zu glauben. Václav Havel hat es in große Worte gefasst, wenn er sagte: Es ging um den ›Versuch, in der Wahrheit zu leben‹ und sich nicht von der allseits herrschenden Lüge überwäligen zu lassen.

Wichtig war in all den Jahren, dass durch die von Willy Brandt begonnene Ost- und Entspannungspolitik die Möglichkeiten der Information und der Kontakte in den Westen lebendig blieben beziehungsweise neu geschaffen und gestärkt wurden. So öffneten sich Handlungsspielräume, die vorsichtig genutzt wurden. Als mit der Politik Gorbatschows, mit Glasnost und Perestroika, Hoffnung aufkam, wurde diese durch die SED zunichte gemacht, die sich davon abschottete. Die Zeit wurde immer bleierner. Wer vorher noch Hoffnung auf Veränderung von oben hatte, dem ging sie wohl spätestens 1987 verloren. Nach Honeckers Besuch bei Helmut Kohl schlug die SED auch innenpolitisch wieder hart zu. Mancher erinnert sich an den Sturm der Staatssicherheit auf die Umweltbibliothek im November 1987, an die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 und die vielen Verhaftungen 1987/88.

In dieser Zeit begannen wir, nach neuen Formen der Opposition außerhalb der Kirche zu suchen. Anfang 1989 beschlossen Martin Gutzeit und ich, die Sozialdemokratie neu zu gründen. Warum wir uns gerade für eine sozialdemokratische Partei entschieden, habe ich später in meinem programmatischen Vortrag bei der Gründung am 7. Oktober 1989 in Schwante dargelegt. Wir stellten uns damit bewusst in die Tradition der ältesten demokratischen Partei Deutschlands. Die alte Sozialdemokratie hatte die Arbeiterschaft aus einem Objekt gesellschaftlicher Unterdrückung zum Subjekt von Politik und gesellschaftlicher Gestaltung gemacht. Genau das wollten wir auch! Untertanen sollten zu Bürgern werden können, die sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen. Wir hofften, mit dieser Gründung auch über die engen Kreise der Intellektuellen und der Kirche hinauszukommen und breite Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Gleichzeitig sahen wir die globalen Herausforderungen. Und auch hier waren es große Sozialdemokraten, an denen wir uns orientierten: Willy Brandt mit seinem Nord-Süd-Bericht, der Schwede Olof Palme mit dem Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und die Norwegerin Gro Harlem Brundtland mit dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung. Diesen Orientierungen wollten wir folgen, denn hier sahen wir Wege in die Zukunft!

»Mit der Gründung einer sozialdemokratischen Partei legten wir die Axt an die ideologische Selbstdefinition der SED – wir zogen gewissermaßen die sozialdemokratische, zwangsvereinigte Hand aus dem Parteiabzeichen der SED.«

Besonders wichtig aber war: Mit der Gründung einer sozialdemokratischen Partei legten wir die Axt an die ideologische Selbstdefinition der SED – wir zogen gewissermaßen die sozialdemokratische, zwangsvereinigte Hand aus dem Parteiabzeichen der SED. Wir bestritten das von der SED beanspruchte absolute Wahrheits- und Machtmonopol. Wir wollten nicht nur eine andere Politik der SED im Dialog durchsetzen, sondern den Systemwechsel – eine parlamentarische Demokratie westlichen Musters mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Darin unterschieden wir uns auch von anderen Gruppierungen in der Opposition. Gewiss, es war wohl etwas verwegen, aber: Wir stellten die Machtfrage. Es ging uns darum, Bedingungen der Freiheit und des Rechts zu schaffen, in denen die Menschen zu verantwortlichen Bürgern werden – engagiert, selbstbewusst und als solche geachtet.

Das war sozusagen Selbstermächtigung! Und sie war ansteckend – und sollte es sein! Überall ergriffen beherzte Frauen und Männer die Initiative und gründeten Ortsvereine. Der Funke schlug Feuer. Die Menschen verloren in diesen Tagen die Angst, gingen auf die Straße. Die von uns im Sommer 1989 in der DDR neu initiierte Sozialdemokratie wurde dann im Herbst gemeinsam mit den Bürgerbewegungen wie dem Neuen Forum, Demokratie Jetzt und dem Demokratischen Aufbruch zu einer der tragenden Kräfte der Friedlichen Revolution in der DDR. Wir haben anfangs selbst nicht mit einem so schnellen Erfolg gerechnet. Doch als die Menschen in Massen auf den Straßen waren und immer wieder kamen, als schließlich am 9. Oktober nicht geschossen wurde, wurde recht schnell klar: Wir werden es schaffen mit der Demokratie.

Die Friedliche Revolution konnte erfolgreich sein, weil Verschiedenes zusammenkam: der Druck der Massen und das politische Handeln der neu gegründeten Bewegungen und Parteien der demokratischen Opposition. Denn es wurde damals nicht nur demonstriert. Schon vorher, aber besonders am Zentralen Runden Tisch und an den vielen regionalen Runden Tischen begann konkretes politisches Handeln und Umgestalten. Und überall waren von Beginn an Sozialdemokraten führend mit dabei.

Unsere Ziele waren Freiheit und Demokratie, wir wollten die uns abgesprochene Zuständigkeit für die eigene Wirklichkeit erlangen. Gleichzeitig war klar: Zwei demokratische deutsche Staaten mit der Mauer – das ist absurd. Doch wir dachten zunächst, darum kümmern wir uns später. Mit

dem Fall der Mauer stand dann aber fest: Das muss sofort geschehen! Die deutsche Einheit stand plötzlich mit auf der Tagesordnung. In den Erklärungen zur deutschen Einheit vom 3. Dezember 1989 und vom Januar 1990 haben wir deutlich gemacht: Wir bekannten uns zur deutschen Einheit, aber wir wollten sie nicht als Ergebnis einer Übernahme durch den Westen. Wir wollten sie als eine von den beiden deutschen Staaten verhandelte deutsche Einheit. Wir wollten ihre Bedingungen mitbestimmen und sie so gestalten, dass niemand sie fürchten musste, weder die sozial Schwachen noch die europäischen Nachbarn!

Im Rückblick staune ich manchmal, wie es inzwischen üblich geworden ist, die Geschichte der deutschen Einheit zu schreiben. Meines Erachtens war es eben nicht so, wie es oft erzählt wird, so als wären nach dem Fall der Mauer Helmut Kohl und die anderen »richtigen Politiker aus dem Westen« gekommen und hätten die deutsche Einheit gemacht. Warum wären dann nach dem 9. November 1989 noch Wahlen in der DDR nötig gewesen? Sie waren nötig, weil es legitimierte Vertreter der DDR für diese Verhandlungen zur deutschen Einheit brauchte! Und es war wichtig, dass der Transformationsprozess unmittelbar begann, mit konkreten, selbst getroffenen Entscheidungen!

Die ostdeutsche Sozialdemokratie war die einzige Kraft in der DDR, die sowohl in der Friedlichen Revolution eine wichtige Rolle spielte wie auch im deutschen Vereinigungsprozess nach der freien Wahl. Während der Friedlichen Revolution standen die CDU und die anderen Blockparteien noch an der Seite der SED, das galt auch noch für die Anfänge des Runden Tisches. Eine Bedeutung gewannen sie erst, als die westdeutschen Parteien hinter ihnen standen, welche die Bundesregierung stellten. Unsere Mitstreiter aus den Bürgerbewegungen konnten wiederum den Prozess zur Einheit nur kommentierend begleiten, da nur wenige ein Parlamentsmandat erreichen konnten.

Über die vielfältigen Fragen und Streitpunkte der Fraktionsarbeit wird hier auf der Tagung berichtet werden. Insgesamt kann kaum geäußert werden, dass wir als Sozialdemokraten wohl die innovativste Fraktion der Volkskammer waren. Dafür kommen Richard Schröder als Vorsitzendem, Reinhard Höppner als Vizepräsident und Martin Gutzeit als Geschäftsführer besondere Verdienste zu.

Wir als Sozialdemokraten haben als erste die Wiedererrichtung der Ländersysteme gefordert (schon im Aufruf zur Gründung!), eine Forderung, die schnell zum Allgemeingut avancierte und von der Volkskammer umgesetzt wurde.

Schnell nach der Wahl mussten auch die Voraussetzungen für den demokratischen Neuanfang mit der Kommunalwahl im Mai 1990 geschaffen werden. Manche von uns sind dann in die Kommunalpolitik gewechselt und haben über Jahre hinweg dort viel geleistet. Ich erinnere nur an Willi Polte. Überhaupt galt es nach der Wahl im März 1990, die Volkskammer erst zu einem richtigen Parlament zu machen. Wir waren die einzigen, die dazu Vorarbeiten geleistet hatten – sie waren in Martin Gutzeits Computer zu finden.

Erinnert sei auch daran, dass die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit nicht erst nach der deutschen Vereinigung begann, sondern in der Volkskammer. Das gilt für die Überprüfung der Abgeordneten wie für die Öffnung der Akten der Staatssicherheit. Und es gilt für das Verhältnis zu unseren Nachbarn. Die außenpolitische Erklärung vom 12. April 1990 war ein wichtiges Signal: Dass nun Demokraten, die ihre Geschichte und Verantwortung kennen, die DDR regierten und mit der angestrebten deutschen Vereinigung die europäische Solidarität nicht vergessen würden. Deshalb führte mich auch meine erste Reise als Außenminister nach Polen, deshalb war die Anerkennung der polnischen Westgrenze uns besonders wichtig. Sie war eben nicht – wie Helmut Kohl behauptete – der »Preis der deutschen Einheit«, sondern als Folge des Zweiten Weltkriegs bedingungslos und für alle Zukunft anzuerkennen.

Für die Arbeit unserer Fraktion war die Unterstützung der West-SPD außerordentlich wichtig. Für die Anfänge der Partei sei besonders an Norbert Gansel erinnert, für die Volkskammerfraktion war Dietrich Stobbe die Kontaktperson zur West-SPD, der – wo immer möglich – Unterstützung organisiert hat. Hans-Jochen Vogel, der uns ein fairer Begleiter und Partner war, hatte ihn dafür benannt. Immer wieder schwierig war es mit dem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine und durchaus auch mit Teilen der Partei, bei der eine tief verankerte Tendenz zur Verharmlosung der kommunistischen Diktatur zu spüren war. Viele glaubten ja, dass in der SED noch sozialdemokratische Traditionen wirksam seien – dabei galt das viel stärker bei dem Teil der Bevölkerung, welcher der SED kritisch gegenüberstand. Diese Fragen haben dann ja auch nach 1990 noch lange nachgewirkt.

Über die Regierungsarbeit der SPD in der Koalition zu berichten, wäre noch ein besonderes Kapitel, das später zur Sprache kommt. Auch über das Ende der Koalition und seine Gründe wird dann zu reden sein. Dabei sollten wir durchaus auch kritisch eigene Positionen befragen. Denn nicht nur andere haben Dinge falsch gemacht.

Bei allem, was es gewiss zu kritisieren gibt an den damaligen Abläufen – wir Ostdeutsche vergessen es selbst zu oft – bleibt festzuhalten: Wir Ostdeutschen sind aufrechten Ganges und erhobenen Hauptes selbstbewusst in die deutsche Einheit gegangen, weil wir es so wollten! Niemand hätte die deutsche Einheit machen können ohne uns! Die von uns selbst erkämpfte Freiheit hat die deutsche Einheit ermöglicht – und wir haben sie mit gestaltet! Das gilt auch für Europa. Durch den Sieg von Freiheit und Demokratie in Mitteleuropa und weit darüber hinaus konnte Europa zusammenwachsen. Und wir konnten dazu beitragen!

Dieses Selbstbewusstsein sollten wir uns erhalten und uns mit klarer Stimme dazu bekennen. Wir haben unser Schicksal in die eigene Hand genommen und in diesen zwanzig Jahren unwahrscheinlich viel geschaffen.«

I. Podium

Politisierungserfahrungen am Ende der DDR

Teilnehmer/-in: Christina Fritsch, Frank Heltzig, Stephan Hilsberg,
Hinrich Kuessner, Markus Meckel, Steffen Reiche, Bernd Voigtländer,
Gunter Weißgerber.

Moderation: Mike Schmeitzner.

Im Mittelpunkt des ersten Podiumsgesprächs stehen die Erfahrungen der Parteigründer der SDP im Herbst und Frühjahr 1989, ihre biografischen Prägungen und politischen Überzeugungen. Mike Schmeitzner erwähnt in diesem Zusammenhang zur Charakterisierung der Gründergeneration das von Frank Heltzig geprägte Wort von den »Physikern und Metaphysikern«, von denen die Gründung der SDP ausgegangen sei. In der Diskussion werden neben den Überlegungen auf der zentralen Ebene, die für die Parteigründung von Bedeutung waren, die unterschiedlichen Verhältnisse in einzelnen Orten beziehungsweise Regionen der DDR angesprochen. Nahezu alle Beteiligten gehörten 1989 zu den Gründern der Partei auf zentraler oder regionaler Ebene und wurden im März 1990 Abgeordnete der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR: Markus Meckel, Pfarrer und Mitinitiator des Aufrufs zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, hielt bei der Gründung am 7. Oktober 1989 in Schwante das programmatische Referat. Auch Steffen Reiche – gleichfalls Pfarrer von Beruf – beteiligte sich an der Gründung in Schwante und nahm kurze Zeit später Kontakt mit dem SPD-Präsidium in Bonn auf; zu den Gründern von Schwante zählte auch Stephan Hilsberg, Programmierer und Ingenieur für Datenverarbeitung. Christina Fritsch, 1989 als Lehrerin im Landkreis Zwickau tätig, war an der SDP-Gründung in Zwickau beteiligt; Frank Heltzig, Physiker, war Mitgründer der SDP in Dresden; Hinrich Kuessner, Theologe, 1989 Vorstand einer wohltätigen kirchlichen Stiftung in Greifswald, kam über das Neue Forum zur SDP; Bernd Voigtländer, von Beruf Bauingenieur, war Gründungsmitglied des SPD-Stadtverbandes Halle; Gunter Weißgerber, Betriebsingenieur und Abteilungsleiter im Braunkohlenwerk Borna, erlebte die Friedliche Revolution und die großen Demonstrationen in Leipzig, wo er gleichfalls zu den Parteigründern zählte. Der Moderator Mike Schmeitzner,



I. Podium: »Politisierungserfahrungen am Ende der DDR«, von links: Gunter Weißgerber, Steffen Reiche, Stephan Hilsberg, Mike Schmeitzner, Bernd Voigtländer, Christina Fritsch, Frank Heltzig, Markus Meckel

Historiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.

Mike Schmeitzner unterstreicht zu Beginn die Elemente, die das politische Alleinstellungsmerkmal der SDP-Gründung im Herbst 1989 ausmachten: Der Anspruch, eine Gegenpartei zur Staatspartei SED zu sein und mit den Forderungen nach demokratischem Rechtsstaat, Gewaltenteilung und einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft auch programmatisch einen Gegenentwurf anzubieten. Er fragt nach den Anfangsschwierigkeiten der in Schwante gegründeten Sozialdemokratischen Partei, die im Hinblick auf die fehlende Infrastruktur zunächst nur eine »virtuelle Partei« gewesen sei. Mit Verweis auf basisdemokratische Vorstellungen und den von Konrad Elmer verfassten Statutenentwurf stelle sich auch die Frage nach Besonderheiten, durch die sich die Ost-SPD von der westdeutschen und auch von der älteren deutschen Sozialdemokratie vor 1933 unterscheiden habe.

Stephan Hilsberg: »Ich kann mich nicht erinnern, dass es in Deutschland jemals eine Parteigründung gegeben hat, von der man nicht sagen könnte, es

sei eine Kopfgeburt gewesen. Anders als mit Intelligenz, mit Konzepten, mit Ideen kann man ja Parteien überhaupt nicht gründen.« Auch die im 19. Jahrhundert gegründete Sozialdemokratische Partei sei nicht aus einer Massen-

»Ich kann mich nicht erinnern, dass es in Deutschland jemals eine Parteigründung gegeben hat, von der man nicht sagen könnte, es sei eine Kopfgeburt gewesen.«

bewegung entstanden, sondern weil eine Partei da war, habe eine Massenbewegung daraus werden können. So sei auch die SDP in der DDR »nach klassischem Muster« vorbereitet worden. Ausgehend von einem kleinen Zirkel sei man zum ersten Mal im August 1989 an die Öffentlichkeit getreten und habe dann Mitstreiter gesucht – ein Vorgang, zu dem es keine Alternative gegeben habe. Erst nach dem Gründungsakt sei es dann darum gegangen, die Parteivorstandsstrukturen aufzubauen und Büros suchen. Dies sei

unter den Bedingungen der damaligen DDR zwar extrem schwierig, aber doch möglich gewesen, vor allem, weil diese Idee auf so große Sympathie und viele Mitstreiter gestoßen sei. Man habe über Leute, die bereit waren, sich als Person in der Öffentlichkeit benennen zu lassen, die sogenannten Kontaktadressen geschaffen. Diese Personen hätten dann dafür gesorgt, dass es sich bei denjenigen, die neu hinzugekommen seien, gleichfalls um vertrauenswürdige Persönlichkeiten gehandelt habe. Auf diese Weise hätten sich in den Städten und Gemeinden, auch in den Kreisen und Bezirken relativ schnell Verbände gebildet. »Wir waren nicht diejenigen, die das zu genehmigen hatten, wir waren ja schon froh, wenn wir Kontakt hatten. Und trotzdem waren wir sicher, dass diejenigen, die sich da zur Sozialdemokratie bekannten, im Wesentlichen in Ordnung waren und sich im Wesentlichen auch tatsächlich glaubhaft mit der sozialdemokratischen Idee identifizierten und diese Riesenarbeit auf sich nehmen wollten. Wir haben von Anfang an, das ist auch etwas ganz Wichtiges, dafür gesorgt, dass sich der Vorstand der jungen SDP einmal wöchentlich traf. Wir machten sehr, sehr lange Vorstandssitzungen, in denen alles diskutiert wurde, die politischen wie auch die gesamten organisatorischen Fragen. Da ist auch darüber berichtet worden, was in den Gliederungen passiert, was sich an Strukturen aufbaut. Wir haben in diesen Strukturen über alle politischen Fragen gesprochen, so zum Beispiel: Was bedeutet das jetzt für die deutsche Einheit? Was bedeutet die Auseinandersetzung mit den übrigen Oppositionsgruppen? Wie gehen wir um mit Fragen der Legalisierung? Wie gehen wir um mit Fragen der spezifischen Kontakte, beispielsweise was die SED betrifft? Es ist auch diskutiert worden, wie die Kontakte zur West-SPD liefen. Darüber gab es einen breiten Kommunikations- und Verständigungsprozess, das war nicht einfach nur selbst-



I. Podium, Steffen Reiche, Stephan Hilsberg, Hinrich Kuessner

verständlich. Es gab auch einen kleinen geschäftsführenden Vorstand, etwa einem Präsidium vergleichbar, der nur wenige Mitglieder hatte. In diesem Rahmen gab es Momente, da haben wir uns fast täglich getroffen und miteinander ausgetauscht. Mit Markus Meckel war es nicht ganz einfach, weil er nicht in Berlin war, aber was Martin Gutzeit betrifft, was Angelika Barbe betrifft, so war ein ganz enger Kontakt hergestellt. Dazu gehörte natürlich auch Ibrahim Böhme, das darf man nicht verschweigen. Das erste Büro, das wir hatten, war ein kleines Zimmer in der Wohnung meiner Eltern, wo wir das Telefonkabel meiner Eltern anzapften, sozusagen einen Zweitapparat zur Nummer meines Vaters einrichteten, damit wir überhaupt mehr oder weniger ein Büro hatten. Ich fand, dass alles das, was wir damals gemacht haben, eigentlich sehr folgerichtig, sehr logisch war; es gab dazu im Wesentlichen kaum eine Alternative. Wir haben unsere ersten Büros dann bekommen, als sich im Zusammenhang mit dem Runden Tisch – dessen Idee bei mir in der Wohnung mit geboren und ventiliert wurde – die Opposition Räume organisieren konnte. Allerdings waren die Räume, die uns innerhalb des Hauses der Demokratie zugewiesen worden waren, viel zu klein.

Wir brauchten von da an auch schon sehr viel größere Räume; wir bekamen ein Büro in Berlin in der Otto-Grotewohl-Straße, bevor wir dann

in die Rungestraße zogen. All das ist sehr, sehr stringent und zwangsläufig gewesen, und wir hatten innerhalb von drei Monaten ein funktionierendes, voll ausgestattetes Vorstandsbüro mit Öffentlichkeitsarbeit, mit Presseabteilung, mit dem ganzen Stab, der den Wahlkampf vorbereitet hat. Man darf ja nicht vergessen: Wir hatten für den ersten Parteitag im Januar 1990, die Delegiertenkonferenz, zwar große Unterstützung durch die West-SPD, aber organisiert haben wir alles allein. Wir haben dafür gesorgt, dass in ganz Berlin Unterkünfte für die Delegierten zur Verfügung standen, das heißt, wir waren logistisch präsent. Neben den Ideen, den politischen Ideen im metaphysischen Hintergrund, die notwendig sind, um so eine Partei erfolgreich gründen zu können, gab es auch genug an praktischem Sachverstand. Es war natürlich eine enorme Herausforderung, und ein gewaltiger Kraftakt. Der konnte deshalb gelingen, weil die Idee stimmte und weil eigentlich auch der Fahrplan stimmte, auch wenn man natürlich – selbstkritisch wie man ist – an den Wegen und an den Schritten immer mal wieder gezweifelt hat.«

Markus Meckel unterstreicht in seinem Beitrag generell die große Bedeutung des Abstimmungs- und Diskussionsprozesses in der neu gegründeten Partei, unabhängig von dem basisdemokratischen Ansätzen des Elmer'schen Statuts. Man habe in Schwante kein Organisationsstatut beschlossen, denn bei der Diskussion über ein »Organisationsstatut à la Basisdemokratie« habe es »deutliche Differenzen« gegeben. Das Statut sei von Konrad Elmer oft mit

anderen Materialien verteilt wurden, ohne dass deutlich gemacht worden sei, dass es nicht das offizielle Statut war. Dieses Organisationsstatut sei zum ersten Mal im Berliner Stadtverband beschlossen worden, aber eben nicht für die DDR-SPD insgesamt, für diese sei im Februar 1990 ein sozusagen »normales« Statut beschlossen worden. Dennoch müsse man festhalten, dass vieles in der Entwicklung der Partei nicht anders hätte laufen können als dezentral, denn nur das hätte dem Selbstverständnis der Gründer entsprochen: »Martin Gutzeit und ich hätten locker ein ganzes Programm schreiben können. Aber wir haben das mit Absicht nicht gemacht, weil klar war, es sollten einige Eckpunkte, eine Grundorientierung vorgegeben werden, aber dann musste das Programm in einem demokratischen Prozess der Beteiligten breit diskutiert werden. Wir haben ein Wahlprogramm gemacht, das bei Richard Schröder in der Wohnung Anfang des Jahres 1990 in einem kleinen Kreis erar-

»Martin Gutzeit und ich hätten locker ein ganzes Programm schreiben können. Aber wir haben das mit Absicht nicht gemacht, weil klar war, es sollten einige Eckpunkte, eine Grundorientierung vorgegeben werden, aber dann musste das Programm in einem demokratischen Prozess der Beteiligten breit diskutiert werden.«

beitet worden ist, und wir haben außerdem eine Grundsatzkommission geschaffen, um sozusagen auch programmatisch eine langfristige Perspektive zu schaffen, all das vor dem ersten Parteitag und neben der aktuellen politischen Arbeit, das heißt, es ging uns wirklich um starke Inklusivität. Die Vorstandssitzungen fanden mit dem gewählten Vorstand statt – wo andere Strukturen entstanden waren, haben wir die Vertreter der neu gegründeten regionalen Strukturen eingeladen, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen. Weil wir kein Kommunikationssystem hatten, musste das über persönliche Kommunikation laufen. Es musste in dieser Anfangszeit Möglichkeiten der Mitsprache, des Einspruchs und des Beteiligtseins der neu gegründeten Strukturen geben – die Partei wäre zerbrochen, wenn da plötzlich eine Truppe einfach für sich selbst entschieden hätte und diejenigen, die neu hinzukamen, eben nur die Hinzugekommenen gewesen wären. Es gehörte von vornherein zu unserer Strategie, zu sagen, dieser Prozess braucht eine möglichst starke Inklusivität. Wir müssen die Grundsatzfragen miteinander diskutieren, auch um beisammen zu bleiben, und wir müssen versuchen, uns programmatisch entsprechend auszurichten. Insofern glaube ich nicht, dass mit dem Stichwort Basisdemokratie allein der wesentlichste Zug getroffen ist. Jeder musste vor Ort selbstständig arbeiten. Wir haben nicht beschlossen, wo Demonstrationen gemacht werden. Man musste überlegen, welche Massendemonstrationen dezentral jeweils in eigener Verantwortung, in Zusammenarbeit mit dem Neuen Forum, mit anderen Gruppen, zu machen waren. In zentralen Fragen mussten wir natürlich gemeinsam arbeiten.«

Zur der Entstehung des Runden Tisches: »Der SDP-Vorstand hat am 8. November ein Papier beschlossen, das Martin Gutzeit und ich am 6. gemacht hatten. Martin hatte dann die Aufgabe, dieses Papier in die Kontaktgruppe der Opposition⁷⁵ am 10. November mitzunehmen, um dort den Vorschlag für den Runden Tisch zu machen. Aber man erinnere sich, dass zwischen dem 8. und 10. noch der 9. November kam, das heißt, da fiel die Mauer. Natürlich war das ein zentrales Ereignis, das vieles veränderte, aber die Herausforderung blieb die gleiche. Gerade die Perspektive deutsche Einheit: Um sie zu verhandeln, brauchte man Demokratie, das heißt, der ursprüngliche Impetus mit der Priorität der Demokratie wurde damit nicht abgebrochen, und so hat dann am 10. November die Kontaktgruppe den

75 Kontaktgruppe oppositioneller politischer Organisationen, Gruppen und Parteien, die sich seit Oktober 1989 regelmäßig traf.



I. Podium, Christina Fritsch, Frank Heltzig, Markus Meckel

Vorschlag des Runden Tisches gemacht – über die Kirche an die staatlichen Stellen –, so dass am 7. Dezember dann der Runde Tisch zustande kam. Wenn ich bedenke, was in diesem ersten Vierteljahr alles parallel lief, dann kann ich nur sagen: Erstaunlich, dass bei dieser absoluten Überforderung, mit der wir alle zu tun hatten, und ohne dass wir Verwaltungserfahrung hatten, die Dinge dann im Endeffekt so gut gelaufen sind.«

*In die Aufbauphase der SDP fiel auch die Kontaktaufnahme zur West-SPD, für die Steffen Reiche einen Privatbesuch in Westdeutschland nutzte. **Der Moderator** bittet Steffen Reiche, seine Eindrücke zu schildern, zu denen unter anderem ein Auftritt in einer »Brennpunkt«-Sendung im westdeutschen Fernsehen anlässlich des Rücktritts von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 und ein Gespräch mit Hans-Jochen Vogel und anderen westdeutschen Sozialdemokraten gehörten.*

Steffen Reiche: Das Gespräch habe nicht vorbereitet werden können, da er vorher nicht gewusst habe, ob er ein Visum bekommen würde. Auch inner-

halb des SDP-Vorstandes sei eine eingehendere Diskussion nicht möglich gewesen. Ibrahim Böhme sei – wie so häufig – nicht erreichbar gewesen, nur mit Stephan Hilsberg habe er kurz darüber sprechen können, und dieser habe ihm zugeraten. »Wir haben beide nicht geahnt, dass daraus etwas Ernstzunehmendes beziehungsweise etwas Wichtigeres werden könnte. Wir haben ja ganz bewusst gesagt, dass wir die SDP, also die Sozialdemokratische Partei in der DDR, sein wollten, weil wir nicht in den Verdacht geraten wollten, dass es sich dabei um eine Ausgründung der West-SPD handeln könnte. Wir wollten etwas Eigenständiges für die DDR, aber wir wollten auch Anerkennung. Das zeigte sich ja schon darin, dass wir in Schwante auch beschlossen hatten, dass wir von der Sozialistischen Internationale anerkannt werden wollen. Insofern war für mich die Möglichkeit, in den Westen zu fahren und dann auch im Ollenhauer-Haus erste Kontakte zu knüpfen, eine Chance. Nun wusste ich gar nicht, wie man das macht, denn Erfahrung im Umgang mit Parteien hatte ich nur aus der DDR-Kenntnis und da war es unmöglich, an wichtige Leute heranzukommen. Ich habe mir das nicht ganz so dramatisch für den Westen vorgestellt, aber dort an ernsthafte Verhandlungspartner heranzukommen hielt ich auch nicht für einfach.«

Von Manfred Rexin erhielt Steffen Reiche den Rat, sich in Bonn mit Tilman Fichter von der SPD-Parteischule in Verbindung zu setzen. »Und Tilman Fichter⁷⁶ und ich saßen dort in der Parteischule, also zwei Blocks vom Ollenhauer-Haus entfernt, und plötzlich kam ein Anruf von Freunden, die wussten, dass ich da war. Sie hatten mich bei Friedrich Küppersbusch⁷⁷, dem Moderator des Politik-Magazins ZAK angemeldet, und so wusste Fritz Pleitgen⁷⁸, für die an diesem Abend wegen des Honecker-Rücktritts stattfindende »Brennpunkt«-Sendung verantwortlich, dass da ein Ostdeutscher ist, den man fragen konnte, was der Rücktritt von Honecker für die Menschen in der DDR bedeutet. Und da gab es auch keine Möglichkeit mehr, mich mit dem SDP-Vorstand abzusprechen. Ich habe gesagt, gut, dann mache ich das, und saß da plötzlich dann mit Oskar Lafontaine, Helmut Schmidt, also dem

76 Tilman Fichter, geb. 1937, von 1986 bis 2001 Referent für Schulung und Bildung im SPD-Parteivorstand.

77 Friedrich Küppersbusch, geb. 1961, Journalist, Fernsehproduzent, seit 1987 Autor, ab 1990 Moderator des für seinen kritisch-provozierenden Stil berühmt gewordenen Politik-Magazins ZAK, das zunächst vom WDR, dann von der ARD ausgestrahlt wurde.

78 Fritz Pleitgen, geb. 1938, von 1988 bis 1993 Chefredakteur Fernsehen des WDR und Leiter des Programmbereichs Politik und Zeitgeschehen.

Altkanzler, und Rudolf Seiters⁷⁹ und sollte etwas dazu sagen, welche Entwicklungsmöglichkeiten sich nun aus diesem Rücktritt ergeben könnten. Das war sehr beeindruckend und prägend.« Vorher hatte es noch ein Gespräch mit Karl-Heinz Klär⁸⁰, dem Verantwortlichen für die Planung im Ollenhauer-Haus, gegeben: »Wir haben gemeinsam darüber gesprochen, was man da sinnvollerweise sagen kann. Was ich aus unserer Sicht sagen wollte, war klar, aber es musste ja auch für ein westdeutsches Publikum verständlich beziehungsweise für das ostdeutsche Publikum als Botschaft gut hörbar sein.«

In diesem Zusammenhang habe ihn einige Tage später Hans-Jochen Vogel bei einem Besuch im Ollenhauer-Haus zu einem Gespräch eingeladen und ihn gefragt, ob er mit ins Präsidium der SPD kommen wolle. »Im Präsidium habe ich zum einen von unserer Gründung erzählt, was wir wollen, wo wir stehen. Ich habe auch unsere Bitte um Unterstützung vorgetragen, die unsere Position in der DDR ja stärken konnte und auch gestärkt hat. Und dann unsere Bitte, dass der SPD-Bundesvorstand unseren Antrag, Mitglied der Sozialistischen Internationale zu werden, unterstützen möge. Nach etwa einer halben Stunde Gespräch mit dem Präsidium ist dann gesagt worden, das Ergebnis teilen wir dir später mit, komm am Abend bitte zu Egon Bahr in sein Abgeordnetenbüro im Tulpenfeld. Egon Bahr hat mir am Abend dann – und das

»Egon Bahr hat mir am Abend dann – und das muss in seiner ganzen Deutlichkeit noch mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken – die ›Präferenz der Kontakte der SPD zur SDP‹ zugesagt, im Auftrag des Präsidiums der SPD.«

muss in seiner ganzen Deutlichkeit noch mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken – die ›Präferenz der Kontakte der SPD zur SDP‹ zugesagt, im Auftrag des Präsidiums der SPD. Die SPD hat gesagt, sie wolle vorrangig, also vor den Kontakten zur SED (mit denen sie ja über viele Jahre Erfahrung hatte, da gab's eine ganze Reihe von Freundschaften, da gab's das gemeinsame Papier von SPD und SED⁸¹) von diesem Zeitpunkt an eine Präferenz pflegen zu dieser kleinen, ihr kaum bekannten Gruppe von Sozialdemokraten, die erst mit dem Aufbau einer Partei begonnen hatte. Und von da an haben wir Unterstützung in vielfältiger Weise erhalten.«

79 Rudolf Seiters, geb. 1937, von April 1989 bis November 1991 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

80 Karl-Heinz Klär, geb. 1947, 1987 bis 1991 Leiter der Abteilung Politik, Forschung und Planung beim SPD-Parteivorstand.

81 Gemeint ist das 1987 erschienene Papier »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Grundwertekommission der SPD/Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED«. Hrsg.: Vorstand der SPD/Abteilung Presse und Information (Politik, 1987, 3).



I. Podium, Steffen Reiche, links Gunter Weißgerber

Mike Schmeitzner erinnert sich, dass es bei den Jungsozialisten damals zum Teil recht befremdliche inhaltliche Positionen gegeben habe und nennt als Beispiel das »wunderbare Bonmot« des stellvertretenden Juso-Vorsitzenden Ingo Arend⁸², der im Hinblick auf den Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober erklärt habe, nun sei »der letzte große alte Mann der deutschen Arbeiterbewegung« gegangen. Er fragt, ob Steffen Reiche mit ähnlichen Äußerungen konfrontiert worden sei.

Steffen Reiche: »Durch die Vermittlung eines Freundes aus dem Bezirk Mittelrhein konnte ich mich mit einem Kölner Zeithistoriker treffen. Ich habe ihn nach seiner Meinung befragt, was er denn meint zu dem, was wir da machen, und wollte mit ihm über die SDP-Gründung sprechen. Es kam leider nicht zu einem Gespräch, weil er eine Stunde über die Unverantwortlichkeit dieser SDP-Gründung in dieser Situation doziert hat. Er hat gesagt – es war ein Sozialdemokrat! – er hat also gesagt, gerade in dieser Situation hätten wir als junge, unverbrauchte Leute in die SED eintreten und den Reformprozess

82 Ingo Arend, Journalist, Kunstkritiker.

innerhalb der SED bestärken sollen. Es gab diese Positionen auch in der SPD. Die Redakteurin des »Deutschland Archivs«⁸³ hat mir am Ende dieser Woche damals gesagt, dass es sie wirklich wundern und verwundern würde, wie innerhalb aller kürzester Zeit, also innerhalb einer Woche, die SPD ihre Position so dramatisch, so dynamisch und so gut und hilfreich hätte verändern können.«

Im zweiten Teil des Gesprächs stehen Beispiele für regionale Gründermilieus der SDP im Mittelpunkt: Leipzig – Dresden – Greifswald – Mülsen St. Niklas/ Zwickau – Halle. Der Moderator bittet Gunter Weißgerber, die besondere Situation der Sozialdemokratie in Leipzig, der Stadt der Montagsdemonstrationen, zu schildern, wo die Friedliche Revolution nicht nur für Sachsen, sondern für die DDR insgesamt maßgeblich durchgesetzt worden sei. Eher unbekannt sei auch der »Leipziger Aufruf« als Reaktion auf den Aufruf »Für unser Land«⁸⁴.

Gunter Weißgerber erinnert sich, dass er mit Freunden nach den Veränderungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow zunehmend über die Gründung einer sozialdemokratischen Partei nachgedacht habe. Vor allem nachdem Ungarn am 2. Mai 1989 angefangen habe, die Grenzanlagen abzubauen, sei man überzeugt gewesen, dass diese Entwicklung nicht rückgängig gemacht werden könne. Man habe die Verfassung der DDR zur Hand genommen und überlegt, was alles gestrichen werden müsse: das Machtmonopol der SED, der Sozialismus und andere Elemente. Darüber sei mehrere Wochen diskutiert worden, bis man schließlich erfahren habe, es gebe im

83 Ilse Spittmann-Rühle, geb. 1930, von 1968 bis 1998 Redakteurin des Deutschland Archivs.

84 Der Aufruf vom 26. November 1989 wurde von Intellektuellen, Künstlern und Wissenschaftlern der DDR unterzeichnet, unter u. a. von den Schriftstellern Volker Braun und Christa Wolf, der Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe, dem Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, dem Pfarrer Friedrich Schorlemmer und dem Filmemacher Konrad Weiß. Darin wurde die sich mit »atemberaubender Geschwindigkeit« vollziehende revolutionäre Erneuerung thematisiert, die nur wenig Zeit zur Einflussnahme lasse. Die Unterzeichner warnten vor einer Vereinnahmung der DDR durch »einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik« und forderten eine Besinnung auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale und die Verwirklichung einer sozialistischen Alternative zur Bundesrepublik. Zum Text vgl. http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_aufrufFuerUnserLand/index.html. Im Text wurde zur massenhaften Unterzeichnung aufgerufen. Auch die SED unterstützte den Aufruf, am 29. November 1989 unterschrieben ihn Egon Krenz und Hans Modrow. Insgesamt wurde er von 45.000 Menschen unterzeichnet. Vgl. Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen, S. 389.

Ostberliner Raum bereits ähnliche Überlegungen. Anfang August hätten sie von den Aktivitäten von Markus Meckel, Martin Gutzeit und anderen gehört und beschlossen, abzuwarten, was sich aus der dortigen Initiative ergeben werde. Vor der Gründung der SDP am 7. Oktober hätten sie noch ganz schnell das Statut bekommen, es sei dann auch gedruckt und in Leipzig verteilt worden. Weißgerber betont, er habe von Anfang an ein Problem mit dem Statut gehabt, vor allem im Hinblick auf die Passage über Deutschland und Europa, wo nur angedeutet worden sei, dass es auch zu einer deutschen Einheit kommen könne.⁸⁵ Ihm sei in Leipzig von Anfang an, schon im Oktober, immer wieder vorgehalten worden: »Ihr seid ja gar nicht für die Einheit, bei euch steht ja drin, das kann ja gar nicht passieren – diese Verteidigung musste ich von Anfang an führen.« Auch in Leipzig bildete sich eine Gruppe, die am 7. November 1989 eine Sozialdemokratische Partei gründete. »Über ›SDP‹ waren wir gar nicht so begeistert. Dass es etwas Eigenständiges sein sollte, leuchtete ein, aber wir wollten eigentlich eine SPD. Wir dachten an die SPD von Brandt und Schmidt, so etwas wollten wir. Da haben wir wirklich Probleme gehabt, wir wollten gleich richtig einsteigen.« Gunter Weißgerber weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die sozialdemokratische Partei in Plauen eher widerstrebend als SDP gegründet habe. Diese Entscheidung sei aber bereits am 14. Dezember 1989 wieder kassiert worden und man habe sich fortan selbstbewusst SPD genannt.⁸⁶

»Über ›SDP‹ waren wir gar nicht so begeistert. Dass es etwas Eigenständiges sein sollte, leuchtete ein, aber wir wollten eigentlich eine SPD.«

Die Gründe dafür hätten in der Entwicklung in der DDR gelegen. »In den südlichen Bezirken war es wirtschaftlich noch viel dramatischer als im restlichen Gebiet der DDR. Da hat es mehr gestunken im wörtlichen Sinne, und da hat man eben ganz einfach nur die Lösung gesehen: Das kann nur mit der deutschen Einheit glücken. Und wenn wir was erreichen, wird auch nur die deutsche Einheit diese Errungenschaften sichern können.« Dabei hätten

85 In dem in Schwante verabschiedeten Statut (Teil B, 3, Grundpositionen zur Erarbeitung eines Parteiprogramms) hieß es im Anhang: »Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.« Zit. nach Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 130.

86 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Plauen vom 14. Dezember 1989, Kopie im Besitz von Gunter Weißgerber; zur Gründung vgl. auch Lutz Kätzel: Die SPD im Vogtland, in: Rudloff/Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der sächsischen Sozialdemokratie, S. 129; http://www.vogtland-anzeiger.de/Vogtland_Anzeiger/index.php?menuid=23&reporeid=421.

auch Bedenken eine Rolle gespielt, dass es in der Sowjetunion möglicherweise zu einem Putsch mit negativen Auswirkungen auf die deutsche Entwicklung hätte kommen können. Es sei gut gewesen, dass das historische Zeitfenster so genutzt worden sei.

Natürlich sei es bei den Montagsdemonstrationen darum gegangen, erst einmal diesen Staat ins Wanken zu bringen. Nach dem 9. November 1989 mit dem Mauerfall habe sich dann auch die Atmosphäre



1. Podium, Gunter Weißgerber

bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig verändert. »Am Anfang waren noch nicht allzu viele so mutig zu sagen, wenn, dann müssen wir natürlich auch Richtung deutsche Einheit gehen, dann haben das aber immer mehr Menschen gespürt. Die Montagsdemonstrationen nach dem 9. November 1989 hatten besonders die Aufgabe gehabt, die gesamten Reformprozesse der DDR nachhaltig zu stärken, zu befördern und natürlich auch denen, die am Runden Tisch in Ostberlin handelten, die Legitimation durch die Straße zu geben. Denn ohne den Druck der Straße hätten die lange reden können, irgendwann wären sie vielleicht wieder eingesammelt worden. Also, das war ganz wichtig für die, die am Runden Tisch Verantwortung ausübten, dass sie wussten: Die Bevölkerung steht hinter uns. Und das war dann auch eine der Aufgaben, die ich für mich persönlich gesehen habe, den Druck an dieser Stelle immer aufrecht zu erhalten.«

Zum »Aufruf für unser Land« weist Gunter Weißgerber darauf hin, dass dieser in allen SED-Bezirkszeitungen vervielfältigt worden sei und dass eine Menge Unterschriften dafür organisiert worden seien. Im Gegensatz dazu hätten andere Medien gar nicht die Chance gehabt, Aufrufe mit anderen Inhalten in gleicher Weise zu publizieren. In Leipzig habe es den Leipziger Aufruf gegeben, »also Nachdenken über eine Konfrontation, über das Zu-

standekommen einer deutschen Einheit und nicht über Unterstützung für dieses ›Für unser Land‹. Denn welches Land haben die denn gemeint? Also mein Land war das nicht. Ich habe in der DDR gelebt, und mein Personalausweis war der gleiche wie der von Gregor Gysi, aber sonst hat es nicht viele Gemeinsamkeiten gegeben. Also ›Für unser Land‹ ist jedenfalls überhaupt nicht mein Thema gewesen.« Dies habe auch für sehr viele Demonstranten in Leipzig gegolten. Der »Leipziger Aufruf«, der im Leipziger Tageblatt veröffentlicht wurde, habe innerhalb weniger Tage enorme Unterschriftenzahlen bekommen, er sei heute allerdings kaum mehr bekannt, es lohne sich aber, ihn nachzulesen.⁸⁷

Bei der Parteigründung der SDP in Dresden gab es einige lokale Besonderheiten. Der Moderator erinnert an die Initiative des Ehepaars Annemarie und Matthias Müller⁸⁸ aus Dresden, die am 7. Oktober 1990 die Partei in Schwante mitgegründet haben. Auf lokaler Ebene gab es in Dresden bei der Parteigründung noch eine andere Gruppe, die der »alten Sozialdemokraten«, die schon vor 1946, vor der Zwangsvereinigung, SPD-Mitglieder gewesen waren – dabei habe es auch einige Auseinandersetzungen gegeben, in deren Verlauf Frank Heltzig dann zum ersten Sprecher der neu gegründeten Partei gewählt worden sei.

87 Vgl. Gunter Weißgerber: Von der friedlichen Revolution in den deutschen Bundestag. Erinnerungen an bewegte Zeiten, 2., erw. Aufl., Berlin [2006], S. 15–19; Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2009, Bd. II, S. 861. Auf Initiative des Malers Wolfgang Mattheuer erschien in Leipzig ein Aufruf, in dem es hieß: »Menschen unseres Volkes sind für einen gleichberechtigten, konföderativen Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten auf neutraler Grundlage, der eine spätere Vereinigung im Rahmen der Grenzen von 1949 nicht ausschließt.« (Zitat dort nach »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 8.12.1989).

88 Annemarie Müller, geb. 1952 in Zwickau, Krankenschwester (nach Verweigerung der Zulassung zum Medizinstudium), in der kirchlichen Friedensbewegung der DDR aktiv, 1987 bis 1989 Mitorganisatorin des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Kirchen in der DDR in Dresden. Mitgründerin der SDP in Schwante. Nach Zustimmung der SPD zum Militäreinsatz im Kosovo Partei-Austritt. Matthias Müller, geb. 1950, Physiker, gleichfalls in der Friedensbewegung tätig. SDP-Mitgründer in Schwante. Vgl. Rudloff/Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der Sächsischen Sozialdemokratie, Interview mit Annemarie und Matthias Müller, S. 41–60; vgl. Annemarie Müller: »Ich glaube, ich wäre gelyncht worden«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 88–100.

Frank Heltzig: »Wie der Gründungsaufwurf von Schwante zu mir gekommen ist, weiß ich nicht mehr. Es war auf alle Fälle abenteuerlich. Ich hatte angefangen, Papiere, Grundsatzpapiere von den neuen Gruppierungen zu sammeln und mit Kollegen darüber zu diskutieren und sie auszuwerten. Und dann landete auf unserem Tisch eine Kopie des Statutenentwurfs der SDP von Schwante. Und auf der Rückseite standen Kontaktadressen von Personen, die man ansprechen konnte in Sachen SDP oder SDP-Gründung. Nun wusste natürlich jeder Ossi, was das bedeutet hat, wenn man seine Adresse, seinen Klarnamen, unter einen solchen Aufruf, unter ein solches Statut gesetzt hat. Was die Stasi damit gemacht hat, war bekannt. Und als ich das gelesen hatte, war für mich klar, da musst du Kontakt kriegen, da musst du Anschluss gewinnen an diese Gruppe. Die Frage war allerdings, was passiert, wenn ich zu der angegebenen Adresse hinkomme: Steht hinter der Tür tatsächlich die Familie Müller, Matthias und Annemarie Müller, oder steht die Stasi hinter der Tür und nimmt mich gleich in Empfang. Ich habe das Problem fast eine Woche vor mir hergeschoben, und dann hab ich gesagt, jetzt gehst du. Durch einen Schreibfehler war allerdings die Hausnummer falsch angegeben worden, so dass ich zunächst im Arbeiterwohnheim eines Dresdner Betriebes landete, wo der Hausmeister mich jedoch an die richtige Nummer verweisen konnte.« Über das Ehepaar Müller erhielt Frank Heltzig Kontakt zu den Parteigründern in Schwante.

»Die Frage war allerdings, was passiert, wenn ich zu der angegebenen Adresse hinkomme: Steht hinter der Tür tatsächlich die Familie Müller, Matthias und Annemarie Müller, oder steht die Stasi hinter der Tür und nimmt mich gleich in Empfang.«

Um diese Gruppe haben sich in Dresden aufgrund der angegebenen Adresse einige andere geschart und einen Kern gebildet, der dann später bei der SDP-Gründung in Dresden eine Rolle gespielt habe. Parallel dazu habe es – ohne dass die Beteiligten voneinander wussten – Altsozialdemokraten in Dresden gegeben, die über persönliche Kontakte zueinander gefunden hatten. Einer von ihnen – Gerhard Brenn⁸⁹ – habe im Deutschlandfunk einige Telefoninterviews gegeben, in denen er die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Dresden angekündigte. »Und nun wurde es ganz spannend. Was läuft hier in Dresden? Keiner wusste

⁸⁹ Gerhard Brenn, damals 65 Jahre und schon in der NS-Zeit im Widerstand, hatte eine Gruppe älterer Sozialdemokraten um sich versammelt. Er und seine Frau Christa Brenn hatten über 40 Jahre hinweg kleinen illegalen SPD-Gruppen in der DDR angehört. Die Gruppe um Brenn bereitete für den 20. Oktober 1990 eine Gründungsversammlung auf der Grundlage der Beschlüsse von Schwante vor, die jedoch durch das MfS verhindert wurde. Vgl. Rudloff/Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der Sächsischen Sozialdemokratie, S. 12, S. 70; Richter: Die Friedliche Revolution, Bd. I, S. 341.



I. Podium, Frank Heltzig, Markus Meckel

genau Bescheid. Müller und Brenn hatten dann inzwischen zueinander gefunden, und es gab sicherlich nicht nur den Generationsunterschied, es war auch sicherlich der Unterschied im Herangehen an solche Dinge. Matthias Müller war wie ich gleichfalls Physiker, also sehr pragmatisch, aber natürlich auch wertgebunden, kirchlich gebunden, und Gerhard Brenn betrachtete sich immer schon als Sozialdemokrat, und war auch zudem ein bisschen cholerisch veranlagt. Und die beiden Gruppen fanden dann insoweit zusammen, dass sie einen gemeinsamen Termin festlegten, an dem die Gründungsversammlung für die SDP in Dresden stattfinden sollte, in einem Saal, der ungefähr 100 bis 150 Leute fassen konnte, im Dresdner Kulturpalast. Und dort auf dieser Gründungsversammlung – Stephan Hilsberg als damaliger erster Sprecher war auch da – ging es einerseits ganz konstruktiv zur Sache und andererseits kam es überraschend zum offenen Streit. Es ging um die Frage, wer wird der führende Kopf der neu gegründeten SDP in Dresden. Aufgrund der DDR-weiten Gründung in Schwante war für mich als frisch Hinzugekommener klar, das konnte nur Matthias Müller oder seine Frau sein, die beiden sollten sich entscheiden, wer das macht. Und Gerhard Brenn war seinerseits auch machtbewusst, auch als alter Sozialdemokrat, er wollte unbedingt der erste Sprecher – wir waren damals noch sehr basisdemokratisch – werden. Und dieser Streit eskalierte in ganz unangenehmer Weise. Ich war damals der Versammlungsleiter, habe versucht, die Sache einigermaßen

einzufangen. Es wurde die Versammlung kurz unterbrochen, es wurde diskutiert und verhandelt. Und dann hat Gerhard Brenn meines Erachtens eine taktische Überlegung angestellt (als ich die dann später einmal aussprach, hat er mir das sehr übel genommen, aber das war für mich der Hinweis, dass ich auf der richtigen Spur war) – Gerhard Brenn hat sich gesagt, Müller darf es nicht werden und wenn ich es auch nicht werden kann, dann brauchen wir einen Alternativkandidaten. So hat er dann den Versammlungsleiter Frank Heltzig vorgeschlagen. Und auf diese Weise wurde ich erster Sprecher der frisch gegründeten SDP in Dresden. Dabei waren damals 88 Leute, aber eben nicht nur aus Dresden, sondern aus dem ganzen DDR-Bezirk Dresden, das war ungefähr das jetzige Regierungspräsidium Dresden, also ungefähr ein Drittel von Sachsen.«

*Zur Gründungssituation in Greifswald und zur Frage, ob es auch dort Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der SDP gegeben habe, berichtet **Hinrich Kuessner**:* »In Greifswald lebte Arndt Noack⁹⁰, er war einer der Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs im August 1989. Dadurch hatte ich schon im August von der SDP, dem Aufruf zur SDP-Gründung gehört. Ich selbst bin nicht – bewusst nicht – in die SDP gegangen, auch nicht im September und Oktober. Ich hatte große Vorbehalte, weil ich befürchtete, das wird ein Anhängsel der West-SPD, und das

fand ich zu diesem Zeitpunkt nicht gut. Ich habe mich im September im Neuen Forum engagiert und wurde dort Sprecher für Greifswald. Wir haben dann in engem Kontakt mit den Sozialdemokraten in Greifswald gearbeitet. Das Neue Forum hatte wesentlich mehr Mitglieder als die SDP. Und wir haben gemeinsame Arbeitsgruppen gehabt, die sich über alles Mögliche, zum Beispiel auch über eine neue Verfassung der DDR auseinandergesetzt haben. Ich habe eine dieser Arbeitsgruppen einige Wochen in Greifswald geleitet. Es gab ja überall Grundsatzdebatten.

Einen Streit *[wie in Dresden]* gab es in Greifswald nicht. Die SDP ist im Oktober in Greifswald gegründet worden, sehr bald nach dem 7. Oktober, ich glaube so um den 20. Oktober herum.⁹¹

»Ich selbst bin am 6. Dezember 1989 in die SDP eingetreten. Zwei Tage zuvor hatte ich bei der Stasi-Besetzung in Greifswald mitgewirkt, und da ist mir deutlich geworden: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir Parteien brauchen.«

90 Arndt Noack, geb. 1951, 1989 Studentenpfarrer in Greifswald, Mitglied im SDP/SPD-Vorstand bis Februar 1990.

91 Vgl. Nikolaus Werz: Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 71.



I. Podium, Stephan Hilsberg, Hinrich Kuessner

Die Personalfragen – ich habe gerade kürzlich noch einmal mit jemandem gesprochen, der von Anfang an bei der SDP dabei war –, die wurden harmonisch geregelt. Es wurde basisdemokratisch gewählt, aber es gab kein Problem. Diese Konkurrenz um Posten spielte bis zum Ende des Jahres 1989 keine erhebliche Rolle. Ich selbst bin am 6. Dezember 1989 in die SDP eingetreten. Zwei Tage zuvor hatte ich bei der Stasi-Besetzung in Greifswald mitgewirkt, und da ist mir deutlich geworden: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir Parteien brauchen. Ich fand das durch das Neue Forum geschaffene Diskussionsforum, die Diskussion, den Dialog aller Bürger, auch der SED-Mitglieder, in einer bestimmten Phase sehr gut, aber es zeigte sich dann, dass man in dieser Gruppe sehr schwer zu Beschlüssen kommen konnte. Und als es ernst wurde, als wir die Stasi besetzten, war es für jeden sichtbar, dass es auch gefährlich wurde. Wir haben auch zu Hause Morddrohungen bekommen, und als Spielerei konnte man das auf keinen Fall auffassen; es war daher notwendig, in einer Gruppe wirklich Entscheidungen zu treffen. Und das war im Neuen Forum damals bei uns nicht möglich: Es wurde diskutiert, es wurde ein Beschluss gefasst, es wurde wieder diskutiert, wurde wieder ein Beschluss gefasst, und es wurde weiter diskutiert. Und man kam nicht zu einem Beschluss, der dann auch galt und auf dessen Basis man

auch tatsächlich etwas verwirklichen konnte. Das war für mich der Grund, zwei Tage danach in die SPD einzutreten, und da habe ich erlebt, dass wir in der Tat mit Beschlüssen etwas ausrichten konnten, und das ist damals eine sehr spannende, und wie ich fand, auch durchaus effektive Arbeit gewesen.«

In kleinen Orten war es noch schwieriger, Kontakte zu politisch ähnlich Denkenden und zu der neu entstehenden Partei zu finden. Mike Schmeitzner berichtet Christina Fritsch, die sich als Lehrerin im Herbst 1989 ganz bewusst der SPD angeschlossen hat, über ihren politischen Aufbruch zu berichten.

Christina Fritsch schildert zunächst die Jahre vor 1989, in denen sie sich nach außen hin völlig apolitisch gegeben und innerlich in eine Nische zurückgezogen habe. Als sie im März 1990 bei den Volkskammerwahlen für die SPD kandidierte, habe die SED-Parteisekretärin an ihrer damaligen Dorfschule ihre Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass sie überhaupt politisch interessiert sei. Dabei sei, so Christina Fritsch, ihr Weg in die SPD ziemlich »zielstrebig und zielgerichtet« verlaufen. Sie sei überzeugt, dass die Wurzeln dafür in der christlichen Erziehung im Elternhaus und der Wertevermittlung im kirchlichen Unterricht lagen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle habe die Tatsache gespielt, dass sie im Raum Zwickau mit Westfernsehen aufwachsen konnte. Prägende Einflüsse seien von Sendungen wie der Journalistenrunde mit Werner Höfer, »Monitor«, »Auslandsjournal« und den Ausschnitten aus Bundestagsdebatten ausgegangen. Auch »die Gradlinigkeit und das Rückgrat« einer Persönlichkeit wie Hildegard Hamm-Brücher habe sie sehr beeindruckt, vor allem als sich diese im Gegensatz zu ihrer Fraktion geweigert habe, Bundeskanzler Helmut Schmidt 1982 das Misstrauen auszusprechen.⁹² »Im Elternhaus wurde nicht sehr viel politisch diskutiert, aber natürlich waren Menschen wie Helmut Schmidt und Willy Brandt so etwas wie Ikonen, und so bin ich einfach mit den sozialdemokratischen Werten ›Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität‹ schon als Kind und Jugendliche verwachsen, ohne dass es mir bewusst wurde.«

»Im Elternhaus wurde nicht sehr viel politisch diskutiert, aber natürlich waren Menschen wie Helmut Schmidt und Willy Brandt so etwas wie Ikonen, und so bin ich einfach mit den sozialdemokratischen Werten ›Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität‹ schon als Kind und Jugendliche verwachsen, ohne dass es mir bewusst wurde.«

92 Hildegard Hamm-Brücher, Dr., geb. 1921, 1976–1990 FDP-Bundestagsabgeordnete, hielt nach dem Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt im Herbst 1982 eine aufsehenerregende Rede im Deutschen Bundestag, in der sie sich auch gegen das Verhalten der eigenen Fraktion wandte.



I. Podium, Bernd Voigtländer, Christina Fritsch

Ermutigende und prägende Einflüsse habe es jedoch auch in ihrer unmittelbaren Umgebung gegeben: »Es war in der Tat so, dass ich schon in meiner Kindheit mutige Lehrerinnen und Lehrer kennen gelernt habe, die mich eben nicht wegen meiner christlichen Haltung zurückgesetzt haben. Meine Klassenlehrerin von der 6. bis zur 8. Klasse hat es gegen den Willen des damaligen Schuldirektors durchgesetzt, dass ich auf die Erweiterte Oberschule (EOS) gehen konnte, dass ich Abitur machen und studieren konnte, und dass ich diesen Lebensweg, den ich später eingeschlagen habe, überhaupt gehen konnte.«

Ein weiterer Grund für ihre lange Zeit abwartend-zurückgezogene Haltung habe darin bestanden, dass der Prager Frühling 1968 zunächst große Hoffnungen in ihr erweckt habe: »Zu Hause sagte ich einmal spontan: ›Man müsste Leute zusammenbringen, man müsste etwas gründen und irgendwie versuchen, hier auch bei uns eine Revolution zu machen.‹ Mein Vater sagte damals: ›Bist du verrückt? Du hast den 17. Juni 1953 nicht erlebt. Sei ja vorsichtig.‹ Das war auch so ein prägendes Erlebnis.«

Im Herbst 1989 habe sie zunächst vom Neuen Forum gehört: »Das war für mich das Signal: Jetzt kannst du nicht mehr warten, jetzt musst du raus

aus der Nische, jetzt musst du mitmachen.« Sie habe zunächst Kontakt zum Neuen Forum gesucht, weil von der SDP noch nichts zu hören gewesen sei. Bald habe sie dort jedoch ähnliche Erfahrungen gemacht, wie sie schon von Hinrich Kuessner geschildert worden seien. Fazit: »Das war nicht meine Welt«.

Von der SDP habe sie zuerst durch die Sendung im Westfernsehen mit Steffen Reiche gehört. »Ich habe gebannt gelauscht und ein Satz hat mich magisch gefesselt. Steffen hat in der »Brennpunkt«-Sendung damals gesagt: ›Wir bekennen uns zur Einheit der Nation.« Das war auch immer ein Ziel in meiner Familie gewesen, immer der Wunsch meiner Eltern und Verwandten und mein eigener Wunsch auch, obwohl wir nur sehr entfernte Westverwandtschaft hatten, aber ich wollte, dass unser Land wieder ein Land wird.« Christina Fritsch berichtet, dass sie schließlich »einen Zettel mit Kontaktadressen in Zwickau« bekommen habe: »Irgendeine dunkle Wohnung, Spätherbst, es war kalt, ich hatte Angst, trotzdem bin ich hingegangen. Ich hatte damals kein Auto, kein Telefon, wohnte am Rande eines Dorfes, anderthalb Kilometer Fußweg zum Bus, die Busverbindung ging nur in die Nachbardörfer oder in die Kreisstadt Zwickau. Und entsprechend gehandicapt war man dann natürlich auch – das war ein Grund mit für mein Nischendasein. Wie wollte man, bei voller Berufstätigkeit, da noch groß etwas arrangieren? Aber ich ging eben an diesem Abend nach Zwickau. Da fanden sich vielleicht sechs oder acht Leute. Wir erhielten den Gründungsauftrag, die Statutenerklärungen, und so kam es dazu, dass wir immer mehr wurden. Wir haben mit Kollegen und mit Bekannten gesprochen, zu denen wir Vertrauen haben konnten. Es war am 18. Dezember 1989⁹³, in einem Nebenraum der ›Neuen Welt‹, im circa fünf Kilometer vom Stadtzentrum entfernten Stadtteil Pölbitz. Da haben wir die SDP gegründet.«

*Auf die Verhältnisse in Halle angesprochen, das bis 1946 wie Leipzig, Magdeburg oder Dresden eine der sozialdemokratischen Hochburgen in Sachsen gewesen sei, berichtet **Bernd Voigtländer**:* Die Vorgänge in Schwante seien in Halle bekannt geworden, aber auch nur über die Westmedien, und selbst diese Informationen hätten sich nicht an der Oberfläche, sondern über ge-

93 Zu den Details vgl. Werner Fischer: Neugründung 1989, in: Hans Käseberg: Pioniere für Zwickau. Geschichte der Sozialdemokratie 1863 bis 1989, Dresden 2008, S. 77; vgl. Richter: Die Friedliche Revolution, Bd. II, S. 1072.



I. Podium, Mike Schmeitzner, Bernd Voigtländer

heime Kanäle verbreitet. Helmut Becker⁹⁴, ein Pfarrer aus Halle, habe Beziehungen zu Schwante gehabt. Er sei jedoch auf dem Weg zur Gründung festgenommen worden. Er selbst sei immer auf der Suche nach Kontakten gewesen, Kontakte zur Kirche hätten jedoch nicht bestanden. Die große Vergangenheit der SPD in Halle – er erinnert an den berühmten Volkspark, der von organisierten Arbeitern aufgebaut worden sei – hätte im Bewusstsein der DDR-Bevölkerung keine Spuren hinterlassen.⁹⁵

Zur Parteigründung: »Ich hatte bei Gesprächen unter Arbeitskollegen meinen Ärger kundgetan, dass ich einfach keine Kontakte herstellen konnte, in keiner Weise wusste, was vorging. Und da sagte ein Kollege zu mir, Angehöriger der SED, und er musste es ja wissen: ›Die treffen sich heute in der Kirche‹. Es war Montag, der 23. Oktober – mein Weg führte mich natürlich

94 Helmut Becker, geb. 1959, Theologe, Pfarrer, bis 1997 Referent für Jugendarbeit in der Kirchenprovinz Sachsen, seit 1999 Pfarrer in Kröllwitz, gehörte neben Markus Meckel, Martin Gutzeit, Arndt Noack und Ibrahim Böhme zu den Unterzeichnern der »Vorlage zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen«. Er stand seitdem unter Observierung der Staatssicherheit und wurde am 6. Oktober 1990 festgenommen.

95 Das 1907 eröffnete Volkspark-Gebäude in Halle war eines der größten Volkshäuser in Deutschland. Es war ausschließlich von organisierten Arbeitern finanziert und in deren Auftrag von renommierten Architekten errichtet worden.

in die Kirche. Dort bekam ich das, was heute schon oft erwähnt worden ist, Kontaktadressen. Ich bin mit einem Zettel hingegangen, zur Klärung. Die junge Frau, die mir aufmachte, eine Künstlerin, deren Wohnung von der Stasi vom Haus gegenüber ständig beobachtet wurde, war etwas erstaunt über mein Anliegen, sagte mir aber, die treffen sich am Freitag hier. Und da dachte ich, so sehr einladend klingt das nicht, aber du gehst hin. Wir waren siebzehn Leute, sechs sind wieder abgesprungen, elf sind geblieben, fünf

»Wir waren siebzehn Leute, sechs sind wieder abgesprungen, elf sind geblieben, fünf kamen aus der Kirche, vier, wollten keine Ämter übernehmen, zwei, die blieben übrig, und dann war ich erster Sprecher.«

kamen aus der Kirche, vier, wollten keine Ämter übernehmen, zwei, die blieben übrig, und dann war ich erster Sprecher. Und dann ging es wirklich geradezu explosionsartig vorwärts. Dieser 27. Oktober war mein bester Freitag in diesem Jahr. Innerhalb von etwa zwei Monaten lagen wir bei einer Mitgliederzahl, die nie wieder eingeholt worden ist. Das waren so kurz über oder unter 500. Das ist für unsere Stadt nicht sehr viel, es war aber woanders auch nicht sehr viel besser. Jetzt sind wir reichlich 400, die Anzahl hat sich in Prozent, bezogen auf die Einwohnerschaft, nicht so sehr verändert, weil uns die Bevölkerungsentwicklung in Halle entgegengekommen ist. Und so haben wir jetzt 106 oder 107 Prozent unseres damaligen Bestandes, haben uns also etwas verbessert. Aber die Politisierung der Bevölkerung hat eben nicht ausgereicht, die alte Tradition wieder wach werden zu lassen, in dieser Dichte, mit dieser Kraft; aber dennoch sind wir ein stolzer Stadtverband. Wir waren es damals, wir sind es heute, und ich hoffe, wir werden bessere Zeiten erleben – aber das wird die Zukunft zeigen.«

***Der Moderator** erinnert an die Begrüßungsrede, die Markus Meckel im Dezember 1989 auf dem Programmparteitag der West-SPD im Internationalen Congress Center in Berlin gehalten hat. Darin hatte er die Hoffnung ausgesprochen, dass man in Ostdeutschland eines Tages wieder wie 1946 über 600.000 Mitglieder haben werde. Der letzte Wert der SPD in der DDR vom 21. April 1946 lag bei 734.000 Mitgliedern, allein der Landesverband Sachsen hatte über 220.000 Mitglieder – da habe der SPD-Bezirk Westliches Westfalen damals bei weitem nicht herangereicht. Worauf gründete sich 1989 dieser Optimismus – war es einfach eine Fehlkalkulation?*

Markus Meckel: »Für uns gab es die tiefe Überzeugung, dass Willy Brandt und Helmut Schmidt in der DDR eine ungeheure Reputation haben und dass

sie weit über kirchliche Kreise hinaus in der Bevölkerung anerkannt sind. Es war die Hoffnung, dass man *daran* anknüpfen kann, und nicht, wie manche andere glaubten, an eine sozialdemokratische Tradition innerhalb der SED, die ich nicht sah und die ich – ehrlich gesagt – bis heute auch rückblickend schwer erkennen kann. Aber dass es in der DDR-Bevölkerung eine solche Akzeptanz und die tiefe Erkenntnis gab, dass die Ost- und Entspannungspolitik wichtig war, dass sie Freiräume, Kommunikation geschaffen hat, die sonst nicht möglich gewesen wären, und dass damit Raum gewesen ist für den Zusammenhalt zwischen den Deutschen – davon war ich überzeugt. Dass man dann unmittelbar nicht an solche Zahlen anknüpfen konnte, hat, so glaube ich, viele Gründe. Es hatte einmal den Grund, dass, was ich am Anfang so nicht gedacht hätte, in allen postkommunistischen Ländern die Bereitschaft und Fähigkeit der Bevölkerung, zu differenzieren zwischen dem, was man als Partei in kommunistischer Zeit kennen gelernt hat und dem, was eine Partei in einer Demokratie bedeutet, offensichtlich nicht so weit verbreitet war. Wie oft habe ich in den 1990er Jahren gehört: »Nie wieder in eine Partei« – als wäre dies das gleiche – eine Partei oder *die* Partei in der kommunistischen Zeit und eine demokratische Partei. Aber das ist nicht nur eine ostdeutsche Erfahrung, und darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Ich bin viel in postkommunistischen Ländern unterwegs. Wenn man sich die zum Teil bis heute dünne gesellschaftliche Mitgliederbasis der verschiedenen Parteien anschaut, so hat das wesentlich mit diesen Fragen zu tun.

Ein anderes Problem: Nach 1990 hat es die SPD in strategisch eklatanter Weise versäumt, die Frage des Parteaufbaus und das Thema Ostdeutschland zum eigenen Thema zu machen. Hier möchte ich in besonderer Weise einen ausnehmen, das ist Hans-Jochen Vogel. Nach seinem Rücktritt als Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag war er derjenige, der erstens alle Staaten der auseinandergefallenen Sowjetunion und alle späteren neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, das heißt den gesamten Ostblock, besucht und ausführliche Berichte darüber geschrieben hat – dies zum europäischen Kontext. Und der in der Zeit, in der er noch im Deutschen Bundestag war, jeden ostdeutschen Wahlkreis besucht und auch darüber Berichte geschrieben hat und versucht hat, die Partei entsprechend zu informieren. Er blieb die absolute Ausnahme. Die Partei hat diese Herausforderung Ostdeutschland und ostdeutscher Parteaufbau nicht begriffen und zum Teil gilt das bis heute. Und ich glaube, dass da ein zweites wichtiges

»Nach 1990 hat es die SPD in strategisch eklatanter Weise versäumt, die Frage des Parteaufbaus und das Thema Ostdeutschland zum eigenen Thema zu machen.«

Problem vorhanden ist, aber ich habe mit Absicht das andere an den Anfang gestellt. Auch dann, wenn man das anders gemacht hätte, hätte es nicht die Erfolge haben können, auf die wir damals gehofft hatten. Aber man hätte durchaus sehr viel mehr tun können. Wir hatten ja da mehrere Parteivorsitzende immer wieder und in schneller Folge. Ich habe bei jedem sehr schnell einen Termin gemacht und gesagt, ich halte es für strategisch wichtig, das was Hans-Jochen Vogel gemacht hat: dass der neue Parteivorsitzende den Osten bereist, wahrnimmt und zum Thema macht. Das ist nicht gelungen. Auf der Fraktionsebene ist da sehr viel mehr möglich gewesen als es dann faktisch in der Partei passiert ist. Und dann käme natürlich die ganze PDS-Diskussion, die dann noch einmal ein eigenes Thema ist, bei dem bis heute Mythen bestehen. Über diese Zeit und die damit zusammenhängenden Frage habe ich immer wieder streiten müssen, nicht zuletzt mit Egon Bahr, und ich befürchte, das muss ich noch heute.«

Steffen Reiche ergänzt diese Ausführungen durch eigene Erfahrungen. Von den Parteifreunden im Westen werde der ostdeutschen Sozialdemokratie immer wieder vorgeworfen, ihre ungenügende Öffnung gegenüber den Menschen in der ehemaligen DDR habe dazu geführt, dass es im Osten eine so geringe Zahl an SPD-Mitgliedern gebe. Dabei werde häufig auf den Parteitagsbeschluss von Leipzig verwiesen, dem eine verheerende Wirkung zugeschrieben werde. Er sehe aber andere Gründe und Probleme. Er berichtet über ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Manfred Grund⁹⁶. Dieser sei im November 1989 aus dem Eichsfeld zur hessischen SPD gefahren, um sich mit Materialien für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei im Eichsfeld zu versorgen und Kontakte aufzunehmen. Am Ende recht erfreulich verlaufener Gespräche habe Manfred Grund die Frage gestellt, wie denn die SPD zur Frage der deutschen Einheit stehe. Darüber könne man später gerne reden, habe es geheißen, das sei eine Frage, die in weiter Zukunft liege; aber sie wollten ihn gern unterstützen bei der Gründung der SPD im Eichsfeld. »Er hat dann sein ganzes Material dort liegen lassen, ist ohne das Material, aber mit klaren Entscheidungen nach Hause gefahren: Die SPD hat für ihn nie wieder eine Rolle gespielt.« Steffen Reiche warnt vor gegenseitigen

⁹⁶ Manfred Grund, geb. 1955, seit Januar 1990 CDU-Mitglied, 1994 bis 2001 stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Eichsfeld. Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion seit 1998.

Schuldzuweisungen von SPD-West und -Ost. Er sei überzeugt, dass es gravierendere Ursachen für die geringe Mitgliederzahl gebe als den Beschluss vom Leipziger Parteitag.

Stephan Hilsberg betont, dass mit der Mitgliederfrage eine der ganz wichtigen Fragen angesprochen worden sei, die in bis heute noch ungeklärte Debatten hineinführe. Für ihn selbst habe in dieser Zeit die Überlegung, wie viele Mitglieder man einmal erreichen könne, keine herausragende Rolle gespielt. Man habe auch überhaupt keine Übersicht gehabt. Verwundert sei er immer über Ibrahim Böhme gewesen, der bei Pressekonferenzen auf die Frage nach der Mitgliedschaft dann über den Daumen gepeilt die Zahl 30.000 genannt habe. Auf diese Weise habe Böhme »auch Politik gemacht, sozusagen immer im Grunde hochstapelnd, spekulativ, davon ausgehend, dass es keiner überprüfen kann, aber ein gewisses Vertrauen erzeugend, dass diese Zahlen stimmen«. Er selbst gehe von 10.000 Mitgliedern für Dezember 1989 aus.

Richtig sei aber, was auch von Bernd Voigtländer angesprochen wurde, dass in der damaligen Zeit eine Mobilisierung erreicht worden sei, die im Grunde genommen heute noch nicht wesentlich überschritten worden sei. Vieles habe damals nicht funktionieren können, weil man einfach nicht die Zeit gehabt habe, sich darum zu kümmern. Auch programmatisch habe man auf die Dokumente zurückgreifen müssen, die in dieser Zeit erarbeitet worden seien. Das, was im Vorfeld der SDP-Gründung gemacht worden sei, habe dank seiner Qualität lange Bestand gehabt. Nach wie vor frage er sich allerdings: »Stimmt das in Bezug auf die deutsche Einheit? War man nicht an dieser Stelle zu vorsichtig? Aber es spielte auch für *mich* damals nicht die erste Rolle. Ich habe das nie diskutiert, weil die Reihenfolge war: Erst Demokratisierung, dann kannst du anschließend darüber nachdenken, was weiter folgt, aber es war klar, was folgen würde. Und der letzte Punkt ist der: Bei den vielen Mitgliederkampagnen und Versuchen, die SPD im Osten größer zu machen, habe ich immer wieder gespürt, dass die SPD, so wertvoll sie mit ihrer praktischen politischen Arbeit für die Sozialunion, für den Lebensstandard in Ostdeutschland, für die Frage der wirtschaftlichen weiteren Entwicklung gewesen ist, für die Länderstrukturen, sie war den Herzen der Menschen dennoch nicht wirklich nah. Ich spürte immer wieder, dass da haarscharf etwas nebeneinander hergeht. Viele Menschen im Osten waren viel antikommunistischer, als wir uns das zu sagen getraut hätten. Das



I. Podium, Stephan Hilsberg, Heinrich Kuessner, Mike Schmeitzner

Thema der Vergangenheitsaufarbeitung, der Verantwortung beispielsweise, hätte ganz anders diskutiert werden können, und das war extrem schwierig, und zwar nicht nur, weil jemand wie Manfred Stolpe⁹⁷ daran kein Interesse daran hatte, sondern natürlich auch, weil die Politik der West-SPD, die dann an dieser Stelle die Federführung hatte, über dieses Thema so nicht hat reden können und nicht hat reden wollen, auch gar nicht hat aufarbeiten wollen, was da geschehen ist. Das war ein wichtiger Punkt, aber nicht der einzige.

Wenn man für ehemalige DDR-Bürger Mitgliederkampagnen machte wie »Mein Herz schlägt links« oder »Vergangenheit ist rot« – die sahen dann rot. Die sagten immer, ja natürlich, diese Partei ist wichtig aus rein pragmatischen, vernunftmäßigen Gründen, verstehe ich alles, bin ich sehr dafür. Die Frage ist aber, ob du dann eintrittst, wo du nicht hundertprozentig einverstanden bist, weil du das Gefühl hast, so *ganz* richtig liegen sie nicht. Das war immer so mein Eindruck, da fehlte noch ein ganz erheblicher Schwung. Ich

97 Manfred Stolpe, geb. 1936. Von 1969 bis 1981 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, von 1982 bis 1990 Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. 1990 Eintritt in die SPD, Ministerpräsident des Landes Brandenburg bis zu seinem Rücktritt 2002. 2002 bis 2005 Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen sowie Beauftragter der Regierung für die neuen Bundesländer.

bin bis heute überzeugt, dass die Zeit der Mitgliederparteien nicht vorbei ist, dass aber natürlich die Erfahrung der Vernichtung von Parteien, nicht nur die Vernichtung des Begriffs Sozialismus, sondern auch die Vernichtung des positiven Begriffes von Partei, was ja in der DDR geschehen ist, ebenso im Nationalsozialismus, eine Rolle spielt. Trotzdem gibt es bis heute keine Alternative zu einer Partei. Und ich bin überzeugt davon, dass man erfolgreich eine Mitgliederkampagne machen kann, aber dann muss man die ganzen Erfahrungen reflektieren, die da sind. Man muss auf die Werte zu sprechen kommen, die da sind. Und das ist in Bezug auf Ostdeutschland in dieser SPD so nie durchgeführt worden, wie es nötig gewesen wäre.«

»Ich bin bis heute überzeugt, dass die Zeit der Mitgliederparteien nicht vorbei ist.«

Gunter Weißgerber bekennt, dass auch er im Dezember 1989 die von Markus Meckel erwähnten 600.000 möglichen Mitglieder für realistisch gehalten habe: »Wenn ich an die Montagsdemonstrationen in Leipzig denke, an die Euphorie – allein an dem Tag, an dem ich davon gesprochen habe, dass es die deutsche Frage tatsächlich gibt, dass die auf der Tagesordnung steht, als über 200.000, 300.000 Leute auf dem Platz waren, da hätte man eine Stecknadel fallen hören. Und danach brach ein Jubel los, der war unbeschreiblich. Wenn wir das hätten fortsetzen können, hätten wir in Leipzig keine 200.000 Mitglieder bekommen, aber in der ganzen DDR wären eine ganze Menge zusammengekommen. Aber dann kamen ganz schnell deutschlandpolitische Aussagen, nicht von den Altvorderen, denen man vertraut hat, Willy Brandt und Helmut Schmidt, sondern von denen, die demnächst das Sagen haben sollten, also von Oskar Lafontaine und anderen. Und das hat mächtig ins Kontor gehauen, da ist Vertrauen weggebrochen.« Er erinnere sich, dass es ab Januar/Februar 1990 sehr schwer gewesen sei, in Leipzig für die SPD zu sprechen.⁹⁸ Zu den Volkskammerwahlen: »Das Wahlergebnis hat bedeutet, es lohnt sich nicht, in dieser SPD Mitglied zu sein, die können nämlich keine Posten beschaffen. Und da ist dann auch der Zuspruch eben entsprechend massiv ausgeblieben. Es hat auch keinen Ansturm gegeben von ehemaligen SED-Mitgliedern, auch das ist ein Märchen, das so überhaupt nicht stimmt.

98 Bei der Montagsdemonstration am 5. Februar 1990 verteilten Republikaner aus München Werbematerialien. Jochen Lässig vom Neuen Forum warnte davor, dass die SED-Herrschaft durch eine SPD-Bevormundung ersetzt werden könnte. Gunter Weißgerber wurde als SPD-Vertreter zum erstenmal mit Pfiffen empfangen. Vgl. Weißgerber: Von der friedlichen Revolution in den Deutschen Bundestag, S. 10 f.; Richter: Die Friedliche Revolution, Bd. II, S. 1346.

Als die Menschen noch dachten, bei den Sozialdemokraten ist etwas zu holen, da waren die Sympathien größer. Danach sind wir eben auf dem Boden der Tatsachen gelandet, und da sind wir halt immer noch.«

Hinrich Kuessner, der auf dem Leipziger Parteitag im Februar 1990 zum Schatzmeister der SPD in der DDR gewählt wurde, warnt davor, bei der Suche nach Ursachen für die schwierige Situation der ostdeutschen SPD immer nur nach Westen zu blicken. Es gebe auch interne Probleme. Die kirchliche Orientierung beispielsweise habe viele potenzielle Mitglieder abgeschreckt, sie habe ihnen den Eindruck vermittelt, nicht dazu zu gehören. Das sei ihm auch in den Jahren nach 1989 noch gesagt worden. Auch heute sei ja die Zusammensetzung des Podiums von dieser kirchlichen Herkunft geprägt. In der DDR sei die besondere Bedeutung des kirchlichen Milieus eine logische Folge der Verhältnisse gewesen, nachher sei dies allerdings eher ein Handicap gewesen. Es gebe noch eine Reihe anderer Gründe. »Was ich als Schnitt erlebt habe, ist, wie die Struktureinheit der SPD organisiert wurde. Das waren richtig harte Gespräche. Da habe ich zum ersten Mal erlebt, wie man Interessen hart durchsetzt. Es ging darum, welche Mitarbeiter des Ost-SPD-Büros weiterhin bei der SPD tätig sein dürfen. Das haben wir erst geklärt am Abend vor dem [Berliner Einigungs-]Parteitag. Da habe ich damals im Grunde die rote Lampe gezogen: Dass fast keiner von den Ost-Mitarbeitern in der Bonner Baracke seinen Arbeitsplatz finden sollte, ist auch etwas, das hinterher eine erhebliche Rolle spielte. Mein Wunsch ist, dass wir darüber länger, tiefer und deutlicher miteinander reden, weil das notwendig ist, wenn wir als Mitgliedspartei im Osten wirkungsvoller werden wollen.«

II. Podium

Von der freien Volkskammerwahl bis zum Ende der DDR – Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion

Teilnehmer/-in: Martin Gutzeit, Hans-Joachim Hacker,
Reinhard Höppner, Susanne Kschenka (Seils), Hans Misselwitz,
Volker Schemmel, Richard Schröder, Rolf Schwanitz.

Moderation: Ilse Fischer.

Das Podiumsgespräch stellt die Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion zwischen März und Oktober 1990 in den Mittelpunkt. Dabei geht es zunächst um die politische Konstellation nach den Wahlen vom 18. März 1990, um die Vorbereitungen auf die Arbeit in der SPD-Volkskammerfraktion und um die besonderen inhaltlichen Schwerpunkte und Ziele der Sozialdemokraten im Gesetzgebungs- und Demokratisierungsprozess der DDR. Alle Gesprächsteilnehmer erhielten bei den Wahlen ein Mandat für die Volkskammer. Martin Gutzeit, Theologe, SDP-Gründer und Vorstandsmitglied, der bereits die SPD am Runden Tisch vertreten hatte, war in der Volkskammer Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion; Richard Schröder, gleichfalls Theologe und Dozent des kirchlichen Lehramtes am Sprachenkonvikt in Berlin, brachte durch seine Mitarbeit in der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR Erfahrungen in parlamentarischen Gremien mit. Er wurde nach dem Rücktritt Ibrahim Böhmes zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und führte die Fraktion bis zum Austritt der SPD aus der Regierung im August 1990; Reinhard Höppner, Mathematiker und Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, amtierte als Vizepräsident der Volkskammer. Auch Susanne Kschenka (Seils), Juristin, kannte parlamentarische Arbeit aus dem ehrenamtlichen Engagement in der Kirche, u. a. als Vertreterin der Jungen Gemeinde im Landesjugendkonvent und Jugenddelegierte der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Hans Misselwitz, Biochemiker und Theologe, hatte sich zuvor in der kirchlichen Friedensarbeit engagiert, wurde Parlamentarischer Staatssekretär



II. Podium: »Von der freien Volkskammerwahl bis zum Ende der DDR – Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion«. Von links: Reinhard Höppner, Susanne Kschenka (Seils), Martin Gutzeit, Ilse Fischer, Hans Misselwitz, Richard Schröder, Hans-Joachim Hacker, Rolf Schwanitz

im Außenministerium und Leiter der DDR-Delegation bei den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Hans-Joachim Hacker, Wirtschaftsjurist und Justiziar, wurde in der Volkskammer Vorsitzender des Rechtsausschusses. Volker Schemmel, Maschinenbauingenieur in einem petrochemischen Kombinat, gehörte dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform an. Rolf Schwanitz, Diplomingenieurökonom und Jurist, war rechtspolitischer Sprecher der SPD-Volkskammerfraktion, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium der Justiz und zeitweise stellvertretender Vorsitzender im Prüfungsausschuss der Volkskammer. Die Moderatorin Ilse Fischer, Historikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ilse Fischer fragt, wie man sich die Arbeit in einer Fraktion vorstellen müsse, deren Mitglieder alle zum ersten Mal in einem politischen Parlament tätig gewesen seien – in einem Parlament, in dem man auch nicht auf bereits bestehende Strukturen und einen eingespielten Mitarbeiterapparat zurückgreifen konnte. Wie hat man sich auf die Arbeit in der Volkskammerfraktion vorbe-

reitet, die aufgrund der Vorgeschichte der Partei kaum über Juristen verfügte? Welche Rolle spielten die Erfahrungen, die eine Reihe von Abgeordneten aus kirchlichen Gremien mitbrachten?

Martin Gutzeit weist darauf hin, dass die Vorbereitungen auf die parlamentarische Arbeit nicht erst nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990, sondern viel früher begonnen haben. So habe es Kontakte zu sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, unter anderem zu Gert Weisskirchen⁹⁹ und Norbert Gansel¹⁰⁰ gegeben, die schon Ende November 1989, nach dem Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls¹⁰¹ und mit Blick auf die zunehmende Destabilisierung der DDR, dazu geraten hätten, die Wahlen vorzuziehen. Die ostdeutschen Sozialdemokraten selbst seien noch Anfang November 1989 vom September 1990 als Termin für die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung ausgegangen, was in der damaligen Situation verständlich gewesen sei. Man sei zu diesem Zeitpunkt, auch was den Organisationsgrad anging, noch sehr dürrtig aufgestellt gewesen. Es sei auch klar gewesen, dass die Vorbereitungen allein mit eigenen Kräften nicht zu schaffen gewesen wären. Schon damals sei von den westdeutschen Sozialdemokraten Unterstützung in Aussicht gestellt worden. Gespräche dazu habe es bereits am Rande des Berliner Parteitags der West-SPD, am 18. Dezember 1989, gegeben. Es sei die Zusage gekommen: »Da kommt jemand, der euch hilft für das Wahlgesetz, das Parteiengesetz am Runden Tisch.« Dazu habe zum Beispiel Konrad Porzner gehört, außerdem sei Beratung durch Verfassungsrechtler in Aussicht gestellt worden. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung habe schon Anfang Januar 1990 Bildungskurse für Juristen angeboten. »Das heißt also,

99 Gert Weisskirchen, geb. 1944, Professor für Sozialpädagogik, seit 1995 Honorarprofessor für angewandte Kulturwissenschaften an der Fachhochschule Potsdam, 1976 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1990 bis 1994 Mitglied der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur«, 1999 bis 2009 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

100 Norbert Gansel, geb. 1940, Jurist, 1969/70 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1972 bis 1997 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1994 stellvertretender Vorsitzender im Auswärtigen Ausschuss, 1997 bis 2003 Oberbürgermeister in Kiel.

101 Am 28. November 1989 stellte Bundeskanzler Helmut Kohl einen Zehn-Punkt-Plan vor, in dem er neben Sofortmaßnahmen für die DDR die Schaffung konföderativer Strukturen mit dem Ziel der Schaffung einer Föderation, einer bundestaatlichen Ordnung in Aussicht stellte. Zuvor hatte Hans-Jochen Vogel in der gleichen Bundestagssitzung einen Fünf-Punkte-Plan vorgetragen, der sich nur wenig von Kohls Plan unterschied, durch den Vorschlag des Kanzlers jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund gedrängt wurde.



II. Podium, Reinhard Höppner, Susanne Kschenka (Seils), Martin Gutzeit, Ilse Fischer

man ging ganz gezielt vor, um zunächst die rechtlichen Voraussetzungen für die Wahl zu schaffen, aber auch, um die inhaltlichen Voraussetzungen für die Arbeit im Parlament zu schaffen. Parallel dazu lief ja unsere programmatische Arbeit, das hieß sowohl für ein Grundsatzprogramm, aber dann auch für das Wahlprogramm, in dem wir fragten, was ist nötig, wenn wir jetzt auf die deutsche Einheit zugehen? Was brauchen wir da? Wie stellen wir uns einen Weg vor, der sicherstellt, dass es demokratisch zugeht, dass die Leute beteiligt werden? Und dann fragt man natürlich, was müssen wir machen? Was muss an dieser DDR verändert werden, damit das verfassungsrechtlich läuft, wie gehen wir da vor? So kamen wir dann zum Blocksystem, das heißt zu Veränderungen bei der Verfassung, wie wir sie brauchten, um handeln zu können.«

Susanne Kschenka (Seils): »Ich denke, wir brachten auch selber eine ganze Menge Erfahrung mit – wenn ich Reinhard Höppner sehe oder andere, die ja in kirchlichen Parlamenten lange Jahre Erfahrung gesammelt hatten. Ich selbst komme aus der kirchlichen Jugendarbeit und habe immer erlebt, dass ich in der Gesellschaft der DDR wenig Möglichkeiten hatte mitzuarbeiten,

jedenfalls in den ›normalen‹ gesellschaftlichen Strukturen, und so bin ich zur kirchlichen Jugendarbeit, in den Landesjugendkonvent der Kirchenprovinz Sachsen, gekommen. Das war sozusagen das Jugendparlament parallel zum staatlichen Erleben. Ich bin dort gelandet und dachte erstaunt, wo bin ich denn jetzt? – Da wurde über die Geschäftsordnung diskutiert, da wurden Wahlen veranstaltet, da wurde über Kirchenpolitik geredet, da wurde über Einmischung in die Gesellschaft gesprochen. Das war für mich ein riesiges Aha-Erlebnis festzustellen, innerhalb einer Diktatur gibt es Parlamentarismus, da gibt es ein Parlament, in dem man selber entscheiden kann. Das habe ich aufgesogen wie ein Schwamm.« Sie habe unbedingt Juristin werden wollen, aber ihr sei klar gewesen, dass sie – aus einem kirchlich orientierten Elternhaus kommend – keine Chancen gehabt hätte. Kirchenjuristen jedoch hätten entsprechend einer Vereinbarung zwischen Staat und Kirche mit auf dem staatlichen Bildungsweg studieren dürfen. »Und so habe ich in Leipzig Wirtschaftsrecht studiert für die evangelische Kirche. Also der Staat hat sich sozusagen selbst seine Opposition ausgebildet. In der Kirche der Kirchenprovinz Sachsen habe ich erlebt, dass es möglich ist, Verhandlungen zu führen, parlamentarisch bestimmte Dinge auszuhandeln, und das war für mich im Prinzip eine Vorbereitung auf die Volkskammer. Und ich denke, es ist vielen von uns so gegangen.«

»In der Kirche der Kirchenprovinz Sachsen habe ich erlebt, dass es möglich ist, Verhandlungen zu führen, parlamentarisch bestimmte Dinge auszuhandeln, und das war für mich im Prinzip eine Vorbereitung auf die Volkskammer.«

Da man davon ausgegangen sei, dass die SPD die Wahl am 18. März gewinnen werde, wollte man für die Regierungsbildung vorbereitet sein und auch einen Geschäftsordnungsentwurf zur Verfügung haben. »Ich hatte den Auftrag, mich um die Geschäftsordnung zu kümmern und habe am 18. März 1990 in meiner kleinen Wohnung in Magdeburg gesessen, habe die Geschäftsordnung der Kirchenprovinz Sachsen vor mir gehabt und habe daraus die vorläufige Geschäftsordnung für die Volkskammer getippt. Das war sozusagen die direkte Vorarbeit für die Volkskammer. Die haben wir dann mit den Kollegen aus dem West-SPD-Vorstand besprochen, die haben uns dann noch einige Tipps gegeben, wie wir es machen können. Aber im Prinzip haben wir einen großen Teil der Voraussetzungen für dieses Parlament selbst mitgebracht.«

Nach der Wahl vom 18. März 1990 musste die SPD nicht nur das enttäuschende Wahlergebnis verarbeiten – sie hatte auch ein personelles Problem: Ibrahim Böhme, der auf dem Leipziger Parteitag im Februar gewählte Par-



II. Podium, Susanne Kschenka (Seils), links Volker Schemmel

teivorsitzende der SPD in der DDR wurde auf der konstituierenden Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion am 22. März zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, ließ den Vorsitz jedoch wegen Stasi-Vorwürfen in einem angekündigten »Spiegel«-Artikel¹⁰² schon am 23. März ruhen und zog sich Anfang April von seinen Ämtern zurück. Am 3. April wurde Richard Schröder zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Wie ging die SPD-Fraktion mit der Wahlniederlage und der personellen Situation um? Sie musste zugleich eine grundsätzliche Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung oder den Gang in die Opposition treffen – warum hat sie sich trotz vieler Bedenken an der Koalitionsregierung beteiligt?

Richard Schröder erwähnt die problematische Persönlichkeit Ibrahim Böhmes. Er selbst habe – wie Markus Meckel und Martin Gutzeit – die Ministerpräsidentenkandidatur Böhmes mit großer Sorge gesehen, wobei er im Gegensatz zu anderen nichts über den frühzeitigen Stasi-Verdacht gewusst habe. Man habe wegen der chaotischen Züge im Verhalten Böhmes starke

¹⁰² Bericht in: »Der Spiegel«, Nr. 13, 26. März 1990.

Bedenken hinsichtlich seiner Eignung für dieses Amt gehabt, selbst wenn ihm fähige Mitarbeiter zur Verfügung gestanden hätten: »Insofern hatte dieses niederschmetternde Wahlergebnis für uns auch etwas Erleichterndes – dieses Problem waren wir los.« Auf der anderen Seite habe man in Lothar de Maizière »einen völlig zerknitterten Wahlsieger« gehabt, der eigentlich gehofft habe, *nicht* Ministerpräsident werden zu müssen. »So verrückt war die Zeit damals, dass unser schlechtes Wahlergebnis auch ein Element der Erleichterung hatte, und für Lothar de Maizière der Sieg ein Element des Schreckens.« Ibrahim Böhme habe der SPD dann noch einige »Kuckuckseier ins Nest gelegt«, indem er regelmäßig mit niemandem abgesprochene Statements gegeben habe, zu denen Äußerungen wie »keine Koalition mit der DSU« und »auf keinen Fall eine große Koalition« gehört hätten. Fraglich sei, ob er das Wahlprogramm der SPD je gelesen habe, denn dort sei mit Bedacht diese Möglichkeit gerade nicht ausgeschlossen worden, da man nicht gewusst habe, wie das Wahlergebnis ausfallen würde. Nur eines sei klar gewesen: Keine Koalition mit der PDS, das habe als einzige Koalitionsaussage im Wahlprogramm gestanden. Aber die anderen Punkte seien nun einmal in der Öffentlichkeit bekannt gewesen, so dass man geahnt habe, dass es schwierig werden würde, sich nicht dem Vorwurf des Wortbruchs auszusetzen.

»Wir haben uns im kleinen Kreis, da gehörte auch Reinhard Höppner dazu, verständigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, man sollte die Möglichkeit einer großen Koalition ausloten. Und dann haben wir etwas gemacht, was uns die Fraktion dann zunächst übel genommen hat, wir haben uns nämlich um ein informelles, vorklärendes Gespräch mit Lothar de Maizière persönlich bemüht, und zwar in seinem Büro in dem damaligen Hauptsitz der Ost-CDU.« (**Reinhard Höppner** ergänzt, er sei auf eigene Faust zu Lothar de Maizière gegangen, ohne ein Mandat zu haben, denn er habe den Eindruck gehabt, dass man fast zehn Tage nach der Wahl diese Frage nicht einfach entscheiden konnte, ohne mit der CDU überhaupt zu reden. Aber dank des fehlenden Vorsitzenden sei die SPD ja handlungsunfähig gewesen.) **Richard Schröder:** »Es wurde dann vereinbart, dass wir uns bei Lothar de Maizière treffen. Wir hatten gedacht, das ginge auf unauffällige Weise, aber nicht damit gerechnet, dass westliche Journalisten über den Turm in das Fenster von de Maizières Büro hineinfilmten. Bei diesem Gespräch hat Lothar de Maizière uns gegenüber zum Ausdruck gebracht, wie sehr die Verantwortung auf ihm laste.«



II. Podium, Hans Misselwitz, Richard Schröder

De Maizière habe dann gleich das Problem angesprochen, das auch im Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt habe, nämlich die Eigentumsfrage. Bei der habe grundsätzlich gelten sollen: »Der redliche Erwerb wird geschützt.« Das sei die Formel gewesen, mit deren Hilfe er die Interessen derer, die zu DDR-Zeiten Grund und Boden erworben hatten, gegenüber den zu erwartenden Rückgabeansprüchen habe schützen wollen. Was dann an komplizierten Regelungen herausgekommen sei, habe immer auch zu dieser Formel gepasst, auch wenn noch so viele zusätzliche Probleme aufgetreten seien. Lothar de Maizière habe auf ihn den Eindruck gemacht, »dass wir mit ihm vernünftig verhandeln können und dass er einen ausgesprochenen Sinn für die sozialen Probleme mitbrachte, die sich mit dem Weg zur deutschen Einheit auftun werden.« Und dann habe es noch »diesen Vertrauenshintergrund aufgrund der gemeinsamen kirchlichen Aktivitäten« gegeben. Er habe Lothar de Maizière bis dahin nicht persönlich gekannt, sei sich aber natürlich bewusst gewesen, welche Stellung dieser in der Synode des Bundes der Evangelischen Kirche gehabt habe.¹⁰³ Zu den Widerständen, die es in der ei-

¹⁰³ Lothar de Maizière war von 1986 bis 1990 Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

genen Fraktion und in der Partei gegeben habe, führt Richard Schröder aus, man habe dann »in der SPD-Fraktion erst ein bisschen Buße getan für die Eigenmächtigkeit«. Die Fraktionsmitglieder seien schließlich bereit gewesen, eine Verhandlungskommission zu benennen, hätten aber Wert darauf gelegt, »dass auch Gegner einer Koalition dieser Verhandlungsrunde angehören. Und der Gegner, der uns da sozusagen reingesetzt wurde, war Wolfgang Thierse. Und wenn Wolfgang Thierse nicht in diesen Verhandlungen seinerseits gesagt hätte, wir können uns darauf einlassen, hätte die Fraktion wahrscheinlich nicht mitgemacht.«

Bei den Koalitionsverhandlungen, zu denen die Sozialdemokraten nun hinzustießen, habe man erstaunt festgestellt, dass die anderen Parteien bis dahin offensichtlich programmatisch so gut wie gar nichts beredet, sondern nur über Posten gesprochen hatten. Markus Meckel vor allem habe immer darauf gedrungen, dass erst die Sachfragen, dann die Personalfragen geklärt würden. Es seien Arbeitsgruppen gebildet worden. »Und da erwies sich nun das als vorteilhaft, was vorher viele vielleicht für verrückt gehalten hatten, nämlich dass wir uns mit starker Beteiligung von Hans Misselwitz und anderen an die Arbeit an einem Grundsatzprogramm gemacht hatten. Das heißt, wir hatten uns über Wochen hinweg im Januar/Februar schon über die verschiedenen Politikfelder Gedanken gemacht. Es erwies sich jedenfalls, dass unsere Leute in diesen Teilkommissionen, die jetzt für die verschiedenen Politikgebiete gebildet wurden, eigentlich die besser Beschlagenen waren, so dass wir durchaus sagen konnten, im Koalitionsvertrag sind nicht unbedeutende Elemente von der SPD beigesteuert worden. Und das war eben der Grund, warum wir dann ›ja‹ gesagt haben.« Man habe auch einen sehr hilfsbereiten westdeutschen Berater, Rolf Schmachtenberg¹⁰⁴, gehabt, der am Wahlprogramm mitgewirkt habe.

»Es erwies sich jedenfalls, dass unsere Leute in diesen Teilkommissionen, die jetzt für die verschiedenen Politikgebiete gebildet wurden, eigentlich die besser Beschlagenen waren, so dass wir durchaus sagen konnten, im Koalitionsvertrag sind nicht unbedeutende Elemente von der SPD beigesteuert worden. Und das war eben der Grund, warum wir dann ›ja‹ gesagt haben.«

104 Rolf Schmachtenberg, Dr., geb. 1959, Volkswirt, hatte als Westdeutscher seit Beginn der 1980er Jahre regelmäßig an Friedensseminaren in der DDR teilgenommen und gehörte zum Freundeskreis der späteren SDP-Gründer. Ab Januar 1990 wirtschaftspolitischer Berater beim Präsidium der Ost-SPD und Berater der DDR-Arbeitsministerin Regine Hildebrandt; 1990 bis 2001 im Brandenburgischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen; seit 2002 Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Vgl. Erinnerungsbericht Rolf Schmachtenberg in: Meckel/Reiche (Hrsg.): »Nichts muss bleiben wie es ist«, S. 119–128.

Von Bündnis 90/Grüne sei die SPD umworben worden, damit sie in der Opposition bleibe. Man habe den Eindruck gehabt, dass sich für diese Partei mit der Wahl nichts geändert habe, die Gewöhnung an die Oppositionsrolle habe weiter bestanden, nur dass das neue Feindbild nun Kohl geheißen habe. Die Regierungsbeteiligung sei den Sozialdemokraten, die mit dem Demokratischen Aufbruch die einzigen aus den oppositionellen Gruppierungen gewesen seien, die bereit waren, in die Regierung zu gehen, sehr übel genommen worden. Dies sei in hohem Maße auch ins Persönliche gegangen. Richard Schröder erinnert sich, dass sein Kollege Wolfgang Ullmann¹⁰⁵, mit dem er an der kirchlichen Hochschule immer gut zusammengearbeitet habe, oder Marianne Birthler¹⁰⁶, die in der Volkskammer nur durch den Gang getrennt neben ihm bei Bündnis 90/Grüne gesessen habe, zunächst kein Wort mehr mit ihm geredet hätten. Das habe sich später wieder völlig geändert, zeige aber das damalige Ausmaß der persönlichen Verbitterung über die Entscheidung der Sozialdemokraten.

Zwei Bemerkungen aus seinem ersten Gespräch mit Lothar de Maizière seien für ihn wesentliche Argumente für den Eintritt in die große Koalition gewesen. »De Maizière sagte unverblümt zu mir: ›Wissen Sie, ich brauche die Sozialdemokraten. Ein paar Dinge, die ich unbedingt durchsetzen will, kriege ich bei Kohl nicht durch, wenn ich nicht sagen kann, mit unserem Koalitionspartner ist das anders nicht zu machen.« Das zweite, für ihn noch wesentlichere Argument sei der Hinweis auf die ständig erforderlichen Verfassungsänderungen mit »verfassungsdurchbrechenden Gesetzen« gewesen, für die man eine Zweidrittelmehrheit gebraucht habe. Wenn die Regierung diese Zweidrittelmehrheit nicht gehabt hätte und in jedem Einzelfall noch einmal extra mit der Opposition hätte verhandeln müssen, dann hätte dies »ein fürchterlich schwieriges Regieren« bedeutet, so viel Zeit sei nicht vorhanden gewesen.

Die Sozialdemokraten konnten nicht, wie ursprünglich gehofft, den Präsidenten der Volkskammer stellen. Reinhard Höppner, seit 1980 Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, galt aufgrund seiner

105 Wolfgang Ullmann (1929 bis 2004), Theologe, Kirchenhistoriker. 1989 Mitgründer der Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«. Mitglied am Runden Tisch, in der Volkskammer Abgeordneter für Bündnis 90.

106 Marianne Birthler, geb. 1948, Mitglied der 10. Volkskammer und Sprecherin von Bündnis 90. 2000 bis 2011 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.



II. Podium, Reinhard Höppner, Susanne Kschenka (Seils), Martin Gutzeit

großen Erfahrung in der kirchenparlamentarischen Arbeit als geradezu prädestiniert für das Amt des Parlamentspräsidenten. Er wurde zum Vizepräsidenten gewählt; sein Verhandlungsgeschick und seine Kreativität im Umgang mit den zahlreichen schwierigen und oft unerwarteten Situationen trugen mehr als einmal zur Auflösung von Konflikten in den Sitzungen bei. **Die Moderatorin** fragt, wie man sich diese Herausforderungen in der parlamentarischen Arbeit vorstellen müsse.

Reinhard Höppner weist darauf hin, dass die Verfassung der DDR schon habe geändert werden müssen, um die Volkskammer überhaupt konstituieren zu können. Ein Parlamentspräsidium sei nicht vorgesehen gewesen und mit der Wahl dieses Präsidiums habe bereits das erste Improvisieren begonnen, und auf diese Weise sei es auch weitergegangen. So habe zum Beispiel normalerweise der Präsident eines Parlaments ein Manuskript vorliegen, aus dem er vorlese, in dem dann bestenfalls noch die Zahlen über die Abstimmungen eingesetzt werden müssen. »Das ging in der Volkskammer überhaupt nicht. Es konnte doch sehr schnell sein, dass sich irgendjemand meldete, unabhängig von allen Fraktionsabsprachen, der dann nach Geschäftsordnung auch das Wort bekommen musste; derjenige stellte dann einen Antrag und alles ging durcheinander.« Es habe aber natürlich auch

wirklich dramatische Situationen gegeben. Reinhard Höppner nennt als eines dieser Beispiele die unerwartete Zuspitzung um die Beitrittsfrage am 17. Juni 1990. Weil Nachbesserungsbedarf beim Treuhandgesetz bestanden habe, und dieses noch vor der Währungsunion verabschiedet werden musste, sei eine Sondersitzung der Volkskammer einberufen worden. Am Freitag davor seien Gerüchte aufgekommen, dass auf dieser Sitzung Anträge zum sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gestellt würden. Er sei damals davon ausgegangen, dass nicht nur die SPD, sondern auch andere Fraktionen dies aus Verantwortungsbewusstsein hätten verhindern wollen. Auf der Krisensitzung beim Ministerpräsidenten am Freitagabend habe er, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein, alle Möglichkeiten aufgelistet, wie es die Befürworter unter Umständen schaffen könnten, das Thema auf die Tagesordnung zu bekommen, denn es habe ja nicht auf der Tagesordnung gestanden. Das Ergebnis: »Außer der SPD-Fraktion haben sich dann sämtliche Fraktionen eine der Möglichkeiten herausgesucht! Und dann hatten wir

»Beitritt zum heutigen Tage« war das steilste und wurde von der DSU beantragt.«

es plötzlich auf der Tagesordnung! ›Beitritt zum heutigen Tage‹ war das steilste und wurde von der DSU beantragt.«¹⁰⁷ Dies sei einer dieser typischen Fälle gewesen, auf die man sich nur schwer hätte vorbereiten können. Die Stimmung in der Volkskammer sei an diesem 17. Juni zusätzlich angeheizt worden durch die Anwesenheit politischer Prominenz auf der Tribüne, darunter Bundeskanzler

Helmut Kohl, der Bundespräsident und andere westdeutsche Politiker, die nach der Festveranstaltung zum 17. Juni an der Volkskammersitzung teilnahmen. Einige Abgeordnete hätten sich dadurch herausgefordert gefühlt, »möglichst forsch« die Einheit zu fordern. »Es war nicht einmal sicher, ob dieser Antrag nicht unter Umständen – bei Geheimabstimmung – eine Mehrheit bekommen hätte, mit anderen Worten, wir mussten es bewerkstelligen, dass über diese Anträge überhaupt nicht abgestimmt wurde, sondern dass sie in einen Ausschuss überwiesen wurden, nämlich in den Ausschuss

107 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, II. Bd., 15. Tagung (Sondertagung) am 17. Juni 1990, S. 533–561, Antrag S. 534: Abg. Schwarz: »Die Deutsche Soziale Union stellt den Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung gemäß Art. 43 der Geschäftsordnung um einen Punkt [...]: Die Volkskammer möge diesen Antrag entgegennehmen und beschließen: Beschluß zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit dem heutigen Tag.« Da der Antrag am Vorabend noch nicht vorgelegen hatte, war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, um ihn auf die Tagesordnung setzen zu können. Diese wurde erreicht. Dieser Antrag sowie weitere Anträge wurden schließlich in den Ausschuss Deutsche Einheit überwiesen, wodurch eine Beschlussfassung an diesem Tag verhindert wurde.

deutsche Einheit. Und das war ein schweres Stück Arbeit, muss man einfach einmal so sagen. Die SPD-Fraktion war da die einzige, die, glaube ich, den kühlen Kopf behalten und mich dabei kräftig unterstützt hat – Richard Schröder könnte wahrscheinlich da Dinge aus seiner Rede zitieren, die er seinerzeit gehalten hat.«¹⁰⁸ Dies sei nur ein Beispiel von vielen für die Atmosphäre in der Volkskammer gewesen. Eine vergleichbare Situation und Anforderung an die Fähigkeit zum Improvisieren habe es dann in der Sitzung in der Nacht vom 22. zum 23. August gegeben, an dem Tag, an dem das Datum der deutschen Einheit beschlossen worden sei.¹⁰⁹

Zu den ersten Initiativen der Volkskammer zählte am 12. April 1990 die Verabschiedung einer gemeinsamen außenpolitischen Erklärung zur Verantwortung für die NS-Verbrechen, zum Verhältnis zu den Juden und zu Israel, zu den Verbrechen an den Völkern der Sowjetunion, zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des »Prager Frühlings« in der Tschechoslowakei und zur Anerkennung der Westgrenze Polens. Mit diesen Erklärungen übernahm die DDR bewusst Verantwortung für die deutsche Geschichte und setzte sich auch von Stellungnahmen der alten Volkskammer und der früheren DDR-Regierung ab, die zum Beispiel noch 1989 anlässlich des Massakers auf dem Tian'anmen-Platz in Peking die Weltöffentlichkeit mit zustimmenden Statements schockiert hatten. Die Moderatorin fragt nach der Rolle der SPD bei der Initiierung und Ausarbeitung dieser Erklärungen.

Hans Misselwitz unterstreicht die große Bedeutung dieser außenpolitischen Erklärung für die Sozialdemokraten. Es seien Stellungnahmen zur Vergan-

108 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, II. Bd., 15. Tagung (Sondertagung) am 17. Juni 1990, S. 541.

109 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, III. Bd., 30. Tagung am 22. August 1990, S. 1371–1388. In dieser Sitzung Tagesordnung standen zwei Anträge zum Beitrittstermin auf der Tagesordnung, darunter der Antrag der DSU über einen Beitrag zum 22.8.1990, »also zum heutigen Tag« (S. 1371). Dieser Vorschlag wurde in der Nacht des 22./23. August (Sitzungsende 3.00 Uhr) mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Ein Antrag von mehr als 20 Abgeordneten der Fraktion von CDU/DA sah eine Abstimmung für den 9. Oktober über den Beitrittstermin 14. Oktober vor. Lothar de Maizière hatte mit Bundeskanzler Kohl den 14. Oktober als gemeinsamen Wahl- und Beitrittstermin vereinbart, was aber mit einer Verfassungsänderung und der vorzeitigen Auflösung des Bundestages verknüpft gewesen wäre, die von der SPD nicht mitgetragen wurde. Schließlich erhielt ein gemeinsamer Antrag von CDU/DA, DSU, F.D.P. und SPD zugunsten des Termins 3. Oktober 1990 die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit.



II. Podium,
Hans Misselwitz

genheit gewesen, die aber eigentlich den Weg für neue Beziehungen in der Zukunft frei gemacht hätten. »Es war eine notwendige Erklärung und gleichzeitig ein außenpolitischer Rahmen für das, was ich dann in der Arbeit im Außenministerium tun konnte, wofür wir uns vor allem engagiert haben.« [...] »Wir hatten eigene Texte vorbereitet und diese anschließend mit allen Fraktionen weitgehend einvernehmlich abgestimmt. Dass es eine gemeinsame Erklärung wurde, war uns wichtig, und so ist es auf unsere Initiative hin auch geschehen.« In der Erklärung, die sich an Israel und die Juden in aller Welt richtete, habe es einen Nachsatz gegeben, dass Juden, wo immer sie in der Welt verfolgt würden, in Deutschland eine Heimstatt oder Asyl finden sollten.¹¹⁰ Es mache ihn heute noch stolz, dass dieser Satz entscheidend bewirkt habe, »dass wir heute in Deutschland wieder eine seitdem gewachsene und wachsende jüdische Gemeinde haben.« Die Regierung der DDR hätte danach unbürokratische Einreisemöglichkeiten für Juden aus der Sowjetunion geschaffen.¹¹¹ Bis zum 2. Oktober 1990 habe es dann Tausende

110 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, I. Bd., 2. Tagung am 12. April 1990, S. 23, Antrag aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Erklärung: »Wir treten dafür ein, verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren.«

111 Vgl. dazu Klaus J. Bade/Jochen Oltmer: Flucht und Asyl seit 1990: http://www.bpb.de/themen/EX7ED8,2,0,Flucht_und_Asyl_seit_1990.html; Irene Runge: Das große Wunder einer kleinen jüdischen Einwanderung: <http://www.hagalil.com/01/de/Juden.php?itemid=787>

jüdischer Zuwanderer gegeben, die nach bundesdeutschem Recht eigentlich keinen Anspruch auf Aufenthalt gehabt hätten. Durch den späteren Einsatz von Heinz Galinski, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, sei ihnen in der Bundesrepublik schließlich der Status »Kontingentflüchtlinge« zuerkannt worden. Hans Misselwitz betont, dass er dieses Detail herausgegriffen habe, um deutlich zu machen, dass in der Volkskammer allgemein, aber besonders stark bei den Sozialdemokraten, ein ausgeprägtes Bewusstsein der übernommenen historischen Verantwortung vorhanden gewesen sei. Das habe sich natürlich auch auf das Verhältnis zu Polen bezogen. »Gerade in der Grenzfrage hatte Deutschland eben auch noch eine Bringschuld, nämlich Polen die Gewissheit zu geben, dass es eine endgültige Grenze gibt, dass diese Oder-Neiße-Grenze für das wiedervereinigte Deutschland endgültig ist.« Dieses »große historische Bewusstsein, von dem wir alle, glaube ich, getragen waren«, so Hans Misselwitz, sei oft mit den geschäftsmäßigen und wesentlich nüchterneren Überlegungen in Bonn konfrontiert gewesen. Dies habe dann auch bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen seinen Ausdruck gefunden, die ja nicht als Friedensverhandlungen gegolten hätten, selbst wenn dann doch am Ende die KSZE, beziehungsweise die UN-Vollversammlung den Vertrag in diesem Sinne zur Kenntnis genommen hätten, als »bedeutsamen Beitrag zum Frieden in Europa«. Die Vereinigung für die anderen Völker akzeptabel zu machen, das sei die eigentliche große Dimension, um die es damals gegangen sei. Dies müsse man entgegen halten, wenn heute oft gesagt werde, das »Hauptgeschäft« der Volkskammer habe einfach darin bestanden, den Beitritt zu erklären. Dagegen habe man als SPD klargestellt: »Wir stehen in der Pflicht, die deutsche Vereinigung im Zusammenhang mit der künftigen europäischen Ordnung und den Interessen der europäischen Nachbarn zu sehen, das können wir uns nicht ersparen, und da können wir nicht einfach sagen, wir gehen jetzt mal rüber in die Bundesrepublik. Dass diese Verantwortung eingelöst wurde, daran haben wir auch als Fraktion, als SPD, ein entscheidendes Verdienst.«

»Gerade in der Grenzfrage hatte Deutschland eben auch noch eine Bringschuld, nämlich Polen die Gewissheit zu geben, dass es eine endgültige Grenze gibt, dass diese Oder-Neiße-Grenze für das wiedervereinigte Deutschland endgültig ist.«

[Ein Podiumsteilnehmer] ergänzt, dass eine kleine Gruppe der SPD-Fraktion, fünf oder sechs Personen, sich zusammengesetzt und diese Resolutionen vorbereitet hätten. »Die Fraktion hat sie mitgebracht und dann ging es weiter, so wie Hans Misselwitz das beschrieben hat. Die Fraktion hat sich



II. Podium, Hans-Joachim Hacker, Rolf Schwanitz

damit weitsichtig, langfristig und von hoher Verantwortung getragen den Dingen gestellt, bevor sie spruchreif waren.«

*Ein zentrales Anliegen der Volkskammer war die Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR, wobei Regelungs- und Gesetzgebungsbedarf in nahezu allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens bestand. Im Bereich der Justiz stellte sich auch die Frage, inwieweit die vorhandenen Richter geeignet waren, in einem demokratischen Staat weiter zu amtieren. Hinzu kam die Bewältigung des gesamten Komplexes der Staatssicherheit und dessen Auswirkungen bis hinein ins Parlament. **Ilse Fischer** bittet Rolf Schwanitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium der DDR und zeitweise stellvertretender Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Volkskammer, und Hans-Joachim Hacker, den Vorsitzenden des Rechtsausschusses der Volkskammer, um ihre Einschätzung der Problemlage.*

Rolf Schwanitz unterstreicht die Äußerungen von Hans Jürgen Misselwitz: »Wir hatten den Anspruch, nicht schlicht und einfach den Beitritt nach Artikel 23 zu erklären, sondern aus der gegebenen Struktur, so wie wir sie vorgefunden haben, eine funktionierende parlamentarische Demokratie zu machen.« Dies habe umfangreiche Veränderungen erfordert, beginnend beim

Verfassungsrecht, bis hin zu einzelnen Rechtsfragen, zu Rehabilitierungsfragen und natürlich sei die Stasi ein sehr wichtiges Thema in diesem Zusammenhang gewesen. »Man muss noch einmal daran erinnern, das war sie eigentlich schon im Herbst 1989. Und sie war es natürlich im täglichen Leben der Menschen in der DDR zuvor. Ich glaube, dass ein Stück der Motivation, die im Herbst 1989 die Leute dann ständig wieder auf die Straße getrieben hat, nicht nur die Hoffnung auf eine Veränderung, auf Demokratisierung war, sondern auch, dass man aussprechen konnte, was man für richtig hielt, dass man endlich angstfreie Räume hatte, um zu kommunizieren, über Dinge, die Jahrzehnte tabuisiert worden waren, und da gehörte natürlich auch das Überwachungs- und Bespitzelungssystem der Staatssicherheit dazu. Und wir wussten selbstverständlich, dass der Überwachungsapparat überall mit dabei war.«

»Wir hatten den Anspruch, nicht schlicht und einfach den Beitritt nach Artikel 23 zu erklären, sondern aus der gegebenen Struktur, so wie wir sie vorgefunden haben, eine funktionierende parlamentarische Demokratie zu machen.«

Eine Folge davon sei gewesen, dass sich auch die Volkskammerabgeordneten die Frage nach einer eventuellen Stasi-Verstrickung in den eigenen Reihen stellen mussten. Aus dieser Situation heraus habe sich der Anspruch ergeben, die Überprüfung der Abgeordneten durch das Parlament selbst zu übernehmen. Die SPD habe bereits in ihrer Fraktionssitzung am 21. März 1990 die Initiative ergriffen, so dass in der konstituierenden Sitzung der Volkskammer am 5. April 1990, getragen von allen Fraktionen, ein zeitweiliger Prüfungsausschuss zur Überprüfung der Volkskammerabgeordneten eingesetzt worden sei. Vertreter der SPD und Ausschussvorsitzender wurde Dankward Brinksmeier. Nach dem Ende der Koalition im August 1990 sei er selbst anstelle von Brinksmeier von der SPD in den Ausschuss entsandt worden.¹¹² Der Hintergrund sei gewesen, dass sich bis Mitte August bei der Überprüfung nahezu nichts getan habe. Rolf Schwanitz spricht das extrem belastete Verhältnis zwischen Innenminister Michael Diestel, dem nichts an der Aufklärung gelegen habe, und dem ur-

112 Vgl. Pries: Stasi-Mitarbeiter, S. 27–46. Ursprünglich hatte die Hoffnung bestanden, dass die Überprüfung schon vor Beginn der eigentlichen Parlamentsarbeit der Volkskammer abgeschlossen sein würde (vgl. ebenda, S. 27 f.). Nachdem es in der Öffentlichkeit still um den Ausschuss geworden war, kehrte die Problematik mit dem Heranrücken der deutschen Einheit und der vorgesehenen Entsendung von Volkskammerabgeordneten in den Deutschen Bundestag verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zurück. Rolf Schwanitz übernahm mit der Funktion von Dankward Brinksmeier als SPD-Vertreter nicht gleichzeitig den Ausschussvorsitz. Dieser wurde am 28. August 1990 dem Abgeordnete Peter Hildebrand von Bündnis 90/Grüne übertragen (vgl. ebenda, S. 29).

sprünglichen Ausschussvorsitzenden Dankward Brinksmeier an: »Und das hatte natürlich etwas damit zu tun, jedenfalls nach meiner Überzeugung und auch nach der Überzeugung vieler meiner Fraktionskollegen, wie der Ausschussvorsitzende Dankward Brinksmeier und der Innenminister Michael Diestel mit diesem Thema wechselseitig umgegangen sind. Nach außen hin immer engagiert, aber eigentlich auf eine sich aufschaukelnde Eskalationsstrategie orientiert.« Es habe die Gefahr bestanden, dass es dadurch am Schluss überhaupt nicht mehr zu einer Überprüfung gekommen wäre. Rolf Schwanitz erinnert sich an die Endphase, vor seinem eigenen Eintritt in den Ausschuss, in der Dankward Brinksmeier Unterlagen aus den Archiven herausholen wollte und der Innenminister dies untersagt habe, und Archive dann geschlossen worden seien. »Das ganze drohte faktisch zu erstarren und eine aus unserer Sicht wichtige demokratische Pflichtenlage nicht erfüllt zu werden. Ich bin dann in den Ausschuss gegangen und habe unter anderem in den Unterlagen einen Antragsentwurf vorgefunden, in dem der Ausschuss beschließen sollte, dass auf der Grundlage einer nicht zulässigen Vermischung zwischen Legislative und Exekutive bei der Zuständigkeit des Ausschusses die Überprüfung bitte schön der Innenminister selber machen soll. Also das wäre praktisch das Ende der ganzen Geschichte gewesen. Wir haben uns in dem Ausschuss dann relativ schnell zusammengerauft und dann ging es los. Und das war quasi das, was ich fast bis zum Schluss gemacht habe. Wir hatten bei einer ersten Überprüfung, die in der Verantwortung der einzelnen Fraktionen durchgeführt wurde, 56 Abgeordnete der Volkskammer – die insgesamt aus 400 Abgeordneten bestand – die dabei als Stasi-belastet aufgefallen waren. Und der Ausschuss hatte nun die Aufgabe, dies durch das Sichten der Akten zu überprüfen. Wir sind also herumgefahren von einer Bezirksverwaltung zur nächsten, haben die Akten gezogen, haben sie uns angeschaut, haben Kriterien entwickelt für die Bewertung und haben dann einen einvernehmlichen Bewertungsvorschlag im Ausschuss zu diesen 56 Fällen entwickelt. Es gab dann eine turbulente Abschlusssitzung in der Volkskammer. Es war sogar die letzte Sitzung der Volkskammer, die schon im ehemaligen ZK-Gebäude stattfand, weil wegen der Asbestbelastung der Palast der Republik nicht mehr zur Verfügung stand. Wir standen im Ausschuss vor der Frage: Wie gehen wir damit um? Bei 15 Fällen von diesen 56 waren wir der Auffassung, dort ist eine Spitzeltätigkeit in einer solchen Massivität gegeben und mit solcher Klarheit auch Schaden für die Betroffenen entstanden, dass wir der Überzeugung waren, da müssen wir die Betroffenen

auffordern, das Mandat oder das Amt – es waren ja auch Minister dabei – niederzulegen. Wir waren, was die konkreten Namen betraf, eigentlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das sah der Volkskammerbeschluss vor. Wir haben uns dann überlegt, wir treten an das Präsidium heran und bitten um eine Entpflichtung, denn nur so konnte wirkliche Transparenz entstehen. Das hat das Präsidium dann auch beschlossen, so dass die Namen genannt werden konnten. Es gab dann turbulente Debatten innerhalb des Plenums, und die CDU drückte mit ihrer Mehrheit den Ausschluss der Öffentlichkeit durch. Es wurde dann geheim weiter getagt, und die Journalisten mussten vor die Tür. Und dann hat in einem individuellen Akt Wolfgang Ullmann begonnen, die Namen zu nennen. Es haben sich sehr viele der Angesprochenen dort geäußert in dieser letzten Sitzung. Kein einziger der Betroffenen hatte ein Wort des Bedauerns, kein einziger, alle hatten nur ein Wort der Rechtfertigung und ein Wort aus der jeweiligen subjektiven Sicht, die man im Verlaufe einer solchen über Jahrzehnte reichenden Spitzeltätigkeit entwickelt.¹¹³ Es war vielleicht kein glanzvolles Ereignis im Sinne einer parlamentarischen Sitzung. Das konnte es bei diesem Thema auch gar nicht sein, aber dass die Volkskammer das gemacht hat, ist aus meiner Sicht wirklich ein gutes Stück Klärung eigener Angelegenheiten im Sinne der Demokratie gewesen. Um noch einmal die Relationen aufzuzeigen, es ging um 15 harte Fälle, im Verhältnis zu 56. In 73 Prozent der als IM registrierten Fälle haben wir die Betroffenen *nicht* aufgefordert, das Mandat niederzulegen. Das war eine Differenzierung, die wir damals im Ausschuss vorgenommen haben, die dann später in den neuen Ländern, als der öffentliche Dienst überprüft worden ist, an manchen Stellen gefehlt hat. Ich glaube, das war wirklich ein gutes Stück Selbstbefassung mit einer schwierigen Materie, die ohne die Sozialdemokraten nicht passiert wäre.«

Ein weiteres zentrales Anliegen der SPD in der Volkskammer war die Rehabilitierung der Opfer der SED-Diktatur und die Frage der Wiedergutmachung. Inwieweit konnte sich die SPD hier mit ihren Vorstellungen durchsetzen?

Hans-Joachim Hacker hält es im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Justiz in der DDR für wichtig, sich zunächst noch einmal grundsätzlich die Stellung der Juristen in der DDR zu vergegenwärtigen, da sich gerade bei

¹¹³ Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, Bd. III, 37. Tagung am 28. September 1990, S. 1828–1842.

Westdeutschen nicht unbegründet der Eindruck verfestigt haben könnte, dass »die Juristen« in der DDR alle staatsnah und im Grunde genommen die

»Ich habe mir nie vorstellen können, einmal als Richter oder als Staatsanwalt in der DDR zu arbeiten, weil natürlich nie ausgeschlossen war [...], ob ich nicht vielleicht am Kreisgericht Stendal oder am Kreisgericht Hagenow oder Ludwigslust eingesetzt würde und einen Flüchtling anklagen oder verurteilen müsste.«

Systemträger des DDR-Regimes gewesen seien. Wie dies auch schon Susanne Kschenka angesprochen habe, sei die Juristenausbildung in der DDR zweigeteilt gewesen. Die Ausbildung Staats- und Rechtswissenschaft habe zum einen die Rechtspflege umfasst, zum anderen Wirtschaftsrecht. Er selbst habe wie Susanne Kschenka Wirtschaftsrecht studiert. »Für die Mehrheit der Kommilitoninnen und Kommilitonen an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg war diese Entscheidung eine Entscheidung gegen die Rechtspflege, weil wir in diesem Bereich nicht arbeiten wollten. Wir haben uns ganz bewusst, aus Interesse für das Fach Jura, für juristische Zusammenhänge, dafür entschieden, Wirtschaftsrecht zu studieren. Das war natürlich keine Nische wie es sie sicherlich in anderen Bereichen gab. Man lebte in einem Staat, den man sich nicht ausgesucht hatte. Man konnte auf diese Weise aber wie bestimmte andere Berufsgruppen auch, zum Beispiel Ingenieure, im

Wirtschaftsrecht einen Tätigkeitsbereich finden, in dem man nicht als politischer Systemträger agieren musste. Ich habe mir nie vorstellen können, einmal als Richter oder als Staatsanwalt in der DDR zu arbeiten, weil natürlich nie ausgeschlossen war – man konnte ja gar nicht entscheiden, wo man eingesetzt wurde –, ob ich nicht vielleicht am Kreisgericht Stendal oder am Kreisgericht Hagenow oder Ludwigslust eingesetzt würde und einen Flüchtling anklagen oder verurteilen müsste. Deswegen rate ich immer an, wenn es um Juristen in der DDR geht, diese Differenzierung nicht ganz zu vergessen, und das wird auch der Situation in der DDR in ihrer Vielfältigkeit eher gerecht.«

In die SPD sei er eingetreten, weil ihn seit früher Jugend bestimmte Erfahrungen dazu gebracht hätten, *nicht* Systemträger werden zu wollen. Dies seien zum Beispiel die Zwangskollektivierung gewesen, die er selbst miterlebt habe, der Kirchenkampf um das Thema Jugendweihe oder Konfirmation, der Mauerbau am 13. August 1961, den er sehr bewusst als Kind erlebt habe und dessen Gründe ihm bekannt gewesen seien. Dazu habe der Prager Frühling gehört, der mit Panzern niedergewalzt worden sei. Von daher habe es für ihn weder einen Weg in die SED noch in eine Blockpartei geben können.

Zur Frage der Opferrehabilitierung: Ein Vermächtnis der Friedlichen Revolution habe darin bestanden, Unrechtsurteile zu beseitigen und den



II. Podium, Richard Schröder, Hans-Joachim Hacker, Rolf Schwanitz

Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen, den Makel der politischen Verurteilung aufzuheben. »Wir haben auch lange darüber gesprochen, ob der Begriff Rehabilitierung richtig ist oder nicht. Es war jedoch der Ansatz derjenigen, die Träger der Friedlichen Revolution waren und das Vermächtnis dieser Friedlichen Revolution in die Volkskammer hineingetragen haben. Wir wollten, dass politische Verfolgung in der DDR ein Ende hat, dass Menschen, die aus politischen Gründen in DDR-Gefängnissen saßen, freigelassen werden. Und wir wollten für die Fälle aus dem Bereich strafrechtlicher Verfolgung, verwaltungsrechtlicher Verfolgung – ich nenne nur das Thema Zwangsaussiedlung an der ehemaligen innerdeutschen Grenze – und dem Bereich der beruflichen Eingriffe gegenüber Systemgegnern, da wollten wir eine Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Dabei hat uns ein Stück weit das Entschädigungsrecht der Bundesrepublik Deutschland zur Seite gestanden. Wir hatten ja im Rechtsbereich, wie in anderen Bereichen auch, Kontakte zur SPD-Bundestagsfraktion.

»Wir wollten für die Fälle aus dem Bereich strafrechtlicher Verfolgung, verwaltungsrechtlicher Verfolgung – ich nenne nur das Thema Zwangsaussiedlung an der ehemaligen innerdeutschen Grenze – und dem Bereich der beruflichen Eingriffe gegenüber Systemgegnern, da wollten wir eine Rehabilitierung und Wiedergutmachung.«

Für mich war es sehr aufschlussreich und einprägsam, als wir – ich meine im August 1990 – eine Anhörung durchgeführt haben, in der Menschen zu Wort kamen, die erstmals in der DDR einem Parlament ihr Schicksal schildern konnten. In der DDR wurde das alles verschwiegen, man sprach nicht darüber, man wusste einiges, aber es wurde nirgendwo thematisiert – etwa das Thema der Zwangsverschleppung der Zivildeportierten. Freya Klier war Begleiterin und Fürsprecherin einer Gruppe von Zwangsdeportierten. Das vermittelte mir viele Einblicke in dieses Thema, und deshalb habe ich mich lange Zeit dafür eingesetzt, dass die aus den deutschen Ostgebieten Zwangsverschleppten – vor allem Frauen – am Ende auch eine Entschädigung erhalten haben.¹¹⁴

Diesen Themenkomplex Rehabilitation/Wiedergutmachung, den haben wir uns zu Eigen gemacht, und wir haben diesen Prozess auch im Einvernehmen mit den damaligen Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestagsrechtsausschuss diskutiert. Ich entsinne mich an einen ersten Besuch des Rechtsausschusses des Bundestages in Ostberlin, damals war der Kollege Herbert Helmrich¹¹⁵ der dortige Ausschussvorsitzende, und mir liegt hier gerade noch ein offener Brief vom 13. Juni 1990 vor. Ich spreche hier von Herrn Helmrich und Frau Brigitta Kögler¹¹⁶, also den Vertretern des zuständigen Ausschusses des Bundestages und des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform der Volkskammer. Es war ein Appell, gerichtet an Herrn Wünsche¹¹⁷ und an Herrn Diestel, den Justizminister und den Innenminister, dem Parlament endlich eine Vorlage zur Rehabilitation

114 Vgl. dazu Freya Klier: *Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern*, Frankfurt am Main 1996. Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buchs war die Entschädigung der Betroffenen noch unbefriedigend geregelt (vgl. Nachwort, ebenda). Erst 2008 trat das Heimkehrerentschädigungsgesetz in Kraft; allerdings gab es auch hier Ungerechtigkeiten, da das Bundesverwaltungsamt Anträge von Zivilverschleppten ablehnte, wenn diese nicht in unmittelbarem Zusammenhang von Kriegshandlungen verhaftet worden waren. Sie sollten Entschädigungen aus dem Häftlingshilfegesetz erhalten. Vgl. Anfrage Hans-Joachim Hackers an die Bundesregierung: http://www.dienstleistungszentrum.de/nn_1056096/DE/Aufgaben/Abt__III/Heimkehrer/Aktuelles/Meldungen/Bundesdrucksache.html.

115 Herbert Helmrich, geb. 1934, Jurist, 1976 bis 1992 Mitglied des Deutschen Bundestags, Mitglied des Rechtsausschusses, von 1984 bis 1992 dessen Vorsitzender.

116 Brigitta Kögler, geb. 1944, Rechtsanwältin, Mitglied im Demokratischen Aufbruch, Abgeordnete in der 10. Volkskammer, stellvertretende Vorsitzende des Verfassungsausschusses.

117 Kurt Wünsche (geb. 1929), Jurist, Mitglied der LDPD, schon zu DDR-Zeit langjähriges Volkskammermitglied, Justizminister in der Nachfolge von Hilde Benjamin, Justizminister in den Regierungen Modrow und de Maizière.

vorzulegen, also ein Rehabilitierungsgesetz. Beide Minister waren nicht gerade die Aktivsten in dieser Frage, um das mal vorsichtig zu sagen. Und deswegen haben wir gefordert, dass in Verbindung mit der Überprüfung von noch im Gefängnis befindlichen politisch Verfolgten der Volkskammer unverzüglich ein Rehabilitierungsgesetz zugeleitet wird. Darüber haben wir dann diskutiert. Es würde den Rahmen sprengen, dieses alles darzustellen. Am Ende war es auch ein Streit darüber, ob unsere Vorstellungen überzogen waren, was den finanziellen Rahmen anging. Ich sage hier auch noch einmal ausdrücklich: Wir hatten uns damals auch vorgenommen, eine Rehabilitierung vorzunehmen für Unrechtsmaßnahmen der Besatzungsmacht. Das war ein kühner Gedanke, der in seiner Konsequenz am Ende nicht durchgehalten werden konnte – wie ich finde, auch berechtigterweise, denn deutsche Institutionen können ja nicht Unrecht der Besatzungsmacht wiedergutmachen, das können nur die, die es selber verursacht haben.« Hans-Joachim Hacker führt aus, dass es dazu auch bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen noch Schwierigkeiten gegeben habe. Man habe aber – was die materiellen Leistungen anging – über einen Paragraphen des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes die davon betroffenen Menschen in die gleiche materielle Rechtsposition gesetzt wie die von DDR-Unrecht Betroffenen.

Der Rechtsausschuss der Volkskammer sei damals auch ein Stück weit Kontrollorgan dafür gewesen, dass sich die Justiz – zumindest in Teilen – von innen heraus reinigte und dass dort ein Aufarbeitungsprozess einsetzen konnte. In den Justizorganen der DDR, in denen zu 99,7 Prozent SED-Mitglieder in wirklich staatsnahen Funktionen tätig waren, sei dies sehr schwierig gewesen. Möglicherweise habe 1989/90 ein Umdenkungsprozess begonnen, doch seien die Amtsinhaber von ihrer Ideologie zutiefst durchsetzt gewesen. Gerade die Generalstaatsanwaltschaft sei dabei keineswegs Vorreiter der Demokratisierung und Umgestaltung gewesen. Hans-Joachim Hacker erinnert sich an eine Befragung des Generalstaatsanwalts Dr. Hans-Jürgen Joseph¹¹⁸ im Mai 1990, in der man Rechenschaft darüber gefordert habe, wie denn nun die Umgestaltung erfolge, und wie vor allen Dingen gegen diejenigen vorgegangen werde, die politisches Unrecht im Justizbereich zu verantworten hatten. »Das Ergebnis war unbefriedigend, und wir haben dann gesagt, wir schauen uns das jetzt noch mal vier Wochen an, und nach

118 Hans-Jürgen Joseph, geb. 1950, Dr., Jurist, nach Dienst bei der Volkspolizei Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Jena. 1985 bis 1990 Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR, Januar bis Juni 1990 Generalstaatsanwalt.

vier Wochen gab es die zweite Anhörung, vier Stunden lang, mit, ich glaube über 70 Seiten Protokoll, und das Ergebnis war ebenso niederschmetternd. Und das war für uns – das kann man sich heute gar nicht vorstellen im Deutschen Bundestag – Veranlassung, im Rechtsausschuss zu fordern, den damaligen Generalstaatsanwalt Dr. Hans-Jürgen Joseph aus seiner Funktion zu entlassen. Ich habe selber abends handschriftlich im Auftrag des Rechtsausschusses einen Antrag an Frau Bergmann-Pohl geschrieben, der dann die Grundlage für einen Antrag des Präsidiums der Volkskammer der DDR am 15. Juni 1990 war, in dem gefordert wurde, die Volkskammer möge die Abberufung des Generalstaatsanwaltes beschließen, was dann auch geschehen ist.«¹¹⁹

Neben der Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen im Justizwesen seien die unbedingt erforderlichen gesetzlichen Klarstellungen bei den offenen Vermögensfragen zentrale Voraussetzungen für den Beitritt gewesen. »Einen Beitritt am 17. Juni zu beschließen – oder wie das Leute in Rostock vorhatten, im Januar 1990¹²⁰ – das wäre das völlige Tohuwabohu geworden. Denn dann wären die Moratorien, die wir mit dem Einigungsvertrag geregelt haben, ja gar nicht zum Zuge gekommen. Dann wäre über Nacht, von heute auf morgen, das Bürgerliche Gesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland, in Kraft getreten. Und alle die Nutzungsrechtsverhältnisse, die ja durch das BGB nicht aufgefangen werden konnten, die wären in Sachenrechtsverhältnisse des Bürgerlichen Gesetzbuches umwandelt worden. Plakatives Beispiel: Eigenheim auf fremdem Grund und Boden, in der DDR hunderttausendfach Realität – das Haus wäre zum Grund und Boden gefallen, und jeder Grundstückseigentümer, egal ob aus Rendsburg oder aus Meißen, hätte in dieser Situation goldene Augen bekommen.«

Zu einer demokratisch verfassten DDR sollte auch eine föderale Gliederung des Landes und die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung gehören. Wie alle übrigen Gesetzgebungsaufgaben, so entstanden auch die dafür zu schaffen-

119 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, Bd. II, 14. Tagung am 15. Juni 1990, S. 492 f.

120 Als Ende Januar 1990 über die Möglichkeit einer Vereinigung nach Art. 23 GG diskutiert wurde, kam es im Vorstand der SDP zu heftigen Auseinandersetzungen, als Harald Ringstorff und andere eine sofortige Vereinigung durch Beitritt forderten. Vgl. Markus Meckel: Selbstbewusst in die Einheit. Rückblicke und Reflexionen, Berlin 2001, S. 125; <http://markus-meckel.de/2005/12/rede-zur-spd-im-deutschen-vereinigungsprozess-politische-akademie-tutzing-17-dezember-2005-markus-meckel-mdb/>.



II. Podium, Volker Schemmel, Reinhard Höppner

den Gesetze unter hohem Zeitdruck. Wie muss man sich die Rahmenbedingen für diese Gesetzgebung vorstellen und wie haben die Parlamentarier selbst zu Beginn der Legislaturperiode im März 1990 den zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen eingeschätzt?

Volker Schemmel erinnert sich, dass er sich nie hatte vorstellen können, dass eine Nation, die künstlich auseinander gerissen worden sei, »bis zu unser aller Lebensende nun auseinander gerissen bleiben sollte«. Dass dieser Zustand allerdings schon 1990 beendet sein würde, damit habe er nicht gerechnet. Er habe auch nicht gehant, dass die Volkskammerzeit so kurz sein würde. Er sei für die SPD in den für die Kommunalverfassung und das Ländereinführungsgesetz zuständigen Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform entsandt worden. Im Januar 1990 seien die SPD-Bezirke aufgefordert worden, Vertreter in den Berliner Reichstag zu schicken, wo ein Verfassungsrechtler aus der Bundesrepublik eine Woche für Schulungen zur Verfügung stehen würde. Dies zeige schon, »dass wir uns vielfältig auf unsere Arbeit vorbereitet haben und nicht erst mit dem Wahltag dort hineinge-

rutscht sind.« Als stellvertretender Vorsitzender der SPD Sachsen-West habe er daran teilgenommen: »Von diesem ›umfangreichen‹ Lehrgang zurückgekehrt, war ich dann plötzlich ›Verfassungsexperte.« Zur Bedeutung der angesprochenen Gesetze betont Volker Schemmel: »Natürlich entstanden das Ländereinführungsgesetz und die Kommunalverfassung auch unter dem Druck der deutschen Einheit; für mich wie für viele andere auch, war es undenkbar, ohne Länder gebildet zu haben, in den Einheitsprozess einzutreten.« Auch hätte man die Gemeinden und Städte nicht einfach mit dem GöV,

»Wir wollten natürlich die Länder wieder bilden und nicht die 1952 künstlich gebildeten Bezirke beibehalten. Wir hätten die Länder auch gebildet, wenn die Volkskammerzeit noch hundert Jahre gedauert hätte.«

dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 17. Januar 1957, in die Einheit gehen lassen können. Es sei schon klar gewesen: »Diese Gesetze waren unbedingt dem Anliegen geschuldet, eine Passfähigkeit zum Grundgesetz herbeizuführen, aber – ich will damit eben nicht behaupten, dass wir in allem nur getrieben wurden – sie lagen natürlich auch in unserem eigenen Interesse. Wir wollten natürlich die Länder wieder bilden und nicht die 1952 künstlich gebildeten Bezirke beibehalten. Wir hätten die Länder auch gebildet, wenn die Volkskammerzeit noch hundert Jahre gedauert hätte. Und wir wollten natürlich auch unsere Kommunen mit dem ausstatten, was sie zur Entwicklung und Selbstverwaltung

brauchten. So war das bei vielen Gesetzen: Es war immer die Frage, was treibt uns von außen und was wollen wir selbst.« Dabei habe es allerdings nur ganz, ganz wenige Bereiche gegeben – Rolf Schwanitz habe es angesprochen – das Stasi-Gesetz zum Beispiel, für das keine Vorlage oder keine Beispiele vorhanden gewesen seien, weil es die Problematik bis dahin in Deutschland so nicht gegeben habe. Länderbildung dagegen habe es schon oft gegeben, kommunale Verfassung auch. Es habe sicherlich auch ein paar Gesetze gegeben, die wirklich bloß für eine kurze Übergangszeit gemacht worden seien. Hauptsächlich habe man Gesetze gemacht, die praktisch eins zu eins den Weg in das westdeutsche Recht öffneten. Das am 23. September beschlossene Schornsteinfeger-Gesetz sei ein solches Gesetz gewesen.

Wenn man im Einigungsvertrag nachsehe und sich frage, wo fortgelten des Recht der Deutschen Demokratischen Republik zu finden sei, dann seien dies immer nur bestimmte Ausnahmen gewesen, und auch dies gelte mit großen Einschränkungen, so zum Beispiel das Ländereinführungsgesetz und die Kommunalverfassung. Das Stasi-Unterlagengesetz sei ja gekippt worden, also nicht in den Einigungsvertrag übernommen worden, und hätte vom Bundestag wieder neu beraten werden müssen, hätte dann aber eine ver-

nünftige Form gefunden. Vergeblich sei die Arbeit der Volkskammerabgeordneten deswegen nicht gewesen. Er freue sich, dass die Kommunalverfassung der Volkskammer zumindest in Thüringen bis 1993 in Kraft gewesen sei. Die Volkskammer habe ein Konglomerat gemacht (es gebe ja norddeutsche, süddeutsche Modelle etc.), das individuell weiterentwickelt habe werden können. Das sei recht gut gelungen. Als Resümee hält Volker Schemmel fest: »Wir haben nichts umsonst gemacht, alles diene einem Ziel, aber dass wir das Ziel so schnell erreichen können, habe ich und haben alle anderen nicht geahnt.«

Verfassungsfragen spielten bei zahlreichen Gesetzesvorhaben immer wieder eine zentrale Rolle. Eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches hatte der Volkskammer im April 1990 einen Entwurf für eine neue Verfassung zugeleitet. Verfassungsfragen waren auch für die Sozialdemokraten von zentraler Bedeutung. Die Moderatorin fragt, warum man sich nach der Revolution im Herbst 1989 weiterhin zunächst an der alten Verfassung orientiert und sich darauf geeinigt habe, sie von Fall zu Fall entsprechend abzuändern?

Richard Schröder hebt als eigentlichen Grund hervor, dass sich kein Konsens dafür habe herstellen lassen, welche Verfassung denn anstelle der Verfassung der DDR als Grundlage hätte dienen sollen. Gegen den Verfassungsentwurf des Runden Tisches – eine Bezeichnung, die ja nicht ganz zutreffend sei, da nur bestimmte Abschnitte bei dessen letzter Sitzung schon fertig gewesen seien –, habe es einen schwerwiegenden Einwand gegeben: »Er hatte nämlich auf verfassungsrechtlichem Wege auch den Modus der deutschen Einigung regeln wollen. Wir hätten dann also bestimmte Dinge nicht mehr verhandeln können, sondern sagen müssen, tut uns leid, dass steht in unserer Verfassung, da können wir nicht drüber weg. Können Sie sich vorstellen, in Verhandlungen zu gehen, und zu sagen, über das und das reden wir nicht, weil das in unserer Verfassung steht, die wir vor zwei Wochen beschlossen haben? Das wird dann natürlich als ausgesprochen unfair betrachtet.« Im Übrigen habe es im Entwurf aus seiner Sicht außerdem noch eine ganze Reihe von Punkten gegeben, die seine Billigung nicht gefunden hätten. Lothar de Maizière habe dann vorgeschlagen, die Verfassung von 1949 zu überarbeiten. »Ich habe ihm gesagt, die Überarbeitung wird mächtig, denn die Verfassung von 1949 sah eine regelmäßige Allparteienregierung vor und war für die parlamentarische Demokratie nach dem Zuschnitt des Grundge-

setzes nicht geeignet.« Dann habe es die sogenannte Wünsche-Kommission gegeben, die auf eine Vereinbarung auf der Regierungsebene zurückging, also zwischen der Bundesregierung und Lothar de Maizière und seiner Regierung; danach sollte durch eine Kommission, die von ost- und westdeutscher Seite zusammengesetzt war, eine Verfassung gemacht werden. »Da haben wir uns quergestellt und gesagt, es ist das genuine Recht des Parlaments und nicht der Exekutive, eine neue Verfassung zu machen.« Von Seiten der SPD habe man den Vorschlag gemacht, nach dem Beispiel Spaniens

»Irgendeine Regulierungsgrundlage brauchten wir, und da wir eine bessere nicht zustande bekamen, war es dann so, dass in die Honecker-Verfassung immer mehr Löcher hinein geschossen wurden. Dann wurde ein Zettel dran geklebt: Gilt jetzt so, und wir haben uns dann eben bis zum Beitritt zum Grundgesetz mit diesen sehr unbefriedigenden Dauerreparaturen an diesem Verfassungsgerüst über Wasser gehalten.«

am Ende der Diktatur nach dem sogenannten Baukastensystem vorzugehen – also ein Regierungsorganisationsgesetz zu verabschieden, in dem das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung geregelt wird. Die Frage eines ordentlichen Grundrechtekatalogs und andere Fragen sollten dann getrennt behandelt werden. Dafür sei aber die CDU nicht zu gewinnen gewesen. Letztendlich brauchte man aber verfassungsrechtliche Grundlagen für den Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, namentlich Grundlagen, die eine Einführung der Marktwirtschaft ermöglichen. Nach einer Idee von Thomas de Maizière, dem jetzigen Innenminister¹²¹, der damals als Berater seines Cousins agierte, sei daher ein Verfassungsgrundsatzgesetz gemacht worden. Damit seien dann bestimmte Grundsätze, Verfassungsgrundsätze, festgelegt worden, die für die Zukunft zu gelten hatten, und alles, was in der Honecker-Verfassung dem widersprach, sei damit außer Kraft gesetzt worden.¹²² »Irgendeine Regulierungsgrundlage brauchten wir, und da wir eine bessere nicht zustande bekamen, war es dann so, dass in die Honecker-Verfassung immer mehr Löcher hinein geschossen wurden. Dann wurde ein Zettel dran geklebt: Gilt jetzt so, und wir haben uns dann eben bis zum Beitritt zum Grundgesetz

mit diesen sehr unbefriedigenden Dauerreparaturen an diesem Verfassungsgerüst über Wasser gehalten.«

121 Thomas de Maizière, geb. 1954, Dr., Jurist, 1990 Mitwirkung beim Aufbau des Amtes des Ministerpräsidenten der DDR und Mitglied der Verhandlungskommission für den Einigungsvertrag. 2009 Bundesminister des Innern, ab März 2011 Bundesverteidigungsminister (CDU).

122 Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, II. Bd., Tagung am 17. Juni 1990, S. 543–557.

Reinhard Höppner unterstreicht den Zusammenhang zwischen dem pragmatischen Umgang mit Verfassungsfragen und dem geringen zeitlichen Spielraum. Der Verfassungsausschuss habe sich bis Mitte/Ende Mai mit der Kommunalverfassung befasst, und der 1. Juli habe ja als Tag der Währungsunion festgestanden. »Bis zu diesem Zeitpunkt mussten die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, das heißt also, jeder Versuch, ein großes Werk in Gang zu setzen, war rein aus Zeitgründen nicht möglich.«

An diese Zwischenbemerkung anknüpfend schildert **Richard Schröder** zur Illustration der Arbeitssituation in der Volkskammer die kuriose Situation, dass es zwar ein Wahlgesetz gegeben habe, die erwähnte Kommunalverfassung aber erst zehn Tage nach der Wahl verabschiedet worden sei. Diese Kommunalverfassung habe aber vorgeschrieben, dass drei Wochen nach der Wahl die konstituierende Sitzung der Kommunalparlamente stattfinden müsse. Da die Kommunalverfassung bis zu diesem Termin aber gar nicht im Druck erscheinen konnte, habe man Zettel an die Kreistage und Stadträte verschickt, in denen gestanden habe, wie die konstituierenden Sitzungen ablaufen müssten. »Das heißt also, die Leute haben gewählt, hatten keine Kommunalverfassung, haben die Kommunalverfassung auch nicht bis zur konstituierenden Sitzung bekommen, sondern nur eine, ich sage mal, eine Kochanleitung für die konstituierende Sitzung, damit sie dort keine groben Fehler machen konnten. Erst hinterher hat es die Kommunalverfassung gegeben, und die hat dann aber in allen fünf Ländern gehalten. Sie galt solange in allen ostdeutschen Ländern, bis alle fünf Länder von dem Recht der eigenen Verfassungsgebung Gebrauch gemacht haben.«

Der Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde am 21. Juni 1990 von der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag ratifiziert, der Einigungsvertrag am 20. September 1990. Die SPD hatte als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag große Probleme, in den Einigungsprozess eingebunden zu werden und insbesondere während der Verhandlungen über den ersten Staatsvertrag überhaupt an die erforderlichen Informationen zu kommen. Wie sah es in dieser Hinsicht bei der SPD-Volksammerfraktion aus – fühlte man sich ausreichend informiert und eingebunden?

Martin Gutzeit stellt fest, dass man die Informationen und die ostdeutschen Entwürfe zum Einigungsvertrag nicht von der eigenen Regierung, sondern letztlich aus dem Westen erhalten habe und dass nicht davon gesprochen

werden könne, dass die Parlamentarier optimal eingebunden gewesen seien. Allerdings müsse zwischen dem Vertragswerk und den damit in Zusammenhang stehenden Gesetzen unterschieden werden, die ja einzeln in den Ausschüssen hätten behandelt werden müssen. Man habe die Exekutive frühzeitig gedrängt, mit den Gesetzesvorlagen herauszukommen, da im Fall der Währungsunion eine ganze Reihe von Gesetzen zu verabschieden war. Im Prinzip habe ja die gesamte Wirtschaftswelt rechtlich neu geordnet werden müssen. Man habe nachher in den Ausschüssen schon ausreichend Möglichkeiten gehabt, diese Dinge zu prüfen.

Richard Schröder erinnert daran, dass der Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als fertiger Entwurf von Bonn nach Berlin gekommen sei. Beim Einigungsvertrag sei dies nicht ganz so gewesen. Auch würden ja Verträge dieser Art normalerweise nicht in Parlamenten geschrieben.¹²³ Dass die westdeutsche Seite nicht einfach den Einigungsvertrag durch ihre Administration habe machen lassen können, habe daran gelegen, dass die schwarz-gelbe Koalition in der Zwischenzeit die Mehrheit im Bundesrat verloren hatte. Deshalb habe sie die Länder einbinden müssen, und dann seien parallel dazu auch die Fraktionen stärker eingebunden worden als es bei

¹²³ Die »Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, der Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD vom 12. April 1990« sahen in der Präambel vor, »die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD auf der Grundlage des Art. 23 GG zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung zu leisten.« (Vgl. AdsD, Bestand SPD-Volkskammerfraktion, Sign. 12). Erwähnt wurde, dass »der Prozeß der deutschen Einigung mit parlamentarischer Beteiligung gestaltet wird.« Volkskammer und Bundestag sollten je einen parlamentarischen Ausschuss zur deutschen Einigung bilden, diese Ausschüsse sollten regelmäßig gemeinsam tagen und einen gemeinsamen Ausschuss zur Deutschen Einheit darstellen. Die Teilausschüsse sollten den Parlamenten regelmäßig Bericht erstatten. Dabei wurde die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten hervorgehoben und festgestellt, dass »parlamentarische Initiativen, die sachlich über die Koalitionsvereinbarungen hinausgehen« der Absprache und Einigung aller Fraktionen über Inhalt und Vorgehen bedurften (II, 1, ebenda). Betont wurde allerdings: »Es entspricht dem Politikverständnis aller Parteien, dass die Initiativ- und Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Exekutive gestärkt wird.« Bezeichnenderweise wurde von bundesrepublikanischer Seite bei der Interpretation der Koalitionsvereinbarung mit Blick auf die parlamentarische Beteiligung eine andere Formulierung positiv hervorgehoben: »Aber keine eigene Verhandlungsführung, sondern nur Beteiligung am Prozeß der deutschen Einigung.« (Vorlage des Ministerialdirigenten Duisberg an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 17. April 1990, in: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, Dokument 245, S. 1013.

dem ersten Vertrag der Fall gewesen sei. Aber die eigentliche Diskussion habe damit zu tun, dass das Parlament ihn am Ende zu ratifizieren hatte und da sei es natürlich in seinem Element gewesen und habe kritisieren können.

Ilse Fischer fragt im Zusammenhang mit dem immer wieder angesprochenen Zeitdruck, unter dem die Arbeit der Volkskammer gestanden habe, nach dem Einfluss der außenpolitischen Aspekte auf den Einigungsprozesses und den Erfahrungen von Hans Misselwitz als Leiter der DDR-Delegation bei den Zweiplus-Vier-Verhandlungen.

Hans Misselwitz erinnert daran, dass man beim Zusammentreten der Volkskammer hinsichtlich der Dauer der notwendigen Verhandlungen noch durchaus von mindestens einem Jahr, vielleicht sogar von einem etwas längeren Zeitraum ausgegangen sei. Die Einsicht, dass viel weniger Zeit zur Verfügung stehen würde, habe sich erst in den folgenden Wochen herausgebildet. »Ich erinnere mich zum Beispiel an Presseveröffentlichungen im ›Spiegel‹ im Mai, da ging es wohl um den Vertrag für die Wirtschafts-, Währungsunion und Sozialunion. Die FDP forderte, die DDR solle dann aber mit dem Westgeld ›nicht länger DDR spielen‹ dürfen. Da wurde uns eigentlich bewusst, dass innenpolitisch sozusagen der Zug dann schon ab Mai auf eine hohe Beschleunigung gestellt wurde.« Man habe aber auch gesehen, dass es aus außenpolitischen Gründen zeitlich eng werden könnte. Für eine Beschleunigung hätten außenpolitisch drei, vier Argumente gesprochen. Dazu habe die Frage nach dem Durchhalten Gorbatschows gehört, die Frage, wie lange die Sowjetunion mitspielen würde, und sicherlich auch die Frage nach der Stabilität der Verhältnisse in der DDR. Andererseits habe das Problem eine Rolle gespielt, wie viel Zeit man brauchen würde, um eine völkerrechtliche Regelung zu erreichen. Die DDR – nun vertreten durch eine durch freie Wahlen legitimierte Regierung – »war eben auch ein Völkerrechtssubjekt, sie war anerkannt von der Mehrheit der Staaten. Und damit gab es natürlich auch entsprechende Regularien einzuhalten, die – also zumindest nach unseren Vorstellungen – nicht einfach über den Haufen geworfen werden konnten.« Schließlich musste völkerrechtlich die Akzeptanz für den gesamten Einigungsprozess sichergestellt werden, auch im Interesse des vereinten Deutschlands.

Heute wisse man, dass sich seit Mitte Januar 1990 eine Strategieänderung in den USA angebahnt habe. Während vorher die Devise gewesen sei,



II. Podium, Reinhard Höppner, Susanne Kschenka (Seils), Martin Gutzeit, Ilse Fischer, Hans Misselwitz

Gorbatschow nicht zu überfordern, sondern Schritt für Schritt für ihn akzeptable Wege zu gehen, habe man sich dann entschieden, die Taktik zu ändern.¹²⁴ Die amerikanische Überlegung sei dabei gewesen: Weil die Stabilität der DDR nicht mehr gewahrt werden könne, sei mit einer selbständigen demokratischen DDR langfristig nicht mehr zu rechnen. Es habe die Befürchtung gegeben, die beiden deutschen Staaten »fließen sozusagen zur Einheit zusammen« und würden dann vermutlich *für* die Einheit und *gegen* die NATO optieren, weil die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO für die Sowjetunion nicht tragbar sei. Dies galt es aus amerikanischer Sicht zu verhindern.

Ab Anfang Februar sei auch in Bonn im Grunde ein anderer Fahrplan favorisiert worden, nämlich durch Herbeiführung einer Währungsunion und unter Hinweis auf Artikel 23 des Grundgesetzes auf eine Beschleunigung des Einigungsprozesses zu setzen. In Washington und Bonn seien also wesentli-

¹²⁴ Vgl. dazu ausführlicher: Hans J. Misselwitz: Alternatives within the Process of German Unification and the so called Window of Opportunity. Zusammenfassung, in: Transit@1989 unter http://www.iwm.at/index.php?option=com_content&task=view&id=174&Itemid=231

che Weichenstellungen vorgenommen worden, und vor diesem Hintergrund werde auch die Bedeutung der Frage des Zeitregimes erkennbar.

Die Volkskammer unterschied sich nach ihrer Zusammensetzung, den oft außergewöhnlichen Begleitumständen, unter denen ihre gesetzgeberische Arbeit stattfand, und dem enormen Arbeitspensum, das sie in kürzester Zeit zu bewältigen hatte, in vielerlei Hinsicht von älteren Parlamenten, auch vom Deutschen Bundestag. Die Moderatorin fragt, wie der persönliche Umgang der Parlamentarier untereinander gewesen sei. Wie waren die Beziehungen der SPD zu anderen Fraktionen, gab es mit der Zeit auch Veränderungen im Verhältnis zu anderen Parteien, zur CDU zum Beispiel? Inwieweit spielten westdeutsche Wahlkampfüberlegungen direkt oder indirekt in die Volkskammer hinein?

Reinhard Höppner erläutert das Verhältnis zu anderen Parteien am Beispiel der PDS. Als der Tag der deutschen Einheit, der 3. Oktober, beschlossen werden sollte, habe es ein Problem mit der Geschäftsordnung gegeben, weil alle Fraktionen verlangt hätten, dass erst ihr Antrag abgelehnt sein müsste, bevor sie dem 3. Oktober zustimmen könnten. Dies hätte im konkreten Fall aber dazu geführt, dass nach Ablehnung aller Anträge letzten Endes keine Tagesordnung mehr bestanden hätte, also nichts hätte beschlossen werden können. Gregor Gysi habe das sofort bemerkt, aber auch erkannt, dass man in dieser wichtigen und drängenden Frage keine Geschäftsordnungsdebatte vom Zaun habe brechen können. »Das war etwas, was ich in einigen Situationen in dieser Volkskammer empfunden habe: Wenn es darauf ankam, dann haben letzten Endes alle – auch diejenigen übrigens, die in dieser Sache dagegen gestimmt haben – zusammengehalten und versucht, das Problem gemeinsam zu regeln, zu lösen, zu entscheiden. Das ist eine Sache, die man heute in Parlamenten ja nicht immer findet, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Und das ist eine Voraussetzung dafür gewesen, dass wir überhaupt die Arbeit in diesem halben Jahr geschafft haben. Wenn wir uns ein gewisses Maß an Theater, das auch möglich gewesen wäre, in Sachen Geschäftsordnung und anderen Punkten, geleistet hätten, dann hätten wir dieses Werk nicht zustande gebracht.«

Richard Schröder bestätigt diesen Eindruck. Auch in den Ausschüssen seien das Kooperationsinteresse und der gute Wille groß

»Das war etwas, was ich in einigen Situationen in dieser Volkskammer empfunden habe: Wenn es darauf ankam, dann haben letzten Endes alle [...] zusammengehalten und versucht, das Problem gemeinsam zu regeln, zu lösen, zu entscheiden. Das ist eine Sache, die man heute in Parlamenten ja nicht immer findet.«

gewesen; es sei – jedenfalls im Allgemeinen – »nicht nach Parteien sortiert« agiert worden, es habe eine hohe Bereitschaft zur gemeinsamen Lösung anstehender Probleme bestanden.

Hans-Joachim Hacker betont, dies sei natürlich immer auch von den einzelnen Akteuren abhängig gewesen. So habe es insbesondere bei der PDS auch Leute gegeben, die sehr stark im Alten verharret und den Weg zur deutschen Einheit natürlich anders betrachtet hätten als die Sozialdemokraten. Dies sei aber nicht unbedingt dominierend gewesen. »Ich entsinne mich an die Überprüfung der Richter und Staatsanwälte im Sommer 1990 – von der Volkskammer gewollt –, wo wir dann natürlich im Rechtsausschuss mit Vertretern der PDS-Fraktion zusammen gesessen haben, und dort dennoch bei bestimmten Kadern aus dem Justizapparat die Einschätzung einhellig war – nämlich, dass diese nicht weiter im Justizdienst bleiben können. Insofern war damals an manchen, auch kritischen Punkten, mehr Einvernehmen zu erreichen, als das in einem Parlament der heutigen Zeit möglich ist.«

Rolf Schwanitz fügt ergänzend hinzu, dass es in der Volkskammer durchaus üblich gewesen sei, eine Sitzung zu unterbrechen, um sich zu einer Vorlage als Fraktion vor der Abstimmung noch einmal eine Meinung zu bilden. Derartige Meinungsbildungsprozesse im laufenden Verfahren seien typisch für die Volkskammer gewesen und zeigten, in welcher außergewöhnlichen Situation man sich befunden habe. Im Deutschen Bundestag sei dies völlig unvorstellbar. »Alle Fraktionen fühlten sich irgendwo in einer Restsubstanz auch verantwortlich für das Ganze«, auch wenn die großen inhaltlichen Auseinandersetzungen der späteren Jahre natürlich im Hintergrund schon angelegt gewesen seien.

Volker Schemmel ergänzt dies durch ein Zitat des Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, Roland Becker (CDU/CDA), der in der Volkskammer nach Einbringung der Kommunalverfassung das Klima im Ausschuss gerühmt und festgestellt habe: »Besonders hervorzuheben ist der Einsatz der Fraktion der SPD, vor allem in inhaltlich ausgestaltender Hinsicht, aber auch bei der technischen Fertigstellung des Entwurfs.« Eine Gruppe von Sozialdemokraten, Susanne Kschenka und andere, hätten den Entwurf damals gemeinsam verfasst, man habe ihn dann der Verwaltung gegeben, die ihn nur noch vervielfältigen musste, und dann

sei eben auch der CDU nichts anderes übrig geblieben, als die Sozialdemokraten für Inhalt und Arbeit zu loben.

Martin Gutzeit betont, dass auch unter den Geschäftsführern der Fraktionen ein vertrauensvolles Verhältnis geherrscht habe.

Volker Schemmel erinnert an eine Ausnahme, nämlich den Antrag und den Gesetzentwurf vom 31. Mai 1990, der die Feststellung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen und bis auf weiteres die Unterwerfung der Vermögen der Blockparteien unter treuhänderische Verwaltung vorsah. Dies sei auf große Empörung bei der PDS, insbesondere bei Gregor Gysi gestoßen.¹²⁵

Martin Gutzeit erläutert, dass man damals mit den Geschäftsführern über-
eingekommen sei, dass in der Frage der Parteivermögen etwas passieren
müsse. Dann sei ein Entwurf gemacht und Vertraulichkeit vereinbart wor-
den, weil die Gefahr bestanden habe, dass andernfalls kurzfristig noch mehr
Gelder abfließen würden. »Das heißt, an dem Donnerstag früh um 8.00 Uhr
wurden die Fraktionen über den Gesetzentwurf informiert, um 9.00 Uhr war
die erste Lesung, über Mittag war dann Ausschusssitzung, und am Nachmit-
tag wurde das Gesetz verabschiedet.« Er resümiert: »In den ersten Gesprä-
chen haben wir gesagt, eigentlich braucht man eine Kompanie Mafiastaats-
anwälte, um die Vermögen zu sichern, denn wir hatten ja keine Exekutive,

¹²⁵ In diesem Fall hatten die Koalitionsfraktionen einen Beschluss und einen Gesetzentwurf »ohne Vorankündigung und Befassung im Präsidium mit der erforderlichen Geschäftsordnungsmehrheit« zu Beginn der Sitzung am 31. Mai 1990 auf die Tagesordnung gesetzt (vgl. Rolf Schwanitz: Aufarbeitung der Vergangenheit in der SPD-Volkskammerfraktion, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 57). Das Gesetz wurde noch auf der gleichen Sitzung verabschiedet. Damit sollte sichergestellt werden, dass die PDS nicht vorher noch finanzielle Transaktionen vornehmen konnte. Vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, Bd. I, Protokoll der 9. Tagung am 31. Mai 1990, S. 244 f., S. 252 – S. 259; S. 276–282. Gregor Gysi sprach in seiner Rede in der Volkskammer davon, den Koalitionsparteien gehe es nur darum, dass »die Regierungsparteien von der CDU über die DSU bis hin zu SPD das Eigentum der PDS verwalten, über die Verfügung entscheiden und auf diese Art und Weise die PDS versuchen zu liquidieren« (ebenda, S. 255). Ein Zwischenrufer aus der PDS (Uwe-Jens Heuer) zog gar den Vergleich zu 1933 (ebenda, S. 255). Zum mutmaßlichen Stand des PDS-Parteivermögens zu diesem Zeitpunkt vgl. auch <http://www.zeit.de/1990/25/ein-schlag-ins-wasser>. Einen Überblick über die Bemühungen zur Auffindungen und Einziehung der Vermögenswerte vgl. unter http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2010/0930/pdf/UKPV_Abschlussbericht.pdf.

die das wirklich machen konnte. Trotzdem haben wir es so versucht. Das hat natürlich seine Grenzen gehabt.«

Um eine abschließende persönliche Bewertung ihrer Erfahrungen in der Volkskammer gebeten, hebt **Susanne Kschenka (Seils)** als wichtigste Erfahrung hervor, dass es möglich gewesen sei, innerhalb eines kurzen

»Wir haben einfach das getan, was notwendig war, wir haben versucht, die Fragen, die zu klären waren, und die wir am Anfang gar nicht alle überblicken konnten, auf eine sinnvolle, sorgfältige, verantwortungsbewusste Art und Weise sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch mit Blick auf eine europäische Einordnung zu entscheiden.«

Zeitraums eine Partei zu gründen und zu sagen: »Wir stellen die Machtfrage, und wir stehen dann auch zur Verfügung, um die Verantwortung dafür zu übernehmen.« Das sei im Rückblick eigentlich das Entscheidende gewesen. Sie habe – wie vermutlich viele andere auch – damals nicht lange über die Aufgaben nachgedacht, die mit der Wahl in die Volkskammer auf sie zugekommen seien. »Wir haben einfach das getan, was notwendig war, wir haben versucht, die Fragen, die zu klären waren, und die wir am Anfang gar nicht alle überblicken konnten, auf eine sinnvolle, sorgfältige, verantwortungsbewusste Art und Weise sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch mit Blick auf eine europäische Einordnung zu entscheiden. Und das war für mich eigentlich das Beeindruckendste an der ganzen Geschichte – dort dabei gewesen zu sein, und ein Stückchen mitgestaltet zu haben.«

Abendveranstaltung

Ingrid Matthäus-Maier

Rückblick auf den Einigungsprozess

»Wir haben an diesem Nachmittag unter anderem darüber diskutiert, woran es gelegen hat, dass die Wahlergebnisse für die SPD bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990 und dann im Dezember 1990 bei den gesamtdeutschen Wahlen so katastrophal schlecht waren. Und da war die Frage: Waren daran mehr die Ostdeutschen schuld oder lagen die Versäumnisse mehr bei den Westdeutschen? Ich habe dazu eine sehr dezidierte Meinung, und ich bin der Überzeugung, zu dieser Auffassung kommt man auch, wenn man dies in dem im vergangenen Jahr erschienenen Band mit Protokollen des West-SPD-Parteivorstands und des Präsidiums nachliest.¹²⁶

Ich habe das alles sehr persönlich miterlebt in diesem Jahr 1990, vor allem die Art und Weise, in der Oskar Lafontaine ununterbrochen die Finanzierungsfrage und die hohen Kosten der Einheit zum Thema machte. Er hat damit den Eindruck erweckt, er sei gegen die Einheit. Ob das stimmt oder nicht, weiß ich bis heute nicht; ich will darüber kein Urteil abgeben; aber der Eindruck ist jedenfalls entstanden – insbesondere bei der Diskussion über den ersten Staatsvertrag, aber auch bei der über den zweiten. Der Eiertanz, den wir im westdeutschen SPD-Parteivorstand hatten, und in der Bundestagsfraktion, war furchtbar. In den 22 Jahren meiner Arbeit im Bundestag war dieses Jahr 1990 das schwierigste (ich sehe gerade, Karsten Voigt¹²⁷ nickt an dieser Stelle). Dieses Ja zur deutschen Einheit, ja zur Währungsunion, ja zum zweiten Staatsvertrag mit einem Kanzlerkandidaten wie Lafontaine, das will ich hier sehr deutlich sagen, das hat uns das Leben furchtbar schwer

126 Vgl. Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009.

127 Karsten Voigt, geb. 1941, Historiker, Germanist, 1969 bis 1972 Juso-Bundesvorsitzender, 1976 bis 1998 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Bis 2010 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.



Ingrid Matthäus-Maier: »Rückblick auf den Einigungsprozess«

gemacht. Und deswegen habe ich heute Mittag, als Gunter Weißgerber – den ich aus der Arbeit im Bundestag sehr schätze – sagte: ›Oskar Lafontaine und Co.‹, ganz frech dazwischen gerufen: ›Welche Co.?‹ – denn davon gab es eben nicht jede Menge. Es gab 25 Bundestagsabgeordnete, die beim ersten Staatsvertrag mit Nein gestimmt haben. Ich finde, es gab keine echte Alternative dazu, deswegen fand ich das Nein verkehrt; aber die 25 waren keine grundsätzlichen Gegner der Einheit, im Gegenteil. Ich finde es im Rückblick auch hervorragend, wie gerade Hans-Jochen Vogel, der Partei- und Fraktionsvorsitzende, die Situation damals gemeistert hat – das Einbinden des Kanzlerkandidaten einerseits und ein klares Ja zu den beiden Staatsverträgen andererseits. Wie wir wissen, war er manchmal, oder zumindest einmal, nah am Rücktritt, weil die Situation wirklich unerträglich war.

Und dann entstand ja schon einmal der Eindruck, die SPD im Westen hätte vielleicht zu wenig geholfen. Ich danke Martin Gutzeit, dass er das noch einmal klargestellt hat. Die SPD hat sehr früh geholfen. Ich verbinde damit auch persönliche Erlebnisse, das will ich sagen, damit wir nicht nur über Theorien und über Verträge reden. Im Dezember 1989 fuhren Wolfgang

Roth und ich nach Ost-Berlin zu einem SDP-Mitglied und diskutierten, wie man helfen kann, auch technisch, mit Fotokopiergeräten und anderen Dingen. Wir mussten, ich weiß nicht mehr, warum das noch so war, bis 24 Uhr wieder zurück sein im Westen. Um fünf vor zwölf stehen wir beide am Grenzübergang und da sehe ich Bärbel Bohley, die ich noch nie im Leben persönlich getroffen hatte. Ich war nämlich eine richtige Wessi. Ich hatte keine Verwandten im Osten, und ich fuhr ich auch ganz selten in die DDR, mal als Abgeordnete, aber als dann die Einheit kam, habe ich dies, wie viele wissen, sehr positiv gesehen. Ich gehe auf Bärbel Bohley¹²⁸ zu und sage: ›Ist das nicht toll? Da stehen wir hier um Mitternacht, und die Mauer ist weg, und die Einheit kommt.‹ Und sie sagte zu mir: ›Was Sie, was machen Sie denn hier? – und Herr Roth – Sie waren wahrscheinlich schon drüben bei den SPD-Leuten, um die zu unterstützen und mit Faxgeräten zu versehen?‹ So selbstverständlich sah damals die Reaktion aus, und als sie vor kurzem starb, habe ich mich an diese kleine Szene erinnert. Natürlich gab es diese Hilfe, auch auf ganz einfacher menschlicher Ebene; viele Kontakte und Freundschaften entstanden in dieser Zeit.

Also Thema Nummer eins: War die SPD gegen die Einheit? – Nein. Sie war dafür, eine sozial gerechte und umweltbewusste Einheit zu schaffen. Und dann Nummer zwei: Hat Oskar Lafontaine nicht im Nachhinein recht gehabt mit seinem Nein zur Wirtschafts- und Währungsunion und anderen Einwänden, die wir nur mühsam überwinden konnten? Nein, hat er nicht. Übrigens – wie die Dinge so spielen in der Politik: Im Januar 1990 hatte ich in der ›Zeit‹ den Artikel ›Signal zum Bleiben‹¹²⁹ veröffentlicht und geschrieben: Wir brauchen eine Wirtschafts- und Währungsunion, damit der Exodus aus der DDR aufhört, denn so war dort ja das Motto auf den Schildern zu lesen: ›Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr‹. Als Wolfgang Roth und ich dann Anfang Februar dazu eine große Pressekonferenz gemacht haben, habe ich Oskar Lafontaine angerufen. Er hatte gerade die

»Also Thema Nummer eins: War die SPD gegen die Einheit? – Nein. Sie war dafür, eine sozial gerechte und umweltbewusste Einheit zu schaffen. Und dann Nummer zwei: Hat Oskar Lafontaine nicht im Nachhinein recht gehabt mit seinem Nein zur Wirtschafts- und Währungsunion und anderen Einwänden, die wir nur mühsam überwinden konnten? Nein, hat er nicht.«

128 Bärbel Bohley, geb. 1945, Malerin, Bürgerrechtlerin, 1982 Gründerin der Initiativgruppe »Frauen für den Frieden«, in der DDR mehrfach verhaftet, kurzzeitig ins Exil gedrängt; 1989 Mitbegründerin des »Neuen Forums« und eine der zentralen Persönlichkeiten in der Friedlichen Revolution. Sie starb am 11. September 2010.

129 Ingrid Matthäus-Maier: Signal zum Bleiben. Eine Währungsunion könnte den Umbau der DDR-Wirtschaft beschleunigen, in: Die Zeit, Nr. 4, 19. Januar 1990. Abdruck in: Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 31, S. 220–223.

Wahlen im Saarland mit einem herausragenden Ergebnis gewonnen. Ich sagte, Oskar, wir wollen das zu einem Thema machen, ist das o.k.? Und da war er einverstanden. Er war definitiv einverstanden, dass wir das machten! Und dann fuhr er in den Urlaub, und als er wiederkam, war er anderer Ansicht. Keiner weiß genau, warum. Es gibt Mutmaßungen, auf die möchte ich mich aber nicht einlassen. Ich denke manchmal, nachdem mittlerweile Kohl für die Währungsunion war – vorher gab es in der CDU ja viele Gegner –, hat Lafontaine vielleicht gedacht, jetzt machen wir das eben andersrum. Ich weiß es nicht.

Jedenfalls gab es zur Währungsunion keine Alternative. Reinhard Höppner hat eben dargelegt, am 17. Juni 1990 stand die Volkskammer unmittelbar davor, nach Artikel 23 Grundgesetz beizutreten. Ich sage mal etwas salopp, dann hätte die DDR die Währung am nächsten Tag gehabt. Etwas komplizierter wäre das dann allerdings schon gewesen. Ich weiß, dass Hans-Jochen Vogel mit Walter Romberg und Kollegen und dass Helmut Kohl seinerseits mit de Maizière und Kollegen telefoniert hat, um das zu verhindern. Also die Vorstellung, da wäre noch eine Alternative gewesen, etwa durch eine zeitliche Streckung des Einigungsprozesses, ist eine völlige Verkennung der damaligen Situation.

Und dann der Umtauschkurs. Als ich meinen Artikel vom Januar 1990 schrieb, habe ich auch einen ganz anderen Umtauschkurs im Kopf gehabt. Ich sage gar nicht welchen, da schäme ich mich heute dafür. Aber der Gedanke war ja so fremd, dass wir uns erst herantasten mussten. Und am Schluss war doch klar, es gab Flussgrößen und es gab Bestandsgrößen. Über die Bestandsgrößen konnte man reden, etwa beim Vermögen der Älteren. Aber bei den Flussgrößen: Die Durchschnittsrente – habe ich gelernt – betrug 470 Ostmark – wie wollte man da denn anders umstellen als eins zu eins? Sollten die Rentner denn mit der Hälfte, 235 Mark nach Hause gehen?

Wir haben im ersten Staatsvertrag durchaus einiges bewirkt, obwohl der Kern des Fehlers von Helmut Kohl war, dass er alles alleine machen wollte. Seine Devise war: Die Sozis lassen wir mal außen vor. Durch Lafontaine entsteht der Eindruck, die sind dagegen – die wollen wir gar nicht einbinden. Trotzdem hat Wolfgang Roth erreicht, dass etwas getan wurde in Sachen Infrastruktur in den neuen Ländern. Rudolf Dressler¹³⁰ hat eine Menge

130 Rudolf Dressler, geb. 1940, Schriftsetzer, 1980 bis 2000 SPD-Bundestagsabgeordneter, 1987 bis 1991 Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion; 1984 bis 2000 Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

durchgesetzt im Bereich der Sozialunion – deswegen hieß es am Schluss auch ›Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion‹, und Harald B. Schäfer¹³¹, damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender, hat dafür gesorgt, dass sich in der Umweltpolitik einigermaßen etwas bewegt hat. Und dann kam der zweite Staatsvertrag – ich bin bis heute stolz darauf, dass ich den ersten mitgestalten konnte – und da war es Herta Däubler-Gmelin, die dafür die Berichterstatterin der Bundestagsfraktion war. Und da haben wir viel erreicht. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt einen etwas leichteren Stand, weil wir durch den Erfolg bei den Landtagswahlen in Niedersachsen mittlerweile im Bundesrat die Mehrheit gewonnen hatten, so dass Helmut Kohl etwas kooperativer war. Wir konnten durchsetzen, dass im zweiten Staatsvertrag dieses unselige Prinzip ›Rückgabe-vor-Entschädigung‹ zumindest mit Ausnahmeklauseln versehen wurde. Es war ja so, die Privaten investierten nicht, weil sie nicht wussten, ob an Grundstücken oder Immobilien ein Rückgabeanpruch hing. Oder die Treuhand: ein mühseliger Prozess. Bei der Treuhand galt – nicht unbedingt nach dem Gesetz, da hätte es durchaus einen Bewegungsspielraum gegeben – die Devise Rückprivatisierung vor Sanierung. Unzählige Debatten haben wir darüber geführt, dass die Sanierung doch stärker in den Vordergrund rücken müsste. Ich bin übrigens persönlich der festen Überzeugung (wie auch Wolfgang Roth): Wenn Karsten Rohwedder¹³² noch gelebt hätte, wäre es nicht ganz so brutal zugegangen, wie es dann tatsächlich gekommen ist. Und dann die Fehler bei der Finanzierung der Einheit: Die Finanzierung der deutschen Einheit hat zu Lasten der Sozialversicherungssysteme stattgefunden – das ist bis heute ein Problem – und über die Aufnahme neuer Schulden.¹³³

»Die Finanzierung der deutschen Einheit hat zu Lasten der Sozialversicherungssysteme stattgefunden – das ist bis heute ein Problem – und über die Aufnahme neuer Schulden.«

Ein anderes Thema: Herta Däubler-Gmelin hat zum Beispiel das große Verdienst, auch Christina Lucyga¹³⁴, die beim zweiten Staatsvertrag gleich-

131 Harald B. Schaefer (1938 bis 2013) Oberstudienrat, 1972 bis 1992 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

132 Detlev Karsten Rohwedder (1932 bis 1991), Dr., Jurist. Seit 1979 führender Manager des Hoesch-Konzerns. Ab Juli 1990 Vorsitzender der Treuhandanstalt; im Januar 1991 Übernahme des Amts des Präsidenten der Treuhandanstalt, das er bereits seit August 1990 kommissarisch ausübte. Rohwedder wurde am 1. April 1991 in seinem Düsseldorfer Wohnhaus ermordet.

133 Für die Finanzierung der deutschen Einheit vgl. Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.

134 Christine Lucyga, geb. 1944, Fremdsprachenlehrerin, im Herbst 1989 Mitglied im Neuen Forum in Rostock, dann Eintritt in die SDP; 1990 Volkskammerabgeordnete der SPD.

falls an der Lösung dieses Problems mitgearbeitet hat, dass der § 218 offen gehalten wurde, dass das Wohnortprinzip abgelehnt wurde und eine zweijährige Übergangszeit beschlossen wurde. In dieser Übergangszeit ist es uns dann gelungen, so eine Art Fristenregelung mit Pflichtberatung durchzusetzen.¹³⁵ Das wäre alles nicht möglich gewesen ohne den Einfluss der SPD in Ost und West.

Zum Schluss möchte ich eine Frage ansprechen, die heute in der Diskussion vorsichtig angedeutet wurde. Das hat auch einen persönlichen Hintergrund. Ich bin damals in den Wahlkämpfen viel durch die DDR gefahren. Auf diese Weise lernte ich, glaube ich, Ostdeutschland ganz gut kennen. Ich hatte immer volle Säle und volle Marktplätze, und auf einem dieser Marktplätze wetterte ich gegen die frühere SED und dass sich ihre Nachfolgepartei das als Staatspartei gesammelte Vermögen aneignen wolle. Ich bekam eigentlich immer sehr großen Beifall, aber an dieser Stelle klatschten nur drei Leute von ganz, ganz vielen. Nachher kam ein junger Mann zu mir und fragte: »Warum beschimpfen Sie meine Mutter? Die war in der SED, die bemüht sich jetzt um eine sozial gestaltete DDR und die deutsche Einheit. Warum beschimpfen Sie die?«

Ja, da war ich ehrlich gesagt sprachlos. Ich wollte sie doch gar nicht beschimpfen, ich war nur dagegen, dass die PDS nun dieses Vermögen einsackte. Ich saß dann später im geschäftsführenden Fraktionsvorstand zwischen Rolf Schwanitz und Wolfgang Thierse. Und Wolfgang Thierse war der Ansicht, vielleicht müsse man doch mehr tun, um ehemalige SED-Mitglieder aufzunehmen, die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen, aber Rolf Schwanitz war strikt dagegen. Ich als »Wessi« konnte nicht entscheiden, was der richtige Weg ist. Vielleicht wäre es besser gewesen, wir wären da etwas großzügiger gewesen –, aber das ist schon eine Frage an die Podiumsteilnehmer.«

135 Während 1990 in der Bundesrepublik die Indikationslösung (Abtreibung im Fall einer ärztlich bescheinigten sozialen, medizinischen oder gesundheitlichen Notlage) galt, gab es in der DDR eine Fristenlösung, die in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft ein uneingeschränktes Recht auf Schwangerschaftsabbruch vorsah. Während die West-CDU und die CSU für eine Übergangsfrist das »Wohnortprinzip« durchsetzen wollten, nach dem sich westdeutsche Frauen bei einer Abtreibung in Ostdeutschland strafbar gemacht hätten, gelang es der SPD schließlich, das »Tatortprinzip« durchzusetzen, nach dem bis zu einer neuen gesetzlichen Regelung Abtreibungen in den neuen Bundesländern in der dort geltenden Frist straffrei waren. Vgl. Jäger: Die Überwindung der Teilung, S. 512; Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, S. 57; Dokument Nr. 54, S. 368.

Richard Schröder

Die SPD und die deutsche Einheit – Erwartungen, Ergebnisse, Wertungen

»Am 26. August 1989 hat Markus Meckel in der Golgatha-Kirche in Berlin den Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei vorgelesen; dies geschah im Rahmen eines Menschenrechtsseminars aus Anlass des 200. Jubiläums der französischen Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers von 1789. Die Gründung selbst wurde, wie Sie alle wissen, bewusst auf den 7. Oktober gelegt, den 40. Jahrestag der Gründung der DDR, mit der Absicht, den darin liegenden Affront auch zu begehen. Unterzeichnet war dieser Gründungsaufwurf von Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Manfred alias Ibrahim Böhme. Ich will an diesem Aufruf dreierlei hervorheben.

Erstens: Es ist der *erste Aufruf* gewesen, der erste der vier oppositionellen Bewegungen, die dann im Herbst gegründet worden sind. Am 9. September folgte der Gründungsaufwurf Neues Forum, am 12. September Demokratie Jetzt. Am 1. Oktober wollte sich der Demokratische Aufbruch konstituieren. Das ist der einzige Fall, in dem es der Stasi gelungen ist, das zu verhindern, so dass die Gründung erst sehr viel später erfolgte. Ich muss nicht noch einmal in Erinnerung rufen, dass der Herbst 1989 nach der großen Ausreisewelle im Sommer dadurch geprägt war, dass nicht wenige nun gesagt haben, wir gehen nicht fort, sondern wir bleiben hier, und deswegen beschlossen haben, aus dem Schutzraum der Kirche, in dem sich manche solcher Gruppen schon gebildet hatten, herauszutreten an die Öffentlichkeit. Den Anfang, das war mein erster Punkt, hat die Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR gemacht.

Zweitens: Es ist bemerkenswert, dass die Initiatoren eine Partei gründen wollten – es war die einzige Formation unter den oppositionellen Gruppierungen, die von vornherein Partei sein wollte. Die anderen wollten es bewusst nicht sein. Das Neue Forum, wie der Name es sagt, sollte ein Forum oder Marktplatz sein für die

»Es ist bemerkenswert, dass die Initiatoren eine Partei gründen wollten – es war die einzige Formation unter den oppositionellen Gruppierungen, die von vornherein Partei sein wollte. Die anderen wollten es bewusst nicht sein.«

große Aussprache über die Situation des Landes. Das war alles sehr wirksam und hat eine ungeheure Mobilisierung ausgelöst, aber es war eine Konzeption, bei der man viel reden, aber kaum etwas beschließen konnte. Entsprechendes galt ja auch für die Gruppierungen unter dem Dach der Kirche. Da wurde viel geredet, aber wenig beschlossen. Das ist der Grund gewesen, dass Martin Gutzeit und Markus Meckel entschieden haben: Es muss eine Partei sein mit verbindlichen Strukturen. Und in der Tat, dass wir solche verbindlichen Strukturen hatten, hat sich dann hervorragend bewährt. Als gegen Ibrahim Böhme die Stasi-Vorwürfe erhoben wurden und er sein Amt niederlegen musste, da war eben geregelt, wer nun an seine Stelle trat. Die politische Arbeit ging einfach weiter. Wir waren keine informelle Truppe zum Gedankenaustausch, sondern es war unsere Absicht, handlungsfähige Strukturen zu schaffen.

Der dritte bemerkenswerte Punkt ist, dass eine *Sozialdemokratische Partei* gegründet, das heißt, der Machtanspruch der SED direkt angegriffen wurde, da die SED ja für sich beanspruchte, die sozialdemokratische Tradition in sich zu enthalten, und dass damit an eine bestimmte politische Tradition angeknüpft wurde. Es war bei den anderen oppositionellen Gruppierungen die Vorstellung verbreitet, man müsse zu ganz etwas Neuem kommen – eine DDR, die alles Bisherige in den Schatten stellt, basisdemokratisch, spontan und ökologisch. Es wurde allerdings nie darüber nachgedacht, wie das alles bezahlt werden könnte. Ich hielt nichts von diesen fantastischen Vorstellungen. Wolfgang Ullmann, mein Kollege, redete tatsächlich davon, dass eine neue Form von Demokratie entstehen solle. Ich sagte, haben wir nicht erst mal genug zu tun, bis wir die ›bürgerliche‹ Form von Demokratie, die unsere westlichen Nachbarn haben, erreicht haben? Ich habe immer das Gefühl gehabt, da kam nun mit anderen Vorzeichen wieder einmal das Sendungsbewusstsein ›Am deutschen Wesen soll die Welt genesen‹ zum Vorschein, nach dem Motto: Wir machen hier etwas, was viel besser ist als das, was alle anderen haben.

Insofern fand ich es gut, und das hat auch meine Sympathie für dieses Unternehmen enorm gestärkt, dass so hochgestochene Pläne bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR keine Rolle spielten. Die SED hat die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei übrigens auch tatsächlich als Provokation empfunden, das ist gut belegbar. Als Markus



Richard Schröder: »Die SPD und die deutsche Einheit – Erwartungen, Ergebnisse, Wertungen«

Meckel Ende Juli 1989 Friedrich Schorlemmer¹³⁶ eröffnet hat, dass er eine Sozialdemokratische Partei gründen wolle, die den Machtanspruch der SED in Frage stellt, hat Friedrich Schorlemmer (er soll jetzt hier aber nur als Beispiel dienen und nicht persönlich ins Zwielficht gesetzt werden) geantwortet: ›Ich überlege, ob ich euch bewundern oder ob ich lachen soll. Ich entscheide mich für das Letztere«. Ihm erschien wohl das Votum für die parlamentarische Demokratie, das die Gründer damit gleichzeitig ausgesprochen hatten, in der damaligen Situation noch ziemlich illusorisch.

Nun zur Programmatik. Sie ist im Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe vom 26. August 1989 schon niedergelegt, auf den sich dann die Gründer in Schwante auch berufen haben. Markus Meckel hat aber außerdem dort noch eine größere programmatische Rede gehalten. Der Aufruf beschreibt zunächst die lähmende Ohnmachtserfahrung, die in der DDR herrschte und die es zu durchbrechen galt. Diese Ohnmachtserfahrung re-

¹³⁶ Friedrich Schorlemmer, geb. 1944, Theologe, seit den 1970er Jahren in der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung in der DDR tätig. Im November 1989 Unterzeichner des Aufrufs »Für unser Land«, Mitglied im Demokratischen Aufbruch, dann Eintritt in die SPD.

sultiere aus dem absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED, heißt es dort, und müsse überwunden werden durch die Erarbeitung einer politischen Alternative und einer kritischen Bestandsaufnahme der geistigen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation unseres Landes. Die Unterzeichner nennen als Ziel eine ökologisch-sozial orientierte Demokratie, heben besonders eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft hervor, die sozialen, politischen und kulturellen Grundrechte der Bürger, Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot. Im Vergleich zu den anderen oppositionellen Gruppen sind zwei dieser Forderungen originell, und wenn ich richtig sehe, ein Alleinstellungsmerkmal: das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Parteienpluralismus natürlich auch, und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Aber auch die Forderung nach Gewaltenteilung war damals in den oppositionellen Gruppen aus Unkenntnis noch nicht selbstverständlich. Nicht, dass jemand gesagt hat, wir wollen sie nicht, sondern es war einfach noch ein ungewohnter Gedanke. Die deutsche Einheit wird in dem Programmpapier nicht gefordert, sondern die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollten jedoch nicht ausgeschlossen sein. Dieser letzte Satz ist durch Arndt Noack veranlasst. Hervorgehoben werden aber die besonderen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen nationalen Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung. Erwartet wird die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, die den Warschauer

Vertrag und die NATO überflüssig macht. Bei der Parteigründung in Schwante wurden diese Programmpunkte bestätigt, ein Statut beschlossen, ebenso zwei Briefe. Einer ging an die West-SPD, die nicht vorher informiert oder um Zustimmung gebeten worden ist, und ein anderer ging an die Sozialistische Internationale.

Die Gründung stieß, um das klar zu sagen, keineswegs auf ungeteilte Zustimmung im Westen, allerdings auch nicht auf ungeteilte Ablehnung. Jedenfalls aber war die West-SPD von der Gründung überrascht. Ich habe immer gesagt, die SDP ist keine Tochter, sondern eine Schwester, und auch im menschlichen Leben passiert es, dass jemand überrascht wird, wenn er plötzlich eine Schwester bekommt. Dass die Gründung der SDP mit der West-SPD nicht abgesprochen wurde, war in meinen Augen damals ganz richtig.

»Dass die Gründung der SDP mit der West-SPD nicht abgesprochen wurde, war in meinen Augen damals ganz richtig. Es setzte nämlich die Gründer nicht dem Verdacht aus, um die SED-Terminologie zu gebrauchen, »vom Ausland organisiert« zu sein.«

Es setzte nämlich die Gründer nicht dem Verdacht aus, um die SED-Terminologie zu gebrauchen, »vom Ausland organisiert« zu sein. Das ist immer ein besonders gefährlicher Vorwurf gewesen. Die SPD hatte unter Willy Brandt mit der neuen Ostpolitik die unbeweglichen Fronten des Kalten Krieges mit dem Programm »Wandel durch Annäherung« in Bewegung gebracht. Vorreiter dieser Politik war übrigens die Ostdenkschrift der EKD. Diese Politik nenne ich jetzt einmal Entspannungspolitik A, der auch in der evangelischen Kirche der DDR eine große Sympathie sicher war. In beiden Teilen Deutschlands stand die Evangelische Kirche der SPD weitaus näher als der CDU. Das ist das eine. Nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition hat die CDU unter Helmut Kohl entgegen ihren ursprünglichen Ankündigungen die sozialdemokratische Politik doch im Wesentlichen fortgeführt – was ich dann im Ergebnis natürlich gut fand. Die SPD hat aber nun eine Politik der Verständigung zwischen SPD und SED betrieben. Resultat dieser Politik war das SPD/SED-Papier, zu dem mancherlei zu sagen ist. In der DDR hatte es durchaus Sympathien bei den Oppositionellen gegeben, vor allen Dingen wegen des Infragestellens des von der SED beanspruchten Wahrheitsmonopols und des Satzes »Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat«.¹³⁷ Andere Kritiker haben einen anderen Satz hervorgehoben, der auch darin enthalten ist, nämlich, dass beide Seiten sich das Existenzrecht nicht streitig machen. Je nachdem welchen der beiden Sätze man für wichtiger hält – wir im Osten hielten natürlich den erstgenannten Satz für wichtiger – hat man das Papier so oder so beurteilt. Ich nenne das Entspannungspolitik B. Diese Entspannungspolitik B hatte einen Haken: Der Dialog fand nicht mehr zwischen zwei Staaten, sondern zwischen zwei Parteien statt. Die West-SPD war dadurch in einer Weise auf die SED fixiert, die es ihr schwer machte, die Entstehung einer Opposition in der DDR zu würdigen und zu berücksichtigen. Entspannungspolitik – im Prinzip nicht zu tadeln – führte bei manchen dazu, dass die Entstehung einer Opposition in der DDR geradezu als Störung der Entspannungspolitik verstanden wurde. Ein nicht ganz unbedeutender

137 Vgl. oben, Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, unter V, 6.: Grundregeln einer Kultur des politischen Streits. Text im Internet http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/verfemte_4.pdf.

westdeutscher Sozialdemokrat hat auf die Gründung der Ost-SPD mit der Bemerkung reagiert, dass mit Parteigründungen durch kleine Gruppen in der DDR zu diesem Zeitpunkt gar nichts bewegt werden könne.¹³⁸ Das führe nämlich zu einer Verhärtung der SED-Spitze. Diese Argumentationslinien, von denen einige auch Egon Bahr in jener Zeit regelmäßig vorgetragen hat, liefen auf die Formulierung hinaus: Ohne Frieden und Sicherheit geht gar nichts. Was ja stimmte. Die Folgerung war dann aber: Frieden und Sicherheit in Europa können nur durch stabile Regierungen garantiert werden, also darf die Stabilität der DDR-Regierung nicht in Frage gestellt werden. Die Argumente und Motive waren ja in einem entspannungspolitischen Kontext nicht unehrenhaft, aber sie führten zu einer Wahrnehmungsblockade und zu einer Art von Wunschdenken, es möge doch die SED-Regierung stabil bleiben, damit man mit ihr auch Entspannungspolitik betreiben könne. Da haben manche in der West-SPD einfach nicht wahrhaben wollen, dass die SED offenkundig reformunfähig war und der fehlende Rückhalt in der Bevölkerung seit dem August 1989 immer klarer zu Tage trat.

Es gab aber auch ganz andere Stimmen in der West-SPD. Ich nenne sie auch gerne mit Namen. Am wichtigsten vielleicht, was die öffentliche Aufmerksamkeit betraf, war die Rede von Erhard Eppler am 17. Juni 1989. Nebenbei bemerkt: Anfangs ist von Seiten der CDU gesagt worden, den können wir gar nicht reden lassen, das ist so ein linker Vogel. Hinterher sind sie alle zu ihm gekommen und haben ihn beglückwünscht und einen Patrioten genannt. Erhard Eppler hat nämlich gesagt, und das ist jedenfalls für uns der Spitzensatz gewesen: Frieden sei die Voraussetzung für alles, für die Stabilität in Europa, aber: »Keine Seite kann die andere daran hindern, sich selbst zugrunde zu richten.«¹³⁹ Und daran einmal zu erinnern, bedeutete offenbar für viele eine Überraschung. Erhard Eppler hat das tun können, weil er einen sehr guten Kontakt zu den kirchlichen Kreisen in der DDR, wie man dazu zu sagen pflegte, hatte. Nur eine einzige Person hat er seine Rede zum

138 Vgl. dazu Walter: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag – 365 Tage ostdeutsche Sozialdemokratie, in: Heydemann/Mai/Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, S. 413; Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 148; Georg Chatzoudis: Die Deutschlandpolitik der SPD in der zweiten Hälfte des Jahres 1989, hrsg. vom Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Heft 60, Bonn 2005, S. 64; dort Zitat nach »Die Welt«, 30.8.1989.

139 Vgl. Text der Rede: Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 1, S. 71–80. Zitat S. 78.

17. Juni vorher lesen lassen, und das war Propst Heino Falcke aus Erfurt.¹⁴⁰ Durch diese Kontakte wusste Erhard Eppler, dass es in der DDR brodelte und dass man nicht einfach weiter von der Stabilität des SED-Regimes ausgehen konnte. Von Ehrhart Körting könnte ich ähnliche Sätze vom 23. August 1989 zitieren. Er forderte, jede Rücksicht auf die SED aufzugeben: ›Die SED, spät-stalinistischer Verschnitt, ist nicht die Zukunft der DDR, und kann deshalb sehr begrenzt noch Gesprächspartner für uns sein‹.¹⁴¹ Und Norbert Gansel erklärte am 13. September 1989 in der ›Frankfurter Rundschau‹: Wandel durch Annäherung – diese Politik habe durch Honeckers Besuch in Bonn einen Höhepunkt erreicht, nun sei Wandel durch Abstand von der maroden SED angezeigt.¹⁴²

Zu unserem Glück hat Hans-Jochen Vogel, Partei- und Fraktionsvorsitzender damals, am 10. Oktober 1989 die Gründung der SDP begrüßt. Er hätte auch in der Partei eine ganze Menge Zustimmung gefunden, wenn er das nicht getan hätte. Es war heute Nachmittag ja schon Thema: Als Steffen Reiche eine Woche nach der Gründung anlässlich eines Verwandtenbesuchs in Bonn auftauchte, ist er von Hans-Jochen Vogel empfangen worden, aber ein der SPD nahestehender Politologe oder sogar SPD-Mitglied sprach sich vehement gegen die Parteigründung aus und empfahl den Leuten, die im Osten die SPD gründen wollten, doch in die SED einzutreten und dort die Reformkräfte zu unterstützen. Etwas Ähnliches ereignete sich im Dezember, als der Bundesvorstand der Jungsozialisten eine Abordnung jüngerer ostdeutscher Sozialdemokraten nach Bonn lud und ihnen empfahl, in die (in Auflösung begriffene) FDJ einzutreten. Das hängt alles damit zusammen, dass da manche sich in der Lage sahen, Rat zu geben, ohne Bescheid zu wissen. Das ist vielleicht das Hauptproblem gewesen. Es ist nicht schlimm, wenn man etwas nicht weiß, aber es ist ganz schlimm, wenn man nicht weiß, was man nicht weiß.

140 Heino Falcke, geb. 1929, evangelischer Theologe, 1973 bis 1994 Propst in Erfurt, 1989/90 stellvertretender Vorsitzender der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR. Vgl. dazu Herta Däubler-Gmelin, unten, S. 147.

141 Vgl. Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 176.

142 Vgl. Georgios Chatzoudis: Die Deutschlandpolitik der SPD, S. 40 f.; Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 169 f.; Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, S. 27; Dokument Nr. 6, S. 97; Horst Ehmke: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 397 f.

Nun muss man allerdings zur Erinnerung auch sagen, dass zum Jahreswechsel 1989/90 der Weg zur deutschen Einheit am Horizont erschienen war. Und wir dürfen natürlich jetzt nicht im Rückblick Leute kritisieren, die nicht sofort gesagt haben: Ja nun kommt die Einheit, ohne uns zu erinnern, wie wir selber damals die Dinge gesehen haben. Ich gehöre zu denjenigen, die sich die deutsche Einheit immer sehr, sehr gewünscht haben, schon aus egoistisch-familiären Gründen, weil ich einer in Ost und West geteilten Familie zugehöre, auch einen Bruder im Westen hatte. Mein Vater, der 1968 gestorben ist, hat gesagt: ›Die deutsche Einheit kommt, aber ich werde es nicht mehr erleben.‹ Wir wissen, dass Willy Brandt etwas Ähnliches noch Anfang 1989 gesagt hat.

Zum Jahreswechsel 1989/90 hatten lediglich zwei europäische Regierungschefs sich für die deutsche Einheit ausgesprochen, leider zwei, auf die es nicht besonders ankam, nämlich der irische und der spanische. Dagegen fuhr François Mitterand¹⁴³ nach Berlin und Leipzig, traf sich mit Modrow und schloss am 22. Dezember 1989 mit der DDR ein fünfjähriges Handelsabkommen ab. Lothar de Maizière hat mir erzählt, dass er den französischen Botschafter gefragt habe, ob er denn sicher sei, dass die DDR die Dauer dieses Handelsabkommens überleben werde. Da hat der Botschafter gesagt, ›Herr de Maizière, unser Präsident ist in dieser Hinsicht beratungsresistent.‹ Margaret Thatcher¹⁴⁴ ließ eine Historikerkonferenz einberufen, in der diskutiert werden sollte, was von der Wiedervereinigung Deutschlands zu befürchten sei. Denn dass davon nur etwas zu befürchten sei, ist Margaret Thatchers Meinung bis zuletzt geblieben. Nur eine der Siegermächte war schon zum Jahreswechsel 1989/90 für die deutsche Einheit, nämlich die USA in Gestalt des Präsidenten George Bush senior¹⁴⁵. Und man darf sagen, es ist das Verdienst von George Bush senior, ebenso von Helmut Kohl, ebenso von Hans Dietrich Genscher¹⁴⁶ und sicherlich noch von vielen anderen, dass sich

143 François Mitterand (1916 bis 1996), Sozialist, 1981 bis 1995 französischer Staatspräsident.

144 Margaret Thatcher (1925 bis 2013) 1979 bis 1990 englische Premierministerin und Vorsitzende der Konservativen Partei.

145 George Bush sen., geb. 1924, Politiker der Republikanischen Partei, 1989 bis 1993 Präsident der USA.

146 Hans-Dietrich Genscher, geb. 1927, Jurist, 1974 bis 1985 Vorsitzender der FDP, seit 1974 Außenminister und Vizekanzler, zunächst in der Regierung von Helmut Schmidt, 1982 bis 1992 in der Regierung von Helmut Kohl. Er erreichte im Sommer 1989 die Ausreisegarantie für die in die deutsche Botschaft in Prag geflüchteten DDR-Bürger; maßgeblich an den Verhandlungen der außenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit beteiligt.



Im Publikum: Ingrid Matthäus-Maier, Herta Däubler-Gmelin

die verbreitete negative Einstellung zu dieser Frage im Laufe des Jahres 1990 geändert hat. Von der Sowjetunion wissen wir inzwischen – damals wusste ich das nicht, da haben wir von Gorbatschow nur das Beste erwartet –, dass es ernsthafte Diskussionen auf Seiten der sowjetischen Führung im Januar 1990 gab, ob man nicht die Grenze wieder zumachen müsse.¹⁴⁷ Da wurde die Befürchtung geäußert: ›Wenn Deutschland vereinigt ist, dann stehen die in fünf Jahren wieder mit ihren Truppen an unserer Grenze‹. Das war natürlich eine völlig absurde Vorstellung gewesen, aber es gehört dazu, sich daran zu erinnern, dass solche Befürchtungen sofort wieder in der Welt waren. Im Übrigen, jetzt im Nachhinein, müssen wir uns umso mehr darüber freuen, dass das Jahr 1990 den Beweis erbracht hat, dass unsere Nachbarn und die Siegermächte, am Ende die ganze KSZE, uns Deutschen zugetraut haben, dass man uns in die volle Souveränität entlassen kann. Vor diesem Hintergrund finde ich unsere Klagen über den Ablauf der deutschen Einheit immer etwas provinziell. Lesen Sie doch einmal alle Zeitungen zum 3. Oktober 1990

¹⁴⁷ Vgl. die Äußerungen von Horst Teltschik unter: http://www.kokhavivpublications.com/kuckuck/review/bd04_153.html

daraufhin durch, in wie vielen dieser Gesichtspunkt der deutschen Einheit überhaupt erwähnt wird.

Ein anderer Aspekt: Der Mauerfall hat natürlich alles vollkommen verändert. Auf der anderen Seite hat er aber auch etwas zutage gefördert, was mich damals höchst überrascht hat. Bärbel Bohley und mein Kollege Wolfgang Ullmann waren vom Mauerfall entsetzt. Wolfgang Ullmann hat von Sabotage gesprochen. Es gab die Behauptung oder die Mutmaßung, das Ganze hätte die SED eingefädelt, um zu verhindern, dass die DDR modernisiert wird. Also auch das gehört zu jener Zeit, diese ungemeine Inflation von Verdächtigungen in alle möglichen Richtungen. Auch vom Neuen Forum aus Berlin kamen warnende und kritische Stimmen zur Maueröffnung – allerdings weiß ich, dass andere Teile des Neuen Forums das nicht so gesehen haben.

Jedenfalls schien unter den oppositionellen Gruppen die SPD – die SDP damals noch – die einzige zu sein, die den Mauerfall vorbehaltlos begrüßte. Am 3. Dezember 1989 hat die SDP eine Erklärung zur Einheit der Nation abgegeben.¹⁴⁸ Diese Einheit müsse von beiden Seiten gestaltet werden. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil es, bezogen auf die Dokumente von Schwante, natürlich sehr wohl eine Korrektur darstellte. Denn in Schwante gab es ja noch die Vorstellung, die auch Egon Bahrs Entspannungsdoktrin entsprach, die deutsche Frage werde im Zuge der europäischen Einigung ihre Lösung finden. Ich werfe das den Gründern natürlich überhaupt nicht vor, und ich weiß von mir selber, dass ich auch erst nach dem Fall der Mauer in einem Vortrag gesagt habe, die deutsche Frage sei offen und die deutsche Einheit keine Unmöglichkeit. Inzwischen neige ich dazu, zu sagen, das habe ich aber auch erst nach dem Fall der Mauer vor mir selber so klar zu denken gewagt. Das ist eine vertrackte Angelegenheit, aber jedenfalls ist es so gewesen.

Innerhalb der West-SPD war die Frage, ob jetzt die deutsche Einheit Priorität vor der gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur haben dürfe, noch heftig umstritten. Es ging eben um die klassische, von Egon Bahr in jener Zeit auch immer wieder betonte Grundidee, die deutsche Frage löse sich, wenn die Spannungen zwischen den Blöcken in Europa verschwunden seien. Es war Willy Brandt, der bei seiner Rede auf dem Berliner Parteitag am

¹⁴⁸ Text unter http://www.chronikderwende.de/dateien/619_SPD__Erklaerung_zur_deutschen_Frage.pdf.

18. Dezember 1989 dagegenhielt und erklärte: ›Denn nirgends steht auch geschrieben, dass sie, die Deutschen, auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis irgendwann ein gesamtdeutscher Zug den Bahnhof erreicht hat.‹¹⁴⁹

Auch innerhalb der Ost-SPD bestand noch keine endgültige Einigkeit, trotz dieser Erklärung zur Einheit der deutschen Nation vom 3. Dezember, wie man in Sachen deutsche Einheit votieren solle. Das kam bei der Delegiertenkonferenz am 13./14. Januar 1990 zum Vorschein, von manchen auch als erster Parteitag bezeichnet. Es war jedenfalls die erste überregionale Zusammenkunft von Vertretern der neu gegründeten SDP. Dabei kam es zum Schlagabtausch. Es waren insbesondere Delegierte aus dem Norden, ich glaube auch aus Sachsen, die sagten, die SDP müsse sich zum schnellen Weg der deutschen Einheit bekennen. Ich erinnere mich auch noch, dass, das klang vorhin schon einmal an, in Rostock angefangen wurde, zu drohen, man könne ja auch separat beitreten, was heißen sollte, der Bezirk Rostock tritt bei. Das Grundgesetz hätte so etwas nicht ausgeschlossen, aber das Chaos wäre perfekt gewesen. Also mit solchen Drohungen wurde durchaus gearbeitet. Thomas Krüger ist ja unter uns – ich erinnere mich noch, wie er versucht hat, die Schärfe aus der Diskussion herauszunehmen und betont hat, jetzt komme es erst einmal auf den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West an. Aber dadurch wurden die Leute aus Nord und Süd nur noch ärgerlicher, und es entstand ein richtiger Konflikt zwischen der ›Provinz‹ und Ost-Berlin, oder wie immer man das nennen möchte.

Es wurde dann jedenfalls gesagt, ja, es soll eine Erklärung zur deutschen Einheit vorbereitet werden. Ich habe das dann in der Nacht gemacht. Das war meine erste Tat von einiger Bedeutung für die Sozialdemokratie. Die Erklärung ist dann am nächsten Tag praktisch einmütig, mit ganz wenigen Gegenstimmen, auch beschlossen worden: ›Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation. Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland. [...] Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen.‹¹⁵⁰ Ich habe den Eindruck gewonnen, auch Daniel Friedrich Sturm sieht das in seinem Buch so, dass diese Erklärung die Herausbildung einer entsprechenden Posi-

149 Vgl. Rede des Ehrenvorsitzenden Willy Brandt auf dem SPD-Programm-Parteitag in Berlin, 18.12.1989, in: Protokoll vom Programm-Parteitag der SPD in Berlin 18.–20.12.1989, Bonn o. J. [1990], S. 128; abgedruckt in: Fischer (Hrsg.): *Die Einheit sozial gestalten*, S. 206–218.

150 Vgl. Erklärung der Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin am 14. Januar 1990 zur deutschen Frage, in: Fischer (Hrsg.): *Die Einheit sozial gestalten*, Dokument Nr. 30, S. 219.

tion in der West-SPD ein bisschen gefördert hat, dass man von da an auch in der West-SPD den Mut aufbrachte, die deutsche Einheit zu begrüßen.¹⁵¹

Ein Problem, das von Anfang an und bis heute heiß diskutiert wird, war die Frage, wie sich die SDP/SPD zu den SED-Mitgliedern verhalten sollte. Sie ist sowohl innerhalb der SPD wie auch innerhalb der SDP damals umstritten gewesen. Ein freundliches Verhältnis zur SED verbot sich natürlich von selbst. Die Frage aber war, wie gehen wir mit SED-Mitgliedern um, die in die SDP eintreten möchten, weil sie sozialdemokratisch gesonnen sind? Im Dezember 1989 beschloss die SDP, ehemaligen SED-Mitgliedern den Beitritt nicht zu verwehren. Wer nach dem 7. Oktober aus der SED ausgetreten sei, solle jedoch vier Jahre keine Funktion übernehmen dürfen. Das war Kurs eins. Am 21. Januar 1990 forderte jedoch der SPD-Vorstand ehemalige Mitglieder der SED auf, keine Anträge auf Mitgliedschaft zu stellen. Und auf dem ersten Parteitag im Februar 1990 in Leipzig kam es zu einem Aufnahmestopp, der dann zwar auf dem nächsten Parteitag im Juni, auf dem die Neuwahl des Vorsitzenden anstand, wieder aufgehoben worden ist. Es wurde nun den Ortsvereinen überantwortet, in dieser Frage zu entscheiden, wie sie es für richtig hielten. Das hat aber nichts mehr gebracht. Offenbar war die Phase, in der die Ostdeutschen, einschließlich der SED-Mitglieder, bereit waren, sich umzuorientieren, im Wesentlichen durch die Volkskammerwahl abgeschlossen. Ich kann mir das nicht anders erklären.

Aber warum dieser Wandel? Dafür gab es mehrere Gründe. Der Bürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer¹⁵², hatte Interesse an einem Beitritt zur SDP gezeigt (Egon Bahr war ganz begeistert davon), wollte aber erstens nicht alleine kommen, sondern mit einer ganzen Mannschaft. Wir mit unseren 5.000 Mitgliedern wären also plötzlich nur noch die Hälfte gewesen, wenn die andere Mannschaft sich größenordnungsmäßig zum Beispiel im vierstelligen Bereich bewegt hätte. Also: Die Gefahr durch ›Überfremdung‹ bestand natürlich tatsächlich, aber das war nur das eine Problem. Das andere Problem war, dass nach unserer Satzung ein Beitritt nur im Ortsverein möglich war, und das wollte Berghofer nicht. Berghofer wollte nicht in Dresden

151 Vgl. Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 257.

152 Wolfgang Berghofer, geb. 1943, langjähriger FDJ-Funktionär, bis 1989 SED-Mitglied, von 1986 bis 1990 Oberbürgermeister von Dresden, kurzfristig PDS/SED-Mitglied. Nach Scheitern des geplanten Eintritts in die SPD Wechsel in die Wirtschaft, Tätigkeit für die Häussler-Gruppe in Stuttgart, dann selbständiger Unternehmensberater. 1992 wegen Beteiligung an den Wahlfälschungen bei den DDR-Kommunalwahlen 1989 zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

beitreten. Er hat vermutlich befürchtet, dass sie ihn da nicht nehmen, außerdem wollte er durch eine extraordinary Aktion und direkt beim Vorstand beitreten. Und der Vorstand hat gesagt, dann fällt die Basis über uns her und es heißt, das ist ja wie in der DDR. Daran ist das gescheitert. Ich schildere das noch einmal so ausführlich, weil ich mir Berghofer als Sozialdemokraten schon hätte vorstellen können, das ist nicht so sehr das Problem. Aber es ist eben wichtig, sich die Umstände klar zu machen und nicht einfach nur zu sagen, die haben damals falsch entschieden.

Außerdem wuchs im Wahlkampf durch die im Westen fabrizierten Plakate die Angst, mit der SED identifiziert zu werden. Da war zum Beispiel auch eines dabei mit einem Stoppschild, auf dem stand: SED – SPD – PDS in einem Band. Es wurde damit suggeriert, die SPD sei die fünfte Kolonne der SED, und ich kenne Gegenden in Sachsen, wo das auch von vielen geglaubt worden ist. Diese Angst, mit der SED identifiziert zu werden, hat dann diesen Aufnahmestopp-Beschluss ausgelöst. Auf diesem Parteitag habe ich mit einigen anderen, Erich Fischer¹⁵³ ist hier, eine Alternative vorgeschlagen, nämlich Aufnahme gestaffelt nach Austrittsdatum. Das ist aber abgeschmettert worden.

Trotz knapper Personaldecke, trotz des zeitraubenden Engagements am Runden Tisch, ist in den ersten beiden Monaten des Jahres 1990 von der SDP noch ein Grundsatzprogramm erarbeitet worden. Manche werden dazu vielleicht sagen, typisch SPD, die machen immer Papiere. Das stimmt in dem Fall nicht so ganz, denn es hat sich dann bei den Koalitionsverhandlungen doch gezeigt, dass wir einen Vorsprung hatten eben dadurch, dass wir über die verschiedenen Politikfelder schon einmal gründlich nachgedacht und in den Reihen der neu gegründeten SPD auch Leute gesucht haben, die zu den verschiedenen Politikfeldern von ihrer beruflichen Erfahrung her etwas sagen können. Markus Meckel hat diese Arbeit organisiert, Jörg Milbradt war der unermüdliche Redakteur und Rolf Schmachtenberg vor allen Dingen ein unermüdlicher Berater, auch, jedenfalls teilweise, in der Programmarbeit.

Die Wahl am 18. März 1990 brachte zwei Schocks: Das Wahlergebnis fiel für uns sehr viel schlechter aus, als viele erwartet hatten: Allianz für Deutschland 48,1 Prozent, Ost-SPD 21,8 Prozent, PDS übrigens 16,3 Prozent. Das war der eine Schock. Den anderen Schock erlebte die CDU, denn sie konnte keineswegs einen strahlenden Wahlsieger bieten. Lothar de Maizière war

153 Zeitweilig beratendes Mitglied für die SDP am Runden Tisch, vgl. Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, S. 207.

geradezu erschlagen, dass es ihn jetzt erwischte hatte und er Ministerpräsident wurde. Wir wiederum – es ist heute Nachmittag schon angesprochen worden – konnten erleichtert sein, dass Ibrahim Böhme *nicht* Ministerpräsident werden konnte, denn ich erinnere mich noch, als der Parteitag, vorher aber auch schon der Parteivorstand, Ibrahim Böhme als Spitzenkandidat der Ost-SPD nominiert hatte, da hat Markus Meckel, wenn ich ihn traf, immer nur gesagt: ›Es ist 'ne Katastrophe, es ist 'ne Katastrophe.‹ Denn wir konnten uns in der Tat nicht vorstellen, wie er in der Lage sein sollte, dieses Amt auszuüben – nicht weil ich selber den Verdacht hatte, dass er Stasi-Mitarbeiter war, sondern weil wir ihn über die Jahre kennen gelernt hatten als jemanden, der nicht konsistent agieren kann. Und das ist eine ganz schwierige Situation gewesen. Wenn die zuständigen Gremien jemanden zum Ministerpräsidenten kandidaten nominieren, kann man als Parteimitglied nicht auf der Straße herumrennen, und sagen: Der kann es gar nicht! Das hat mich ungemein bedrückt. Das sind echte Leiden gewesen, die er uns da verschafft hat und es war eine Erleichterung, dass wir nicht mehr rätseln mussten, wie wir verhindern können, dass er Ministerpräsident wird. Die Vorwürfe des ›Spiegel‹ haben wir sehr ernst genommen, weil sie manche Merkwürdigkeiten in seinem Verhalten erklärten. Beweise hatten wir nicht. Die Teilnehmer an der Akteneinsicht haben uns nämlich schlicht und ergreifend wahrheitswidrig verheimlicht, was sie gesehen haben. Da das drei Personen waren, finde ich das im Nachhinein ein dolles Ding. Und wir können uns eigentlich beglückwünschen, dass wir unser Misstrauen aufgrund dieser Auskunft, es hätte sich nichts gefunden, nicht eingestellt haben.¹⁵⁴ Erst nachdem Rainer Kunze seine Akte veröffentlicht hat, und Ibrahim Böhmes Aktivitäten als Stasi-Mitarbeiter dokumentiert waren, da sind dann die letzten seiner Anhänger in unserer Fraktion zur Einsicht gekommen. Bis dahin hat uns, also ich meine jetzt Markus Meckel, Martin Gutzeit und auch mir, das konnte man auch in der Zeitung lesen, zum Beispiel in der ›taz‹, immer der Vorwurf angehangen, wir hätten die Stasi-Vorwürfe lanciert, um gegen Ibrahim Böhmes Vorbe-

154 Zu den Einzelheiten der Überprüfung der Stasi-Tätigkeit Ibrahim Böhmes und zu den beteiligten Personen vgl. Christiane Baumann: Manfred »Ibrahim« Böhme: Ein rekonstruierter Lebenslauf, Berlin 2009, S. 162–166; zur Rolle der Staatssicherheit vgl. Martin Gutzeit: Die Stasi – Repression oder Geburtshilfe? in: Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 41–52; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die alte Macht und die Revolution: Reaktionen von SED und MfS in der Krise, in: Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüfers: Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2010, S. 94–106.

halte die große Koalition durchzudrücken. Na ja, das haben wir dann halt auch gelernt, dass man damit leben muss.

Gleichzeitig begannen die Koalitionsverhandlungen. Sollten wir oder sollten wir nicht? Wir haben uns, wie Sie alle wissen, ja schließlich für die große Koalition entschieden, vielleicht vor allen Dingen aus drei Gründen: Eine Zweidrittelmehrheit war notwendig bei einer Regierung, die ständig Verfassungsänderungen durchsetzen musste. Das war ein Argument von Lothar de Maizière. Wir wollten uns nicht vor der Verantwortung für die Gestaltung der deutschen Einheit drücken und waren auch überzeugt, dass uns das andernfalls ewig anhängen würde. Der Einladung von Bündnis 90/Grüne, mit ihnen zusammen Opposition zu machen wie bisher, wollten wir schon deshalb nicht folgen, weil wir es nicht witzig fanden, Honeckers Regime und die nun durch freie Wahlen entstandene Regierung praktisch gleichzusetzen; außerdem hätten wir Schwierigkeiten gehabt, neben der PDS in der Opposition zu sitzen – das fanden wir keinen attraktiven Sitzplatz. Es war übrigens Lothar de Maizières Idee und Wunsch, die SPD in die Regierung mit hinein zu nehmen. Ein Argument wurde vorhin schon zitiert, nämlich, es sei ihm lieb, wenn er gegenüber Helmut Kohl bei bestimmten Maßnahmen sagen könne, das geht nur so, sonst macht mein Koalitionspartner nicht mit. Er sah in der Koalition mit uns, mit der SPD, also die Gelegenheit, seinen Spielraum gegenüber Helmut Kohl zu vergrößern, was wir dann ja auch gerne mitgemacht haben.

Heiß umstritten war damals die Frage, ob die deutsche Einheit über Artikel 146 oder Artikel 23 Grundgesetz erreicht werden soll. Also über eine neue Verfassung, wie Bündnis 90 und Grüne und auch Teile der SPD das forderten, oder durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, den die DDR ja bekanntlich sofort und einseitig erklären konnte. Der bedurfte auch keiner Zustimmung der westlichen Seite. Diesen Weg hatten Helmut Kohl und die Allianz für Deutschland offenbar zunächst im Auge. Gegen den Beitritt wurde von den Grünen im Westen und von Bündnis 90/Grüne im Osten, aber auch von der PDS heftig polemisiert, zum Teil mit sprachlichen Anleihen aus der Nazi-Zeit: Anschluss, Annexion, Viertes Reich, Großdeutschland etc. Im Mai 1990 fand in Frankfurt am Main eine Demonstration statt unter der Losung: »Nie wieder Deutschland! Gegen die Annexion der DDR!« In vorderster Front prominente Politiker der Grünen.¹⁵⁵

155 Die Parolen wurden von dem Bündnis Radikale Linke (RL) ausgegeben, das sich 1989 u. a. aus Mitgliedern der Partei der Grünen, des Kommunistischen Bundes und des Umkrei-

Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen gewissermaßen auf ein Mittelding verständigt, nämlich Beitritt, ja, aber über Verträge. Und es sind dann drei geworden: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Wahlvertrag, Einigungsvertrag. Der wichtigste Grund war für uns der, dass der Beitritt schnell erfolgen konnte. Wir wussten nämlich nicht, wie lange die Tür offen stehen würde. Wenn jemand bestreitet, dass das für unsere Überlegungen eine Rolle gespielt hat, dann kann ich darauf hinweisen, dass ich einmal in einem persönlichen Gespräch mit einem ›Bild‹-Journalisten darauf Bezug genommen habe, und gesagt habe, wenn Gorbatschow erschossen wird, dann können wir trotzdem beitreten, nicht aber nach Artikel 146 uns vereinigen. Da er das ohne meine Zustimmung gedruckt hat, und es dann auch in der ›Bild‹-Zeitung gestanden hat, habe ich einen guten Beweis dafür, dass das wirklich ein Argument von uns war – obwohl ich damals sehr verärgert darüber war, dass er das unautorisiert gedruckt hat.

Ich gehe auf diesen Moment der Eile auch deshalb ein, weil soeben Matthias Platzeck, der damals ja Mitglied von Bündnis 90/Grüne war, behauptet hat, die Eile habe gar nicht bestanden.¹⁵⁶ Das ist eine kühne These. Wir hatten 1990 nicht ausgiebig Zeit für eine langsame Annäherung. Erstens wussten wir nicht, wie lange Gorbatschow sich würde halten können. Eduard Schewardnadse, der sowjetische Außenminister, hat selbst gelegentlich gesagt: ›Nun zögert es mal nicht raus.‹ Denn er hatte nämlich auch seinerseits gesehen, dass die Zustimmung zu Gorbatschow innerhalb der Sowjetunion nicht mehr wuchs. Außerdem war die DDR ein Staat in Auflösung, es hatte nämlich eine Revolution stattgefunden. Wenn jemand behauptet, das sei nur eine Unterstellung, will ich darauf hinweisen, dass sowohl Egon Krenz als auch Hans Modrow bei ihren Antrittsbesuchen bei Gorbatschow sagten, die DDR laufe auf die Unregierbarkeit zu. Vor allem musste man das ernst nehmen mit Blick auf die Möglichkeiten einer tief greifenden Wirtschaftsreform. Offensichtlich hat die Regierung Modrow nicht mehr die Chance gesehen, so etwas organisieren zu können. Und die Autorität der Regierung de Maizière beruhte nach meinem Eindruck vor allem auf dem Versprechen der schnellen deutschen Einigung. Hinzu kam, dass die DDR unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit in Devisen stand.

ses der Zeitschrift »konkret« gebildet hatte. Vgl. dazu <http://www.trend.infopartisan.net/trd0405/t030405.html>.

156 Vgl. dazu Äußerungen von Matthias Platzeck in einem »Spiegel«-Interview am 30. August 2010 (»Der Spiegel«, Nr. 35, 30.8.2010, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-73479944.html>).

Nun wird der Einwand gebracht, ja, wegen der großen Abwanderung aus der DDR sollte alles schnell gehen, aber nach der Vereinigung ist die Abwanderung doch weitergegangen. Das Argument ist faul: Vor der Währungsunion gingen 2.000 bis 3.000 Menschen täglich, nach der Währungsunion ungefähr ebenso viele wöchentlich. Und der entscheidende Punkt war ja auch nicht nur das Problem der Abwanderung selbst. Das Gefährliche war die massenhafte Abwanderung, durch die sich in Westdeutschland Schulen und Turnhallen füllten und in der westlichen Bevölkerung der Unmut wuchs über ungetragene Kostgänger. Wollen wir doch nicht so tun, als ob die westliche Begeisterung für die deutsche Einheit so groß gewesen wäre. Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder konnten doch Wahlkampf machen mit dem Argument, es wird alles zu teuer, das kann keiner bezahlen, weil in der Tat der Unmut bereits wuchs. Und Lafontaine hat es dann ja auch ausgesprochen, dass es nicht hingenommen werden könne, dass Ostdeutsche weiterhin die westdeutschen Sozialsysteme belasteten. Das schaffe böses Blut. Deshalb hat er ja dann auch gefordert, Ostdeutschen den Zuzug nur noch zu gestatten, wenn sie Wohnung und Arbeit nachweisen könnten.¹⁵⁷ Es war schon schlimm genug, dass die Leute, die abwanderten, im Osten fehlten, aber das Hauptproblem bestand nicht darin, sondern dass sie im Westen die Stimmung verdarben. Das wird oft übersehen, auch in der Argumentation von Matthias Platzeck. Dass die Einführung der D-Mark die DDR-Wirtschaft in schwerste Turbulenzen bringen würde, was Oskar Lafontaine immer betont hat, war ja richtig. Sein Irrtum ist ein anderer gewesen, nämlich der, dass es eine Alternative gegeben hätte. Es war falsch zu glauben, die DDR sei stabil genug, um – sei es auch nur für einige Jahre – noch als eigenständiges Wirtschafts- undährungsgebiet zu bestehen. Und dann haben wir, die DDR-Bürger, natürlich erstens gesehen, was die DDR-Bevölkerung vor dem Beitritt von ihrer Wirtschaft hielt. Dazu haben wir Witze, von denen ich aber jetzt keinen erzähle – ja, doch? Dann einen: ›Was passiert, wenn man den Sozialismus in der Sahara einführt? Drei Jahre nichts und dann wird der Sand knapp ...‹ Also, das ist der erste Punkt. Zweitens haben wir natürlich gesehen, dass – kaum war die Mauer gefallen –

»Wollen wir doch nicht so tun, als ob die westliche Begeisterung für die deutsche Einheit so groß gewesen wäre. Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder konnten doch Wahlkampf machen mit dem Argument, es wird alles zu teuer, das kann keiner bezahlen.«

157 Vgl. Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 234; Hans-Jochen Vogel: Nachsichten, S. 306–308. Zur Diskussion von Lafontaines Thesen in den Spitzengremien der SPD vgl. Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten, Dokument Nr. 15, 22, 23 und 26 (S. 133, S. 159 f., S. 164, S. 180 f).

Ostdeutsche scharf waren auf westliche Gebrauchtwagen, auch zu überhöhten Preisen, und der Trabant – bisher 20 Jahre Wartezeit – zum Ladenhüter wurde. Die Ostwirtschaft war nicht mehr in der Lage, für ihre Waren zu begeistern. Sie konnte das bei den DDR-Bürgern nicht mehr, und dann bröckelten auch die Kunden in Osteuropa ab. Schon im Mai 1989 beschwerten sich DDR-Betriebe, dass die Sowjetunion bestimmte Bestellungen storniert habe. Also, der Ost-Markt zerbrach und im Westen war nach der Währungsunion auch kein Kühlschrank mehr abzusetzen, wenn er jetzt plötzlich das Vierfache kosten sollte. Das heißt, die gesamte Gestattungsproduktion¹⁵⁸ brach auch weg.

Die DDR-Wirtschaft ist zugrunde gegangen durch einen Mangel an Kunden und nicht durch die Treuhand. Ob die Treuhand ihre Arbeit optimal gemacht hat oder nicht, das ist eine Frage, die man für sich behandeln kann. Doch eines kann man sagen: Hätte es einen goldenen Weg gegeben, ein solches Wirtschaftssystem am Leben zu erhalten, dann hätten doch die Ungarn und die Tschechen, die auch nicht auf den Kopf gefallen sind, es bestimmt gemacht. Irgendjemand hätte es doch dann machen müssen. In Wahrheit sind alle ehemals sozialistischen Länder nach der Öffnung zum Weltmarkt, also dem Wegfall der scharfen Grenzen, wirtschaftlich in schweres Wasser geraten. Für die DDR wurde es besonders schlimm wegen der Maueröffnung, denn die anderen sozialistischen Länder konnten noch eine Zeitlang die Westwaren durch Zölle an der Grenze bremsen, aber es wollte ja niemand Zollsoldaten oder Zollbeamte an die innerdeutsche Grenze stellen. Man kann nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen. Das haut nicht hin. Insofern war auch mit dem Guten, das der Mauerfall gebracht hat, sozusagen das Todesurteil für die DDR-Wirtschaft verbunden, jedenfalls für ungefähr 30 Prozent der Betriebe hat sich das dann mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch so ergeben. Ich betrachte es als eine der größten Ungerechtigkeiten, dass der Treuhand oder der Bundesregierung die Ruinierung der DDR-Wirtschaft zugerechnet wird und nicht denjenigen, die diese Wirtschaft namentlich in den letzten zwanzig Jahren der DDR weit unter das westliche oder Welt-Niveau in der Technologie und Effizienz haben fallen lassen. Das war übrigens nicht immer so. Vor dem Mauerbau waren DDR-

158 Westdeutsche Unternehmen ließen einen Teil ihrer Erzeugnisse unter Nutzung des niedrigeren Lohnniveaus in der DDR produzieren. Der überwiegende Teil wurde im Westen verkauft, ein kleiner Teil verblieb in der DDR und wurde dort unter westdeutschen Produktnamen in Exquisit- oder Delikatgeschäften oder im Intershops angeboten.

Kameras im Westen höchst beliebt und nach dem Mauerfall wollte sie keiner mehr haben. Sie waren immer noch gut in Optik und Mechanik, aber leider ohne Elektronisierung. Ich könnte lange darüber reden – ich habe da einen gewissen missionarischen Impuls –, dass der wirtschaftliche Kurs der SED in den letzten zwanzig Jahren, der von den SED-Fachleuten selbst kritisiert worden ist, in der Beurteilung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der DDR immer wieder ausgeblendet wird. Das empfinde ich als eine der großen Ungerechtigkeiten.

Was hat die Ost-SPD zur Arbeit der Volkskammer beigetragen? Ich nenne an erster Stelle Reinhard Höppner. Lothar de Maizière, der ihn ja aus den kirchlichen Zusammenhängen kannte, hat uns zunächst das Angebot gemacht, ihn zum Volkskammerpräsidenten wählen zu lassen, unabhängig von der Koalitionsfrage. Denn Lothar de Maizière hat gesagt, ich weiß doch, dass er es kann; dann hat er das seiner Fraktion vorgeschlagen. Da aber diese Fraktion nicht wusste, dass Volkskammerpräsident etwas ist, das man können muss, haben sie gesagt, kommt gar nicht in Frage, das wird jemand von uns. Das war dann Frau Bergmann-Pohl. Wenn jemand weiß, was er nicht kann und den anderen ranlässt, wenn es schwierig wird, dann ist er auch gut. Und diese Fähigkeit hat Frau Bergmann-Pohl besessen. Reinhard Höppner hat uns durch die schwierigsten Klippen sehr passabel und manchmal auch unterhaltsam gesteuert. Am schwierigsten wurden die Dinge am 17. Juni 1990, als die DSU den sofortigen Beitritt zur Bundesrepublik beantragte, obwohl die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen noch nicht beendet waren, so dass die internationale Zustimmung also noch gar nicht vorlag – dies ist bereits geschildert worden. Dass dieser Unfug nicht zustande kam, ist vor allen Dingen Reinhard Höppners Geschick zu verdanken, da Günter Krause, dessen Loyalität zu seinem Ministerpräsidenten sich in Grenzen hielt, erklärte, wir lassen uns von der DSU nicht überholen. Wenn die den Beitritt sofort verlangen, verlangt die CDU-Fraktion das auch. Dann kam de Maizière zu uns in die SPD-Fraktion in der berechtigten Erwartung, dass wir ihm aus der Klemme helfen, was wir auch getan haben. Hätten wir das nicht getan, wäre es ganz furchtbar geworden. Dann hätten nämlich die Schwarzseher recht gehabt und sagen können: Wir haben doch gewarnt, kaum lässt man die Deutschen los, agieren sie unberechenbar. Das war die große Gefahr an diesem 17. Juni 1990, der am Ende aber doch ein Beweis für die Besonnenheit der Mehrheit, aber auch des Geschicks im Umgang mit schwierigen Situationen war. Auch Gregor Gysi hat nichts dafür getan, dass irgendwelches

Unglück passiert. Man kann nicht alles, was er sagt, auf die Goldwaage legen, aber er schreckt dankenswerterweise immer vor dem Letzten zurück.

Am 19. August 1990 ist die SPD-Fraktion aus der Regierungskoalition ausgetreten. Anlass war die Entlassung des sozialdemokratischen Finanzministers Walter Romberg. Warum und weshalb, ich will das jetzt nicht noch einmal erläutern, weil ich da ja auch gewissermaßen Partei bin. Mit mir zusammen waren es dann sechs, die gegen den Koalitionsbruch gestimmt haben. Ich bin deshalb dann auch zurückgetreten. Was den Hintergrund betrifft, so spielte auch eine Rolle, dass der Wahlkampf für den Bundestag anließ, und wenn ich das richtig sehe, sowohl Oskar Lafontaine als auch Gerhard Schröder, von dem wir das auch schriftlich haben, als auch Helmut Kohl der Meinung waren, dass die große Koalition in der DDR zum Zweck der Schlachtfeldbereinigung lieber verschwinden sollte. In meinen Augen ein völliges Fehlurteil, und ich bezweifle sehr, dass der Koalitionsbruch der SPD auch nur eine Stimme zusätzlich gebracht hat. Nach meiner Auffassung hätten wir sagen müssen, wir haben das angefangen, wir führen das jetzt zu Ende und erwarten, wie ihr das zensiert. Trotz des Austritts aus der Koalition hat die SPD mit ihrer weit überwiegenden Mehrheit sowohl den Beitrittsbeschluss als auch den Einigungsvertrag mitgetragen. Über Fehler und Schwächen des Einigungsvertrages brauche ich hier nicht zu reden.

Dass Eile erforderlich war, haben 1991 der Putsch in der Sowjetunion und ihr Zerfall gezeigt. Dass Oskar Lafontaine dann schließlich noch vorschlug, auf einen Einigungsvertrag zu verzichten und bereits am 15. September, also vor der KSZE-Konferenz vom 1. Oktober beizutreten, habe ich nie verstanden. Manchmal schien es mir, wenn der Kanzler hü sagte, dann sagte Lafontaine hott – es musste immer anders sein, anders sein als der Kanzler gesagt hatte. Mich hat, das merken Sie ja, dieser Tonfall sehr gestört.¹⁵⁹

¹⁵⁹ Die Sozialdemokraten hatten in der Volkskammersitzung am 8. August 1990 den Beitritt bis zum 15. September 1990 beantragt, allerdings unter der Bedingung, dass der Zwei-Plus-Vier-Prozess abgeschlossen und der Einigungsvertrag bis dahin unter Dach und Fach sei (vgl. Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, 28. Tagung am 8. August 1990, S. 1298). Am 22. August 1990 kam es in der Auseinandersetzung über das Beitrittsdatum zu einer dramatischen Sondersitzung der Volkskammer, in der man sich schließlich auf den 3. Oktober 1990 einigte. Vgl. Höppner: Wunder muss man ausprobieren, S. 126–131; zur Diskussion über das Beitrittsdatum vgl. Petra Schuh: Die SPD (West) im Einigungsprozeß 1989/90. Positionen, Kontroversen, Strategien, in: Schuh/von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90, S. 281–287.

Für uns waren Willy Brandt und Helmut Schmidt der Inbegriff der sozialdemokratischen Politik. Es war für mich ein kleiner Schock, als ich mitbekam, dass manche Jüngere in der West-SPD – das hieß in diesem Fall meine Altersgenossen – Willy Brandt bloß für ein Denkmal hielten und Helmut Schmidt geradezu ablehnten. ›Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.‹ Durch diesen glücklichen Satz Willy Brandts haben wir uns verstanden und ermuntert gefühlt, das von der SED auferlegte Tabu in Sachen deutsche Vereinigung zu durchbrechen¹⁶⁰. Und ich bin einmal von jemandem aus den Vorstand der West-SPD, es war meine erste Begegnung mit ihm, mit den Worten begrüßt worden: ›Ich frage mal in Österreich an, ob die euch nach Artikel 23 nehmen.‹ Ich muss sagen, an diese Art von Humor musste man sich auch erst einmal gewöhnen.¹⁶¹

Aber die ersten und überwiegenden Erfahrungen waren doch die der selbstlosen Unterstützung und Solidarität durch Hans-Jochen Vogel und viele andere in Bonn, von denen auch hier einige versammelt sind. Obwohl es eigentlich gefährlich ist, wenn man anfängt, Namen zu nennen, aber Dietrich Stobbe will ich hier nennen, auch deshalb, weil er aus gesundheitlichen Gründen auf einem Erholungsurlaub ist. Er hat mich gebeten, ich solle doch alle, die ihn schätzen, von ihm grüßen. Das tue ich hiermit.

Für uns war die Volkskammer ein Schnellkurs in Sachen parlamentarische Demokratie, ein halbes Jahr, in dem wir ständig bis an die Grenze der Erschöpfung eingespannt waren. Trotzdem war das für viele, und auch für mich, die intensivste Zeit unseres Lebens. Der Schnellkurs war nicht vergebens. Viele Volkskammerabgeordnete der SPD haben ihre Erfahrungen in die Landtage der neuen Länder einbringen können und insofern ist nicht nur die Volkskammer selber ein demokratisches Parlament gewesen, sondern auch eine Schule, von der die nächsten Parlamente, also die Landtage, profitieren konnten. Die Volkskammer war tatsächlich eine Schule der parlamentarischen Demokratie.«

»Für uns war die Volkskammer ein Schnellkurs in Sachen parlamentarische Demokratie, ein halbes Jahr, in dem wir ständig bis an die Grenze der Erschöpfung eingespannt waren. Trotzdem war das für viele, und auch für mich, die intensivste Zeit unseres Lebens.«

160 Zur komplexen Überlieferungsgeschichte dieses Satzes vgl. <http://www.bwbs.de/UserFiles/File/PDF/BeitragRotherJetztwaechstzusammen.pdf>.

161 Gemeint ist Gerhard Schröder. Vgl. Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg 2007, S. 161.

III. Podium

Regierung und Opposition zugleich – ost- und westdeutsche SPD im Einigungsprozess

Teilnehmer/-innen: Herta Däubler-Gmelin, Reinhard Höppner,
Ingrid Matthäus-Maier, Markus Meckel, Richard Schröder, Rolf Schwanitz.

Moderation: Ulrich Mählert.

An der Abenddiskussion beteiligen sich von »westdeutscher« Seite zusätzlich Herta Däubler-Gmelin und Ingrid Matthäus-Maier. Herta Däubler-Gmelin, Juristin, war während des Einigungsprozesses Bundestagsabgeordnete, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und im Sommer 1990 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Deutsche Einheit. Ingrid Matthäus-Maier, Juristin, zu diesem Zeitpunkt gleichfalls Bundestagsabgeordnete der SPD, war stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD im Deutschen Bundestag. Der Moderator Ulrich Mählert, Politikwissenschaftler, ist Mitarbeiter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

***Ulrich Mählert** knüpft an die Einführung von Ingrid Matthäus-Maier an, in der eine große Streitfrage aufgegriffen worden sei, nämlich das Verhältnis der West-SPD zur deutschen Einheit. Aus seiner eigenen politischen Entwicklung erinnere er sich an eine SPD, in der sich ein Hans-Jochen Vogel oder ein Willy Brandt emotional zur deutschen Einheit bekannt hätten, in der es aber gerade auf der Ebene derjenigen, die Politik in dieser Zeit gestaltet hätten, auf der Ebene der »Enkel«, vielfach an Empathie gefehlt habe. Es wäre zu einfach, zu sagen, dies sei alles nur auf Oskar Lafontaine zurückzuführen gewesen. War die SPD wirklich eine so eine homogene, auf die Spitze ausgerichtete Partei?*

Ingrid Matthäus-Maier bekennt, dass sie der Vortrag von Richard Schröder in einigen Punkten zu Widerspruch herausgefordert habe. Die Fixierung auf Oskar Lafontaine sei zwar verständlich, sie selbst habe ja vorgetragen, welche Schwierigkeiten er der SPD gemacht habe. Es störe sie aber, dass der Name Hans-Jochen Vogel nur einmal kurz aufgetaucht sei. Dabei habe gerade er bis



III. Podium: »Regierung und Opposition zugleich – ost- und westdeutsche SPD im Einigungsprozess«. Von links: Ingrid Matthäus-Maier, Reinhard Höppner, Herta Däubler-Gmelin, Ulrich Mühlert, Richard Schröder, Rolf Schwanitz, Markus Meckel

zur physischen Erschöpfung für den ersten und zweiten Staatsvertrag gekämpft. Beteiligte von damals wie Herta Däubler-Gmelin, Rudolf Dreßler, Harald B. Schäfer und sie selbst hätten mit persönlichem Einsatz auch im ersten Staatsvertrag etwas erreicht, auch *mit* Empathie. »Die großen Mehrheiten für die beiden Staatsverträge sind doch nur deshalb zustande gekommen, weil es so viele – auch in der West-SPD, bei Willy Brandt angefangen, gegeben hat – die dafür gekämpft haben.« Dass es Leute gegeben habe, die anderer Ansicht waren, sei bekannt – die meisten wüssten gar nicht, dass auch Gerhard Schröder mit Nein im Bundesrat gestimmt habe – und damit habe man auch eine Menge Probleme gehabt. Ingrid Matthäus-Maier moniert auch die Darstellung der Rolle von Egon Bahr. Solange die DDR noch bestanden habe, sei sein Kurs richtig gewesen, die Menschen in der DDR hätten sich ja auf das Eppler-Papier berufen. Sie habe Egon Bahr danach als einen Politiker erlebt, der engagiert für die deutsche Einheit eingetreten sei.

»Die großen Mehrheiten für die beiden Staatsverträge sind doch nur deshalb zustande gekommen, weil es so viele – auch in der West-SPD, bei Willy Brandt angefangen – gegeben hat, die dafür gekämpft haben.«

Der Moderator erinnert an die in bestimmten westdeutschen Milieus verbreitete Vorstellung, aufgrund der historischen Dimension des Zweiten Weltkriegs habe man den Prozess der deutschen Einheit mit Vorsicht, ja mit Bedacht angehen müssen. Es sei sicherlich ein grundsätzliches Bekenntnis dazu da gewesen, er selbst könne sich aber an besondere Empathie aus seinem Umfeld – Süddeutschland, eine Stadt wie Neckarsulm, wo die SPD bestimmt nicht besonders linkssektiererisch gewesen sei – nicht erinnern. Die Frage sei, ob man von Seiten der SPD heute einfach sagen könne: Wir haben alles richtig gemacht. Wir haben eigentlich zu jedem Zeitpunkt das Bild einer für diesen Prozess stehenden Partei abgegeben. Reiche es, wenn man in diesem Zusammenhang dann allenfalls zugestehe, dass ein, zwei, drei Leute vielleicht Probleme damit hatten, dass aber alle anderen doch die Emotionalität ausstrahlten, die man in der damaligen Situation erwarten konnte?

Herta Däubler-Gmelin weist auf die zwangsläufig vorhandenen Unterschiede in der Wahrnehmung hin, wenn es um historische Prozesse dieser Dimension gehe. Richard Schröder habe sie mit »seiner unglaublich kenntnisreichen, facettenreichen Darstellung«, die natürlich aber auch eine gewisse Einseitigkeit zum Ausdruck gebracht habe, fasziniert. Als Sozialdemokratin, die seit 1979 im Vorstand, seit 1983 im Präsidium und ab 1988 auch als stellvertretende Parteivorsitzende an dem parteiinternen Diskussionsprozess beteiligt gewesen sei, könne sie nur feststellen, die Auseinandersetzungen um die Frage, wie mit der DDR und mit der SED umzugehen sei, hätten für die westdeutschen Sozialdemokraten eine große Bedeutung besessen. »Erhard Eppler hat doch nicht erst am 17. Juni 1989 eine ausgezeichnete Rede zum Verhältnis Bundesrepublik und DDR vor dem Bundestag gehalten. Er war es vielmehr auch, der in den Jahren zuvor den Versuch der Erarbeitung und Umsetzung des sogenannten SPD/SED-Papiers maßgeblich vorangetrieben hat und deshalb schrecklich angefeindet wurde. Ob dieses Vorgehen richtig war oder nicht, wird sicherlich von der Geschichtsschreibung bewertet werden; ich meine allerdings, dass zu einer vernünftigen Bewertung das Verständnis der Zeit gehört, in der wir gehandelt haben. Ich habe Erhard Epplers Folgerungen in seiner Rede am 17. Juni sehr zugestimmt. Allerdings darf niemand vergessen, dass das SPD/SED-Papier auch zu Kontakten auf Parteiebene führte, die ihre Wirkungen zeigten. Man kann dies sicherlich unterschiedlich beurteilen, aber ich fand es schon bemerkenswert und hilfreich, dass die SED auch die Vereinbarung unterschrieben



III. Podium, Herta Däubler-Gmelin, Ulrich Mähler

hat, dass über Erfolge und Misserfolge der unterschiedlichen Systeme in gemeinsamen Veranstaltungen offen diskutiert werden sollte. Andere Teile des Papiers habe ich für viel problematischer gehalten. Erhard Eppler hat in seiner 17. Juni-Rede offen ausgesprochen, dass die SED-Gegenseite nicht bereit war, das Vereinbarte einzuhalten, weil sie feststellen musste, dass ein Teil der Bürgerrechtsbewegung sich auf diese Vereinbarung berufen hat. Eppler hat das genau richtig bewertet. Und seine Rede hatte er mit einigen seiner Freunde vorher besprochen, auch mit solchen aus dem Westen, also nicht allein mit Propst Heino Falcke. Ich fand auch dieses Vorgehen richtig. Ich habe alles das hier ausgebreitet, weil natürlich eine ganze Menge zusätzlicher Punkte hier noch angeführt werden müssen.«

Sogar im August 1989 seien alle Außenpolitiker, auch die der SPD-Bundestagsfraktion, noch der Auffassung gewesen, die DDR sei relativ stabil. Hinzu sei natürlich gekommen, dass damals bei laut und deutlich geäußerten Forderungen in der Tat die Gefahr bestanden habe, möglicherweise Reaktionen vonseiten der Machthaber in der DDR zu fördern, die dann die Bürgerrechtler hätten ausbaden müssen. Auch bei den Demonstrationen in Leipzig seien solche Reaktionen ja denkbar gewesen. Sie bittet zu beden-

ken, dass solche Überlegungen damals sehr realistisch und keineswegs auf Ignoranz in der SPD zurückzuführen gewesen seien. Schließlich habe es genügend Fälle gegeben, in denen die östlichen Machthaber kurzen Prozess gemacht hätten.

In ihrem persönlichen Umfeld in Süd- und Westdeutschland hätten insbesondere die Angehörigen der Generation ihrer Eltern die Einheit freudig begrüßt. Das sei ihnen noch wichtiger gewesen als demokratische Reformen. »Meine Eltern, da bin ich ganz sicher, hatten so etwa das Gefühl, jetzt schließe sich ein Kreis, die Geschichte habe anerkannt, dass sie sich ernsthaft und erfolgreich darum bemüht hätten, nach den schrecklichen Verbrechen der Nazi-Zeit am Aufbau eines demokratischen Deutschland mitzuarbeiten.« Zu den Fehlern der SPD in jener Zeit gehöre insbesondere, dass sie aufgrund ihrer inneren Spaltung nicht in der Lage gewesen sei, mehr Reformen durchzusetzen. Sie habe sich vielmehr über weite Strecken hinweg selbst blockiert. »Wir hätten auch im Einigungsvertrag mehr durchsetzen können, wenn wir etwas weniger über Personen gestritten hätten, ihr im Osten und wir im Westen. Selbst die weitgehend als unglücklich empfundene große Koalition nach der Volkskammerwahl hätte dann mehr erreichen können.«

Ulrich Mählerl richtet an Rolf Schwanitz, den Jüngsten in der Runde der Diskutanten und den einzigen Ostdeutschen, der in der DDR-Provinz verankert war, die Frage, ob die Haltung der SDP und die Haltung der West-SPD zur Frage der Einheit in seinem Wahlkreis eine Rolle im politischen Diskurs und in der Auseinandersetzung mit der Bevölkerung gespielt habe.

Rolf Schwanitz verweist auf die besondere Lage der Stadt Plauen im Vogtland, nur 30 Kilometer von Hof in Bayern entfernt. Die Mauer sei ziemlich genau dazwischen verlaufen. Es sei eine Gegend, die sich immer als eine grenzübergreifende Region verstanden habe; so gebe es ein bayerisches und ein thüringisches Vogtland und natürlich das große Vogtland in Sachsen. »Bei uns ging das relativ schnell in Richtung ›Deutschland, einig Vaterland‹. Das war schon im November auf den Demonstrationen erkennbar. Das war bei uns zu Hause ein Prozess, bei dem – als Kohl mit dem Zehn-Punkte-Plan kam, mit der Konföderationslösung – wir sehr erstaunt geguckt haben, nach dem Motto: Was will er da? Wir hatten andere Vorstellungen. Wir hatten, wie sich das gehört, immer so eine kleine separatistische Ader, also, wir sind diejenigen, die sich schon Mitte Dezember 1989 SPD genannt haben. Und

bei uns gab es natürlich auch Flugblätter, die wir selbst gestrickt hatten, die sich schon früh zur deutschen Einheit bekannten. Wir waren froh, als das dann von der SDP-Seite insgesamt auf die Tagesordnung gerückt worden ist.« Zu der strittigen Rolle der West-SPD bemerkt Rolf Schwanitz: »Ich habe viele Genossen und Genossinnen erlebt, gerade in dieser Aufbauzeit, die mit offenem Herzen und mit dem Gespür dafür, was in der damaligen Situation gerade im Entstehen war, und was für ein Riesengeschenk im Prinzip auf uns zukam, bei uns waren und uns unter die Arme gegriffen haben. Aber ich habe natürlich auch – Ingrid Matthäus-Maier hat das vorhin mit Empathie und wie ich finde, zu Recht angesprochen, – ich habe natürlich diesen Bruch erlebt. Willy Brandt hat Anfang des Jahres 1990 in Plauen auf dem Altmarkt vor fünfzig-, sechzig- oder siebzigtausend Zuhörern – es ging keiner mehr rauf auf den Marktplatz – eine Rede gehalten und hat in seiner unnachahmlichen Art (die sowjetischen Truppen standen noch im Inland!) in einem Nebensatz gesagt: ›Und dann kommt irgendwann die Zeit, und da wollen wir dann auch mal wieder unter uns sein‹. Ja, jeder verstand das. Und das war ein wunderbares Gefühl, das die Menschen natürlich als ein Bekenntnis zur deutschen Einheit durch Willy Brandt verstanden. Das ging relativ schnell den Bach herunter. Als dann die ersten wahrnehmbaren Statements des potenziellen und dann auch nominierten Kanzlerkandidaten bekannt geworden sind, war das absolut schwierig. Das war so schwierig, dass wir in unserer Selbstüberschätzung (wir agierten ja manchmal auch in der Volkskammer nach dem Motto, wir können hier die Welt neu erfinden) überlegt haben: Kann man das noch ändern? Warum muss Oskar Lafontaine der Kanzlerkandidat sein? Wir haben damals ein Gespräch bei Helmut Schmidt für uns angemeldet (Gunter Weißgerber hat das organisiert), wir möchten ihn gerne sprechen in Sachen Kanzlerkandidatur. Das waren zunächst drei, darunter Rüdiger Fikentscher und Harald Ringstorff, der hat dann kalte Füße bekommen und sprang ab. Und dann hat man überlegt, wen kann man da noch nehmen, und dann wurde ich angesprochen. Also setzten wir uns – wir wurden eingeladen in das Büro der ›Zeit‹ – mit dem Ford Fiesta dann auf die Autobahn nach Hamburg und hatten ein wunderbares Gespräch mit Helmut Schmidt, der uns natürlich sagte, er habe kurz mit Willy Brandt geredet und Willy habe gesagt, er habe fünf Ärzte und er selber habe vier, und das wäre nichts mehr. Ich sage das, um einfach zu signalisieren, natürlich sind wir auch hingegangen auf die Marktplätze und haben Wahlkampf gemacht. Aber wir wussten, dass wir die gerade in dieser Situation so wichtige Emo-

tionalität zu diesem Thema mit Oskar Lafontaine natürlich nicht herüberbringen konnten.« Zwanzig Jahre danach, mit einer etwas besseren Kenntnis der deutschen Wählerinnen und Wähler, frage man sich natürlich, wie groß die Wahrscheinlichkeit gewesen sei, dass eine Bevölkerung ihre Staatlichkeit aufgebe und dabei gleichzeitig die Regierung in dem Land auswechsele, dem sie nach Artikel 23 künftig angehören werde. »Deswegen blicke ich heute etwas milder auf diese Situation, aber die emotionalen Signale, die da herübergekommen sind, waren für uns frühzeitig erkennbar, und auch, dass sie uns im Dezember 1990 ein verheerendes Wahlergebnis bescheren würden.«

***Der Moderator** erinnert daran, dass es nach den Volkskammerwahlen ursprünglich gewichtige Stimmen gegen den Beitritt der Ost-SPD in die große Koalition gegeben habe. Richard Schröder habe in seinem Referat nur die Argumente dafür genannt – welche Argumente habe es denn dagegen gegeben und wie müsse man sich die Auseinandersetzung in dieser Frage vorstellen?*

Richard Schröder erwähnt eine Bemerkung von Dieter Spöri, dem damaligen SPD-Chef in Baden-Württemberg, der davon gesprochen habe, dass die Ost-SPD im Fall eines Eintritts in die große Koalition ihre Würde abgebe. Es habe Stimmen aus der West-SPD gegen eine große Koalition gegeben, aber das sei keine Mehrheit gewesen. Auch Oskar Lafontaine habe den ostdeutschen Sozialdemokraten in einem Gespräch »unter sechs Augen« vor Beginn der Koalitionsverhandlungen nicht von der großen Koalition abgeraten. Er sei im Übrigen etwas verwundert über die Reaktion auf seinen Vortrag, in dem er ja ausdrücklich die selbstlose Unterstützung und Solidarität durch Hans-Jochen Vogel und viele andere in Bonn, aber vor allem durch Dietrich Stobbe, hervorgehoben habe. Auch zu Egon Bahr habe er sich nur in zwei Punkten geäußert, die dieser allerdings mit Energie vertreten habe, und die problematisch für die Ost-SPD gewesen seien.

Markus Meckel: »Die Frage der großen Koalition war natürlich heftig umstritten, und es muss einfach festgehalten werden, was heute Nachmittag noch nicht gesagt worden ist, dass wir die große Koalition gegen das Mehrheitsvotum des Vorstandes der Partei beschlossen haben – ich hatte dort eine Vorstandssitzung, in der darüber abgestimmt worden ist mit dem klaren Votum, es nicht zu tun. Ich war fest davon überzeugt, dass es sinnvoll und sogar notwendig ist, diese Koalition einzugehen. In der Fraktion hatten wir

dann die Mehrheit und haben es gemacht. Wir bekamen aus der Bundestagsfraktion von etwa 40 Abgeordneten einen Brief, der uns heftig davor warnte, eine große Koalition einzugehen.¹⁶² Ich hatte dann auch mit Willy Brandt ein ausführliches Gespräch zu diesem Thema, der uns wiederum ermutigt hat, diesen von uns beschrittenen Weg auch wirklich zu gehen; er hat mir einige Geschichten aus der Zeit seiner großen Koalition in den 1960er Jahren erzählt und von den Schwierigkeiten, die auch er mit der eigenen Partei in dieser Frage hatte. Für mich war es, ehrlich gesagt, so gut wie alternativlos, in dieser Situation in diese Koalition zu gehen.« Es habe später Schwierigkeiten gegeben, wobei möglicherweise unterschiedliche Erfahrungen mit Lothar de Maizière dafür wichtig waren. Für ihn selbst sei das Vertrauensverhältnis zu diesem immer mehr zu Bruch gegangen, nachdem er mehrfach habe erfahren müssen, dass im normalen Regierungsgeschäft vereinbarte Abmachungen von de Maizière schon kurze Zeit später widerrufen worden seien. »Um ein Beispiel zu geben – es ist vorhin die Frage des Einigungsvertrages Thema gewesen –: Ich fand es schon problematisch, dass ich die ersten Informationen über DDR-Entwürfe aus dem Büro Krause im Haus des Ministerpräsidenten nicht etwa vom Koalitionspartner in der Regierung bekam, sondern durch Indiskretionen aus dem Kanzleramt in Bonn. Martin Gutzeit hat ja vorhin auch die Schwierigkeiten dieses Prozesses für das Parlament beschrieben. Dabei hat Richard Schröder völlig recht, dass formal gesehen Staatsverträge normalerweise durch die Exekutive ausgehandelt und dann zum Schluss durch das Parlament ratifiziert werden. Aber im Grunde musste jedem klar sein, dass es bei einem so zentralen politischen Prozess ohne parlamentarische Begleitung, Information, auch wirklich Transparenz, nicht geht, und dass man nicht am Ende nur sagen kann, ›Vogel friss oder stirb‹. Also insofern ist die Staatsrechtsebene bei Staatsverträgen das eine, das andere ist der konkrete politische Prozess, der für uns natürlich von immenser Bedeutung war. Und das war ja dann auch im Grunde der Hintergrund für den Bruch der Koalition, das war zum Schluss nicht nur eine Frage des Anlasses.«

***Der Moderator** erinnert an die politische Lage 1989 in der Bundesrepublik, in der sich die SPD gute Chancen habe ausrechnen können, die schwarz-gelbe Koalition abzulösen. Mit dem Fall der Mauer habe man kurze Zeit die Hoffnung*

162 Eine Kopie des Schreibens vom 29.3.1990 befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Wolfgang Thierse, Signatur 1/WT000020.

gehabt, dass ein zu erwartender überwältigender Sieg der Sozialdemokratie in Ostdeutschland auch zur Triebkraft für die gesamtdeutschen Wahlen werden könne – und dann hätten die Ostdeutschen, um es aus westdeutscher sozialdemokratischer Sicht zugespitzt zu formulieren, aus »nicht akzeptablen Gründen falsch gewählt«. Sei diese Entwicklung, die zwischen dem Jahreswechsel 1989/90 und im ersten Halbjahr 1990 stattgefunden habe, in gewissem Sinne dann doch als »Störfaktor« für die politische Situation der SPD in Westdeutschland angesehen worden?

Ingrid Matthäus-Maier: »Ich gehe davon aus, dass Oskar Lafontaine damals der festen Überzeugung war, er werde die Wahlen gewinnen, und dann ist –

»Ich gehe davon aus, dass Oskar Lafontaine damals der festen Überzeugung war, er werde die Wahlen gewinnen, und dann ist – er hat das selbst nicht so formuliert – sozusagen die Einheit als Störfaktor dazwischen gekommen.«

er hat das selbst nicht so formuliert – sozusagen die Einheit als Störfaktor dazwischen gekommen.« Da Helmut Kohl mittlerweile für die Währungsunion und die rasche Einheit eingetreten sei, könne dies für Lafontaine ein Grund gewesen, dann eben dagegen zu sein. So sei er wohl zu dem Schluss gekommen, dass die Einheit ihn daran hindere, Kanzler zu werden. »Und ich glaube, es gibt noch ein ganz einfaches Argument: Wir anderen, das gilt auch für mich, waren dauernd unterwegs in Ostdeutschland. Das Saarland aber war so weit weg, da fuhren keine Trabis rum.« Oskar Lafontaine habe vermutlich manche Entwicklungen gar nicht so richtig mitbekommen. Sie selbst habe auf ihn eingeredet, sich nicht zu sehr

auf die Währungsunion zu fokussieren, die komme ohnehin, wichtig sei es, sich auf die ökonomischen Fragen zu konzentrieren, aber das habe er einfach so nicht akzeptieren wollen.

Herta Däubler-Gmelin: Für sie sei es auch noch im Rückblick faszinierend zu beobachten, dass im August 1989 selbst der von ihr sehr geschätzte Horst Ehmke, damals der außenpolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, immer wieder die feste Auffassung vertreten habe, SED und die DDR seien stabil. Das sei bekanntlich eine falsche Einschätzung gewesen, sei damals aber nicht aus dem Rahmen gefallen. Sie habe sehr enge verwandtschaftliche Beziehungen nach Ostdeutschland gehabt, da ein großer Teil ihrer Familie aus der Gegend um Rostock stamme. Nach den Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 seien einige dieser Verwandten, die schon seit Jahren hätten ausreisen wollen, plötzlich ausgewiesen worden. Sie habe eine ganze Weile mit ihnen zusammengewohnt und viele ihrer Berichte und Erzählungen für

übertrieben gehalten. Sie habe auch 1989 die Berichte des im Sommer vom Ostwissenschaftlichen Institut des Gesamtdeutschen Ministeriums letztmalig herausgegebenen Jahrbuchs über die Lage der geteilten Nation durchgelesen und auch dort nichts über Instabilität in der DDR gefunden.

Am Abend des 9. November 1989 habe sie als diensthabende stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Plenum gegessen, an der Seite von Willy Brandt, dessen Interesse sich auf den verhandelten Tagesordnungspunkt konzentriert habe. Dann sei Egon Bahr mit der Schabowski-Erklärung über die Reisefreiheit hereingekommen und sie erinnere sich noch sehr gut, wie erstaunt und überrascht alle gewesen seien. In den folgenden Monaten hätten sich die Überlegungen und Forderungen eines Teils der Bürgerrechtler stark verändert. Das sei nicht sehr zielgerichtet und planmäßig erfolgt und auch stark von der West-CDU beeinflusst gewesen. Sie habe am 16. und 17. Dezember 1989 an der Gründungsversammlung des Demokratischen Aufbruchs teilgenommen, bei der auch Norbert Blüm und andere CDU-Politiker anwesend gewesen seien, und genau mitbekommen, wie sehr die Beeinflussung politisch und medial abgesprochen gewesen sei. Norbert Blüm habe bei seinem Grußwort in seiner unnachahmlichen Art sehr laut in den Saal gerufen: »Ich will mit Euch wiedervereinigt werden« – und dann sei »der Saal explodiert« und die Richtung der Versammlung sei klar gewesen.¹⁶³ Hinzu kam, dass Peter Voss als ZDF-Journalist von diesem Vorhaben vorher schon gewusst habe und diese Szene dann immer wieder in Fernsehnachrichten nach Ost und West kommuniziert habe.

Natürlich habe der gesamte politische Prozess der Einheit damals aus außenpolitischen Gründen sehr beschleunigt verlaufen müssen, aber es sei klar gewesen, dass Helmut Kohl auch machtpolitisch sehr genau gewusst habe, was er wollte. »Helmut Kohl hat damals sehr klar erkannt, dass er mit der Einheit die für ihn schon verloren geglaubten Wahlen gewinnen konnte. Er hat dann Ende Januar/Anfang Februar auch der gesamten Ost-CDU seine breite Brust geboten und gesagt: ›Kommt alle zu uns, die ihr Demokraten sein wollt, wir nehmen euch, Ihr seid dann Demokraten.‹ Das war – in der Nachfolge Adenauers aus den 1950er Jahren – ein kluger machtpolitischer Schachzug. Von da an waren dann die früher vollen Marktplätze unserer Veranstaltungen

»Helmut Kohl hat damals sehr klar erkannt, dass er mit der Einheit die für ihn schon verloren geglaubten Wahlen gewinnen konnte.«

¹⁶³ Vgl. dazu die Schilderung bei Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998, S. 126.



III. Podium, Reinhard Höppner, Herta Däubler-Gmelin

leer, von einem Tag auf den anderen. Von dieser Zeit an war das Ergebnis der Volkskammerwahl absehbar.«

Sie sei sehr dafür gewesen, die Möglichkeiten einer großen Koalition auszuprobieren. Ihre Skepsis im Hinblick auf den Inhalt des Einigungsvertrages sei durch ihre Wahrnehmung des Verhaltens von Günther Krause bestätigt worden, der vollständig von Wolfgang Schäuble gesteuert gewesen sei. Es habe sie sehr bekümmert, dass die SPD es damals nicht geschafft habe, einheitlicher zu agieren und damit wirksamer zu intervenieren. »Es war uns allen bewusst, dass der Einigungsvertrag keiner der üblichen völkerrechtlichen Verträge sein würde, sondern ein ganz besonderer, der eher verfassungsrechtliche Züge tragen würde.« Ingrid Matthäus-Maier habe berichtet, dass die SPD beim § 218 etwas retten konnte, aber: »Ich habe es trotzdem als Niederlage empfunden, dass wir nicht mehr erreicht haben. Die Sozialdemokraten hätten mehr erreichen können.«

***Der Moderator** äußert den Eindruck, dass die überparteiliche Verbundenheit bei einzelnen Mitgliedern der Volkskammer möglicherweise unterschiedlich ausgeprägt gewesen sei, dass bei Reinhard Höppner eventuell einer stärkere Verbundenheit mit Lothar de Maizière vorhanden gewesen sei als beispielsweise bei Markus Meckel. »Inwieweit war man als Teil der großen Koalition*

auch Interessenvertreter der DDR-Seite, die sich abgrenzen musste, vielleicht auch gegenüber politischen Forderungen der eigenen Schwesterpartei?»

Reinhard Höppner: »Zunächst glaube ich, dass wir relativ viel, auch gerade diese ganzen Koalitionsfragen, nun wirklich unabhängig von der West-SPD entschieden haben.« Man habe sich zwar beraten lassen – bei Hans-Jochen Vogel habe er manchmal gedacht: »»Also du mit deinen politischen Erfahrungen, du könntest jetzt einmal ein bisschen mehr darüber sagen, was da läuft und was da nicht läuft.« Klar, der Beraterstab war da in der Fraktion, der war auch wichtig, der hat sicherlich auch viel beeinflusst, das will ich gar nicht bestreiten, weil wir ja manche Kenntnisse nicht hatten. Ich habe das aber nicht so erlebt, als wenn wir jetzt vom Westen überrumpelt worden wären, das will ich deutlich sagen. Das war übrigens in den anderen Parteien zum Teil anders. Das zweite, das ich dazu noch beisteuern will: Oskar Lafontaine ist ja erst im August irgendwann, ich glaube sogar nach dem Bruch der Koalition, in die Volkskammerfraktion gekommen und hat den ersten Besuch abgestattet. Es war sehr spät, *[als Reaktion auf Zwi-schenruf]* also gut, Ende Juli vielleicht, aber das ist jetzt gar nicht der entscheidende Punkt. Jedenfalls: Er kam um einiges zu spät. Und der erste Satz, den er sagte, lautete: »Na ja Leute, es ist eben klar, Paris ist für mich näher als Berlin.« Das war sozusagen ein symbolischer Satz, und damit war das Thema bei der Volkskammerfraktion durch.« Reinhard Höppner erklärt, er habe ein gewisses Verständnis dafür gehabt, dass Oskar Lafontaine »als Bauch-mensch« sofort gewusst habe, dass in dem Moment, als die Einheit auf der Tagesordnung stand, der Kanzler das Heft in der Hand gehabt habe und dass die Opposition, die in solchen Fällen nur kritisieren könne, im Grunde genommen dabei aber den Kürzeren ziehen werde. Er sei sich vermutlich schon im Januar darüber im Klaren gewesen, dass sich die Hoffnung auf seine Kanzlerschaft damit zerschlagen hatte. Und er habe dann eben entsprechend reagiert, er habe es nicht einmal mehr über sich gebracht, einen Satz zu sagen wie: Und ich freue mich über die Einheit.

Reinhard Höppner betont, sein Vertrauensverhältnis zu Lothar de Maizière habe sich nicht grundsätzlich verändert. Lothar de Maizière habe sich ja sehr gefragt, ob er dieses Amt als Ministerpräsident überhaupt annehmen solle. Er sei in einer Rechtsanwaltskanzlei tätig gewesen, in der es um Ausreiseanträge und dergleichen gegangen sei. Dies sei ein Bereich gewesen,

»Ich habe das aber nicht so erlebt, als wenn wir jetzt vom Westen überrumpelt worden wären, das will ich deutlich sagen. Das war übrigens in den anderen Parteien zum Teil anders.«

über den man zum Teil nur mit der Staatssicherheit habe verhandeln können. Damit habe für ihn die Gefahr bestanden, dass von diesen Geschichten vielleicht etwas hochkommen würde. Etwas aus diesem Umfeld könne auch beim Bruch der Koalition im August eine Rolle gespielt haben. Es habe eine Verwandlung bei Lothar de Maizière nach seinem Besuch am Wolfgangsee gegeben, das sei für alle erkennbar gewesen.¹⁶⁴ Was immer dabei eine Rolle gespielt haben möge, Lothar de Maizière sei ein redlicher Makler gewesen, aber nicht immer Herr seiner eigenen Entscheidungen.

Markus Meckel stimmt den letzten Bemerkungen Reinhard Höppners zu, unterstreicht aber seine negativen Erfahrungen. Es seien normale Abläufe, dass man sich als Politiker am Abend im Koalitionsgespräch möglicherweise heftig auseinandersetze, und am nächsten Morgen dennoch zu einer ganz normalen Absprache im Regierungsgeschäft fähig sei. Dass das mit Lothar de Maizière nicht zu machen gewesen sei, habe er mehrfach erlebt. Erfahrungen dieser Art hätten dann das konkrete Arbeiten auch wirklich schwer gemacht.

Ulrich Mähler hat den Eindruck, dass die Gründe für den Austritt aus der großen Koalition nicht so eindeutig zu definieren seien. Erstaunlich sei, dass dieser Schritt kurz vor den zentralen Entscheidungen – zweiter Staatsvertrag, Abschluss der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen – getan worden sei. Warum habe man gerade zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mitspielen wollen? Nach den verlorenen Wahlen im März und dann bei den Kommunalwahlen im Mai habe man ja schon feststellen müssen, dass die DDR-Bevölkerung nicht ›aus Versehen‹ die SPD nicht gewählt habe – ihm komme dies ein wenig wie eine Trotzreaktion vor, zumal sich die SPD ja nach dem Austritt weiter an allen Abstimmungen beteiligt und kräftig mitverhandelt habe.

¹⁶⁴ Während des Besuchs von Lothar de Maizières am 2. August 1990 bei Helmut Kohl in dessen Urlaubsort in St. Gilgen am Wolfgangsee wurde vereinbart, dass de Maizière darauf dringen sollte, dass die gesamtdeutschen Wahlen auf den 14. Oktober vorgezogen würden. Während Kohl in seinen Erinnerungen dies als Initiative de Maizières schildert, wurden in der Presse Vermutungen geäußert, dass Kohl de Maizière mit seiner mutmaßlichen IM-Vergangenheit konfrontiert habe und dieser daher »erpressbar« gewesen sei. Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/kohls-erinnerungen-teil-iii-hetzer-neider-miesmacher-1.346370-2>. Vgl. dazu die Darstellung bei Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg u. a. 2010, S. 267–271.

Reinhard Höppner sieht darin keine Trotzreaktion. Wenn ein Ministerpräsident einen Minister der anderen Fraktion abberufe, dann sei es allgemein üblich, dass damit die Koalition beendet sei. Man habe aber natürlich gesehen, dass in den paar verbleibenden Wochen noch eine Menge Arbeit angestanden habe und im Grunde keine neuen Minister mehr eingearbeitet werden konnten. Es sei daher trotz des Austritts in vielen Bereichen einfach weitergearbeitet worden – von Leuten, die dann kommissarisch tätig waren. Regine Hildebrandt zum Beispiel habe wohl jeder bis zum 3. Oktober noch als Sozialministerin empfunden, schon weil sie das Heft des Handelns nicht aus der Hand gegeben habe, und das sei gut so gewesen. Für ihn selbst sei ein entscheidender Faktor gewesen, dass ganz offensichtlich die Bundestagswahl mit ihren Wahlkämpfen ihre Schatten voraus geworfen habe, und dass die große Koalition eigentlich den Partnern im Westen nicht mehr gefallen habe. In einer Situation wie dieser gebe es dann immer Vorwände oder Anlässe. Das sei der Hauptgrund bei der ganzen Geschichte gewesen, und die Tatsache, dass sich die Dinge so entwickelt hatten, habe die Sozialdemokraten in ihrem Gefühl der Gesamtverantwortung eher schmerzlich getroffen, als dass man trotzig gesagt habe: Nun verlassen wir das Schiff.

Ingrid Matthäus-Maier wirft ein, dass in der West-SPD die Lesart angekommen sei, dass Walter Romberg angefangen habe, die Zahlen des Haushaltes massiv in Frage zu stellen und dass ihn Lothar de Maizière deshalb habe loswerden wollen.

Richard Schröder: »Die Sache ist folgendermaßen gewesen: Rombergs Staatssekretär Walter Siegert¹⁶⁵ hat Lothar de Maizière angerufen und um seine Entlassung gebeten. Es ging um die Finanzierung deutsche Einheit, also Fonds Deutsche Einheit oder Länderfinanzausgleich, und Romberg habe ihn beauftragt, zur Staatssekretärs-Runde nach Bonn zu fahren und habe ihm als Devise zum Verhandeln vorgegeben: Alle Steuereinnahmen, die in der DDR in den nächsten Jahren anfallen, also in den neuen Bundesländern, bleiben im Land, dafür verzichten die ostdeutschen Länder auf den Länderfinanzausgleich. Diese Idee stammte von den Beratern Rombergs aus Nordrhein-Westfalen. Walter Siegert hat zu Lothar de Maizière gesagt, das

¹⁶⁵ Walter Siegert, SED/PDS-Politiker, im Sommer 1990 Staatssekretär im DDR-Finanzministerium bei Walter Romberg.

könne er nicht verantworten, dies sei ein großer Schaden für die neuen Bundesländer – wer sage denn, dass hier überhaupt Steuern hereinkommen. Da hat Lothar de Maizière mich angerufen, was das bedeute. Zu Walter Siebert hat er noch gesagt: Na ja, also das kommt jetzt erst einmal darauf an, wer hier entlassen wird. Dann haben wir ein Gespräch zu dritt gehabt. Romberg wollte unbedingt seine zwei NRW-Berater noch mit dabei haben, aber de Maizière hat gesagt, nein, das sei ein Gespräch zu dritt. In diesem Gespräch zu dritt hat de Maizière ihm gesagt, er habe die deutschlandpolitische Richtlinienkompetenz kraft Koalitionsvertrag und beauftrage ihn hiermit, seinen Staatssekretär zu schicken, aber mit einem *anderen* Verhandlungsauftrag, also Abstand zu nehmen von dieser Idee und – das Argument werde ich nie vergessen – er hat zu Romberg gesagt: Alles von nichts ist nichts. Wie kommen Sie denn darauf, dass relevante Steuereinnahmen in den nächsten Jahren auf dem Gebiet der DDR zu erwarten sein werden? Da hat Romberg gesagt, er werde dem nicht folgen. Daraufhin hat de Maizière gesagt, dann müsse er ihn entlassen. Romberg hat sich noch Bedenkzeit bis zum nächsten Tag ausbedungen, hat dann gesagt, er folge dem nicht, und da hat de Maizière ihn entlassen und mit dem anderslautendend Auftrag Walter Siebert zur Verhandlung der Staatssekretärs-Runde für diese Frage geschickt. Walter Romberg hat dann gesagt, das sei ein Verfassungsbruch. De Maizière dürfe ihn nach der DDR-Verfassung gar nicht entlassen. De Maizière hat gesagt, das kann ja nicht sein – wenn ich ihn berufen habe, kann ich ihn auch entlassen. Und zu mir hat er gesagt, wenn ihr mir jetzt noch Verfassungsbruch vorwerft, dann schmeiße ich ganz hin. So, das sind die Gesprächsverläufe.«

Richard Schröder erinnert sich, dass er noch versucht habe, Hans-Jochen Vogel die Situation am Telefon zu erklären, dass dieser aber keine Zeit gehabt habe. Nach seinem Eindruck sei Hans-Jochen Vogel auch deshalb nicht an den Details interessiert gewesen, da er bereits auf eine etwas andere Version der Vorgänge festgelegt gewesen sei.¹⁶⁶ Er habe ihn später noch

¹⁶⁶ Vgl. dazu die Ausführungen bei Vogel: Nachsichten, S. 140: »Um so erstaunter war ich darüber, daß er [Lothar de Maizière, I.F.] im August mit der Entlassung des sozialdemokratischen Finanzministers Walther Romberg wegen angeblicher Mißachtung der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten eine Koalitionskrise herbeiführte und über die Modalitäten der Bundestagswahl verwirrende Vorschläge entwickelte. Ich schließe nicht völlig aus, daß hier wahltaktisch motivierte Einflüsse aus Bonn eine Rolle spielten, denen er allerdings hätte widerstehen sollen. Anders als Richard Schröder hielt ich nach der Entlassung Rombergs den Austritt der Sozialdemokratie aus der Koalition für unvermeidbar.

einmal gefragt, ob er diese Details kenne, und Vogel habe dies verneint. Richard Schröders Fazit: »Es ist für mich nicht notwendig, in der Entlassung Rombergs in dieser Konstellation eine spezielle Gemeinheit zu entdecken.«

Ingrid Matthäus-Maier: »Also, wenn das so ist, das habe ich nirgendwo nachgelesen, dann hätte ich ihn auch entlassen.« Es sei bedauerlich, dass es damals zu Missverständnissen in der Kommunikation mit Hans-Jochen Vogel gekommen sei.

Herta Däubler-Gmelin zu der von Richard Schröder geschilderten Situation: »Aber das wäre doch dann nicht der Anlass gewesen, die Koalition zu verlassen.«

Richard Schröder: »Es waren ja, wie gesagt, Parlamentsferien. Der Fraktionsvorstand konnte sich damit zu diesem Zeitpunkt gar nicht beschäftigen, deshalb ist dann ja eine Sondersitzung einberufen worden. Bei dieser Sondersitzung wollte ich den Vorgang schildern. Aber irgendjemand, ich weiß ich nicht mehr, wer das war, hat gesagt, wir haben schon genug in der Zeitung gelesen, ich beantrage Abstimmung ohne Aussprache.¹⁶⁷ Daraufhin hat die SPD-Fraktion ohne Aussprache den Ausstieg aus der Koalition beschlossen. Besprochen worden waren die Dinge allerdings im Parteivorstand oder vielleicht im geschäftsführenden Parteivorstand. Als ich Wolfgang Thierse das einmal so beschrieben habe, da hat er gesagt, wir haben doch vorwärts und rückwärts darüber gesprochen. Ich sagte: Aber doch nicht in der Fraktion,

Eine solche Behandlung konnte man sich nicht gefallen lassen. Übrigens war ein Entlassungsgrund, daß Romberg die von der Bundesregierung bewilligte Transferleistung von 20 Milliarden DM für das zweite Halbjahr 1990 als ungenügend bezeichnete und den Bedarf deutlich höher schätzte. Wenn man die tatsächliche Entwicklung bedenkt, hätte eher Theo Waigel als Bundesfinanzminister entlassen und Romberg öffentlich belobigt oder später rehabilitiert werden müssen.«

167 Im Ergebnisprotokoll der Fraktionssitzung der SPD-Volkskammerfraktion vom 19. August 1990 heißt es zu Top 2.1.: »Es wird beantragt, zur Koalitionsfrage keine neuerliche Aussprache zu führen. 30 Abgeordnete stimmen dem zu, 27 dagegen und 10 enthalten sich der Stimme. Damit ist beschlossen, ohne neuerliche Absprache die Koalitionsfrage abzustimmen.« (AdsD, Bestand SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, SPD-Fraktion /Fraktionssitzungen, Sign. 53). Dort befindet sich auch der Text der »ungehaltenen« Rede Richard Schröders, in der er für die Fortsetzung der Koalition plädierte. Lothar de Maizière hatte angeboten, zu einem Gespräch in die SPD-Fraktion zu kommen. Dieser Vorschlag wurde »mit großer Mehrheit« abgelehnt. Ebenda, Top 1. In der Fraktionssitzung am 21. August 1990 erklärte Richard Schröder seinen Rücktritt.



III. Podium, Richard Schröder, Rolf Schwanitz

die habt ihr doch extra mit Telegramm aus den Parlamentsferien zurückgerufen und die hat beschlossen, Abstimmung ohne Aussprache.« Es sei ihm etwas peinlich, das alles zu erzählen, aber offensichtlich bestehe Interesse an der Frage, wie es wirklich gewesen sei. Ihm sei vorgeworfen worden, durch seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz die Wahlkampfstrategie der SPD geschädigt zu haben. Er wolle daraus keinen großen Eklat machen, aber die Sache sei kein Staatsgeheimnis.

Herta Däubler-Gmelin ergänzt, sie halte es für wichtig, auch über solche Einzelheiten viel häufiger zu reden. »Ob das nun im Einzelnen peinlich war oder nicht, spielt doch keine Rolle. Ich habe bisher keine Informationen über dies Art von Zwangsläufigkeiten gehabt – das finde ich sehr spannend, es hilft, die Ereignisse und Entscheidungen von damals fair zu beurteilen.«

Ingrid Matthäus-Maier: »Hat sich Walter Romberg denn dazu einmal bekannt? Denn ich kenne nur eine andere, also die Version, die bei uns kursierte.«¹⁶⁸

¹⁶⁸ Vgl. dazu oben die Darstellung bei Hans-Jochen-Vogel, Nachsichten, S. 140.

Zwischenbemerkung aus dem Publikum: »Die Geschichte ist bei Ed Stuhler nachzulesen, so wie sie uns jetzt zumindest im ersten Teil vorgetragen worden ist.«¹⁶⁹

Rolf Schwanitz kann sich nicht erinnern, dass die Sachlage, so wie sie jetzt dargestellt worden sei, in der Fraktion bekannt gewesen sei. »Das, was damals angeführt worden ist, waren unterschiedliche Auffassungen über die Finanzierungsfragen. Das war die Situation, und ich kann nur sagen, wenn das Dargestellte Gegenstand gewesen wäre, dann hätte es natürlich eine heftige Diskussion gegeben und sicherlich auch eine andere Entscheidung in der Sache. Die Fraktion hat sich ja solidarisch hinter Romberg gestellt, das war das, was in dieser Sitzung passiert ist. Und ich sage – aus einem aus dem normalen politischen Anstand kommenden Gefühl heraus – wenn der Ministerpräsident einen Minister, der das Vertrauen der Fraktion hat, entlässt, dann ist die Koalition beendet.« Die Darstellung der Sitzung – Abstimmung ohne Aussprache – sei richtig wiedergegeben. Er und andere würden sich aber jetzt fragen, wie es überhaupt dazu gekommen sei. Er müsse schon seine Verwunderung über den Ablauf zum Ausdruck bringen, wenn ein Sachverhalt wie der geschilderte dahinter gestanden habe, und wenn dies im Parteivorstand oder eben auch im geschäftsführenden Fraktionsvorstand besprochen worden sei. Wären diese Gesprächsverläufe bekannt gewesen, dann hätte natürlich jedes Fraktionsmitglied die Sache in einem anderen Licht gesehen. Äußerst problematisch sei es aber, wenn die Fakten einigen bekannt gewesen und nicht offen gelegt worden seien.¹⁷⁰

Der Moderator öffnet die Diskussion für das Publikum.

Tilman Fichter: Die Allianz für Deutschland habe sich seinerzeit eindeutig zur deutschen Einheit bekannt. »Für uns stellt sich jetzt die Frage, ob die unklare Haltung der West-SPD in dieser Frage letztlich mit zur Niederlage der Ost-SPD in der Volkskammerwahl geführt hat. Uns interessiert, ob in Bonn darüber je offen gesprochen worden ist, schließlich hat die ostdeutsche SPD von der Bevölkerung der DDR auch die Rechnung dafür bekommen – meines Erachtens ist das noch immer ein Tabu in der Diskussion.«

¹⁶⁹ Vgl. Stuhler: Die letzten Monate der DDR, S. 67 f.

¹⁷⁰ Vgl. dazu auch die Angaben in der Einleitung zu diesem Band, S. 38.

Frank Heltzig beschreibt die Situation in der Berichterstattung der Medien: »In Dresden am 16. November 1989: Gründung der SDP, am 23. November: Veranstaltung im Kulturpalast mit etwa 1.000 Besuchern und einer vom Vorstand bekommt den Auftrag, ein Bekenntnis zur deutschen Einheit vorzutragen, in Dresden. Kein Gegenstand der Berichterstattung im DDR-Fernsehen, kein Gegenstand der Berichterstattung im Westfernsehen. Anfang Dezember haben wir in der Invalidenstraße ein Papier entwickelt, eine Stellungnahme zur deutschen Einheit. Kein Gegenstand im DDR-Fernsehen, vermutlich auch kein Gegenstand der Berichterstattung im Westfernsehen. Auf unserer Delegiertenversammlung in Berlin im Haus des Lehrers Beschluss über die Herstellung der deutschen Einheit, kein Gegenstand der Berichterstattung im DDR-Fernsehen, vermutlich auch kein Gegenstand der Berichterstattung im Westfernsehen. Nun passiert folgendes: Fast alle DDR-Bürger, außer im Raum Dresden, erfahren weder im DDR-Fernsehen noch im Westfernsehen von der Stellungnahme der Ost-SPD. Sie erfahren aber alle, außer im Raum Dresden, von der zweifelnden West-SPD. Und nun können wir uns ausrechnen, wie das Wahlverhalten aussieht.«

Publikum: Ein Teilnehmer wünscht sich eine Diskussion über das Verhältnis der SDP zu dem zumindest in Ostberlin 1989 noch vorhandenen alten sozialdemokratischen Milieu. Der Landesvorstand habe 500 Mitglieder, die noch unter der alten Adresse von 1961 zu erreichen gewesen seien, zu einer Veranstaltung eingeladen und sie aufgefordert, der SDP beizutreten. Wenn man bedenke, dass etwa in Leipzig der Wilhelm-Liebknecht-Platz rückbenannt worden ist, heute gebe es wieder einen, dann habe dies natürlich in diesen Kreisen eine gewisse Distanz zur Ost-SPD begründet. In all den Jahrzehnten habe es nicht nur die Gespräche zwischen SPD-Führung und SED-Führung gegeben, sondern es habe immer Sozialdemokraten gegeben, die in die DDR hinein Kontakte gehalten hätten. Ihm sei schon früh das Godesberger Programm mitgebracht worden. Er selbst habe 1987 als Lektor zum Berlin-Jubiläum mit einem Westberliner Sozialdemokraten das einzige Gesamtberliner historische Sachbuch gemacht. Die SPD sei mit ihren Mitgliedern immer gesamtdeutsch orientiert gewesen.

Reinhard Höppner hat das Verhältnis von SPD und kirchlicher Opposition in der DDR häufig als eine Art Arbeitsteilung erlebt. So habe namentlich Jürgen Schmude zu den kirchlichen oppositionellen Gruppen immer Kon-



III. Podium, Reinhard Höppner, Herta-Däubler-Gmelin, Ulrich Mählert

takt gehabt, ebenso Erhard Eppler, dem er mehrere Male begegnet sei. Egon Bahr habe dann nach Gesprächen im Vorstand relativ schnell mit Hermann Axen gesprochen und ihm gesagt, dass die SDP jetzt die von der SPD präferierte Partei sei. Im Parteivorstand – Egon Bahr habe ihm das gerade noch einmal erzählt – sei dies eine klare Entscheidung gewesen, und sie sei schon wenige Tage nach der Gründung der SDP erfolgt, also jedenfalls nach dem von Steffen Reiche heute Nachmittag beschriebenen Besuch. Zum letzten Beitrag weist Reinhard Höppner darauf hin, dass man bei Aussagen über die Jahre 1989/90, wenn man als Beleg einen Satz zitiere, dies am besten mit Datum und manchmal sogar mit Uhrzeit tun müsse – ein Journalist habe damals den Satz geprägt: Das Wort veraltet uns im Munde. Es gebe einige Bücher über diesen Herbst 1989, da gehe es mit der Zeit kreuz und quer durcheinander. Auf diese Weise könne man manche Leute als völlig uneinsichtig oder beschränkt hinstellen, aber wenn man die zeitlichen Angaben exakt herausfiltern würde, dann könne man sehr wohl Verständnis dafür haben, warum was zu welcher Zeit gesagt worden sei. »Es werden wahrscheinlich viele noch wissen: 4. November 1989, Demonstration in Berlin, eine halbe bis eine Million Leute, selbst gemalte Plakate. Es kann also jeder frei darauf schreiben, was er will. Kein Plakat enthält das Thema Einheit

Deutschlands oder die Forderung nach der Wiedervereinigung. Insofern kann man der SDP nicht vorwerfen, dass sie dies vielleicht schon vor dem 4. November, als das für uns noch kein Thema gewesen ist, schon in ihr Programm hätte schreiben müssen. Das hat sich erst nach dem 9. November, dann allerdings sehr dynamisch entwickelt. Also es bleibt dabei: Genaue Zeitangaben sind wichtig.«

Herta Däubler-Gmelin kommt noch einmal auf die unterschiedlichen Einschätzungen in der der SPD in der damaligen Zeit zu sprechen. Sie sei sicher, in einigen Jahren werde es noch mehr Übereinstimmung darüber geben, dass die Zerrissenheit in der SPD ein Grund dafür gewesen sei, dass so wenig Sozialdemokratisches in den Einheitsprozess habe eingebracht werden können. Sie könne nicht bestätigen, dass die unterschiedliche Haltung in der SPD nur eine Frage der Generationen gewesen sei. Hier hätten auch grundsätzliche Einschätzungen und Hoffnungen eine Rolle gespielt. Sie persönlich habe die Zeit der Veränderungen als einmalig und packend erlebt, auch weil plötzlich so viele neue faszinierende Persönlichkeiten sichtbar gewesen seien. Gerade deshalb sei sie auch heute noch traurig, dass so wenig von dem habe umgesetzt werden können, was die Bürgerrechtler als aktive Träger der Friedlichen Revolution gewollt hätten. Das betrachte sie immer noch als vergebene Chance. Sehr viele Menschen aus der ehemaligen DDR hätten sich sehr schwer getan, sich im wiedervereinigten Deutschland zu Hause zu fühlen. Auch das unterstreiche, dass es gut gewesen wäre, mehr zu berücksichtigen und zu erreichen.

Richard Schröder plädiert dafür, genauer hinzusehen, wie die Umbruchprozesse in den anderen ehemals sozialistischen Ländern abgelaufen seien, und was sich dabei an vergleichbaren typischen posttotalitären Problemen und Phänomenen feststellen lasse. Dabei kämen viele Gemeinsamkeiten zum Vorschein, zum Beispiel die ausgesprochen niedrige Wahlbeteiligung nach einer ersten gewaltigen Wahlbeteiligung. Daher müsse es im Rückblick nicht in erster Linie um ein Spezialversagen einzelner Personen gehen. Das könne noch zusätzlich eine modifizierende Rolle gespielt haben, und da gebe es sicher eine ganze Reihe von Punkten. Der Ausstieg aus der Planwirtschaft und dem RGW¹⁷¹ sei für alle betroffenen Staaten mit erheblichen Schmerzen ver-

171 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Der 1949 gegründete RGW löste sich nach den politischen Umwälzungen in Osteuropa 1991 auf. Er wurde ursprünglich als Gegenorganisation

bunden gewesen, die in den meisten Fällen noch größer als in Deutschland waren. Nur im Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern erhalte man einen Maßstab, der belastbar sei. Und dann stelle sich eben heraus, dass das Ende des Kommunismus überall »ein Element der Befreiung, aber auch viele Elemente der Bedrückung« mit sich gebracht habe.

Rolf Schwanitz geht noch einmal auf die Diskussion über die große Koalition ein und äußert Zweifel, ob durch eine um ein paar Wochen verlängerte Koalition wirklich noch so viel erreichbar gewesen wäre. Wichtiger erscheine ihm, dass man sich überhaupt in dieser Weise darüber austausche. »Aber eine Debatte wie bei uns hier wird es bei der CDU nie geben. Als wir im Herbst 1989 auf der Straße standen, da haben die noch vom Sozialismus geredet. Deshalb gibt es dort auch heute keine Basis, dass ein Ostteil mit einem Westteil über die Frage reden kann: Warst du richtig aufgestellt? Ich finde es gut, dass wir diese Debatte führen, aber wir sollten bei der Intensität, mit der wir zwanzig Jahre danach wechselseitig mit uns manchmal zu Gericht gehen, schon einmal einen Blick darauf werfen, dass wir das eigentlich nur tun können, weil diese besonderen Voraussetzungen da sind, während andere aufgrund ihres völligen Versagens in der Friedlichen Revolution überhaupt keine Gesprächsgrundlage haben, solche Diskussionen heute führen zu können.

»Aber eine Debatte wie bei uns hier wird es bei der CDU nie geben. Als wir im Herbst 1989 auf der Straße standen, da haben die noch vom Sozialismus geredet. Deshalb gibt es dort auch heute keine Basis, dass ein Ostteil mit einem Westteil über die Frage reden kann: Warst du richtig aufgestellt?«

Der Moderator bittet Markus Meckel um das Schlusswort.

Markus Meckel: »Ich will noch einmal deutlich machen: Als wir, Martin Gutzeit und ich, den Gründungsauftrag schrieben, da haben wir von der Anerkennung der Zweistaatlichkeit gesprochen und im nächsten Punkt von den besonderen Beziehungen zur Bundesrepublik aufgrund der gemeinsamen nationalen Verantwortung und Geschichte. Uns war klar, dass eine demokratische DDR, wenn wir sie denn erreichen sollten – in dieser Situation zu zweit so etwas auf den Weg zu bringen, ist ja noch keine Erfolgsgarantie –, das Zentrale war. Ebenso war völlig klar: Zwei demokratische Staaten mit Mauer – ich habe das am Anfang in meinem Vortrag gesagt – das geht nicht.

zum Marshallplan und zur OECD unter der Führung der Sowjetunion gegründet und sollte die wirtschaftliche Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Staaten regeln.

Aber erst einmal mussten wir das eine tun und dann das andere. Das war unsere Vorstellung am Anfang. Richard Schröder hat den Satz zitiert, der dann zwischen dem 24. Juli und dem 26. August 1989 hinzugefügt worden ist. Da hatte nämlich die Ausreisewelle über Ungarn begonnen. Und es war klar, es kommt etwas in Bewegung. Arndt Noack sagte damals, an der Stelle muss mehr drinstehen. Und dann habe ich nach diesem Zweistaatlichkeitsatz diesen ganz vorsichtigen Satz hineingeschrieben, dass andere Optionen im Rahmen einer europäischen Ordnung möglich sein sollen.¹⁷² Das heißt, wenn wir in dieser Situation, in der es an die Wurzeln des Systems ging, die Frage der deutschen Einheit an diesem Punkt gestellt hätten, dann hätten wir uns über die eigentliche Frage hinweg gelogen. Dass wir jede Chance ergreifen würden, sobald sich auch nur ein Fensterspalt öffnet, wird an diesem Satz deutlich. Ab dem 9. November, mit dem Fall der Mauer, da war unsere ganz klare Perspektive: Wir bekennen uns zur deutschen Einheit, und die muss von beiden deutschen Staaten gestaltet werden. Als dann die Diskussion über den Artikel 23 Ende Januar kam, war das die zentrale Frage für uns, vor allem dann nach der Wahl. In die Koalitionsvereinbarung haben wir die Formulierung hineingeschrieben: »nach Verhandlungen auf vertraglicher Grundlage«, denn das war der zentrale Punkt, die Einheit durch Verhandlungen.¹⁷³

Und ich muss gestehen, ich halte das nach wie vor für die zentrale Botschaft in der Öffentlichkeit. Es stimmt eben nicht, was in manchen Reden immer wieder zu hören ist: Dass die SED, nachdem Hunderttausende auf die Straße gegangen sind, die Mauer geöffnet hat – denn die ist gefallen im Zusammenhang mit einer Friedlichen Revolution. Und dann das andere, dass dann die Politiker aus dem Westen kamen, insbesondere Helmut Kohl, und die deutsche Einheit gemacht haben. Niemand kann bei dieser Perspektive

172 Vgl. Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR, 24. Juli 1989, Abs. 7 b: »Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.« Abdruck in: Meckel/Gutzeit: Opposition in der DDR, S. 368.

173 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFU, BFD, F.D.P) und der SPD vom 12. April 1990. Dort wurde in der Präambel als Ziel definiert: »Die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD auf der Grundlage des Art. 23 GG zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung zu leisten«. (AdSD, Bestand Die SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, Mappe 12).

erklären, warum es danach noch den Runden Tisch gegeben hat, warum danach überhaupt noch eine freie Wahl stattgefunden hat. Die Wahl war notwendig ebenso wie die ›Krücke‹ des Runden Tisches als Verbindungsglied dahin, damit wir verhandlungsfähig wurden und damit die deutsche Einheit durch Verhandlungen erreicht werden konnte. Insofern sage ich noch einmal, was ich am Anfang in meinem Vortrag gesagt habe: Wir Ostdeutschen sind eben nicht kolonisiert oder überrannt worden (wenn man auch über manches diskutieren kann in Bezug auf inhaltliche Regelungen des Vertragswerkes – von den Altschulden, dem Währungsvertrag bis zu manchen Punkten im Einigungsvertrag). Wir haben in Verhandlungen die von den Ostdeutschen gewollte deutsche Einheit herbeigeführt, auch wenn viele von ihnen gar nicht wollten, dass wir verhandeln, und am liebsten möglichst sofort Einheit, D-Mark und Wohlstand gehabt hätten. Insofern standen wir unter dem Druck der eigenen Bevölkerung, in ihrem Interesse zu verhandeln, im Interesse der Ostdeutschen so viel wie möglich herausholen. Dazu gehörte zum Beispiel die Bodenreformfrage. Und deshalb glaube ich, dass dieses Verhandeln zentral war, und wir Sozialdemokraten waren vielleicht an dieser Stelle besondere Moralisten.

Wir hatten natürlich einen gewissen Nachteil gegenüber Helmut Kohl, der als Kanzler dominierte. Helmut Kohl hat von Anfang an und nicht erst im Sommer 1990 die Bundestagswahlperspektive über den gesamten Einigungsprozess gelegt, er hat das Thema der polnischen Westgrenze in einer Weise zweigleisig gehandhabt, dass viel Vertrauen bei den Nachbarn kaputt gegangen ist. Ein anderes Handicap war dann eben Oskar Lafontaine, der uns überzeugen wollte, dem Einigungsvertrag nicht zuzustimmen. Wir standen also von zwei Seiten unter Druck, und auf beiden Seiten handelte es sich um Überlegungen wahlstrategischer Art. Wenn man das so betrachtet, bin ich erstaunt, dass es dennoch im Endeffekt so gut gelaufen ist.«

24. SEPTEMBER 2010

IV. Podium

Erfahrungen beim Aufbau Ost auf Bundesebene, in den Ländern und Kommunen

Teilnehmer: Konrad Elmer-Herzig, Hans-Joachim Hacker,
Jes Albert Möller, Wilhelm Polte, Rolf Schwanitz.

Moderation: Alfred Eichhorn.

Nach dem Abschluss der gesetzgeberischen Arbeit der Volkskammer und dem Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurden die Abgeordneten des letzten Parlaments der DDR in unterschiedlichen Arbeits- und Politikfeldern tätig: Einige von ihnen, wie Hans-Joachim Hacker, Rolf Schwanitz und Konrad Elmer-Herzig gehörten ab 1990 dem deutschen Bundestag an und standen dort vor der Aufgabe, die ostdeutschen Belange in der SPD-Fraktion und in der Bundespolitik zu vertreten. Während Konrad Elmer-Herzig, einer der SDP-Gründer in Schwante, später in seinen Beruf als Pfarrer zurück kehrte, sind Hans-Joachim Hacker und Rolf Schwanitz seit zwei Jahrzehnten Mitglieder des Deutschen Bundestags. Wilhelm Polte war bereits nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 aus der Volkskammer ausgeschieden, um das Amt des Oberbürgermeisters in Magdeburg zu übernehmen. Jes Albert Möller, damals einer der jüngsten Abgeordneten, nahm nach der Volkskammerzeit das Jura-Studium auf und wurde Richter in Brandenburg. Der Moderator Alfred Eichhorn, Journalist, war 1989/90 Chefredakteur bei Radio DDR. Im Zentrum des Gesprächs stehen die persönlichen Erfahrungen der Beteiligten bei der Umsetzung der deutschen Einheit in Ostdeutschland.



IV. Podium: »Erfahrungen beim Aufbau Ost im Deutschen Bundestag, in den Ländern und Kommunen«. Von links: Konrad Elmer-Herzig, Hans-Joachim Hacker, Wilhelm Polte, Alfred Eichhorn, Klemens Schrenk, Rolf Schwanitz, Jes Albert Möller

Alfred Eichhorn: »Die Wahl Wilhelm Poltes zum Oberbürgermeister von Magdeburg hat damals viele Beobachter überrascht – wie war die politische Konstellation in Sachsen-Anhalt und wie kam es zu diesem Wahlergebnis?«

Wilhelm Polte: »Sie wissen ja, der Generaltrend ging in Richtung CDU. Ich war in der Volkskammer und wäre da auch sehr gerne geblieben, aber wie das so war bei einer neuen Partei wie der SPD – es gab nur eine Handvoll Leute. Und als es darum ging, wer tritt in der Kommunalwahl an und wer steht an erster Stelle, da fiel die Wahl auf mich. Das war sicher auch ein Stückchen Zufall, aber ich war Vorsitzender der SPD des Bezirks Magdeburg, da hat es einen gewissen Automatismus gegeben. Nach den Kommunalwahlen gab es 39 Landräte, alle CDU-Mitglieder, in den drei kreisfreien Städten zufälligerweise einen FDP-Oberbürgermeister, das war in Dessau, einen CDU-Oberbürgermeister in Halle und einen von der SPD in Magdeburg, das war ich. Das war also die absolute Ausnahme.« Wilhelm Polte geht auf die komplizierte Situation nach den Wahlen in der 150 Personen umfassenden Stadtverordnetenversammlung ein, die zwar schon am 6. Mai 1990 gewählt worden war, für die aber erst am 15. Mai – wie von Volker Schemmel und Richard Schröder am Vortag geschildert – eine Kommunalverfassung verabschiedet wurde.

Alfred Eichhorn fragt nach dem Verhältnis des Oberbürgermeisters zu den Altkadern in der Magdeburger Stadtverwaltung.

Wilhelm Polte: »Vor dieser Frage stand ich ja ganz konkret, nachdem ich am 31. Mai 1990 dann ins Rathaus eingezogen war. Man muss sich vorstellen, zur Stadtverwaltung gehörten rund 18.000 Beschäftigte, darunter 5.000 Lehrer, denn die Lehrer waren bei der Stadt. Da war die Schädlingsbekämpfung, da war die gesellschaftliche Speisewirtschaft, da war der Blumenhandel, alles Mögliche unter diesem Dach. Und da waren natürlich auch viele Leute, die politisch nicht mehr in unsere Linie passten. Ich hatte auch den Anspruch, eine glaubwürdige politische Erneuerung in der Verwaltung durchzusetzen. Und da gab es ja dann eine gesetzliche Regelung, die es uns ermöglichte, ohne weiteres Entlassungen vorzunehmen. Ich hielt sie auch für nötig, weil ich die These vertrete, es ist schwerer umzulernen als von Anfang an etwas neu zu lernen. Die Folge war: Bei mir am Tisch, an dem Beratungstisch – wir nannten uns damals Magistrat – da saß eben der Geologe, da saß die Ärztin, da saß der Wärmeingenieur, überhaupt gab es viele Ingenieure, dann die Büroleute, alle aus dem wirtschaftlichen Bereich und nicht aus dem gesellschaftspolitischen Bereich, das war die Konsequenz. Und alle mussten neu lernen. Dafür gab es ja damals dann das Wort ›learning by doing‹.«

»Die Adenauer-Politik bedeutete für mich eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands – der Beitritt in die Verteidigungsgemeinschaft, dann in die NATO, all dies ging auf Kosten des Ostens, der damaligen DDR. Und das hat mich sehr geärgert, denn wir mussten den Preis dafür bezahlen.«

Der Moderator fragt nach den persönlichen biografischen Prägungen Wilhelm Poltes und wie es dazu gekommen sei, dass er 1960 in Westberlin in die SPD eingetreten sei.

Wilhelm Polte verweist auf die Auswirkungen der Bildungspolitik in der DDR. »Mein Vater hatte ein kleines Unternehmen, daher kam ich nicht auf die Oberschule. Ich sollte nach Mansfeld, in den Kupferschieferbergbau als Knappe. Da sagte mein Vater, kommt nicht in Frage, du lernst bei mir. Dadurch habe ich Schlosser gelernt und bin dann über den zweiten Bildungsweg zum Studium gekommen. In den 1950er Jahren vollzog sich ja die Westbindung der Bundesrepublik. Die Adenauer-Politik bedeutete für mich eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands – der Beitritt in die Verteidigungsgemeinschaft, dann in die NATO, all dies ging auf Kosten des Ostens, der damaligen DDR. Und das hat mich sehr geärgert, denn wir mussten den Preis dafür bezahlen. Und ich kann mich erinnern, dass irgend-

eine Zeitung damals kolportierte, es werde 50 Jahre dauern, bis wir wieder die Einheit haben. Und so lange wollte ich eigentlich nicht warten. Die SPD mit ihrem Plan für deutsche Einheit, dem Deutschland-Plan¹⁷⁴ – die Älteren werden das noch wissen – das war für mich die Partei, die den Gedanken an die Vereinigung und den Nationalstaat hoch hielt. Und da habe ich gesagt, dann will ich mich auch persönlich positionieren. Das war der eine Gedanke; die andere Überlegung war die, dass bei uns eine Monopolpartei das Sagen hatte, die für sich in Anspruch genommen hat, immer Recht zu haben, eine völlig ahistorische Haltung, und da musste ich etwas dagegen setzen. Da bin ich in Berlin zum Fehrbelliner Platz gefahren, da war ein großes Gebäude, daran kann ich mich noch erinnern, ein Backsteingebäude, und da war das Berliner Ostbüro der SPD. 1960, ich glaube, am 18. August 1960, bin ich da hin, und es war ein bisschen gespenstisch dort, kafkaesk. Jedenfalls habe ich meinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, Mitglied der SPD zu werden. Das war ihnen bis dahin noch nie passiert, und ich habe das so begründet: Mein Onkel wohnte in Potsdam, arbeitete in Lichtenberg, er war Eisenbahner und war sowohl in Westberlin in der Eisenbahner-Gewerkschaft als auch in Ostberlin im FDGB und das ging, diese doppelte Mitgliedschaft. Nur durfte das natürlich keiner wissen. Ich dachte für mich ebenfalls an eine ruhende Mitgliedschaft. Ich war damals Student in Dresden und wollte nach Beendigung des Studiums 1965 nach Ostberlin gehen; in Ostberlin gab es ja bis 1961 noch eine Gliederung der SPD – ich weiß nicht, ob das heute noch einigen bekannt ist – und da wollte ich dann so richtig mitmachen. So war meine jugendliche Vorstellung. Vielleicht darf ich noch verraten: Ich habe beim Parteivorsitzenden schon vor Jahren den Antrag gestellt, er möge das anerkennen. Jetzt habe ich den Antrag neu gestellt, weil jetzt ja wieder ein Jubiläum ist, und ich habe inzwischen auch den Nachweis, denn man hat mir damals schon gesagt, diese Akten gehen nach Bonn, weil es ja sein könnte, dass die Russen Westberlin überrollen und dann findet man das. Ich habe natürlich niemandem etwas darüber erzählt, weil ich wusste, wie gefährlich das war, das Ostbüro galt ja als Nachrichtenzentrale der CIA – wenn das herausgekommen wäre, dann hätten sie mich in den Bau gebracht. Gleich nach

174 Der Deutschland-Plan der SPD von 1959 stellte ein Konzept für die Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR dar. Kernstück war die Einrichtung einer entmilitarisierten und atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa. In verschiedenen Stufen sollte dann die deutsche Einheit hergestellt werden. Der Plan traf bei den Großmächten auf keine Zustimmung und wurde von der SPD dann zugunsten der Westbindung Deutschlands aufgegeben.

der Wende habe ich dann recherchieren lassen und in der Tat, im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Nachweis da, dass ich dort war. Aber aus meiner damaligen Aktion hat sich dann natürlich durch den Mauerbau nichts weiter ergeben.«

***Der Moderator** bittet Wilhelm Polte vor dem Hintergrund seiner kommunalpolitischen Erfahrungen in Magdeburg um eine Bewertung des Umbruchs von 1989/90.*

Wilhelm Polte: »Jeder, der in der DDR gelebt hat, weiß, in welchem Zustand unsere Städte und Gemeinden waren. Der Staat war bankrott und die Kommunen lagen darnieder in all ihren wichtigen Lebensfunktionen, ob Straßen, ob Brücken, ob Versorgung, Entsorgung, die Sozialgebäude, die öffentlichen Gebäude, alles war marode. So, und jetzt kommt auf einmal ein Wunder, wir haben die Einheit und es fließt sozusagen Manna vom Himmel. Das war eine einmalige Chance, und ich vertrete bis heute die Meinung, es hat noch nie in der 1.200-jährigen Geschichte der Stadt Magdeburg eine so kurze Phase gegeben, in der wir so viel an grundlegender Erneuerung in allen Lebensfunktionen der Stadt umgesetzt haben und umsetzen konnten. Das war die große Chance und wir haben sie genutzt, viele haben sie genutzt. Und deswegen will ich es auch nicht leichtfertig wegwischen, wenn es heißt, ›blühende Landschaften‹. Wir haben sie an vielen Stellen. Die Frage ist nur, wie definieren wir sie. Und diese Erfolge dürfen nicht schlecht gemacht werden, denn dann würden wir unsere Leute demotivieren. Wir müssen sie aber motivieren und sagen: Schaut mal, was wir geschafft haben! Das ist ein Riesenstück Weg, den wir zurückgelegt haben und die gesamtdeutsche Solidarität hat das ermöglicht. So möchte ich, dass wir diskutieren.«

»Jeder, der in der DDR gelebt hat, weiß, in welchem Zustand unsere Städte und Gemeinden waren. Der Staat war bankrott und die Kommunen lagen darnieder in all ihren wichtigen Lebensfunktionen, ob Straßen, ob Brücken, ob Versorgung, Entsorgung, die Sozialgebäude, die öffentlichen Gebäude, alles war marode.«

***Alfred Eichhorn** fragt, ob alle diese Meinung teilen, auch in Wilhelm Poltes Geburtsort Niegripp, in dem er heute Ortsbürgermeister ist.*

Wilhelm Polte: »Die Grundfreude, die ich jeden Morgen habe wenn ich aufstehe, im vereinten Deutschland zu leben, die motiviert mich. Und ich möchte, dass eigentlich alle eines Tages sagen können, das schönste Geschenk der Geschichte im letzten Jahrhundert war, dass wir jetzt im verein-



IV. Podium,
Wilhelm Polte

ten Deutschland leben.« Er sehe schon, dass diese Ansicht nicht alle teilten. Seiner Meinung nach werde zu viel isoliert betrachtet und gejamert, man müsse einmal über den Tellerrand schauen, sich ein Beispiel an den Nachbarn im Osten nehmen, an den Polen etwa, die viel ungünstigere Startbedingungen gehabt hätten.

***Der Moderator** bezieht sich auf die aktuelle Diskussion über den Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit vom 22. September 2010 und Äußerungen von Innenminister Thomas de Maizière, der die Situation in Ostdeutschland sehr positiv beurteile und die Meinung vertrete, der Begriff »Aufbau Ost« sei überholt.¹⁷⁵*

¹⁷⁵ Diese These hatte Thomas de Maizière bereits 2009 in einem Interview vertreten. Vgl. <http://www.blogspan.net/presse/freie-presse-chemnitz-de-maiziere-begriff-des-aufbau-ost-ist-berholtwechsel-des-bereichs-vom-verkehrs-zum-innenministerium-verteidigt/mitteilung/122020/>. Den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2010 präsentierte er als Erfolgsgeschichte, die ihn »ausgesprochen stolz und fröhlich« mache. Vgl. die Presseberichte <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,718928,00.html>; <http://www.dw-world.de/dw/article/0,6031026,00.html>. Zum Bericht vgl. Bundesministerium des Innern: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010 unter http://www.bmi.bund.de/cln_174/SharedDocs/Downloads/BODL/Jahresberichte/2010.html?nn=109628.

Rolf Schwanitz hält diese These für problematisch. Bis 2019 sei ja noch der Solidarpakt II in Kraft, in dessen Rahmen weiterhin größere Summen von der gesamtdeutschen Solidarität erbracht würden, um den Nachholbedarf, der am Beginn des Solidarpaktes II ermittelt worden sei, auszugleichen. Es gebe in diesem Zusammenhang aber mehrere große Sünden. »Eine der großen Sünden, die Kohl anzurechnen sind – neben allen Verdiensten –, ist das Kleinschreiben und Kleinreden und Kleindarstellen der eigentlichen Dimension der Aufgabe, die vor uns lag, aus purem politischen Nutzendenken heraus.« Dass man die »blühenden Landschaften« sehen könne, wie Wilhelm Polte ausgeführt habe, diese Meinung teile er, aber das Schwierige bei den »blühenden Landschaften« sei ja nicht der Begriff gewesen, sondern der Zeitfaktor, also das Erzeugen der Hoffnung, dieses Ziel sei in vier bis fünf Jahren erreichbar, und dann sei eigentlich alles so wie in den alten Bundesländern. Richard Schröder und Wilhelm Polte hätten völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass damit natürlich eine falsche Vergleichsebene herangezogen worden sei. Natürlich habe man Ost- mit Westdeutschland vergleichen müssen, aber der Vergleich mit Osteuropa sei nie gezogen worden. »Wir hatten falsche Aufgabenbeschreibungen, was die Dimension betraf und falsche Zeitkorridore.« Das habe auch die Solidarität immer wieder belastet. In den vergangenen zwanzig Jahren hätten Sozialdemokraten elf Jahre lang im Bund Verantwortung, beziehungsweise Mitverantwortung für diesen Prozess getragen. Im Wahlkampf 1998 sei der Ruf »Schluss mit dem Solidarpakt« ein großes Thema gewesen. Zwar wurde dann doch der Solidarpakt II beschlossen. Aber: »Diese Solidarität durchzuhalten bei einer Aufgabe, die eigentlich eine Generationenaufgabe ist, das ist eigentlich eine eigenständige, gesellschaftspolitische Herausforderung – und diese Herausforderung ist schon von Anfang an völlig vergeigt worden von der schwarz-gelben Regierung nach 1990. Deshalb war und ist es so schwer, diese Aufgabe dann auf die Jahre gesehen auch durchzuhalten.« Daher finde er es »fahrlässig, wenn der zuständige Minister schlicht und einfach sagt, das ist eigentlich alles erledigt. Dann kann man ja kaum noch begründen, weswegen man noch für weitere neun Jahre Solidarität aufbringen muss. Das ist wirklich eine falsche Ansage.« Wenn es nicht gelungen wäre, den Solidarpakt im Grundgesetz zu verankern, dann hätte man heute nach einer derartigen Aussage schon wieder ganz andere Debatten.

»Eine der großen Sünden, die Kohl anzurechnen sind – neben allen Verdiensten –, ist das Kleinschreiben und Kleinreden und Kleindarstellen der eigentlichen Dimension der Aufgabe, die vor uns lag, aus purem politischen Nutzendenken heraus.«

Der Moderator fragt nach den Erfahrungen von Rolf Schwanitz im Politikbetrieb des Westens und im Parteileben der SPD.

Rolf Schwanitz sieht bedeutende Unterschiede in den politischen Kulturen zwischen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag. Man habe zum Beispiel damals in der Volkskammer im Arbeitskreis Recht in einer etwa zwanzigminütigen Diskussion überlegt, wie man mit der Verfassungsfrage umgehen solle. Und innerhalb dieser kurzen Zeit sei die Entscheidung für das Bausteinsystem gefallen. »Wenn ich mir vorstelle, dass man solche Entscheidungen in der Bundestagsfraktion hätte organisieren müssen – ich vermute, man hätte eine Kommission gegründet und zwei Jahre geredet.« Man habe dann ja die Pleite mit der Verfassungsreform 1994 erlebt, die eigentlich ein Auftrag aus dem Einigungsvertrag gewesen sei. Es sollte eine große Verfassungsreform gemacht werden, es sei aber so gut wie nichts herausgekommen. Es seien in der Tat sehr unterschiedliche Kulturen gewesen. Die ostdeutschen Kollegen hätten daran sehr schwer getragen, manche seien damit psychisch überhaupt nicht zurechtgekommen. Für viele sei es ein harter Prozess gewesen, sich in diesem Betrieb zurechtfinden zu müssen. In der Bundestagsfraktion habe es ein gutes Übergangsinstrument durch den Arbeitskreis IX (neue Länder, Deutschlandpolitik) mit Wolfgang Thierse als Vorsitzendem gegeben. Die SPD-Bundestagsfraktion habe sich auf das Kommen der ostdeutschen Kollegen wirklich sehr gut eingestellt – mit Quotierungsregelungen bei Vorständen, Funktionen, Geschäftsführern, Sprechern der Arbeitsgruppen und mit der Installation eines eigenständigen Gesprächskreises. Er habe zum Beispiel die Arbeit am Stasi-Unterlagengesetz als eine sehr positive Erfahrung in Erinnerung. Für die westdeutschen Kollegen sei dies ja eine schwierige Situation gewesen – eine Materie, die »wie eine Sintflut« über die Parlamentarier aus den alten Bundesländern hereingebrochen sei – eigentlich rechtsstaatwidrig gesammelte Akten, die im Grunde vernichtet gehört hätten (und da gab es ja auch entsprechende Debatten) sollten nun zur dauerhaften Nutzung für die Betroffenen geöffnet werden. Es sollte damit auch geforscht werden können, nicht nur von Wissenschaftlern, sondern von jedermann, der Interesse an einer Aufklärung vor Ort als »Bürgerforschung« hatte. Dabei sollten ja sogar Spitzelnamen und Klarnamen genannt werden.

Alles das sei für die ostdeutschen Parlamentarier wichtig gewesen, und es sei gelungen, dies 1991 in einer Atmosphäre durchzusetzen, in der noch sehr

viel auf die Ostdeutschen gehört worden sei: »Das war eine erste wichtige Funktion der ostdeutschen Kollegen in der Bundestagsfraktion, Kronzeugen zu sein.« Die westdeutschen Kollegen hätten ja schlicht und einfach gar nicht gewusst, wie es in Ostdeutschland vor Ort ausgesehen habe. Die erwähnten systematischen Reisen Hans-Jochen Vogels von Wahlkreis zu Wahlkreis hätten damals ja erst angefangen. Es habe »eine große solidarische erste Phase« gegeben. Der Bruch sei seiner Überzeugung nach um 1992 eingetreten, als zum ersten Mal die Arbeitslosenzahlen in den alten Bundesländern wieder über das Niveau von vor 1989 gestiegen seien. Dadurch sei eine neue Form der Zurückhaltung entstanden und frühere Rücksichtnahme sei dann einem »fast möchte ich sagen geschäftsmäßigem Umgang miteinander« gewichen. Die SPD-Bundestagsfraktion habe die Querschnittsgruppe deutsche Einheit eingerichtet, also eine arbeitende Struktur, die sich mit der Formulierung von Anträgen und der Entwicklung von Gesetzentwürfen befasste, und sich selbst in die ganze Mechanik der Fraktion zur Interessenwahrnehmung eigenständig einzubringen hatte. »Das war aus meiner Sicht auch richtig so und notwendig, das konnte der Arbeitskreis nicht leisten. Und dann ging das harte Geschäft los, die ostdeutschen Interessen im Politikbetrieb durchzusetzen.«

Auf die Frage, inwieweit er nun selbst ein Teil dieses Politiksystems geworden sei, entgegnet Rolf Schwanitz: Das müsse man wohl werden, wenn man etwas durchsetzen wolle. Er sehe das nicht als etwas Negatives, »aber es ist etwas, das wir jedenfalls in dieser Art oder vielleicht auch manchmal in dieser Härte aus der Volkskammerzeit nicht kannten«.

Alfred Eichhorn fragt, wie es mit der Auseinandersetzung über die Stasi-Vergangenheit weitergehen solle.

Rolf Schwanitz: Er hoffe, dass der Prozess weitergehe und eine jüngere Generation komme, die von sich aus mehr darüber wissen und sich damit auseinandersetzen wolle. Nach seiner Überzeugung werde diese Friedliche Revolution insgesamt als eine der sanftesten Veränderungen in die Geschichte politischer Umbrüche eingehen. Er selbst habe in seiner Arbeit sehr viel mit Opferverbänden zu tun gehabt. Obwohl natürlich viele Strafprozesse geführt worden seien, habe man das tatsächlich bis 1990 in der DDR begangene Unrecht in seinem gesamten Ausmaß in keiner Weise strafrechtlich aufar-

beiten können. »Ich erinnere nur daran, dass beispielsweise aufgrund der höchststrichterlichen Rechtsprechung im Bereich von Rechtsbeugung zum Schluss faktisch nur noch Exzessfälle betrachtet werden konnten und der gesamte weitere Bereich von Rechtsbeugung komplett unter den Tisch gefallen ist.« Vermutlich werde irgendwann wieder eine Phase intensiveren Nachforschens kommen, auch darüber, wie man später damit umgegangen sei. Er sehe es auch positiv, dass zum Beispiel die Zahl der Anträge bei der Birthler-Behörde überhaupt nicht abreißt. Es habe ja immer wieder den Vorschlag gegeben, die Akten ins Bundesarchiv zu überführen, schon 1990 von Wolfgang Schäuble. Er hielt das für falsch, wichtig sei, »dass da nichts zugebaut wird und verschwindet.«

Aus dem **Publikum** stellt **Ulla Plener**¹⁷⁶ die Frage, inwieweit die Gründer der SDP das im Dezember 1989 verabschiedete Berliner Programm der westdeutschen SPD zur Kenntnis genommen hätten. Ihr gehe es um die ökonomischen Aspekte des Umbruchs, um das Thema Arbeitslosigkeit. An Wilhelm Polte stellt sie die Frage, was aus dem Schwermaschinenbau in Magdeburg geworden sei, als er dort Kommunalpolitiker war. Sie wolle wissen, was sich die Gründer von Schwante unter sozialer Marktwirtschaft vorgestellt hätten. Im Berliner Programm werde die private Verfügung über die Produktionsmittel angesprochen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht mit ungleicher Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt habe. Es sei auch ein Kapitel über Wirtschaftsdemokratie enthalten, so schön wie es die PDS nie formuliert habe. »Haben Sie dieses Programm zur Kenntnis genommen? Haben Sie darüber diskutiert? Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, wie es denn nun in der DDR weitergehen sollte? Wir hatten VEBs, es hätte ja einen größeren öffentlichen Sektor geben können, Mischwirtschaft und anderes. Es gibt wissenschaftliche Analysen darüber, zum Beispiel von Jörg Roesler, dass es solche Konzepte gab.¹⁷⁷ Was haben die Sozialdemokraten da gemacht?«

176 Ulla Plener, geb. 1933, Dr., Historikerin, in der DDR Dozentin und Forschungsbereichsleiterin am Institut für Imperialismusforschung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Vorsitzende des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und seit 2002 Redakteurin des Jahrbuchs für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

177 Vgl. Jörg Roesler: Eine verpasste Chance. Praktizierte Wirtschaftsdemokratie im letzten Jahr der DDR und was daraus wurde, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 4. Jg., 2005, 3, S. 94–105.

Rolf Schwanitz weist daraufhin, dass das im Dezember 1989 verabschiedete Berliner Grundsatzprogramm der westdeutschen SPD zu den spezifischen Fragen, mit denen sich die ostdeutschen Sozialdemokraten im Frühjahr 1990 auseinander zu setzen hatten, kaum Antworten enthalten habe. »Ich stimme absolut der Einschätzung zu, dass die Bedrückungen und die Probleme, die wir hatten und die wir ja heute immer noch haben, natürlich mit dem historisch einzigartigen industriellen Zusammenbruch in und nach 1990 zusammenhängen; das ist die schwerste Hypothek.« Es habe eventuell verpasste Chancen Anfang der 1990er Jahre gegeben, doch nachdem die Substanz einmal weggebrochen war, seien natürlich nur noch sehr begrenzte Möglichkeiten vorhanden gewesen, diese Entwicklungen wieder zu kompensieren oder annähernd zu kompensieren. Es habe in dieser Zeit auf jeden Fall wirtschaftspolitische Fehler gegeben.

Er wolle niemandem zu nahe treten, der in der Treuhandanstalt gearbeitet und sich redlich bemüht habe. Gerade in den ersten Jahren seien dort aber

»Vielfach herrschte die Vorstellung, dass man nach einer über 40 Jahre währenden planwirtschaftlich-dirigistischen Zuordnung von Industrie in die Landschaft hinein – das war es ja, was das Politbüro gemacht hat – jetzt durch einen Akt kreativer Zerstörung dem Markt die Dinge zur Regelung überlassen könne. Das war die Philosophie des Anfangs.«

schwere Fehler gemacht worden, zum Beispiel als keine Pönalen bei Privatisierungsanträgen vereinbart worden seien. »Vielfach herrschte die Vorstellung, dass man nach einer über 40 Jahre währenden planwirtschaftlich-dirigistischen Zuordnung von Industrie in die Landschaft hinein – das war es ja, was das Politbüro gemacht hat – jetzt durch einen Akt kreativer Zerstörung dem Markt die Dinge zur Regelung überlassen könne. Das war die Philosophie des Anfangs.« Mit einem Modell wie Jenoptik und staatlicher Beteiligung wie im Fall des Freistaates Thüringen hätte man ganz andere Dinge zu Wege bringen können. Bei der Durchsetzung der Erkenntnis, dass wenigstens bei industriellen Kernen ein Vorrang der Sanierung gegenüber der Privatisierung notwendig gewesen wäre, habe es sich um einen langwierigen Prozess gehandelt. Die Einstellung zu dieser Frage habe sich erst in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verändert, da sei natürlich schon tausendfach Kernsubstanz weggebrochen gewesen – ein erster großer Fehler. Der zweite große

Fehler, die Regelung »Rückgabe vor Entschädigung«, habe in einem unglaublichen Umfang Bürokratie hervorgebracht und Ressourcen gebunden und damit letztlich auch den Aufbau behindert. Anders zu bewerten seien die Beschlüsse der Volkskammer im Hinblick auf besatzungsrechtlich verfügte und hoheitliche Enteignungen. »Die Erfolgsgeschichte der ostdeutschen Landwirtschaft – und ich glaube, man kann von einer solchen Erfolgs-

geschichte reden, es ist eine leistungsfähige, auch im europäischen Maßstab wettbewerbsfähige Landwirtschaft entstanden – hat auch etwas damit zu tun, dass es gelungen ist, im Einigungsvertrag keine Rückabwicklung dieser Enteignungsvorgänge zu organisieren.« Ein dritter schwerer Fehler habe darin bestanden, dass über Sonderabschreibungen milliardenschwere Fehl-investitionen getätigt worden seien. Man habe nicht offen gesagt, was eigentlich finanziert werden müsse und die Finanzierung über die Sozialversicherungssysteme laufen lassen.

Wilhelm Polte warnt davor, von der Existenz von Alternativen auszugehen und erinnert an die über 120 Milliarden Binnenschulden und 45 Milliarden Auslandsdevisenschulden der DDR, die laut Schürer-Papier¹⁷⁸ im Jahr 1989 vorhanden waren, sowie an den sechzigprozentigen Verschleißgrad der industriellen Produktionsstätten. Der Staat sei bankrott gewesen. Nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 – von den DDR-Bürgern ja gewollt – sei klar gewesen, dass diese Wirtschaft in dieser Struktur absolut nicht wettbewerbsfähig sein würde. Ob es irgendwelche Chancen gegeben hätte, das eine oder andere zu retten, halte er für eine »rein theoretische Diskussion«. Auch die Vorstellung, dass die Treuhand aus dem Verkauf und aus dem Erlös irgendetwas hätte finanzieren können, sei eben ein Traum gewesen: »Im Gegenteil, es war alles marode und es kam ja unterm Strich noch ein Minusgeschäft heraus. Ich warne davor, sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben, dass es Alternativen gegeben hätte, zumal die Menschen in der DDR ja Druck gemacht haben. Die wollten ganz schnell all das, was sie dann auch hatten. Aber an die Folgen hat niemand gedacht und wer darauf hingewiesen hat, hatte damals in dieser Umbruchzeit schlechte Karten.« Für eine Stadt wie Magdeburg, die hauptsächlich von der Industrie gelebt habe, sei es vor allem darum gegangen, durch den Ausbau der Infrastruktur Chancen für neue wirtschaftliche Ansiedlungen zu eröffnen. Die Regierung Kohl habe damals die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, siebzehn an der Zahl, angestoßen. Davon hätten sich für Magdeburg vier positiv

178 Gerhard Schürer (1921–2010), bis 1989 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR und Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, hatte mit anderen für die Sitzung des Politbüros am 31. Oktober 1989 die Vorlage »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen« vorgelegt. Dort wurde die hohe Staatsverschuldung der DDR und eine unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit dargelegt. Zum Dokument vgl. <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Media/TextPopup/id/593077/month/Oktober/oldAction/Detail/oldModule/Chronical/year/1989>.

ausgewirkt, nämlich die Wasserstraßenerweiterung, Mittellandkanalüberquerung, Autobahn-, Straßen- und Schienenprojekte. Innerstädtisch habe es 1.000 km Straßen gegeben, »alle in jämmerlichem Zustand«, elf Brücken über die Elbe seien saniert und neu gebaut worden. Der zweite große Komplex sei die Mobilisierung von Gewerbeflächen gewesen. Dabei seien zwei große Probleme aufgetreten: Das alte Industriegebiet sei kontaminiert gewesen; man habe erst an Geld für den Austausch der Böden kommen müssen, damit diese Flächen überhaupt wieder vermarktungsfähig wurden. Und dann seien innerhalb weniger Monate rund 25.000 vermögensrechtliche Altansprüche gestellt worden. »Ich musste ein Amt für offene Vermögensfragen mit 35 Mitarbeitern einrichten. Noch heute sind einige Fälle nicht geklärt. Wir konnten natürlich versuchen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir haben auch gekämpft vor dem Bundesverfassungsgericht, dass wir wieder eigene Stadtwerke haben konnten, das sollte ja auch nicht sein. Und Sie kennen alle diesen verhängnisvollen Grundsatz ›Rückgabe vor Entschädigung‹. Es hat zwei Jahre gedauert, bis der Bundestag am 27. Juli 1992 dann einen Weg beschlossen hat.¹⁷⁹ Da haben wir zwei Jahre dagestanden, die Leute schimpften, warum wird da nicht gebaut, warum steht da kein Kran. Solange nicht die Eigentumsfrage geklärt ist, gibt keine Bank Geld. Und ohne Geld geht das Bauen nicht. Oder wissen Sie etwa, dass alle Wohnungsgenossenschaften nur Besitzer der *Häuser* waren und nicht von Grund und Boden? Wir mussten ihnen den Boden erst einmal verkaufen, damit sie an die Sanierung der Wohnungen gehen konnten. Und erst wenn das möglich war, dann haben Genossenschaften an die Bauwirtschaft Aufträge vergeben und es gab auch wieder Lohn und Brot – ein ständiges Bemühen bis heute. Und da bin ich einig mit Helmut Kohl: Er war enttäuscht über das Verhalten vieler altbundesdeutscher Unternehmen. Da gab es keine vaterländische Gesinnung.«

»Viele Unternehmen, die Betriebe bei uns in der DDR übernommen haben, sind in die Marktbeziehungen eingestiegen, und alles andere ist dann verschrottet worden.«

Die meisten hätten nur auf ihren Vorteil oder auf Vermarktungschancen gesehen. »Viele Unternehmen, die Betriebe bei uns in der DDR übernommen haben, sind in die Marktbeziehungen eingestiegen, und alles andere ist dann verschrottet worden.« Er

179 Am 14. Juli 1992 wurde das Investitionsvorrangsgesetz beschlossen. Es ermöglichte Ausnahmen, wenn »anmeldebelastete Grundstücke« für dringend erforderliche Investitionen benötigt wurden. Dazu musste ein besonderer Investitionszweck verfolgt, also Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden, Wohnraum geschaffen oder wiederhergestellt oder Infrastrukturmaßnahmen ergriffen werden. Nach Verkauf des Grundstücks an den Investor erhielt der Rückgabeberechtigte nach dem Vermögensgesetz den Verkaufserlös ausbezahlt.

selbst glaube aber nicht, dass die Treuhand das letztlich hätte verhindern können, denn die Betriebe seien nicht mehr allzu viel wert gewesen. Fehlentwicklungen seien sicher nicht zu bestreiten, »Aber stellen Sie sich doch einmal vor, das SKET-Kombinat hatte in Magdeburg etwa 15.000 Beschäftigte. Keiner war bereit, das so zu übernehmen. Was sollte man mit diesen Unternehmen auch machen? Also hat die Treuhand eines Tages gesagt, keine Chance, keine Zukunft, es muss zerschlagen werden. Wir haben heute vier Folgebetriebe, mit nicht mehr 15.000, aber inzwischen wieder 8.000 Arbeitsplätzen. Das sind aber krisensichere Arbeitsplätze. So ist zum Beispiel ein Großteil umgestiegen von der Gießerei auf Windkraftanlagen. Da haben wir allein in Windkraftanlagen einen Betrieb, der inzwischen 7.000 Beschäftigte hat. Aber das geht natürlich nicht von einem Tag auf den anderen, solche Entwicklungen brauchen ihre Zeit.« Bedauerlich sei es allerdings, dass es trotz guter Infrastruktur so schwer sei, Neuansiedlungen zu bekommen

Alfred Eichhorn greift das Stichwort »Rückgabe vor Entschädigung« auf und fragt Jes Albert Möller nach seinen beruflichen Erfahrungen als Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder.

Jes Albert Möller rekurriert auf die sicher recht seltene Situation, dass er als Richter über ein Gesetz mit befinden müsse oder über Bescheide, die nach einem Gesetz ergangen seien, das er einmal selber mit beschlossen habe. Es habe sich bei dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen ja um ein Volkskammergesetz gehandelt, dass dann als Bundesrecht weiter gegolten habe, allerdings mehrfach verändert worden sei.¹⁸⁰ Sonst sei vor allen Dingen Landesrecht noch eine Zeitlang weiter in Kraft geblieben. Da die Länder am Ende der DDR noch nicht voll arbeitsfähig gewesen seien, hätten sie eine

180 Vgl. dazu <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/zeitgeschehen/index.page=1266190.html>. Mit der Annahme des Einigungsvertrags beschloss die Volkskammer am 20. September 1990 in zweiter Lesung in Anlage 2 auch das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen. Es befand sich im Anhang zum Einigungsvertrag. Das Gesetz regelte Ansprüche an bestehenden Vermögenswerten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Dazu zählten Grundstücke, die enteignet, in sog. Volkseigentum überführt, verschenkt, veräußert oder nicht bestimmungsgemäß vererbt worden waren oder auf die ihre Eigentümer aus anderen Gründen verzichten mussten. Ausgenommen waren Enteignungen nach Besatzungsrecht. Verlorene Vermögenswerte sollten auf Antrag grundsätzlich zurückgegeben werden. Wenn dies ausgeschlossen war, sollte eine Entschädigung gezahlt werden. Zu den ehemaligen Eigentümern und deren Erben zählten auch sog. Republikflüchtlinge und NS-Verfolgte.



IV. Podium,
Jes Albert Möller

gesetzliche Grundausstattung gebraucht, daher habe etwa das Polizeirecht, das Kommunalrecht, das Schornsteinfeger-Recht, das Vermessungsgebührenrecht und vieles andere mehr aus der DDR als Landesrecht weiter gegolten. Von daher gesehen habe das Volkskammerrecht eigentlich sehr, sehr lange noch existiert. Jes Möller, der erst nach der Volkskammerzeit mit dem Jura-Studium begonnen hat und 1998 Richter wurde, erinnert sich, dass er sogar noch recht häufig mit »eigenen« Rechtsvorschriften befasst gewesen sei. Es habe sich für ihn dann die »doch ziemlich einzigartige Situation« ergeben, dass er in den mündlichen Verhandlungen häufig erklären konnte, wie das Gesetz gemeint gewesen sei.

Seiner Meinung nach werde in der heutigen Diskussion beim Vermögensgesetz auf die eigentlichen Schwächen in der Regel kaum eingegangen. Es gebe eine bestimmte Interessengruppe, die sich häufig öffentlich äußern würde, die aber eigentlich gar nicht so schlecht dabei weggekommen sei, nämlich die der Opfer der besatzungsrechtlichen und besatzungshoheitlichen Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949. Diese Gruppe habe Ausgleichsleistungen erhalten, und auch dazu gebe es manchmal Klagen. Wenn man die Bescheide und die meist recht ansehnliche Höhe der Leistungen sehe, so relativierte sich das Lamentieren über das geschene Unrecht. Hingegen gebe es eine Opfergruppe, die in den Medien gar nicht zu Wort komme, auch

weil die Medien nicht unbedingt ostdeutsch geprägt seien. Es handle sich um die Opfer der Zwangskollektivierung, von denen eine bestimmte Fallgruppe völlig leer ausgehe. Die Betroffenen seien Bauern gewesen, die in den Westen gegangen sind und dann ihr Bodenreformland verloren haben. Bei diesen Personen werde nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gesagt: Die politische Verfolgung war natürlich da, das sind ja auch furchtbare Fälle, die da geschehen sind, aber diese politische Verfolgung sei nicht auf das Eigentum gerichtet gewesen, vielmehr sollten sie ja nur in die LPG eintreten und dann hätten sie ihr Eigentum auch nicht verloren. Dies sei eine Opfergruppe, von der man eigentlich überhaupt nichts höre und der ganz übel mitgespielt worden sei, weil sie nicht einmal Entschädigungsleistungen erhalte. Bei den Opfern der Zwangskollektivierung handle es sich um eine Fallgruppe, bei der er sich damals bei der Beratung des Vermögensgesetzes nicht habe vorstellen können, dass sie dann tatsächlich von der Rechtsprechung so schlecht bedacht werden würde.

Es gebe noch eine andere Gruppe, die mit dem Vermögensgesetz nichts zu tun habe, die aber letztlich in der Rechtsprechung auch sehr, sehr schlecht weggekommen sei. In der Volkskammer sei darüber gesprochen worden, dass alle Besitzwechselerordnungen, die bis 1990 noch in Kraft waren, schon Anfang März 1990 unter Modrow aufgehoben worden seien. Man sei davon ausgegangen, dass diese Personen dann über ganz normales Eigentum verfügt hätten, das ab dem 3. Oktober unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen würde, so dass vonseiten der Volkskammer kein Handlungsbedarf bestanden habe. Später wurde dann gesagt, in der DDR sei ja teilweise mehr oder weniger willkürlich das Bodenreformland wieder entzogen worden, und zwar sehr uneinheitlich. Das sei auch richtig gewesen, von Bezirk zu Bezirk sei uneinheitlich vorgegangen worden. Die DDR sei ja kein Rechtsstaat in dem Sinne gewesen, dass nun republikweit bestimmte Vorschriften galten, sondern das habe dann der Ratsvorsitzende im Rat des Bezirkes X so gemacht, der in Neubrandenburg habe es eben anders gemacht als der im Bezirk Potsdam, das lasse sich auch heute aus den Akten häufig noch gut nachvollziehen. In der schwarz-gelben Regierungszeit 1992/93 sei gesagt worden, es sei doch eigentlich ungerecht, dass manche dabei ihr Eigentum verloren hätten und andere nicht, dann sollten es doch alle verlieren. Daraufhin wurde eine gesetzliche Regelung mit einsprechendem Inhalt gemacht. Wer im Grundbuch eingetragen gewesen sei, der blieb auch weiter dort stehen, aber die Erben von Bodenreformland, die seien es los geworden, sofern

sie nicht die persönlichen Merkmale aufwiesen, die seinerzeit nach sozialistischem Recht die Eigentümer von Bodenreformland aufweisen mussten.

Hans-Joachim Hacker meldet Widerspruch an. Die Bodenreformproblematik sei eine essenzielle Frage bei der deutschen Wiedervereinigung gewesen. Er könne sich noch gut erinnern, dass er auf der Fahrt zur Volkskammer an Brückenpfeilern an der Autobahn vorbeigekommen sei, an denen große Plakate hingen, auf denen stand: »Währungsumstellung 1:1 und Bodenreform muss erhalten bleiben«. Und das, was in der Bodenreform geschehen sei und in der Folge in der DDR entschieden worden sei, das sei bestehen geblieben. Es sei richtig, dass im Zuge der deutschen Einheit mit dem Vermögensgesetz und in den Folgegesetzen der Zustand, wie er in der DDR war, festgeschrieben worden sei, das heißt, die Leute, die in der DDR Bodenreformland bekommen haben und die DDR-Bedingungen für die Nutzung und den Besitz, nicht das Eigentum, den Besitz an Bodenreformland erfüllt haben, die seien auch heute noch Bodenreformeigentümer, richtige Eigentümer nach dem BGB.

»Die Besitzwechselverordnungen, die nach der Übergabe von Bodenreformland in der DDR in mehreren Etappen erlassen worden waren, stellten ja nicht nur die Urkunde in Frage, sondern machten die Urkunde ungültig, auf der der Bauer mit dem Pflug zu sehen war und draufstand: Sie bekommen Bodenreformland zu vollem Eigentum übertragen. Es war kein volles Eigentum. Bodenreformland war solange Besitz – Besitz und nicht Eigentum – wie der Bodenreformberechtigte das Bodenreformland als privater freier Bauer oder später in der LPG nutzte. Die Probleme, die wir hatten, die resultierten daraus, dass nicht wenige Bodenreformberechtigte, zum Beispiel Personen, die aus den Ostgebieten gekommen sind, Bodenreformflächen nicht ordentlich bewirtschaften konnten, weil sie keine landwirtschaftlichen Kenntnisse hatten und relativ schnell die Bodenreformflächen wieder abgegeben haben, oder – die größere Fallgruppe wahrscheinlich, – dass Erbfälle eingetreten sind und die Kinder des Bodenreformberechtigten die Bodenreformfläche von fünf oder sechs Hektar nicht bewirtschaften konnten oder nicht mehr bewirtschaften wollten.« Dann habe es zwei Konstellationen gegeben: »Die einen haben gesagt, was ist denn hier mit dem Land von Vater, das müssen wir jetzt einmal klären. Dann sind sie zum Rat des Kreises gegangen, Abteilung LPG und Bodenrecht, und da wurde einfach gefragt: Ja, wo arbeiten Sie? Ich arbeite in VEB Elektromotorenwerk Teltow und die andere Tochter bei

der Deutschen Post und schwuppdwupp ging das Bodenreformland über in Volkseigentum oder Staatseigentum, genauer gesagt. Und dann gab es diejenigen, die sich anders verhalten haben und auch in den gleichen Betrieben waren, sich aber um nichts gekümmert haben, die gesagt haben, ist ja sowieso Land, das wir nicht nutzen können, ist in der LPG. Das lassen wir einfach stehen. Und so standen 1990 noch längst verstorbene Bodenreformbesitzer im Grundbuch und diese Fälle mussten wir abwickeln.«

Zwischen Publikum und Podiumsteilnehmern entsteht eine Diskussion darüber, ob diese Entscheidungen richtig gewesen seien.

Hans-Joachim Hacker: »Wir reden ja im Zuge der Diskussion um die deutsche Einheit oft über das Prinzip Gerechtigkeit und Gleichbehandlung. Was haben wir 1992 getan? Wir haben eine Entscheidung getroffen, die genau am Prinzip der Gleichbehandlung orientiert war. Wir haben die Leute, die 1982 einen Erbfall hatten und zum Rat des Kreises gegangen sind und diejenigen, die nicht zum Rat des Kreises gegangen sind, gleichbehandelt. Die Erben, die sich 1992 gemeldet haben, deren Vater noch im Grundbuch stand, die in der DDR-Zeit nie hätten erben können, weil sie die Bedingungen nicht erfüllt haben, die haben wir so behandelt wie einen anderen DDR-Bürger, der nach dem Erbfall zum Rat des Kreises gegangen ist. Ich halte das im Übrigen für gerecht.«

Jes Albert Möller weist auf einen anderen Aspekt in der Gerechtigkeitsdebatte hin: »Ich war 1990 ein großer Befürworter von ›Entschädigung vor Rückgabe‹, damit sofort eine Kapitalausstattung erfolgen konnte, damit alles sofort verkehrsfähig wurde. Ich glaube heute noch, wirtschaftlich wäre es wahrscheinlich günstiger gewesen. Andererseits sehe ich jetzt auch Menschen im Gerichtssaal, die 1950 wegen Kleinigkeiten ein paar Jahre nach Bautzen gekommen sind, und die heute sagen, ich möchte mein Grundstück zurück haben, das mir damals weggenommen worden ist. In solchen Fällen ist ein ganz großer Beitrag zum inneren Frieden und zur inneren Einheit, dass man sagen kann, wir schauen uns das noch einmal an. Natürlich gibt es da auch Trittbrettfahrer, klar. Das ist eine immense Aufgabe für Bürokratie

»Ich war 1990 ein großer Befürworter von ›Entschädigung vor Rückgabe‹, damit sofort eine Kapitalausstattung erfolgen konnte, damit alles sofort verkehrsfähig wurde. [...] Andererseits sehe ich jetzt auch Menschen im Gerichtssaal, die 1950 wegen Kleinigkeiten ein paar Jahre nach Bautzen gekommen sind, und die heute sagen, ich möchte mein Grundstück zurück haben, das mir damals weggenommen worden ist. In solchen Fällen ist ein ganz großer Beitrag zum inneren Frieden und zur inneren Einheit, dass man sagen kann, wir schauen uns das noch einmal an.«

und Gerichte, aber letztlich hat dieses Prinzip dazu geführt, dass Hunderttausende vermögensrechtliche Unrechtsfälle rückabgewickelt worden sind. Das fängt übrigens am 30. Januar 1933 an. Ich habe Verfahren entschieden, in denen es darum ging, dass im März 1933 der jüdische Alteigentümer aus dem Fenster flüchten musste, weil die SA vor der Tür stand, bis hin zum Frühjahr 1990, wo noch das eine oder andere vielleicht nicht so gehandhabt worden ist, wie man das hätte erwarten können. Die immense innere Befriedung, die sich durch solche Verfahren erreichen lässt, wird heute viel zu wenig gewürdigt. Dabei spielt auch die Frage der Stasi-Akten eine wichtige Rolle. Wir stellen häufig Anfragen an die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und wollen wissen, was habt ihr denn dazu in den Stahlschränken, wenn Leute behaupten, sie seien verfolgt worden. Und das bestätigt sich manchmal, und manchmal eben auch nicht. Das heißt also, wir fragen, was ist in der DDR an Unrecht geschehen, und das machen wir jetzt in gewisser Weise wieder gut.«

Alfred Eichhorn spricht Jes Albert Möller auf einen Artikel über seine Erinnerungen an die Volkskammerzeit an¹⁸¹, in dem er berichtet, dass viele Mitglieder der SPD-Fraktion das Innenressort für die SPD gefordert hätten, Wolfgang Thierse aber mit dem Hinweis auf mögliche soziale Unruhen und die Rolle Gustav Noskes in der Revolution von 1918 als Volksbeauftragter für Heer und Marine, beziehungsweise als Reichswehrminister, davon abgeraten habe – ob es richtig gewesen sei, diesem Ratschlag zu folgen?

Jes Albert Möller: Es habe dafür schon Aspiranten gegeben, aber im Hinblick auf die in Frage kommenden Persönlichkeiten hätte es sicher im Einiigungsprozess keinen großen Unterschied bedeutet.

Der Moderator: »Interessant aber ist die Perspektive, die Wolfgang Thierse damals einbrachte. Es war nämlich die Perspektive der Revolution in einer Zeit, in der man von Friedlicher Revolution nicht unbedingt sprach.«

Jes Albert Möller erinnert daran, dass viele Revolutionen eine spektakuläre Phase und eine Phase der Konsolidierung und der Neuformierung gehabt hätten, und in diesem zweiten, ruhigeren Zeitabschnitt, der in der zeitge-

181 Vgl. Möller: »Dann nimmt doch Regine Hildebrandt«, S. 38.



IV. Podium, Konrad Elmer-Herzig, Hans-Joachim Hacker

schichtlichen Forschung gar nicht so wahrgenommen werde, gebe es oft die eigentlichen Fehlentwicklungen. Wenn die Volkskammer diese ruhigere Phase der Revolution ganz gut bewältigt habe, so liege das seiner Meinung auch daran, dass man Luftschlösser wie eine neue Verfassung nicht weiter bearbeitet, sondern sich darauf konzentriert habe, Schritt für Schritt im Einklang mit den europäischen Nachbarn, aber auch unter möglichst weitgehender Wahrung der Interessen der DDR-Bevölkerung das Ganze so zu gestalten, dass es danach auch einigermaßen funktioniert habe. »Und von daher glaube ich, dass der Erfolg der friedlichen, freiheitlichen, deutschen und osteuropäischen Revolution ganz wesentlich damit zusammenhängt, dass in dieser zweiten Phase, ab dem 18. März bis zum 3. Oktober 1990, die richtigen Entscheidungen getroffen worden sind.«

***Der Moderator** knüpft an Jes Möllers Bemerkung über die Verfassungsfrage an und fragt Hans-Joachim Hacker nach seiner Beurteilung.*

Hans-Joachim Hacker: »Ich bin ein nüchterner Mensch, ich würde sagen, die Diskussion mit der Zielrichtung, eine neue Verfassung in der noch exis-

tierenden, aber untergehenden DDR zu schaffen, war illusorisch. Das Blocksystem, insbesondere mit dem Verfassungsgrundsatzgesetz als wesentlicher Voraussetzung für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, in dem wir die Kernelemente des Grundgesetzes auf das Gebiet der DDR übertragen haben, das war der richtige Weg. Ich will hier nicht von alternativlos reden, aber in der historischen Situation wurde damit der Rahmen für die weiteren Schritte zur deutschen Einheit geschaffen.«

***Der Moderator** erinnert an Hans-Joachims Hackers gestrige Ausführungen zum Juristenberuf in der DDR an und fragt nach der Rolle des Elitenwechsels am Ende der DDR.*

Hans-Joachim Hacker: »Elitenwechsel sind die logische Folge von Gesellschaftsbrüchen. Wir hatten in der DDR einen solchen Gesellschaftsbruch. Wir in der SPD haben ihn bewusst gefördert und auch gewollt. Wenn mit Elitenwechsel gemeint ist, dass eine politische Führungsschicht ausgewechselt und durch eine demokratische ersetzt wird wie in der DDR, ist das die logische Konsequenz einer Revolution, jedenfalls wenn man davon ausgeht, dass es eine Revolution war und keine ›Wende‹, wie das fälschlicherweise oft gesagt wird. Dass bei diesem Elitenwechsel in Bereiche mit eingegriffen worden ist, die man hätte schützen können, das sehe ich auch. Ich denke an den akademischen Bereich, aber das hat am Ende etwas mit der Neustrukturierung der Universitäts- und akademischen Landschaft zu tun. Wenn Sie den politischen Elitenwechsel ansprechen, sage ich unumwunden: Das war dringend notwendig und richtig, weil wir einen demokratischen Rechtsstaat an die Stelle einer Diktatur setzen wollten.« In der DDR habe es von der Ausbildung her natürlich Eliten im Bereich von Forschung und Entwicklung gegeben, im Politikbereich habe aber eine politische Kaste den Staat gelenkt und bestimmt; sie sei im tatsächlichen Sinn des Wortes keine Elite gewesen.

***Der Moderator** fragt nach der Beurteilung der schon erwähnten Bilanz von Thomas de Maizière zur deutschen Einheit.*

Hans-Joachim Hacker: Auch er sei der Meinung, dass man auf dem Weg zur deutschen Einheit in den letzten zwanzig Jahren Riesenschritte gemacht habe. Wenn auf dem Gebiet der früheren Grenzabfertigungsstelle Zarrentin, wo früher Schäferhunde liefen und Vopos patrouillierten, heute ein prospe-



IV. Podium, Alfred Eichhorn, links Hans-Joachim Hacker, Konrad Elmer-Herzig

rierender Wirtschaftskomplex mit ungefähr 2.000 Beschäftigten existiere, mit einer Vielzahl von Unternehmen in unterschiedlichen Branchen, dann sei das zum Beispiel eine »blühende Landschaft«. Dennoch gebe es weiterhin Strukturdefizite im Osten, insbesondere im Bereich von Forschung und Entwicklung. Eine entscheidende Herausforderung vor allem für die Politik in den neuen Ländern sei der Abbau der gravierenden Unterschiede in der Arbeitslosigkeit. Beim Blick auf die Arbeitslosenstatistiken dränge sich immer noch der Eindruck der Zweistaatlichkeit auf, wenngleich man sich die Einteilung in Kategorien von »Ost und West« allmählich abgewöhnen sollte. So verfüge der Landkreis Ludwigslust, der neben der Landeshauptstadt Schwerin zu seinem Wahlkreis gehöre, über ein enormes Entwicklungspotenzial und sei durchaus mit Kreisen in Westdeutschland vergleichbar, sowohl was die Wirtschaftskraft angehe als auch in sozialer Hinsicht. Dennoch existierten nach wie vor die erwähnten Defizite im Bereich von Wissenschaft und Forschung, in deren Verbund Arbeitsplätze entstehen könnten.

Alfred Eichhorn verliest einen Satz aus der Präambel der von einem Konvent der Europäischen Union erarbeiteten Charta der Grundrechte, inzwischen

Grundrechtsteil des Vertrages über eine Verfassung für Europa¹⁸²: »Die Ausübung dieser Rechte ist mit Verantwortung und mit Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft und den künftigen Generationen verbunden.« Er frage sich, warum der Deutsche Bundestag dem problemlos zugestimmt habe, obwohl trotz größter Anstrengungen ein entsprechendes Anliegen im deutschen Einigungsprozess nicht verwirklicht werden konnte, nämlich die Begriffe »Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn« verfassungsrechtlich zu verankern. Für einen der SDP-Gründer, Konrad Elmer-Herzig, sei dies ein »Herzensanliegen« gewesen.

Konrad Elmer-Herzig hebt hervor, dass die Diskussion der Verfassungsfragen in der ostdeutschen Sozialdemokratie wirklich ernst genommen worden sei. Auch Richard Schröder habe eine Verfassungsveränderung angestrebt und den Grundrechtsteil der Verfassung des Runden Tisches ausdrücklich lobend hervorgehoben. So sollte der Katalog der klassischen Freiheitsrechte um die sozialen Sicherungsrechte erweitert werden, das Recht auf angemessenen Wohnraum durch Kündigungsschutz und staatlich geförderten Wohnungsbau gewährleistet, das Recht auf soziale Sicherheit durch ein öffentlich-rechtliches Sicherungssystem festgeschrieben und das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung aufgenommen werden. Auch wenn man – was ihm eingeleuchtet habe – dies in der hektischen Zeit der Volkskammer nicht hätte verwirklichen können, so habe doch die Absicht bestanden, diese Themen im vereinten Deutschland dann ernsthaft anzugehen. »Wir fallen doch nicht unter die Räuber«, sei ein Schüsselsatz Richard Schröders gewesen – die Realität habe dann aber enttäuscht. Elmers eigener Vorschlag, die Begriffe »Mitmenschlichkeit« und »Gemeinsinn« in die gemeinsame Verfassung aufzunehmen sei der Versuch gewesen, über die bereits am Runden Tisch aufgegriffenen Vorschläge der westdeutschen SPD hinaus etwas Spezifisches aus ostdeutscher Sicht einzubringen.¹⁸³

Der Moderator zitiert aus *Erinnerungen Konrad Elmer-Herzigs an 1989*: »Ich glaube, dass die Sozialdemokratie in Deutschland an den basisdemokratischen

182 Der Vertrag von Lissabon mit der darin enthaltenen Grundrechtecharta trat am 1.12.2009 in Kraft.

183 Zu Konrad Elmer-Herzigs Initiative, in die Verfassung den Satz aufzunehmen: »Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aufgerufen«, vgl. Bremers: Die Gemeinsame Verfassungskommission, S. 268–270.

Impulsen von Rosa Luxemburg und Hannah Arendt nicht mehr vorübergehen kann, sondern wir diese in der innerparteilichen Struktur mehr und mehr zum Zuge bringen werden, und dass man sich dabei an die Anfänge von Schwante erinnern wird, an jenen Ort, wo keine Wendehälse ihren Vorteil suchten, sondern unerschrockene Menschen einen neuen Anfang wagten. Denn auf den Anfang kommt es an!«¹⁸⁴ Inwieweit sei es Konrad Elmer-Herzig gelungen, diese Gedanken in die sozialdemokratische Politik einzubringen?

Konrad Elmer-Herzig: »Ich habe nicht den Eindruck, dass die Zeit für meine Thesen gekommen ist, aber so ab und zu blitzt mal wieder etwas auf. Wir haben ja in DDR-Zeiten immer ›Panorama‹ und ›Kennzeichen D‹ gesehen und dadurch auch die Defizite der westdeutschen Gesellschaft gekannt, zum Beispiel das Problem der Arbeitslosigkeit, bei dem solche Staatsziele hilfreich sein könnten, weil sie einen sozialen Abbau wie er unter Schwarz-Gelb zur Zeit abläuft, verfassungsrechtlich erschweren würden. Wir wollten nicht nur einfach alles übernehmen, sondern ganz Deutschland ein Stück weiter voranbringen. Mir lag auch daran, die Demokratie weiter auszubauen als das im klassischen Parlamentarismus möglich ist. Hannah Arendt, die Sie vorhin zitiert haben, vertritt ja die These, dass die parlamentarische Demokratie eine verkappte Monarchie sei, in der lediglich der führende Kopf etwas früher ausgewechselt werden kann als in alten Zeiten.«

»Wir wollten nicht nur einfach alles übernehmen, sondern ganz Deutschland ein Stück weiter voranbringen. Mir lag auch daran, die Demokratie weiter auszubauen als das im klassischen Parlamentarismus möglich ist.«

Der Moderator fragt nach Konrad Elmer-Herzigs politischen Visionen – das klinge ja »wie ein Aufruf zur nächsten Revolution«.

Konrad Elmer-Herzig: »Ich glaube nicht, dass die Art Demokratie, wie wir sie haben, auf Dauer einem Politiker, der sich seiner Würde bewusst ist, gut tut. Gerade bei meinen Bemühungen um den Mitmenschlichkeitspassus habe ich erlebt, wie am Ende sechzig Parlamentarier, von denen man ja denkt, es seien gestandene Leute, aufgrund des von ihrer Fraktionsfüh-

¹⁸⁴ Unter diesem Titel hatte Konrad Elmer-Herzig einen Erlebnisbericht über die SDP-Gründung verfasst und Hans-Jochen Vogel vorgelegt. Er wurde auch als Titel für den von Wolfgang Herzberg und Patrik von zur Mühlen herausgegebenen Band mit Interviews der SDP-Gründer übernommen (vgl. Herzberg/Von zur Mühlen: Auf den Anfang kommt es an, S. 5).



IV. Podium, Konrad Elmer-Herzig

rung ausgeübten Druckes schließlich gegen ihre eigene Unterschrift unter dem Antrag zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn im Verfassungsrang gestimmt haben. Und wenn dann einer sogar unter Tränen zu mir kommt und sagt, Herr Elmer, ich habe unterschrieben, ich würde Sie gerne unterstützen, aber ich bin auf einen Listenplatz angewiesen, habe Familie, ich muss davon jetzt zurücktreten – dann muss man doch wohl sagen: Da ist etwas verbesserungsbedürftig.« Er bedauere, dass er sich mit seinen Vorstellungen zu einer Parteienstruktur, die stärker von der Basis her geprägt sei als vom Zentrum, nicht habe durchsetzen können. Im Rahmen der Vereinigungsverhandlungen mit der westdeutschen SPD sei es ihm jedoch immerhin gelungen, den programmatischen Satz aus dem Statut der SDP hinüberzuretten, in dem ausdrücklich betont wurde, dass sich die innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben vollziehen solle.

Aus dem Publikum, Christine Lucyga knüpft als ehemalige Volkskammer- und spätere Bundestagsabgeordnete an das Podiumsthema »Alltags- und Umbrucherfahrungen« an und fragt, was denn überhaupt aus dem Osten und der Volkskammerarbeit in die westdeutsche Wirklichkeit eingegangen

sei. Einem ausschließlich männlich besetzten Podium sei vielleicht nicht in Erinnerung wie die Frauen in Westdeutschland jahrelang hartnäckig für die Streichung oder Aufhebung des § 218 gekämpft hätten, während in der DDR eine Fristenregelung bestanden habe. Im Einigungsvertrag sei dann ja ein Kompromiss gefunden worden, wonach die Fristenregelung in den neuen Bundesländern eine Weile weiter bestanden habe, und der gesamtdeutsche Gesetzgeber verpflichtet worden sei, eine Lösung zu finden. »Und es ist etwas gekommen, das zwar hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist, aber eine Fristenregelung mit Beratungspflicht, die immerhin ein Fortschritt war.« Der Darstellung, dass es zu der Art und Weise wie die Treuhand die Betriebe abgewickelt hat, keine Alternativen gegeben habe, könne sie nicht zustimmen. Sie erinnert daran, dass gerade die SPD den Vorrang der Sanierung vor Privatisierung betont habe. »Blühende Landschaften« seien da entstanden, wo Gelder wirklich zielgerichtet in die Regionen geflossen seien. Sie weist auf negative Beispiele hin, wo Fördermittel abgeschöpft worden seien, um die eigenen Betriebe zu sanieren oder Konkurrenten auszuschalten: Beim Verkauf der Werften an die Bremer Vulkan, der Berliner Glühlampenwerke an Osram und – aus ihrem damaligen Wahlkreis – auf den Fall der VEB-Bergungs-Reederei, ein außerordentlich effizientes Unternehmen, das an Niederländer verkauft worden sei, deren Interesse wohl weniger dem Erhalt des Unternehmens als seinen materiellen Ressourcen und den Fördergeldern in Millionenhöhe galt, die ohne Gegenleistung abgeschöpft wurden. Das Unternehmen wurde ruiniert.«¹⁸⁵

Rolf Schwanitz weist darauf hin, dass es zumindest in den ersten fünf, sechs Jahren nach der Einheit eine Grundphilosophie gegeben habe, die besagte: Eigentlich ist im Westen alles in Ordnung und es geht nur darum, dafür zu sorgen, dass der Osten so schnell wie möglich so wird wie der Westen. Das sei natürlich eine totale Fehleinschätzung gewesen. Viele Dinge seien heute noch durchaus aktuell, zum Beispiel die medizinischen Versorgungszentren, die man nicht Polikliniken nennen durfte, weil Ideologen in der

185 Die Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei Rostock hatte 1990 ca. 2.500 Beschäftigte und eine aus Seeschleppern, Eisbrechern, Bergungsschiffen, Lotsenbooten und Baggerschiffen bestehende Flotte von 130 Schiffen. Die Trauhandanstalt wandelte den VEB in eine GmbH um, die an die niederländische Jan-Zwagermann-Gruppe verkauft wurde. Zwei Jahre später ging die GmbH mit den verbliebenen 900 Arbeitnehmern in die Insolvenz, Zwagermann wurde wegen Betrugs verurteilt. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Bagger-,_Bugsier-_und_Bergungsreederei_Rostock.

Medizin und in der Gesundheitspolitik im freiberuflich tätigen Arzt die einzig vorstellbare Existenzform für den Arzt schlechthin gesehen hätten. Heute habe sich deutschlandweit die Auffassung durchgesetzt, dass es sich bei den Polikliniken durchaus um ordentliche, gute und sogar wirtschaftlich effiziente Strukturen handele. Ähnliches gelte für den schulischen Bereich. Rolf Schwanitz ist überzeugt, dass eine Umfrage in Deutschland zum Thema gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse wie in der alten DDR, nur ohne die damals übliche ideologische Prägung, große Zustimmungswerte ermitteln würde. Den kostenfreien Zugang zu Kindertagesstätten habe man damals in der Volkskammer auch beim Einigungsvertrag diskutiert, ohne Erfolg natürlich, das sei dann unter Landesrecht gefallen, und die Länder hätten das gemacht, was sie als Modell aus den alten Bundesländern übernommen hätten. Der Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren – für die Sozialdemokratie eine wichtige, programmatische Frage – sei dann erst in der großen Koalition durchgesetzt worden. Es gebe viele Fragen, die damals im Ansatz diskutiert worden seien, deren Bedeutung jetzt offensichtlich geworden sei, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch nicht so hoch eingeschätzt worden sei.

Wilhelm Polte erinnert an den Auftrag der Treuhand. »Es ging an vielen Stellen auch darum, den Unternehmen eine Chance zur Weiterproduktion zu geben, und da ist auch viel Geld geflossen. Ich will nur einmal ein Beispiel aus Magdeburg bringen. Wir hatten das SKL, also den Schmiermaschinenbau Karl Liebknecht, die haben Dieselmotoren gebaut, gute Qualität, und haben über Jahrzehnte die Fischfangflotte der Sowjetunion mit Dieselmotoren versorgt. Dann kam die Westmark. Die haben weiter hervorragende Produkte produziert, keiner wollte sie haben. Und die, die sie haben wollten, hatten keine Devisen. Aber unsere Kollegen wollten ihren Lohn natürlich in Westgeld haben. Dann gab es die Bemühungen mit den Hermesbürgschaften, aber das hat ja nur punktuell etwas gebracht. Kurz und gut: Gute Produktion, kein Absatz, keine Weltmarktbeziehungen, die Geschäftsbeziehungen waren einseitig nach Osten ausgerichtet. Welche Chance sollte dieser Betrieb nun haben? Das soll mir einmal einer sagen, nachdem immer wieder mit Fördermitteln versucht worden ist, ihn am Leben zu erhalten.« Man dürfe auch nicht vergessen, dass der Auftrag der Treuhand gelaute habe, innerhalb von fünf Jahren alles abzuwickeln. Der Zeitdruck sei enorm gewesen. Es habe eine Gemengelage bestanden, über die man im Nachhinein viel diskutieren könne. Er plädiere für den Blick nach vorn.



IV. Podium, Rolf Schwanitz, Jes Albert Möller

Man müsse sich fragen, wo heute Akzente zu setzen seien, und da gäbe es andere Dinge zu monieren. »Bis heute gibt es nicht einen einzigen Vorstand eines DAX-Unternehmens mit Sitz in den neuen Bundesländern. Für diese Unternehmen spielt noch nach wie vor im Westen die Musik. Entsprechend ist die Personalstruktur: Welche Leute mit einer Ostbiografie sind ganz oben angekommen?« Er thematisiert die abnehmende Einwohnerzahl in den ost-deutschen Ländern, die auch mit einer Abwanderung der gut ausgebildeten Eliten einhergehe, ferner die fehlende Angleichung der Einkommensverhältnisse. »Ich kann nicht klagen, dass wir nicht wirklich erhebliches Potenzial haben, aber jeden Tag frage ich mich, wie können wir die Leute halten. Wie halten wir sie auch von den Einkommen her, denn es sind ja andere auf der Welt, die ganz andere Beträge bieten und schon sind die Spitzenleute wieder weg.« Das seien Dinge, die man steuern müsse.

Rolf Schwanitz: »Natürlich gibt es enorme Leistungen, über die wir alle froh und dankbar sein können. Die Umwelt als Stichwort ist noch gar nicht gefallen. Wenn ich mir ansehe, was bei der Sanierung der verstrahlten Gebiete im Erzgebirge passiert ist, auch im Thüringischen oder im Zusammenhang mit der Braunkohlesanierung. Vor ein paar Jahren war ich in Bitterfeld. Die

haben da ernsthaft diskutiert, ob sie sich in ›Bitterfeld am See‹ umbenennen sollen, das muss man sich einmal vorstellen: Bitterfeld am See! Enorme Leistungen also, aber dass es gerade in der Anfangsphase schwere Fehler bei der Treuhandanstalt gegeben hat, das glaube ich, ist unstrittig. Der erste Betrieb, der bei mir zu Hause in Plauen privatisiert worden ist, war das Reifenwerk Plauen. Das hat Vergölst bekommen, und die haben nur eine Sache gemacht: Sie haben die Maschinen herausgeholt und nach Skandinavien geschafft und dann zugeschlossen. Das war am Anfang, und es gab natürlich keine Sanktionsmöglichkeiten, es gab keine Vertragsstrafen, nichts konnte man machen.« Erst Mitte der 1990er Jahre habe man begonnen, stärker strukturpolitische Fragen zu diskutieren, zu überlegen, wie man industrielle Kerne generieren könne, die dann anders zu behandeln seien als ein einzelnes Unternehmen, das irgendwo in den Thüringer Wald gesetzt worden sei. Wenn mehr industrielle Kerne geschaffen worden wären, wie die schon erwähnten Carl Zeiss-Werke in Jena, die ja faktisch in Landeseigentum übernommen worden seien, hätte sich daraus eine solide mittelfristige Perspektive ergeben, da damit dann auch städtebauliche Investitionen und natürlich die Sanierung verbunden gewesen seien. Rolf Schwanitz teilt die Auffassung, dass es zur Privatisierung keine Alternative gegeben habe, sieht aber ein Hauptproblem darin, dass die Überlegungen zur Organisation eines strukturpolitischen Herangehens aus der Treuhandanstalt heraus so spät, und für viele Bereiche eben zu spät gekommen seien.

Aus dem Publikum plädiert **Tilman Fichter** dafür, den Fokus in dieser Frage auch auf die West-SPD zu richten und erläutert dies mit einer persönlichen Erinnerung: »Als der Kali-Bergbau geschlossen wurde und die Kumpel damals in Bischofferode in den Hungerstreik getreten sind, hatte ich Stallwache im Ollenhauer-Haus und habe mich als guter Sozialdemokrat sofort mit den Streikenden solidarisiert und eine Presseerklärung herausgegeben: ›Der Parteivorstand im Ollenhauer-Haus solidarisiert sich mit den Kumpels.¹⁸⁶ So schnell waren mein Abteilungsleiter und andere verantwortliche Funktionäre am Wochenende noch nie zurückgekehrt ins Ollenhauer-Haus. Die Erklärung wurde innerhalb von Stunden überarbeitet. Ich wurde nicht kritisiert, denn das war ja menschlich anständig, was ich gemacht hatte,

¹⁸⁶ 1993 traten Arbeiter des Kaliwerks Bischofferode wegen der bevorstehenden Werksschließung in einen wochenlangen Hungerstreik, der großes Aufsehen erregte. Vgl. <http://www.mdr.de/damals/archiv/6309182.html>.

aber es war halt politisch nicht opportun, denn unsere Kumpels, das waren die Kali-Kumpels im Westen, und da mache man sich nichts vor, die West-SPD hat knallhart die Interessen der Arbeitnehmer im Westen vertreten gegen die sozialen und ökonomischen Interessen im Osten. Aus meiner Sicht haben es die ostdeutschen Sozialdemokraten damals versäumt, dagegen zu halten, und eine Auseinandersetzung zu erzwingen, gerade auch mit dem westdeutschen Teil der SPD. Die ostdeutschen Genossen sind meines Erachtens viel zu treuherzig gegenüber der westdeutschen SPD gewesen und haben geglaubt, dass man innerhalb der Partei gemeinsam dieselben Interessen vertrete. Deutschland war jedoch tief gespalten, sozial, ökonomisch, und die West-SPD ist durch die Einheit überrollt worden, darüber haben wir ja gestern schon gesprochen, und es gab nur noch ganz wenige ältere Sozialdemokraten wie Willy Brandt oder Hermann Rappe, die gesamtdeutsch gedacht und gefühlt haben.«

Konrad Elmer-Herzig stimmt dem zu und verweist auf die Hauptstadtdiskussion, bei der sich die SPD »peinlicherweise« noch 1991 gegen Berlin entschieden habe.¹⁸⁷ Er habe auch nie verstehen können, warum die ostdeutschen Sozialdemokraten von den westdeutschen nicht vorgewarnt worden seien, dass man im Einigungsvertrag wenigstens die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung hätte festschreiben müssen, weil bei den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag andernfalls keine Chance bestehen würde, noch etwas Entscheidendes durchzusetzen – in diesem Punkt seien die westdeutschen Sozialdemokraten mindestens so blauäugig gewesen wie die ostdeutschen.

Rolf Schwanitz unterstreicht die Einschätzung Tilman Fichters und nennt als Beispiel die ostdeutsche Braunkohle – hier sei niemand auf die Idee gekommen, nach einer Subventionierung zu suchen, hingegen seien auch von der SPD mit der IG Bergbau Energie und anderen die Steinkohlesubventionen mit großen Demonstrationen in Bonn verteidigt worden.¹⁸⁸ Die Bei-

187 Auf dem Bremer SPD-Parteitag 1991 ergab die Abstimmung zur Hauptstadtfage 203 Stimmen für Bonn, 202 für Berlin und endete mit dem Votum für eine Volksabstimmung, die aber von den Regierungsparteien abgelehnt wurde. Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488104.html>.

188 Nach Großdemonstrationen der Bergarbeiter in Bonn wurde 1997 der Kohlekompromiss vereinbart, der betriebsbedingte Kündigungen verhinderte.

trittsmentalität sei tief in der Bewusstseinslage aller verankert gewesen, auch im westdeutschen Teil der eigenen Partei; es gebe sicher Punkte, an denen Konflikte hätten ausgetragen werden müssen.

Aus dem Publikum, Gudrun Marlen Berg war seit 1991 Treuhandmitarbeiterin und bis 2004 bei der Treuhandnachfolgeorganisation tätig. Sie vermisste bei vielem, was gesagt wurde, den Praxisbezug. Sie bitte jeden zu bedenken, der heute im Eigentum wohne, dass er dies beruhigt und in Sicherheit tun könne. Das sei damals nicht der Fall gewesen. Viele hätten sich die Frage stellen müssen, ob ihr Haus auf Dauer ihr Zuhause sein würde. Die Klärung der Eigentumsfragen sei unbedingt notwendig gewesen. Sie frage sich, welches Bild von der Treuhandanstalt in der Diskussion hier zum Ausdruck komme. Die Treuhandanstalt sei 1990 gegründet worden, und zwar von der Volkskammer. Lothar de Maizière habe als erster gesagt, er müsse zwischen Wirtschaftsministerium und Finanzministerium Frieden schaffen. Hier werde die Treuhandanstalt immer so dargestellt, als hätten die bösen Wessis, die von irgendwoher gekommen seien, den Osten nach irgendwelchen Wirtschaftsfaktoren aufgeteilt, ihre Voreile daraus gezogen, aber nichts Gutes hinterlassen. Gegen dieses Bild der Treuhand wehre sie sich. Sie habe eineinhalb Jahre in Magdeburg gearbeitet, kenne aus ihrem Umfeld die vielen Mühen und guten Absichten, nur müsse man bedenken, dass für die Verwirklichung der guten Absichten oft die Grundlagen gefehlt hätten. Man müsse die Arbeit der Treuhand ein bisschen realistischer sehen und das, was »der böse Westen« gewesen sei, von dem trennen, was aus der Entwicklung in Ostdeutschland selbst entstanden sei.

Steffen Reiche

Zur Situation der SPD in Ostdeutschland

»Wenn man über die gegenwärtige Situation und die Zukunft der ostdeutschen Sozialdemokratie nachdenkt, kommt man nicht umhin, zwei einleitende Beobachtungen zu machen. Zum einen hat sich die SDP/SPD nach ihrer Gründung nicht dort besonders stark entwickelt, wo es zu erwarten gewesen wäre – in ihren alten Kernländern Sachsen und Thüringen, also dort, wo vor über 100 Jahren die großen Parteitage stattfanden, in Leipzig, Chemnitz, Eisenach, Gotha, Erfurt, Dresden, Jena und Görlitz –, sondern im Norden. Damit hat sich im Osten das Bild des Westens dupliziert. Die SPD ist stark im Norden, schwächer im Süden – ein überraschender Hinweis auf die deutsche Einheit. Und zum anderen: Es gibt sie nicht, *die* ostdeutsche Sozialdemokratie. Es gibt sie nur in ihren sehr verschiedenen Landesverbänden, die allerdings über eine Reihe gemeinsamer Erfahrungen verfügen und insofern auch über eine gemeinsame Identität.

Die Parteien haben Schwindsucht. Die SPD hat seit unserem Beitritt vor 20 Jahren nach einem kurzfristigen leichten Zugewinn über 400.000 Mitglieder verloren – von über 900.000 zu Beginn der 1990er Jahre auf heute unter 500.000.¹⁸⁹ Die stärkste und älteste Partei Deutschlands ist auf die zweite Stelle nach der CDU, die CSU nicht eingerechnet, zurückgefallen. Nur rund 25.000 SPD-Mitglieder gibt es im Osten (Berlin nicht eingerechnet), mit allen damit verbundenen Folgen für die Finanzierung und die Infrastruktur der Partei. Und das Fatale ist, in West- wie Ostdeutschland gibt es kein Zeichen für eine Trendumkehr beim Mitgliederschwund. Die Annäherung findet weiter statt, bei Stagnation oder langsamerem Zurückgehen im Osten. Das Ganze ist kein Naturgesetz, ich resümiere nur zwanzigjährige Erfahrungen und Beobachtungen.

Zum anderen wird im Osten schon in den nächsten Jahren ein umfassender Generationswechsel stattfinden. Die Partei ist vor zwanzig Jahren

189 Dies wurde im Mai 2011 offiziell bekannt gegeben. Es war der Tiefststand seit 1906. Vgl. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13399153/SPD-Mitgliederzahl-faellt-unter-eine-halbe-Million.html>.

von Dreißig- bis Fünfzigjährigen gegründet worden. Einige von jenen, die damals Landräte oder Bürgermeister wurden, sind, wenn sie in Rente gehen, über zwanzig Jahre im Dienst. Sie kamen aus anderen Berufen, waren Naturwissenschaftler und Ingenieure, und haben anhand konkreter Entscheidungen das politische Arbeiten erst lernen müssen. Sie kannten einander nicht und waren offen für das, was der andere tun würde. Man lernte miteinander und gemeinsam von den gemachten Fehlern. Die jungen Leute hingegen, die in den letzten Jahren in die SPD gekommen sind, haben häufig Politologie studiert, sie haben Praktika in Parlamenten und Verwaltungen gemacht und kennen die Ränkespiele und die Macht der Hinterzimmer. Durch die gemeinsame Zeit bei den Jusos und über Praktikantenstammtische sind sie mit ihren Genossen über Jahre bekannt und befreundet. Sie wissen, was sie von den anderen zu erwarten haben.

Die Abwanderung von Leistungsträgern aus Ostdeutschland ist angesichts einer im Schnitt nach wie vor doppelt so hohen Arbeitslosigkeit noch nicht gestoppt. Die Ablehnung von Parteien ist wegen der Erinnerung an ihre Rolle in der DDR-Zeit und wegen der Unzufriedenheit mit der Situation insgesamt im Osten größer als in den Westländern. Junge Leute gehen noch weniger gern als im Westen in Parteien. Die junge Generation von heute ist nach den Shell-Studien politisch interessiert, aber sie scheut ›lebenslange‹ Bindungen wie sie in Parteien zumindest tendenziell getroffen werden. Junge Menschen bringen sich lieber temporär und lokal begrenzt in Vereine und Bürgerinitiativen ein, die sie wieder verlassen, wenn sie ihre Ziele erreicht haben. Sie wollen nicht vereinnahmt werden, sondern wollen entsprechend ihren Überzeugungen oder der Bereitschaft sich zu engagieren, auch wieder wechseln.

Kaum jemand erwartet, das wir unsere Mitgliederzahl in den nächsten Jahren auch nur halten können. Denn welche Herausforderungen kommen auf uns zu? Obwohl wir in den neuen Ländern überproportional viel Geld ausgeben konnten pro Kopf, hat das Geld nie gereicht und wir haben uns in den letzten zwanzig Jahren – im Vergleich zu den alten Bundesländern – mit mindestens dreifacher Geschwindigkeit auf Westniveau verschuldet. Was dort in sechzig Jahren an Schulden aufgetürmt wurde, haben wir in zwei Jahrzehnten übertroffen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wird im Osten daher mit besonderer Wucht wirken. Und selbst eine große Koalition wird nie wieder eine Zweidrittelmehrheit haben, um sie zu mildern oder abzuschaffen. Die SPD wird sich gern an die fröhlichen Zeiten

erinnern, als uns nur Daumenschrauben angelegt waren. Im Prokrustesbett der nächsten zehn Jahren werden wir im Osten die Landeshaushalte mindestens um ein Fünftel des Haushaltsvolumens kürzen müssen. Die Schmerzen waren nicht unerheblich, als der Riese Prokrustes mit Macht für ein viel kleineres Bett passfähig gemacht wurde.

Hinzu kommt: Die Europäischen Investitionsmittel der Ziel-1-Gebiet-Förderung¹⁹⁰ fallen bis 2015 weg. Die Mittel aus dem Solidarpakt II laufen bis 2019 aus. Schulden können ab 2016 definitiv nicht mehr gemacht werden. Aber die Zahl der Pensionäre steigt und damit steigen die Ausgaben des Landes für die Beamtenpensionen. Was in den letzten 20 Jahren durch Verbeamtung gespart wurde, ist jetzt zu zahlen und zwar länger als früher. Dafür Verantwortung tragen möchten nur wenige. Ein weiterer wichtiger Punkt also, der sich nachhaltig negativ auf die Mitgliederentwicklung auswirken wird. Wir werden mit den schmerzhaften Konsolidierungsentscheidungen der nächsten Jahre eher Mitglieder verlieren als neue hinzuzugewinnen. In eine Partei einzutreten, um beim Sparen mitzuhelfen, ist nicht attraktiv.

»Wir werden mit den schmerzhaften Konsolidierungsentscheidungen der nächsten Jahre eher Mitglieder verlieren als neue hinzuzugewinnen. In eine Partei einzutreten, um beim Sparen mitzuhelfen, ist nicht attraktiv.«

Die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft fand in den letzten Jahren bei einer kontinuierlichen Verbesserung der Lage statt. Die Herausforderung der nächsten Jahre aber ist eine andere. Dabei sollten wir uns vor Augen halten, dass wir bis 2020 nichts anderes als eine Normalisierung erreichen müssen. Denn im Moment geben wir pro Kopf der Bevölkerung deutlich mehr aus als im Westen, und ab 2020 stehen uns nur noch in etwa dieselben Mittel pro Kopf zur Verfügung wie in den ärmeren Westländern. Man wird dies nicht als Menschenrechtsverletzung bezeichnen können, so werden es manche unserer potenziellen Wähler aber wohl empfinden und sich entsprechend verhalten.

Die SPD hat im Osten einen in der Geschichte der Nachkriegszeit einzigartigen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Sie ist nach ihrer Wiederbegründung nicht wieder zur Volkspartei geworden, außer vielleicht in Brandenburg. Aber dass sie in einer Zeit der Sozialdemokratisierung der gesamten deutschen Parteienlandschaft in manchen Ländern dauerhaft auf Platz drei abrutschen würde, unter 10 Prozent, in Gefahr gar hinter extreme

190 EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand.

Parteien zu rutschen wie in Sachsen, ist eine unerwartete Demütigung. Diese Erfahrung der sächsischen und thüringischen SPD, wie sich Platz drei anfühlt, könnte schon bald durch die Erfahrung, hinter die Grünen zu rutschen, noch übertroffen werden. Auch in den westdeutschen Ländern werden wir es bald in der Mehrzahl mit Fünf-Parteien-Parlamenten zu tun haben. Neue Farbkombinationen werden dadurch notwendig und möglich. Noch sind nicht alle Zweierkonstellationen ausprobiert, da gibt es schon erste Dreierkoalitionen: Schwarz-Grün in Hamburg und Schwarz-Gelb-Grün im Saarland dürften die letzten Westneuerungen auf Jahre sein, die nächsten finden wieder im Osten statt, da geht es dann vor allem um Dreierkonstellationen mit der Linken.

Über Jahre haben sich manche von uns über diese Situation mit der Möglichkeit einer späteren Fusion von SPD und PDS getröstet. Dann sollte endlich die vor 90 Jahren verloren gegangene Einheit der Linken wieder hergestellt werden, denn die Spaltung der Linken hat ja schon in den 1930er Jahren so viel Not über Deutschland gebracht. Zudem macht uns alle bis heute rasend, dass sich der Rest der kommunistischen Staatspartei als Linke definiert, obwohl sie im Grunde samt ihrer Wählerschaft eher konservativ ist. Denn, das erfahren wir in Brandenburg zurzeit mit aller Deutlichkeit: Die Bereitschaft zu Reformen ist in diesen Kreisen gering, und auch bei dem von ihnen geforderten Mindestlohn sind sie nur verbalradikal. Wenn es um die Umsetzung geht, müssen wir den zuständigen Minister der Linkspartei drängen, wenigstens im eigenen Einflussbereich die Gestaltungskompetenz zu nutzen.¹⁹¹ Angesichts der rasant wachsenden Bedeutung kleiner Parteien und der immer größeren Notwendigkeit und Normalität von Dreierkoalitionen ist die Chance für einen Zusammenschluss wohl für immer vorbei. Die Linke ist etabliert, sie hat weniger politische Ideale als man vermutet.

191 Erst im Februar 2010 einigte sich die brandenburgische Koalitionsregierung aus SPD und Linke auf die Einführung von Mindestlöhnen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Vorbild war die Regelung in Berlin (7,50 Euro). Allerdings verknüpfte Brandenburg damit wesentlich weniger Auflagen als Berlin, wo Unternehmen beim Erhalt öffentlicher Aufträge auch nachweisen müssen, ob sie Frauen fördern oder internationale Arbeitsnormen einhalten. Darüber hatte es eine Auseinandersetzung zwischen SPD und Linkspartei gegeben, wobei sich Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke), der die Unternehmen nicht zu sehr einschränken wollte, gegen den Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) durchsetzte. Vgl. <http://www.morgenpost.de/printarchiv/brandenburg/article1259240/Oeffentliche-Auftraege-nur-bei-einem-Mindestlohn.html>



*Steffen Reiche:
»Zur Situation der SPD
in Ostdeutschland«*

Eher könnte es im Osten bei den Ländern Fusionen geben. Seit Jahren setze ich mich dafür ein, dass die Politik einen weiteren Anlauf unternimmt, den Brandenburgern die Vorzüge einer Fusion mit Berlin nahezubringen. Aber die Brandenburger Politiker wollen das erst angehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich selbst von der Notwendigkeit der Länderfusion überzeugt haben und mehrheitlich dafür sind. Eine Not jedoch, die Fusionen mit anderen Ländern unausweichlich machen würde, möchte man aber nicht miterleben als aktiver Politiker. Mit dem Hinweis auf erfolgreiche kleine Nationalstaaten wie Luxemburg wird man sich in Deutschland leider weiter erfolgreich gegen größere Bundesländer wehren – auf Seiten der Politik, aber mehr noch auf Seiten der Bürger. Die Überlegung der Gegner ist: Warum können wir nicht als Teil der Bundesrepublik selbstständig bleiben, wo doch das kleine Luxemburg in der EU sogar als souveräne Nation existiert.

Die Missachtung oder zumindest die ungenügende Beachtung der europäischen Ebene sind weitere spezifisch ostdeutsche Phänomene. Man hat gern und in großem Umfang Geld von dort bekommen, aber eigene Interessen nur ungenügend zu Gehör gebracht. Auf diese wichtige Ebene der Politik sind auch Sozialdemokraten oft nur zur ›Entsorgung‹ geschickt worden, und man hat auf sie in den Ländern kaum gehört. Die Länder im Osten sind

mehr als die im Westen politische Provinz. Da oft die Hälfte der Mitglieder in kommunale Mandate eingebunden ist, reichen politische Kraft und Interesse meist nur bis zur Landesebene. Bundespolitische, europäische oder internationale Themen werden nur mit Distanz und bestenfalls schemenhaft am Horizont wahrgenommen.

Die SPD im Osten ist zwar Teil der großen sozialdemokratischen Bewegung, aber sie hat aufgrund ihrer Erfahrungen eine andere Binnensicht und

eine andere Außensicht. Sie ist etatistischer und kollektivistischer. Aber sie wäre bereit, dem Bund mehr Kompetenzen zu übertragen. Dies ist einer der wenigen Punkte, an dem sie nicht nur wegen der Erfahrungen von vor 1989, sondern auch und erst recht wegen der danach gemachten Erfahrungen mehrheitlich eine linkere, fortschrittlichere Position als die Landesverbände im Westen vertritt.

»Die SPD im Osten ist zwar Teil der großen sozialdemokratischen Bewegung, aber sie hat aufgrund ihrer Erfahrungen eine andere Binnensicht und eine andere Außensicht. Sie ist etatistischer und kollektivistischer. Aber sie wäre bereit, dem Bund mehr Kompetenzen zu übertragen.«

In Brandenburg, wo es neben Berlin im Ostvergleich prozentual und absolut am meisten SPD-Mitglieder gibt, kommen auf einen Genossen etwa 340 Bürger. Diese Situation führt zu einem Abbildungsproblem zwischen Wählerschaft und Wirklichkeit. Die Mitgliedschaft kann die Wählerschaft, ihre Probleme, Fragen und Sorgen nicht mehr genügend gut abbilden und noch weniger entsprechend beeinflussen. Oft kann die Partei ihrem Verfassungsauftrag, bei der politischen Willensbildung mitzuwirken, deshalb

nicht wirklich gut erfüllen, sondern ist mehr der Anbieter einer politischen Dienstleistung, nämlich von Verwaltung. Und obwohl es im Osten oft an politischem Personal mangelt, hat dieses dann leider nicht den Mut, Verwaltungsstrukturen so zu organisieren, dass sie effizienter, besser und kostengünstiger funktionieren.

Ein nächstes, und zunehmend großes Problem sind die Parteifinanzen. Der SPD-Landesverband Brandenburg hat für seinen Wahlkampf 2009 rund zwei Millionen Euro ausgeben können und war damit auch sehr erfolgreich. Das fast gleich große Sachsen-Anhalt wird 2011 bei der Landtagswahl hingegen nur 0,6 Millionen Euro zur Verfügung haben. Bei dieser Wahl werden Sozialdemokraten also nicht mehr flächendeckend werben und den Bürger daher nicht mehr überall erreichen können – mit entsprechenden Auswirkungen auf politische Willensbildung und Wahlbeteiligung. Dies ist kein an irgendeine Seite gerichteter Vorwurf, sondern nur die Feststellung, dass die Landesverbände im Osten durch die nach der letzten Bundestagswahl notwendig gewordenen Kürzungen in der SPD überproportional betroffen

waren. Nach jahrelanger parteilicher Besserausstattung ist auch das Teil einer schmerzhaften Normalisierung. Zusammen mit dem Wegfall von Mandaten wird sich die Struktur der Partei in der Fläche damit zusätzlich weiter ändern.

Wir waren 1989 bei einem von uns zwar gewollten, aber nicht in dieser Dynamik erwarteten Zusammenbruch des real-sozialistischen Staates und des östlichen Staatensystems dabei. Heute, rund zwanzig Jahre später, sind wir Zeugen einer langfristig wohl noch viel tiefer gehenden Veränderung. Der reale Kapitalismus in seiner nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Form, der sich vor zwanzig Jahren in ungeahnter Dynamik in neoliberaler Ausprägung globalisiert hat, ist heute ebenso an sein Ende gekommen wie zuvor der ›real existierende‹ Sozialismus. Und wieder will es, wie 1989, fast keiner wahrhaben. Und da es heute genügend Nutznießer des Status quo gibt, besteht zumindest hier in Europa auch wenig Interesse an der Wahrnehmung der Realitäten. Die Demokratie ist, leider fast noch unbemerkt, in der nationalen Falle. Die Nationalstaaten sind zu einer Gefahr für die Demokratie geworden, denn sie sind nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Entscheidungen angesichts der Herausforderung durch global agierende Unternehmen und Banken, wachsende Armut und Ungerechtigkeit und ökologische Katastrophen zeitnah und angemessen zu treffen und umzusetzen. So schwindet das Vertrauen in Politik. Denn demokratisch gewählt und kontrolliert werden derzeit nur die Ebenen, die immer mehr Kompetenzen abgeben müssen an Ebenen, die nicht ausreichend oder gar nicht demokratisch legitimiert sind. Wegen ihrer Unfähigkeit, die Kernforderungen umzusetzen, die beschlossen wurden, als die Welt nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers in den Abgrund blickte, besteht nun die Gefahr, dass die Nationalstaaten mit in diesen Abgrund gerissen werden. *Nach* diesem Crash werden – hoffentlich – aus eigener Kompetenz arbeitende kontinentale oder globale Strukturen aufgebaut, die in der Lage sind, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um die weltweite Gültigkeit der Menschenrechte durchzusetzen, den globalen Unternehmen verbindliche Rechtsrahmen vorzugeben und der Klimakatastrophe nachhaltig Einhalt zu gebieten. Und wir verfügen dann hoffentlich auf diesen Ebenen über demokratische Legitimation und Kontrolle.

Durch den Beitritt Ostdeutschlands und Jahre später der osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union funktionierte diese nicht mehr in ihrer bisherigen Form. Man versuchte, mit dem Vorschlag eines Verfassungskompro-

misses einen nachhaltigen Weg aus der Krise zu finden. Doch nicht einmal der fand eine Mehrheit, so dass wir uns jetzt mit der Krücke des Lissabon-

Vertrags behelfen müssen. Aber Europa wird und muss Europäische Republik oder Bundesstaat werden. Denn die Problemlösungen dürfen im Interesse der Bürger Europas nicht mehr so lange dauern, nicht mehr so halbherzig und schlecht sein. Die Nationalstaaten aber geben von ihren Kompetenzen derzeit immer nur zögerlich und erst auf großen Druck der Umstände etwas ab und lassen sich in ihrer Souveränität nur ungern einschränken.

Die Aufgaben und die Rolle der Parteien in der Gesellschaft befinden sich im Wandel. Sozialdemokratische Parteien müssen sich in Zukunft viel stärker europäisch und global aufstellen und müssen auch auf diesen beiden Ebenen demokratische Strukturen etablieren.

Davon sind sie leider noch meilenweit entfernt und im Vergleich zu den Organisationen der Grünen und der Konservativen auch nicht so weit entwickelt. Die Strukturen der Sozialistischen Partei Europas, der SPE, sind noch nicht einmal so demokratisch wie die von den europäischen Sozialdemokraten zu Recht als nicht genügend demokratisch kritisierten Strukturen der Europäischen Union. Nicht die Delegierten bei den »Parteitag« der SPE können entscheiden, sondern die Leader der nationalen Delegationskugeln vorab alles untereinander aus, und den Delegierten bleibt dann nur noch die Aufgabe, sich kurz dazu zu äußern und dann zuzustimmen.

Die SPD sollte endlich ihren Phantomschmerz ablegen, der sie bei der Erinnerung an ihre bald 150-jährige Geschichte als große Massen- und Volkspartei befällt. Es geht ihr heute nicht anders als den Volkskirchen und den Gewerkschaften, die ihrer Größe und Bedeutung im 19. beziehungsweise im 20. Jahrhundert hinterher trauern. Parteien haben im 21. Jahrhundert, in den Zeiten von Internet und Facebook eine andere, neue und auch sehr wichtige Aufgabe. Sie formen Netzwerke und sind insofern zunehmend dabei, politische Entscheidungsprozesse in einer den heutigen Strukturen allein angemessenen Weise zu organisieren. Man mag das schade oder schick finden, ändern kann man es nicht.

Die Aufgabe der SPD in Ostdeutschland ist angesichts dieser beschriebenen Herausforderungen unverändert eine doppelte: Die Krise sozialdemokratisch zu meistern, das heißt, Reformen zu organisieren und Partizipation zu ermöglichen. Bisher wurden Reformen meist erst unter dem Druck der Situation angegangen und mussten dann sehr schnell umgesetzt werden,

»Aber Europa wird und muss Europäische Republik oder Bundesstaat werden. Denn die Problemlösungen dürfen im Interesse der Bürger Europas nicht mehr so lange dauern, nicht mehr so halbherzig und schlecht sein.«



Blick ins Publikum, rechts: Wolfgang Thierse

um handlungsfähig zu bleiben. Dies führte dazu, dass kurzfristig zusammengezwimmte Reformen als ›alternativlos‹ dargestellt wurden. Gerhard Schröders notwendige und sinnvolle Hartz-IV-Reformen, die übrigens Anfang der 1990er Jahre zuerst von Oskar Lafontaine vorgedacht worden waren, oder Franz Münteferings ebenso sinnvolle und notwendige Rentenreform, sind Beispiele dafür. Eigentlich dürfte es uns nicht darum gehen die Bürger ›mitzunehmen‹, denn damit werden sie nur als Objekte unserer politischen Fürsorge definiert. Sozialdemokratische Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger langfristig in Prozesse offener Willensbildung einzubeziehen und als Subjekte politischer Willensbildung zu verstehen.

Wir haben nach 1990 viel schwierigere Dinge machen müssen, als sie uns zumindest jetzt konkret und aktuell abverlangt werden. Sicher, der Zauber des Anfangs und die unabweisbare Notwendigkeit haben damals vieles auch einfacher gemacht. Wir sind heute viel weiter, müssen kleinere Probleme als damals lösen, haben also auch nur weniger schwierige Reformen zu machen und haben im Vergleich zu damals einen Professionalisierungsschub hinter uns. Seien wir ehrlich: In den letzten zwanzig Jahren ist es uns kontinuierlich besser gegangen, gewiss nicht allen, aber immer mehr Menschen. Nun wer-

den wir immer deutlicher bestenfalls halten können, was wir haben – und selbst dafür müssen wir Reformen machen. Es ist einfacher Reformen durchzusetzen, an deren Ende es vielen besser geht. Immer mehr aber müssen wir Reformen machen, damit es Menschen zumindest nicht schlechter geht. Die Aufgabe Mitglieder zu gewinnen, gilt natürlich in besonderer Weise im Osten, denn in den Ostlandesverbänden sind zwei Bevölkerungsgruppen in der Mitgliedschaft besonders schwach vertreten: Arbeiter und Bauern fühlen sich oft ausgeschlossen, weil Diskussionen über ihre Köpfe hinweg geführt werden. Und Intellektuelle haben oft den Eindruck, dass Intelligenz in der Sicht politischer Schnellentscheider eher eine Form von Behinderung ist. Beides also muss entwickelt werden: Die Klarheit der Argumentation und die Bereitschaft über den Tag hinaus zu denken und die Grundlagen scheinbar alternativloser Entscheidungen zu hinterfragen. Die Zeit der Ossi-WG ist zu Ende und wir müssen den manchmal bitter als ›Dunkeldeutschland‹ bezeichneten Teil der Republik weiter in eine kritische Zivilgesellschaft transformieren. In einer Zeit der Sozialdemokratisierung aller Parteien, einschließlich der Linken, muss es uns besser gelingen als bisher deutlich zu machen: Wir sind das Original. Seit bald 150 Jahren.«

V. Podium

Neue soziale Perspektiven – Wohlfahrtsverbände und soziale Projekte nach der Einheit

Teilnehmer/-in: Frank Heltzig, Susanne Kschenka (Seils),
Hinrich Kuessner, Steffen Reiche.

Moderation: Klemens Schrenk.

Während im ersten Teil der Podiumsgespräche am 24. September die großen gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Probleme beim Aufbau Ost in den letzten zwanzig Jahren diskutiert wurden, geht es im zweiten Teil um den strukturellen Aufbau einer Zivilgesellschaft in den ostdeutschen Bundesländern, um Erfolge und Defizite. Klemens Schrenk legt den Schwerpunkt nicht nur auf die mit den gesellschaftlichen Umbrüchen verbundenen Probleme, sondern stellt vor allem die sich mit der Einheit eröffnenden Chancen und positiven Veränderungen im sozialen Bereich in den Mittelpunkt. Dabei richtet sich der Blick auf die Arbeit der seit 1990 wiederentstandenen Wohlfahrtsverbände und auf soziale Projekte. Ausgangspunkt ist wiederum die persönliche Erfahrung der Gesprächsteilnehmer: Frank Heltzig, heute zweiter Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (AWO), hat den Aufbau dieser Organisation in den ostdeutschen Ländern von Anfang an mit gestaltet; Susanne Kschenka (Seils) setzt in ihrer beruflichen Arbeit Strategien gegen den Rechtsradikalismus in der alltäglichen Arbeit vor Ort um; Hinrich Kuessner, schon in der DDR im Bereich der Diakonie und in der Arbeit mit Behinderten tätig, war 1990 Mitgründer der Deutschen-Multiple-Sklerose-Gesellschaft in der DDR und von 1994 bis 1998 Sozialminister in Mecklenburg-Vorpommern; Steffen Reiche konnte als Wissenschafts- und dann Bildungsminister in Brandenburg Erfahrungen mit dem zentralen Stellenwert der Bildung im Zusammenhang mit der Entwicklung einer sozialen und möglichst gerechten Gesellschaft sammeln. Der Moderator Klemens Schrenk, Politikwissenschaftler an der TU Dresden, ist als »Mitarbeiterkind« in einer Behinderteneinrichtung der Inneren Mission aufgewachsen. Er ruft den Zuhörern zu Beginn durch die Skizzierung eigener Jugendeindrücke die Situation der Behinderten in der DDR in Erinnerung: »Wenn Sie sich



V. Podium: »Neue soziale Perspektiven – Wohlfahrtsverbände und soziale Projekte nach der Einheit«. Von links: Frank Heltzig, Susanne Kschenka (Seils), Alfred Eichhorn, Klemens Schrenk, Hinrich Kuessner, Steffen Reiche

vorstellen, ein Schlafsaal mit dreißig Männern über einem LPG-Stall, in dem einige von diesen Männern arbeiteten, wenn Sie sich vorstellen, dass die Privatsphäre im Grunde auf diese zwei Quadratmeter Bettfläche beschränkt war und wenn Sie sich vorstellen, dass allein schon die Anschaffung eines abschließbaren Spindes oder eines abschließbaren Nachtschranks eine unglaubliche Verbesserung der Situation war angesichts der finanziellen Möglichkeiten, die man hatte, dann können Sie ermessen, welchen Fortschritt die heutige Situation darstellt. Behinderte Menschen sind heute in ganz anderer Weise in die Gesellschaft integriert. Kürzlich traf ich eine damals junge Frau aus diesem Kreis, die heute in einem Neubaublock wohnt, in einer Arbeitstherapie beschäftigt ist, und einer älteren Dame hilft, mit den Einkäufen und den Dingen des täglichen Lebens zurecht zu kommen. Ich glaube nicht, dass diese ältere Dame vor dreißig Jahren dieses junge Mädchen überhaupt in dieser Weise wahrgenommen hätte, damals, in diesem Behindertenheim.«

Hinrich Kuessner unterstreicht aus eigener Erfahrung, dass sich die Möglichkeiten von Organisationen, die mit behinderten und alten Menschen arbeiten, seit 1990 »dramatisch verbessert« hätten. Dabei habe es in der Umbruchsituation selbst durchaus auch Ängste gegeben. So sei er im Herbst



V. Podium, Hinrich Kuessner, rechts Steffen Reiche

1989 – euphorisch von einer »tollen Demonstration und Kundgebung« vom Marktplatz in Greifswald kommend – auf eine Frau getroffen, die er aus einem Kreis für MS-Kranke gekannt habe. Sie sei total verunsichert gewesen, habe Angst vor der neuen Zeit gehabt und befürchtet, dass sie in Zukunft alles, was mit ihrer Krankheit zusammenhing, selbst würde organisieren müssen. Da habe man sich zusammengesetzt und überlegt, dass die angestrebte neue Gesellschaft doch gerade für solche Menschen Chancen bieten müsse. So habe er zusammen mit Edeltraud Faßhauer und anderen MS-Erkrankten im Frühjahr 1990 die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft in der DDR gegründet. Das sei eine dieser neuen großen Chancen gewesen, denn in der DDR-Zeit hätten sich derartige Organisationen nicht bilden können.¹⁹² Er habe seit Anfang der 1980er Jahre im kirchlichen Bereich Körperbehindertentreffs organisiert und damals unglaublichen Zulauf gehabt. Das seien kaum Kirchenmitglieder gewesen, sondern Behinderte, Körperbehinderte, die in der Gesellschaft versteckt lebten. »Als wir den ersten Kreis gründeten, bekamen wir keine Adressen, auch nicht von Pastoren, die kann-

¹⁹² Vgl. zur Gründung der Gesellschaft <http://www.dmsg.de/multiple-sklerose-news/index.php?w3pid=news&kategorie=ausdembundesverband&anr=2074>.

ten solche Menschen nicht, sondern wir haben uns auf die zentralen Plätze Greifswalds gestellt und haben geschaut, ob ein Behinderter vorbeikommt

»Die Behinderten haben versucht, sich in der DDR zu organisieren, das wurde überhaupt nicht gestattet. Behinderte hatten in Greifswald für die drei Nordbezirke ein Treffen organisiert, und dann kamen drei Herren aus Berlin und haben das verboten, ein paar Tage vor der geplanten Veranstaltung.«

und haben ihn angesprochen. Und daraus sind Gruppen entstanden, die fast 1.000 Mitglieder hatten. Die Behinderten haben versucht, sich in der DDR zu organisieren, das wurde überhaupt nicht gestattet. Behinderte hatten in Greifswald für die drei Nordbezirke ein Treffen organisiert, und dann kamen drei Herren aus Berlin und haben das verboten, ein paar Tage vor der geplanten Veranstaltung. Den Blindenverband gab es, den gab es vor der DDR schon, der konnte weitermachen, aber neue Organisationen wurden nicht gestattet. Und das war eine Chance dieser neuen Gesellschaft, dass sich Behinderte zusammen tun und ihre Interessen vertreten konnten.« Viele MS-Kranke hätten in der DDR-Zeit gar nicht gewusst, dass sie MS-krank waren, weil nie mit ihnen darüber gesprochen worden sei.

Auch die Situation in den Altenheimen, den Feierabend- und Pflegeheimen, wie sie zu DDR-Zeiten hießen, sei mit den Jahren immer schrecklicher geworden. So habe es ein Schloss auf der Insel Rügen gegeben, ein wunderbares Schloss, Ralswiek, das damals ein Pflegeheim war. »Wenn dort Menschen aufgenommen wurden, kam hinterher sehr bald die Todesanzeige. In diesem Haus waren große Säle, da lebten mehrere Menschen in einem Raum, das waren Durchgangszimmer, und gegen Ende der DDR kamen Alkoholkranke dazu, die pflegebedürftig waren, die wurden in Altenheime gesteckt. Es kamen junge Körperbehinderte dazu, und diese Menschen mussten auf engem Raum leben, so wie von Klemens Schrenk beschrieben, und das konnte gar nicht ohne Konflikte ausgehen. Ein junger Körperbehinderter wollte moderne Musik laut hören, wie das so ist, und ein alter Mensch hatte ganz andere Lebensbedürfnisse. Hier hat es ein unwahrscheinlich gutes Investitionsprogramm gegeben, und ich muss sagen, als Sozialminister hat mich das mit unheimlicher Freude erfüllt, wenn ich solche Heime öffnen konnte und Menschen Lebensbedingungen schaffen konnte, die ihr Leben verlängert haben.« **Hinrich Kuessner** weist darauf hin, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Ostdeutschen heute höher sei als zur DDR-Zeit. Für viele Menschen, die in der DDR wenig Chancen gehabt hätten, habe sich die Lebensqualität verbessert. Wer nicht arbeitete, wer nicht Geld verdiente, für den habe es in der DDR, in diesem »Sozialstaat«, wenig Möglichkeiten gegeben. »Wir haben Aktionen gemacht, damit Behinderte

ins Theater gehen durften. Es war im Greifswalder Theater nicht erwünscht, dass ein Rollstuhlfahrer ins Theater geht. Das durchzusetzen ist uns erst nach erheblichem Aufwand gelungen. Wir haben Aktionen gemacht, um Bordsteinkanten abzusenken, das war nicht erwünscht. Wir haben eigene Werkstätten für Hilfsmittel gegründet, und die staatlichen Vertreter haben da zu Anfang erheblich dagegen gearbeitet.«

***Der Moderator** lenkt das Gespräch auf aktuelle Probleme in den ostdeutschen Regionen und fragt nach den Aufgaben der mobilen Beratungsteams in Brandenburg.*

Susanne Kschenka (Seils) berichtet, dass sich die Landesregierung in Brandenburg vor siebzehn Jahren entschlossen habe, auf rechtsextreme Entwicklungen, die zu Übergriffen auf Asylbewerberheime und zu Toten geführt hatten, nicht mehr mit kurzfristigen Projekten zu reagieren. Durch die Schaffung des Landesprogramms »Tolerantes Brandenburg« sollte eine langfristige, auch präventive Arbeit ermöglicht werden. Dieses Programm, von dem sie in ihrer konkreten Berufsarbeit profitiere, sei das erste seiner Art in Ostdeutschland gewesen. Es bestehe aus mehreren Säulen, eine davon seien die sechs mobilen Beratungsteams.¹⁹³ »Unsere Aufgabe ist es einerseits, uns über die Entwicklung des Rechtsextremismus zu informieren und dann im Land unterwegs zu sein und Leute zu beraten. Wir verändern die Welt also nicht unbedingt direkt, sondern wir stehen Leuten zur Verfügung, die beraten werden wollen, dort, wo sich bestimmte zivilgesellschaftliche Strukturen entwickeln.« Es gehe darum, zu moderieren, für Interessenten eine Gesprächsebene finden, auf der sie Konflikte austragen können und dann zielgerichtet auf Landesebene zu arbeiten. Dies sei eine außerordentlich spannende Arbeit. Im Hinblick auf die schwierige Finanzlage stehe auch

193 Das 1998 verabschiedete Handlungskonzept der Landesregierung Brandenburg wurde 2005 wurde an die aktuellen Anforderungen angepasst und als umfassendes Konzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage und gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beschlossen. Das Programm definiert als zentrale Handlungsebenen: Die Durchsetzung einer Politik der klaren Signale, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und eine wirksame Repression. Darin enthalten sind umfassende Vernetzungen von Projekten und ihren Trägern. Die Projekte erstrecken sich auch auf die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Hinterfragung von über die DDR hinweg bestehenden Erinnerungsstrukturen sowie auf die Gedenkstättenpädagogik. Vgl. <http://www.tolerantes.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.280035.de>.



V. Podium, Frank Heltzig, Susanne Kschenka (Seils)

dieses Programm zwar ab und zu unter »Kürzungsverdacht«, werde als Landesprogramm dann aber doch aus dem Sparzwang herausgehalten, so dass tatsächlich eine stetige Arbeit gewährleistet sei.

Susanne Kschenka (Seils) arbeitet dort seit zweieinhalb Jahren. Das Programm sei deshalb so wichtig, weil es Beratung in einem so diffizilen Bereich wie Rechtsextremismus biete, an den viele erst gar nicht herangehen wollten. Sie sei viel auf dem »platten Land« unterwegs, wo die Dorfbürgermeister erst lernen müssten zu akzeptieren, dass der »liebe Junge aus der Nachbarschaft«, den sie seit Kinderbeinen kennen und dem sie nichts Unrechtes zutrauen, dann doch irgendwann bei den Rechtsextremen lande. Da müsse erst Vertrauen aufgebaut werden, damit überhaupt die Bereitschaft entstehe, sich beraten zu lassen. Das mobile Beratungsteam als neutrale Instanz könne bestimmte Dinge offen ansprechen, Kontakte auch zu Gruppen herstellen und Vorschläge machen, wie man im Dorf über schwierige Dinge überhaupt reden könne. Da Rechtsextremismus nicht vor Ländergrenzen haltmache, arbeite man auch eng mit den sächsischen Kolleginnen und Kollegen zusammen.

Klemens Schrenk fragt, wie man Jugendliche aus diesem Milieu wieder herausholen und eine Verfestigung von Strukturen sowie eine Stigmatisierung vermeiden könne.

Susanne Kschenka (Seils) betont, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem sei. Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien kämen nicht in erster Linie von der Jugend; es gebe viele Mentalitäten, die zu rechtsextremem Denken und zu entsprechendem Wahlverhalten führten, die mit der normalen erwachsenen Bevölkerung zu tun hätten. Sie erinnere sich an viele Gesprächsrunden, in denen Gesprächsteilnehmer ihres Alters oder auch ältere Teilnehmer Wünsche nach diktatorischen Strukturen geäußert oder ausländerfeindliche Ansichten vertreten hätten, Personen, die sich selbst aber nicht als rechtsextrem einstufen würden. Da diese Einstellungen weit verbreitet seien, führten sie auch zu politischer Akzeptanz. In Gesprächen, die sie und das Einsatzteam moderierten, versuchten sie dann, dagegen zu halten und demokratische Ansätze ins Gespräch zu bringen.

Der Moderator fragt Frank Heltzig nach Lösungsangeboten und Zielgruppen der AWO im sozialen Spannungsfeld in den neuen Bundesländern.

Frank Heltzig erinnert an die Lage in der DDR, in der Wohlfahrt im Staats- und Verwaltungsverständnis natürlich Aufgabe der *öffentlichen* Verwaltung gewesen sei. »Diakonie und Caritas, die es ja auch noch gab, wurden gerne vom Staat mit den ungeliebten Feldern wie Behindertenarbeit, Arbeit mit geistig und körperlich Behinderten, betraut.« Daneben habe es einige wenige kirchliche Kindertagesstätten gegeben, alles andere sei »gesellschaftstypisch, DDR-typisch« gewesen, also Altenheime, Kinderheime, Kinderkrippen seien zentral geführt und flächendeckend im Sinne der DDR angelegt gewesen. Es habe nicht wie in der alten Bundesrepublik die sechs großen Wohlfahrtsverbände gegeben. Das DRK gab es zwar, aber es sei eine reine Hilfsorganisation und kein Wohlfahrtsverband gewesen, es habe auch keine Altenheime, keine Kitas gehabt. Für viele sei es überraschend gewesen, für ihn selbst allerdings nicht, dass sich die Bundesregierung in Artikel 32 des Einigungsvertrages verpflichtet habe, den Aufbau der freien Wohlfahrt in den neuen Bundesländern zu befördern, verbunden mit konkreten Formen politischen Handelns und auch Geldtransfers.

Die Arbeiterwohlfahrt habe auch im Osten nach 1945 versucht, sich wieder zu gründen, das sei aber nicht gelungen, weil von der SED eine SPD-nahe Organisation natürlich überhaupt nicht gewollt gewesen sei. Es sei stattdessen zu einer Ersatzgründung in Form der Volkssolidarität gekommen. Zumindest in Dresden sei die Gründung in recht überraschender Form verlaufen. Damals habe ja noch das Bürgerliche Gesetzbuch in der DDR gegolten, und man habe daher sieben Personen gebraucht, um einen Verein zu gründen, auch wenn es später in der DDR dann gar nicht mehr möglich war, Vereine zu gründen. Also habe man auch sieben Personen für die Gründung der Volkssolidarität gebraucht. Einem Presseartikel aus dieser Zeit, 1946/47, habe er entnehmen können, welche sieben Personen das waren: Es seien juristische Personen gewesen, und zwar die fünf Blockparteien der DDR, also die SED, die CDU, die LDPG, die NDPG und die Bauernpartei. Die zwei fehlenden stellten die Diakonie und die Caritas. Diese sieben hätten damals die Volkssolidarität gegründet, um auch strukturell die Arbeiterwohlfahrt überflüssig zu machen.

»Als wir 1989 die SDP gegründet hatten und ich erster Sprecher in Dresden war, bekamen wir einen ausgesprochen netten Brief aus Stuttgart – herzliche Glückwünsche und so weiter, nur mit dem letzten Satz, mit dem konnte ich nichts anfangen: Da stand unten darunter: ›Und denkt bitte daran, auch die Arbeiterwohlfahrt wieder zu gründen.« Ein junges SDP-Mitglied, ein kirchlicher Sozialarbeiter, habe dann Kontakte nach dem Westen geknüpft und angefangen, erste Strukturen der Arbeiterwohlfahrt in Dresden und im Bezirk Dresden aufzubauen, später sei er Bezirksgeschäftsführer der AWO geworden. Das Problem sei natürlich zunächst gewesen: Keine Mitglieder, keine Strukturen, kein Geld, keine Einrichtungen. Im westdeutschen Verständnis werde Wohlfahrt nicht als staatliche Aufgabe, sondern als Aufgabe der Wohlfahrtsverbände begriffen. So seien dann eben die entsprechenden Einrichtungen den Wohlfahrtsverbänden übergeben worden. Alle seien bedacht worden: die schon existierende Diakonie und die Caritas, das DRK, das sich von einer Rettungsorganisation zu einem Wohlfahrtsverband entwickelte, und auch die AWO als ganz neue Organisation (die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden habe in Sachsen so gut wie keine Rolle gespielt, obwohl es sie heute gebe), und der Paritätische Wohlfahrtsverband, in dem sich dann wie im Westen die vielen kleinen horizontal und vertikal organisierten Hilfegruppen versammelt hätten, und als ostdeutsche Spezialität schließlich die Volkssolidarität. Die Frage sei nun gewesen, warum sollten sich Beschäftigte



V. Podium,
Frank Heltzig

in einem Altenheim, in einer Kita, in einer Sozialberatungsstelle dafür entscheiden, in Zukunft zur AWO zu gehören? Da sei eine ostdeutsche Besonderheit ins Spiel gekommen. Der Anteil von Christen sei prozentual sehr niedrig gewesen. Es habe Einrichtungen gegeben, in denen kein einziger bekennender oder organisierter Christ gearbeitet habe. Diese Angestellten hätten die Befürchtung gehabt, bei Übernahme ihrer Einrichtungen durch die Diakonie oder die Caritas unter religiösen Druck zu geraten, und das DRK sei eben noch nicht als Wohlfahrtsverband im Blickfeld gewesen. So sei die Entscheidung für die AWO zustande gekommen. Frank Heltzig unterstreicht die »sensationelle Aufbauleistung aller Beteiligten«, nicht nur durch die AWO, sondern auch durch Diakonie, Caritas, Rotes Kreuz und andere, durch die ein großes Netzwerk der freien Wohlfahrt in den fünf neuen Bundesländern entstanden sei – er habe sich das damals nicht vorstellen können.

Der Moderator bittet um Informationen zum Umfang der Organisationen im Raum Dresden und zur Rolle der Volkssolidarität.

Frank Heltzig möchte zur Volkssolidarität nicht Stellung nehmen – er tue ihr möglicherweise unrecht. Die AWO habe sich zunächst noch im Rahmen des DDR-Verwaltungsaufbaus in Kreisverbänden und Bezirksverbänden in

den drei sächsischen Bezirken entwickelt, aus denen dann später ein Landesverband mit zur Zeit ca. 10.000 Mitgliedern entstanden sei – also doppelt so viele Mitglieder wie sie die sächsische SPD habe. Die sächsische AWO habe als erster Wohlfahrtsverband der AWO in Deutschland neue Strukturen eingeführt, gemeinnützige GmbHs. Die AWO Sachsen gemeinnützige GmbH in Dresden mit drei Töchtern habe ein Haushaltsvolumen in Höhe von ungefähr 300 Millionen Euro im Jahr, sie sei damit viel größer als andere mittelständische Betriebe. Dazu gehörten Alten- und Feierabendheime und Pflegeheime. Der AWO Landesverband Sachsen habe mit dem sächsischen Sozialministerium und 130 Vertreterinnen aus den AWO-Kitas nun ein Projekt über Bildungspläne vereinbart. Zum Stichwort Rechtsextremismus: Auf diesem Gebiet habe die AWO keine Beratungsstellen, sie habe aber von ostdeutscher Seite auf Bundesebene einen Unvereinbarkeitsbeschluss durchgesetzt – die Westdeutschen hätten sich dem schnell angeschlossen –, dass die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation nicht mit der Mitgliedschaft in der AWO vereinbar sei; für Beschäftigte bei der AWO sei eine solche Mitgliedschaft ein Kündigungsgrund.

***Klemens Schrenk** thematisiert den Spielraum der Politik bei der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Wo gebe es für eine sozialdemokratische Landesregierung oder einen sozialdemokratischen Minister im Rahmen der vorhandenen Zuständigkeiten Möglichkeiten diesen Prozess zu beeinflussen?*

Steffen Reiche weist darauf hin, dass der Bildungsbereich ja der eigentliche Kernbereich der Landeskompetenzen sei, alle anderen Bereiche seien viel stärker durch Bundesgesetzgebung bestimmt. Zwar habe er sich immer dafür eingesetzt, dass auch der Bund in diesem Bereich über Kompetenzen verfügen sollte, und sei darüber häufig in Dispute mit Jürgen Zöllner geraten¹⁹⁴. Dass in den Ländern aber einiges bewegt werden könne, zeigten die Ergebnisse der Pisa-Erhebung in Brandenburg unter den Regierungen von Manfred Stolpe und Matthias Platzeck. Brandenburg habe nach den ersten Messungen 1999 (veröffentlicht 2000) die Plätze 15 und 16 belegt, nach der Messung im Jahr 2004 (veröffentlicht 2005) den größten bisher bei Pisa-Erhebungen gemessenen

»Bildungspolitik ist die beste, nachhaltigste und wirksamste Vorsorge für die sozialen Probleme von morgen.«

¹⁹⁴ Jürgen Zöllner, geb. 1945, Dr., Prof., Mediziner, Molekularbiologe. Langjähriger Bildungs- und Wissenschaftsminister in Rheinland-Pfalz, 2006 bis 2011 Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin.

Fortschritt erreicht. Dieser Fortschritt sei inzwischen jedoch wieder verspielt worden. »Bildungspolitik ist die beste, nachhaltigste und wirksamste Vorsorge für die sozialen Probleme von morgen. Und zugleich, und da hat der Westen in einem mühsamen Prozess auch vom Osten gelernt, wissen wir, dass integrierte Lernformen besser sind. Lernformen sind besser, in denen Menschen nicht nur länger zusammen lernen, sondern auch mehr zusammen machen – also Ganztagschulen. Als wir 2002 mit Edelgard Bulmahn nach Finnland gefahren sind, haben die uns dort gesagt: ›Herzlich willkommen, wir freuen uns, dass Sie hier sind. Wir wissen allerdings nicht, was Sie hier wollen. Sie können sich hier nur angucken, was wir mit den Impulsen, die wir damals aus der DDR mitgebracht haben, in den letzten Jahren entwickelt haben, aber wenn Sie davon lernen wollen, herzlich willkommen.«

Bundesweit diskutiere man, wie man besser integriert lernen könne. In Templin sei vor kurzem eine Schule ausgezeichnet worden, die etwas ganz Neues begonnen habe: Nicht nur Integration, sondern Inklusion – eine Schule, in der auch geistig Behinderte mitlernten. Die wissenschaftlich mittlerweile belegte Erfahrung sei, dass die Kinder, die in dieser *Einen Schule für alle* in Templin im Waldhof lernen, gemeinsam besser lernten. Auch die Hochbegabten hätten größere Lernfortschritte gemacht, als wenn sie eine nicht integrierte Einrichtung besucht hätten. Steffen Reiche unterstreicht die Bedeutung der Ganztagschule nicht nur für berufstätige Eltern, sondern auch für jene, die sich, obschon zu Hause, nicht um ihre Kinder kümmern. Der Staat nehme ihnen ihre Aufgabe nicht ab, unterstütze sie aber durch Ganztagschulen, denn diese Kinder hätten praktisch ja mit der Situation ihrer Eltern ihre eigene Zukunft vor Augen. Er habe es tatsächlich selbst erlebt, dass er in Schulen auf seine Frage nach den Berufswünschen die Antwort bekommen habe: »Hartz IV«. Also bestehe die Herausforderung darin, mit mehr Ganztagschulen Chancengleichheit zumindest vorzubereiten oder Schritte in diese Richtung zu gehen. Inzwischen gebe es eine relevante Anzahl von Ganztagschulen auch in Westdeutschland. Berlin sei neben Brandenburg das erste Land, das eine flächendeckende Anzahl an Ganztagschulplätzen für alle Kinder erreicht habe.

Wenn man von der sozialen Situation spreche, müsse man auch erwähnen, dass Lebensqualität und Lebensdauer, die in der DDR seit 1977 stagnierten, sich seit 1990 wieder positiv entwickelt hätten – es seien im Durchschnitt drei Lebensjahre hinzugekommen. Dies hänge unter anderem mit den besseren Altenheimen zusammen. Alle Altenheime seien nach 1990 ent-

weder gänzlich geschlossen, durch Ersatzneubauten ersetzt oder aber gründlich umgestaltet worden. Ebenso sei mit jeder Behinderteneinrichtung, jedem Krankenhaus verfahren worden. Leider gehe die Schere zwischen arm und reich zumindest seit 1995 wieder auseinander – was durch Sozialdemokraten nicht gebremst, sondern in Teilen auch beschleunigt worden sei. Dies gelte mit noch größerer Dynamik für die Zeit nach der letzten Krise, in der die Allgemeinheit ja für die Reichsten in einem bisher unvorstellbaren Umfang in die Mitverantwortung gegangen sei, durch Bürgschaften allein auf Bundesebene mit über 400 Milliarden und in der Europäischen Union mit 570 Milliarden. Damit habe sich die Zahl der Millionäre, der Milliardäre, zugleich aber die derjenigen, die unter das Durchschnittseinkommen, beziehungsweise unter ein Mindesteinkommen gerutscht seien, in den letzten Jahren dynamisch erhöht.

***Der Moderator** bezieht sich auf Steffen Reiches veränderte persönliche Situation nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag im vergangenen Jahr und den Wiedereinstieg in seinen früheren Beruf als Pfarrer. Was begegne ihm in seiner Arbeit an praktischen sozialen Problemen, und warum habe er seine politische Arbeit einmal als »Auszeit« bezeichnet?*

Steffen Reiche betont, dass er immer noch im Beruf des Pfarrers seinen eigentlichen und ursprünglichen Beruf sehe. Er habe ihn bewusst gewählt und gerne ausgeübt. In den letzten zwanzig Jahren habe er sich aus konkreten Gründen, die mit der Situation von 1989/90 zusammenhingen, für etwas anderes entschieden. Ein Pfarrer gehöre nicht in die Politik. »Aber ein Bürger, der war ich ja auch, kann sich natürlich frei entscheiden, etwas anderes zu machen. Anderes, nicht zur Sache Gehöriges, heißt auf Griechisch *allotria*. Also ich habe in den letzten 20 Jahren etwas anderes gemacht, manchmal mit Freude und Erfolg, manchmal auch nicht.« In manchen Seelsorgesituationen sehe er sich durchaus nachhaltig mit sozialen Problemen konfrontiert. Er gibt aber zu bedenken, dass in die Kirche vornehmlich besser Situierte kämen und die Kirche von sich aus häufig nicht genügend Kraft habe, um dann zu denen zu gehen, die in Not seien. Es gäbe Berührungspunkte in herausragenden Situationen, bei Beerdigungen etwa, aber sonst seien die »Schnittmengen« im normalen Gemeindeamt eher gering. Anderes gelte natürlich für den Bereich der Diakonie.

Aus dem Publikum, Tilman Fichter fragt, ob die von Frank Heltzig geschilderte Entwicklung der AWO auch in anderen Teilen der ehemaligen DDR so erfolgreich verlaufen sei oder ob dies ein Einzelfall sei, der etwas mit der sozialdemokratischen Vergangenheit in Sachsen zu tun habe.

Frank Heltzig erklärt, dass diese Erfolgsgeschichte überall ähnlich verlaufen sei. Abgesehen von der von Steffen Reiche angedeuteten Entwicklung, dass alle Altenheime nach den neuesten Heimmindestbauverordnungen mit Haushaltsmitteln aus dem Bundeshaushalt im Osten saniert oder neu gebaut worden seien und der großen Aufbauleistung im Behindertenbereich, bei Behindertenwerkstätten mit Außenwohngruppen etwa, habe es noch einen besonderen Topf gegeben. Dieser sei für den Aufbau von Strukturen der freien Wohlfahrt bestimmt gewesen. Daraus seien den Spitzenverbänden Diakonie, Caritas, AWO und anderen Barmittel überwiesen worden, die diese dann an ihre Gliederungen in den neuen Bundesländern weitergeleitet hätten, damit dort entsprechende Strukturen aufgebaut werden konnten. Das sei in allen fünf neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise so passiert.

Hinrich Kuessner erläutert, dass sich Vergleichbares auch bei anderen Organisationen vollzogen habe. Er merkt an, dass nicht alle Heime durch den Bund finanziert worden seien. Es gebe heute zwei unterschiedliche Formen von Heimen, einige, die gefördert worden seien, und andere, die den Wandel aus eigenen Mitteln finanzieren mussten, und da seien die Sätze höher. Es gebe auch Heime, die nur zur Hälfte gefördert worden seien und von den Heimbewohnern unterschiedliche Sätze verlangten, je nachdem, in welchem Zimmer sie wohnten. Da gebe es durchaus echte Probleme.

Die Existenz der Volkssolidarität spiele für die SPD als Konkurrenz schon eine gewichtige Rolle. Sie sei eine riesengroße Organisation. Er kenne die aktuellen Zahlen nicht, wisse nur, dass sie allein in Mecklenburg-Vorpommern zu der Zeit, als er selbst noch aktiv in der Politik gewesen sei, über 80.000 Mitglieder gehabt habe und dass sie in der offenen Altenarbeit enorm aktiv gewesen sei. Sie habe sich in Mecklenburg dann bei finanziellen Dingen stark vergriffen, Vermögen von alten Leuten sei verloren gegangen, und insofern sei ihr Ansehen im Norden im Augenblick sehr beschädigt, aber sie sei nach

wie vor eine große Organisation.¹⁹⁵ Was er im Rückblick sehr bedauerlich finde: »Wir haben eine starke AWO, die mit der SPD verbunden ist. Ich habe selbst die AWO in Greifswald mit gegründet, bin auch Mitglied der AWO, obwohl ich bei der Diakonie war, und bin Vorsitzender eines Vereins für Entwicklungszusammenarbeit, der Mitglied bei der AWO ist. Aber uns ist es nicht gelungen, daraus richtig Kraft für die SPD zu ziehen. Uns ist es nicht gelungen, Leute teilhaben zu lassen, die nicht Mitglied sind. Und ich glaube, über diesen Punkt müssen wir offen und kritisch mit uns selbst zu Gericht gehen, darüber diskutieren und neue Formen der Beteiligung finden. Es ist meine feste Überzeugung, dass das ein entscheidender Punkt ist: Eine Beteiligung, die auch echte Perspektiven bietet, eine Beteiligung, die bis hin zum Mandat führt, damit nicht nur Leute, die von Juso-Zeiten an in der SPD sind, die Chance haben, ein Mandat zu bekommen.« Man brauche gestandene Leute aus vielen Bereichen. Man habe Organisationen, die dicht bei den Sozialdemokraten seien, es gelinge aber nicht, überzeugende Persönlichkeiten in die SPD zu holen – dabei gehe es nicht darum, ihnen Gelegenheit für ein Referat zu geben, sondern Ihnen echten Einfluss einzuräumen.

Aus dem Publikum, Stephan Hilsberg: »Diese sehr beeindruckenden Beispiele der Veränderung im Altenpflegebereich, im gesamten Sozialwesen, die Verlängerung der Lebenserwartung beispielsweise, das sind ja alles enorme Erfolge, die ohne deutsche Einheit, allein nur mit Demokratisierung, so nicht machbar gewesen wären. Wenn man das in Ostdeutschland kommuniziert, stößt man auch nicht auf ungläubiges Staunen, sondern das wissen die meisten. Was ich aber immer wieder feststelle ist, dass das ganz schnell wieder weggeschoben wird, und dass das nicht im Bewusstsein dominiert. Man weiß das, man hat das sozusagen mitgenommen, und das war es dann. In der Regel wird ja in Ostdeutschland viel stärker über Nachteile, vermeintliche Nachteile, über die schwierige Lage diskutiert und über das Verlassen-sein und die Einsamkeitsgefühle, und man spürt es ja gelegentlich geradezu körperlich.« Er frage sich, ob es an der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit liege, die zeige, wie unterschiedlich die beiden Teile Deutschlands in der Tat seien, wie viel da noch zu leisten sei, oder ob es nicht vielleicht auch mit ganz anderen Dingen zusammenhänge. »Ich habe in meinem Wahlkreis

¹⁹⁵ Vgl. dazu den Beitrag unter <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11959754/485072/Anleger-von-Immobilienfonds-fordern-Schadensersatz-Staatsanwaltschaft-kuendigt-Anklage.html>.

zwanzig Jahre lang an der Grenze von Sachsen die Arbeit des mobilen Beratungsteams sehr schätzen gelernt, und Susanne Kschenka hat, als sie die Arbeit hier geschildert hat, ja nur vorsichtig angedeutet, wie sehr das Problem des Rechtsextremismus eines des Umfeldes ist, wie stark bestimmte Haltungen, die vordemokratischer Art sind, in der Bevölkerung, und zwar nicht nur auf dem platten Land, tatsächlich vorhanden sind. Die haben ihre Ursache nicht nur einfach in der DDR, sondern scheinen zum Teil noch sehr viel tiefer zu gehen, und werden offenbar auch verstärkt durch den immer noch anhaltenden Wegzug vieler Leute, vor allem auch der jungen Leute aus diesen Regionen, der ja noch lange nicht gestoppt ist. Die Frage, die sich mir immer wieder stellt: Wo müsste man denn anknüpfen, um die Menschen davon zu überzeugen, dass es Sinn macht, für sie persönlich und auch für die Öffentlichkeit, sich politisch zu engagieren, ihre Vorbehalte gegenüber dem Staat und den politischen Verhältnissen zu überwinden und dieses Moment auch an Freude zu empfinden, das man nur erleben kann, wenn man sich tatsächlich in die Politik einbringt, auch auf der untersten Ebene?« Es gehe darum, dass die großen Errungenschaften, die genannt worden seien, positiv kommuniziert und nicht immer wieder durch scheinbar negative Erfahrungen verdeckt würden.

Susanne Kschenka (Seils): »Wir werben dafür in allem, was wir tun, dass auf der einen Seite politische Verantwortungsträger genau hinhören, dass also Bürgermeister nicht schnell entscheiden und sagen, na ich habe schon eine Lösung, sondern dass sie sich auf den schweren Weg begeben, ihren eigenen Leuten zuzuhören, also denen im Dorf zuzuhören, denen in ihrer eigenen Partei zuzuhören und sich darüber klar zu werden, was wollen die eigentlich. Auf der anderen Seite beraten wir auch immer einmal Ortsvereine der SPD oder auch der CDU oder auch anderer Parteien auf dem Weg, sich zu verständigen, zu fragen: Welche Werte tragt ihr eigentlich mit? Welche Ziele habt ihr in eurem Dorf? Welche Ziele habt ihr für die Stadt? Welchen Plan habt ihr, und wie spiegeln sich eure politischen Auffassungen in dem wider, was ihr wollt? Und da bin ich ganz froh, dass ich jetzt nicht mehr SPD-Mitglied bin, weil wir die Möglichkeit haben, da auf breiter Basis Leute aufmerksam zu machen auf diesen Verständigungsweg.«

Anknüpfend an die Ausführungen von Hinrich Kuessner unterstreicht sie die Bedeutung des Bekenntnisses zur eigenen Partei: »Das was mir auffällt in unserer Arbeit ist, dass Leute oft hinterm Berg halten, dass sie eigentlich

einer politischen Partei angehören.« In diesem Punkt sei es eigentlich egal, ob es sich um die SPD oder die CDU handle, nur die Linken machten ihre

Parteizugehörigkeit meist deutlich. Man bewirke etwas, sage aber nicht, dass man dies für eine bestimmte Partei mache. Wenn man ein Amt übernehme, mache man das zum Beispiel, weil man eine sozialdemokratische Idee vertrete oder ein sozialdemokratischer Politiker sei, deshalb habe man sich wählen lassen. »Politiker müssen viel mehr deutlich machen, dass das eigene Handeln aus einer ganz bestimmten Haltung kommt, damit die Leute beim Wählen nicht nur das Amt sehen, sondern auch den Menschen, den Politiker, die Politikerin, und eine parteiliche Haltung damit verknüpfen. Unsere Demokratie gründet darauf, dass bestimmte Personen auch mit einer politischen Richtung verknüpft werden können.« Die Abneigung gegen diese Form des Bekennens könne mit einer kritischen Haltung allen Parteien gegenüber zusammenhängen. Sie sehe die Abnahme der Wahlbeteiligung mit großer Sorge, sehe aber eben auch Leute, die oft vor allem auf unterster Ebene nicht für ihre politische Haltung in der Öffentlichkeit eintreten wollten.

»Politiker müssen viel mehr deutlich machen, dass das eigene Handeln aus einer ganz bestimmten Haltung kommt, damit die Leute beim Wählen nicht nur das Amt sehen, sondern auch den Menschen, den Politiker, die Politikerin, und eine parteiliche Haltung damit verknüpfen. Unsere Demokratie gründet darauf, dass bestimmte Personen auch mit einer politischen Richtung verknüpft werden können.«

Steffen Reiche weist darauf hin, dass Studien zufolge die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, auch im Osten gestiegen

sei. Es gebe Bundesländer im Osten, die mittlerweile die gleiche Beteiligung an ehrenamtlicher Arbeit hätten wie die im Westen. Sie werde seiner Einschätzung nach in den nächsten Jahren weiter steigen, was damit zusammenhänge, dass es immer besser gelinge, auch Menschen, die wenig Beschäftigung hätten oder arbeitslos seien, dadurch Möglichkeiten von Lebenserfüllung aufzuzeigen. Außerdem gebe es Leute, die mit 63 oder 64 Jahren in den Ruhestand gingen und bereit und interessiert seien, nicht gänzlich aus allen Zusammenhängen auszuschneiden. Er halte es aber für falsch, zu glauben, dass man den großen Volksorganisationen, Volksparteien, Volkskirchen, Gewerkschaften, wieder zum Massenanhang früherer Jahrzehnte zurück verhelfen könne. Wer heute Mitglied einer Partei sei, habe – anders als noch in den 1960er/70er Jahren – dadurch keinen Informationsvorteil mehr. Heute habe man in ganz anderer Weise Zugang zu politischen Informationen über das Internet. Die meisten Mitglieder würden auch zunehmend die Erfahrung machen, dass sie immer weniger mitbestimmen können. Das liege zum einen an den Strukturen innerhalb der SPD, zum

anderen aber auch daran, dass eben immer mehr Fragen aus sinnvollen und guten Gründen auf andere Ebenen verlagert und über sie auf der europäischen oder sogar auf einer globalen Ebene und von großen überregionalen Organisationen entschieden würden.

Was die politische Partizipation betreffe, so müsse man einerseits sehen, dass Menschen in die Parteien kämen, die sich davon einen konkreten Vorteil für ihr Fortkommen an irgendeiner Stelle erhofften. Andererseits gebe es immer mehr, die gerade davon negative Folgen für ihre beruflichen Chancen befürchteten, wenn sie zum Beispiel im Bereich der Medien tätig seien. Zu den Überlegungen von Susanne Kschenka sei anzumerken, dass viele Leute an verantwortlicher Stelle genau spürten, dass Parteien für etwas Schmutdeliges gehalten würden. So komme es nicht gut an, wenn zum Beispiel jemand, der als Seniorenvertreter gewählt worden sei, dies eventuell für einen parteipolitischen Vorteil nutze. Und daher seien viele parteipolitisch Engagierte zurückhaltend. Im Sport sei das gleiche zu beobachten. In Brandenburg seien viele, die in der Politik, zum Beispiel in der SPD-Landtagsfraktion, Verantwortung trügen, irgendwo Verbandsvorsitzende. Er selbst sei Vorsitzender des Leichtathletik-Verbandes. Und trotzdem müsse man sich dort zurückhalten und nicht immer sagen, ich bin aber Sozialdemokrat. Andererseits sei es aber schon so, dass es gerne zur Kenntnis genommen werde, dass jemand, der in einer Partei ist, eventuell gute Kontakte zu denen habe, die dann über Fördergelder entscheiden würden. Und insofern nutze man diese Parteimitgliedschaft aus, ohne sich selbst damit identifizieren zu wollen. Daher müsse man sich auf eine perspektivisch neue und andere Rolle von Parteien einstellen.

Frank Heltzig misstraut den Statistiken, die besagten, dass die Zahl der ehrenamtlich Tätigen in Ost und West ständig steige. Die Frage habe ja etwas zu tun mit Zivilgesellschaft, mit bürgerschaftlichem Engagement. Die AWO habe als einziger der Wohlfahrtsverbände nicht nur im Grundsatzprogramm, sondern auch im Statut festgelegt, dass sie sich in die aktuellen politischen Entscheidungsprozesse, in die Gesetzgebung, einmischen wolle. Das sei eine ganz bewusste Entscheidung gewesen. Nun bekomme man natürlich mit Grundsatzprogramm und Statut den Bürger eher nicht zum Mitarbeiten. Es müsse aber möglich sein, ihn dazu zu bekommen, dass er in der Kita, im Elternbeirat oder im Förderverein aktiv werde, solange

»Ich hole die Leute dort ab, wo sie sind, nämlich bei ihren eigenen Interessen, und nicht mit dem Grundsatzprogramm und mit dem Parteitagsbeschluss.«

seine Kinder dort seien. Es müsse möglich sein, dass sich die Kinder der Alten, die im Pflegeheim seien, auf diese Weise engagierten, solange ihre Eltern dort betreut werden. Es müsse machbar sein, auf diese Weise Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements zu knüpfen, darin sehe er auch eine moderne, zeitgemäße Form des Sich-Beteiligen. »Ich hole die Leute dort ab, wo sie sind, nämlich bei ihren eigenen Interessen, und nicht mit dem Grundsatprogramm und mit dem Parteitagebeschluss.«

Ein ganz anderer Aspekt, den er hier aufgreifen wolle: Die meisten Mitglieder der AWO gebe es im Westen, und wenn eine Bundeskonferenz stattfinde und ein Bundesvorstand gewählt werde, dann wählten die regionalen Delegierten natürlich *ihre* Kandidaten, das sei in der AWO nicht anders als in der SPD. Also müsse man Wahlkampf machen und sich als Ostdeutscher nach unterstützenden Stimmen auch aus den Westverbänden umsehen. Ähnliches gelte dann, wenn man gewählt sei und im Vorstand sitze. Die AWO habe früher einen aus 17 Mitgliedern bestehenden Vorstand gehabt, 15 aus dem Westen und zwei aus dem Osten. Manchmal sei er der einzige anwesende Ostdeutsche gewesen. Kam ein Fachproblem auf die Tagesordnung, dann hätten die Westdeutschen natürlich ihre westdeutsche Erfahrung eingebracht. Als einziger Ostdeutscher habe er sich dann angewöhnt, darauf hinzuweisen, dass sich ein konkretes Problem in Ost und West häufig noch unterschiedlich darstelle. Daher brauche man gelegentlich auch zwei Lösungen. Wenn beide zusammenfielen, sei das ausgezeichnet, und wenn nicht, dann habe man sich rechtzeitig auf beide Möglichkeiten eingestellt. Beispiel Kitas: Wenn es darum gehe, eine ausreichende Anzahl an Kita-Plätzen anzubieten, habe man im Westen das Problem: wenige Kita-Erzieherinnen und große Nachfrage. Im Osten habe man dagegen teilweise leer stehende Kitas, ein Überangebot an Kita-Erzieherinnen und wegbrechende Kinderzahlen –

ein Problem mit zwei verschiedenen Seiten, das nach verschiedenen Lösungen verlange. Am Anfang sei er ein wenig als Störenfried betrachtet worden, dann sei dieses Vorgehen akzeptiert worden. Ähnliches dürften auch die ostdeutschen Sozialdemokraten im Bundesvorstand der SPD und die ostdeutschen Fraktionsmitglieder im Bundestag erlebt haben.

»Wenn wir über Politikverdrossenheit reden, trifft das für ganz viele Menschen im Osten nicht zu. Sie sind zwar nicht in einer Partei, aber sie sind in zahlreichen Vereinen aktiv. So erlebe ich es jedenfalls.«

Hinrich Kuessner: Das Schöne an der deutschen Einheit sei ja gewesen, dass viele Leute Initiativen ergreifen konnten und das sei im Osten auch geschehen. »Wenn wir über Politikverdrossenheit re-



V. Podium, Alfred Eichhorn, Klemens Schrenk, Hinrich Kuessner

den, trifft das für ganz viele Menschen im Osten nicht zu. Sie sind zwar nicht in einer Partei, aber sie sind in zahlreichen Vereinen aktiv. So erlebe ich es jedenfalls.« Es gebe viele Vereine, die sehr gut funktionierten, in denen sich wirklich viele Menschen engagierten. Er sei gleichfalls der Meinung, dass die SPD als Partei nicht mehr so sein könne, wie sie vor ein paar Jahren noch gewesen sei, dass sie so auch keine Zukunft habe. Aber die Zivilgesellschaft gehe nicht so schnell kaputt, auch wenn man dieses Parteienproblem habe. Es gebe zum Glück genügend Menschen, die politisch interessiert seien, auch wenn sie nicht in den Parteien arbeiteten. Er glaube auch, dass die Parteien für die Zukunft immer noch gebraucht würden, weil sie bestimmte Dinge böten, zum Beispiel das »Strippen-Ziehen«, das auch in Zukunft wichtig sein werde. Viele Vereine hätten dafür nicht die entsprechenden Strukturen. Es müsse in der SPD diskutiert werden, wie man sich als Partei an diesen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen beteilige und wie diese wiederum in die Politik eingebunden werden könnten. Das sei eine spannende, wenn auch keine neue Diskussion. Sicher gebe es dazu bereits Untersuchungen und Konzepte. Sein Eindruck sei, dass viele, die in der Zivilgesellschaft aktiv seien, die Nase von Parteien voll hätten, weil sie den Eindruck hätten, dass sie entweder ganz einsteigen müssten, oder aber gar nichts bewirken könn-

ten. Er habe dafür großes Verständnis, da er selbst sich auch nicht gerne lebenslang irgendwo fest einbinden lassen wolle, früher öfter auch einmal den Beruf gewechselt habe und gerne etwas Neues beginne.

***Klemens Schrenk** wendet sich noch einmal den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung zu und fragt nach dem von Hinrich Kuessner als Sozialminister ins Leben gerufenen »Schandfleckenträumungsprogramm«.*

Hinrich Kuessner: In Mecklenburg-Vorpommern seien ursprünglich 180.000 Menschen in der Landwirtschaft tätig gewesen, heute seien es noch etwa 21.000 Personen. Dieser Schwund an Arbeitsplätzen habe sich rasant vor allem in der Anfangsphase nach 1990 vollzogen. »Als ich Sozialminister wurde, habe ich zum Beispiel ein Dorf besucht, eine Familie, die in einem Wohnblock auf dem Dorf wohnte, und da saß ich im dritten Stock bei einer Familie im besten Alter, fünfunddreißig Jahre die Eltern, und die schauten auf die Felder. Da arbeiteten nur noch zwei Menschen und das ganze Dorf war arbeitslos, weil auf 100 Hektar nur noch eineinhalb Arbeitskräfte benötigt wurden.« Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sei dadurch sehr effektiv und erfolgreich geworden, aber eben um den Preis einer sehr hohen Arbeitslosigkeit. Man habe nach Möglichkeiten gesucht, diejenigen zu integrieren, die sich als Verlierer der Einheit fühlten. Sie sollten etwas Sinnvolles machen können. Daher habe man für die Beschäftigungsgesellschaften ein Programm, das »Schandfleckenträumungsprogramm«, entwickelt. Es habe in allen Kommunen viele Schandflecken gegeben, alte Fabrikhallen, marode Gebäude, die wegzuräumen einfach sinnvoll gewesen sei; es sei aber auch darum gegangen, Strukturen zu schaffen, damit auf diesen Flächen Neues entstehen konnte. So seien zum Beispiel Betriebe geteilt worden, und da habe man mit Beschäftigungsgesellschaften die »Schandflecken« in diesem Bereich beseitigt, damit dann neue kleine Betriebe wachsen konnten.

VI. Podium

1989/90 in der kollektiven Erinnerung – Geschichtspolitik, konkurrierende Geschichtsbilder und die Rolle ostdeutscher Biografien

Teilnehmer/-in: Thomas Krüger, Heike Christina Mätzing,
Steffen Reiche, Stefan Wolle.

Moderation: Bernd Faulenbach.

Bernd Faulenbach stellt drei Fragen in den Mittelpunkt der Diskussion: Wie beurteile man heute die Umwälzung von 1989/90? Welche Begrifflichkeit biete sich dafür an – was spreche dafür, diese Ereignisse ›Revolution‹ zu nennen, was dafür, sie als ›Wende‹ zu bezeichnen, oder sei – wie manche meinen – alles unter dem Begriff ›Wiedervereinigung‹ zu subsumieren. Oder sei es gar nur eine Implosion gewesen? Eine andere Frage laute: Wie beurteilten die Gesprächsteilnehmer die Geschichtspolitik seit 1989/90, die ja auch umfangreiche Ressourcen gebunden habe, und in der Diskussion häufig sehr unterschiedlich bewertet werde? In diesem Zusammenhang stelle sich dann die Frage nach dem Verhältnis von wissenschaftlicher Erkenntnis, nach dem, was in Schulen damit gemacht werde, auf der einen Seite und dem, was die Menschen in ihrem eigenen Erfahrungsraum selbst erlebt haben. In welche Beziehung setzen sie sich zu diesem Geschehen? Dabei tauche dann auch rasch das Stichwort von der ›Entwertung der Biografie‹ auf.

Unter den Teilnehmern der Diskussion befinden sich mit Thomas Krüger, Stefan Wolle und Steffen Reiche drei Ostdeutsche, die zugleich Akteure der Friedlichen Revolution von 1989 waren. Thomas Krüger, Theologe, Mitgründer der SDP, ist heute Leiter der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn; Stefan Wolle, Historiker, 1989 Mitglied des Bürgerkomitees für die Auflösung des MfS, ist seit 2005 wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums in Berlin; Steffen Reiche, gleichfalls SDP-Mitgründer, setzt sich mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte und dem Revolutionsbegriff auseinander. Die »westdeutschen« Teilnehmer: Heike Christina Mätzing, Historikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Braunschweig und assoziierte Wissenschaftlerin



VI. Podium: »1989/90 in der kollektiven Erinnerung – Geschichtspolitik, konkurrierende Geschichtsbilder und die Rolle ostdeutscher Biografien«. Von links: Thomas Krüger, Stefan Wolle, Bernd Faulenbach, Heike Christina Mätzing, Steffen Reiche

des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung; der Moderator Bernd Faulenbach, Historiker, ist Vorsitzender der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum und stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Zusammensetzung des Podiums veranlasst **Bernd Faulenbach** zu der Bemerkung, dass es »ja angeblich so etwas wie eine Feindschaft zwischen Historikern und Zeitzeugen« gebe, in gewisser Weise treffe das auch auf ihn selbst zu (»Wir haben diese Feindschaft immer auch in uns auszutragen«) – dies kompliziere möglicherweise die Diskussion. Die Umwälzung von 1989/90 sei eine sehr erfolgreiche Umwälzung gewesen, merkwürdigerweise gebe es dennoch – zum Teil jedenfalls – ein eher zwiespältiges Verhältnis der Menschen in der Beurteilung dieser Vorgänge; das komme dann auch in unterschiedlichen Begrifflichkeiten zum Ausdruck.

Thomas Krüger möchte in seiner Antwort zwischen seiner eigenen Meinung dazu und dem allgemeinen Befund unterscheiden. »Es gibt einfach

unterschiedliche Narrative in der Geschichtsrezeption, die gleichzeitig und auch konkurrierend nebeneinander stehen. Da ist das Narrativ, 1989/90 als Friedliche Revolution zu bezeichnen, ganz klar, das ist das bürgerrechtliche Narrativ. Es hat vor allem auch mit denen zu tun, die sich in den 1980er Jahren oder davor kritisch mit der DDR auseinandergesetzt haben und für die Werte der Friedlichen Revolution auch auf die Straße gegangen sind. Es gibt aber auch ganz andere Narrative, die durchaus einen entsprechenden Hintergrund haben. Ein zweites ist das utopische Narrativ, also dasjenige der SED-Leute, die dann in die PDS hineingegangen sind und mehr oder weniger versucht haben, diesen utopischen Kern für sich selbst zu retten und für die es dann natürlich eine Tragödie war, was 1989/90 passiert ist. Egon Krenz' Begriff ›Wende‹ ist da nur eine Spielart, da gibt es noch viel zugespitztere Varianten, aber es ist eben ein Narrativ, das es in Deutschland gibt, und dem sich eine nicht unbeträchtliche Anzahl verpflichtet weiß – nicht mein Narrativ, um das deutlich zu machen. Ein drittes Narrativ: Das Narrativ der Leute, die von der Freiheit in der Unfreiheit reden, derer, die nicht Risiko in dem Maße eingegangen sind wie andere, die aber ein Stück ihres Lebens auch nicht im Kontext von SED und nationaler Front gelebt haben, die versucht haben, die Widersprüche des real existierenden Sozialismus auszubalancieren. Und die durchaus auch ihre Geschichten erzählen können, wie sie im ganz Kleinen oder im Unerkannten ihre Distanzen gepflegt haben. Also, wenn man so will, das Narrativ ›des richtigen Lebens im falschen Leben‹.¹⁹⁶ Und das ist ein Narrativ, das zunehmend auch in der Öffentlichkeit erzählt wird, das eine wichtige Rolle gespielt hat im Kontext dieser vielen Nostalgiegeschichten. Da wird sehr viel mit Ironie gearbeitet, da werden auch Sachen gedreht und aus der Distanz entsprechend beurteilt. Ich will damit sagen, dass diese Narrative nebeneinander und sehr oft unverbunden miteinander existieren, und wenn man ein Präferenznarrativ formulieren kann, das auch politisch entsprechend begleitet ist, dann ist es das erste, das der Friedlichen Revolution, das ist das, was sozusagen ›politisch korrekt‹ ist.«

»Es gibt einfach unterschiedliche Narrative in der Geschichtsrezeption, die gleichzeitig und auch konkurrierend nebeneinander stehen.«

Bernd Faulenbach vermutet, dass Steffen Reiche wohl gleichfalls den Begriff »Friedliche Revolution« anwenden würde – aber wie könne man diesen Begriff Schülern und Studenten erklären, und wie würde man diese Friedliche Revolu-

196 Populäre Umformung des Zitats von Theodor Adorno »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« (»Minima Moralia, I, 18).

tion in die neuzeitlichen Revolutionen insgesamt einordnen – für Kommunisten wäre es ja vielleicht eher eine Konterrevolution gewesen?

Steffen Reiche: »Weil ich mit dabei war, geht es mir ähnlich wie Thomas Krüger. Ich stimme dem zu, was Markus Meckel gestern zu diesen Fragen gesagt hat. Insofern würde ich den Schülern sagen, ja, es war eine friedliche Revolution, aber – und das ›aber‹ würde vermutlich nicht gehört werden – hier in der Runde wird es vielleicht dann deutlicher gehört: Eine Revolution ist etwas, was das Leben von vielen Menschen verändert. Revolution heißt ja Umwälzung. Und das Leben von sechzehn Millionen Menschen ist nun wirklich umgewälzt worden, also wenn das keine Umwälzung war, was denn dann. Und zugleich ist auch das Leben von vielen Millionen Westdeutschen verändert worden. Wenn man sich überlegt, was sich alles daraus ergeben hat: Kurz danach gab es auf dem Prager Wenzelsplatz Demonstrationen, die dazu geführt haben, dass sich dort ein umfassender politischer Wandel vollzogen hat. Der gesamte osteuropäische Raum hat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs neu gestaltet, die Sowjetunion hat sich aufgelöst. Also da ist schon wirklich etwas umgewälzt worden.

Aber: Ich komme mit dem, was ich über Revolutionen denke, ganz stark von Eugen Rosenstock her.¹⁹⁷ In seinem wirklich phänomenalen Buch, das er in der Weimarer Republik über die europäischen Revolutionen verfasst hat, und das mich geprägt hat, schreibt er, dass es sich nur dann um eine Revolution handelt, wenn daraus etwas wirklich grundlegend Neues entsteht, etwas, das es in der Weltgeschichte noch nie gegeben hat. Und da muss man dann natürlich sagen, das war die Friedliche Revolution in der DDR nicht. Man kann aber wiederum einwenden: Ja doch, es ist ja etwas Neues entstanden, es hat in der Weltgeschichte eine einzigartige neue Dynamik gegeben, nämlich in der Frage der Globalisierung. Das hängt ja nun auch mit dieser friedlichen Veränderung, mit dieser Friedlichen Revolution zusammen, dass etwas, das bis dahin praktisch immer aufgehalten, gebremst worden ist, sich seit 1990 im Grunde mit einer nie da gewesenen Dynamik vollzieht. Also insofern schwanke ich immer ein bisschen und sage, es war eine Friedliche Revolution, aber so ganz unrecht hat Jürgen Habermas nicht, wenn er sagt,

¹⁹⁷ Vgl. Eugen Rosenstock-Huussy: Die europäischen Revolutionen. Volkscharaktere und Staatenbildung, Jena 1931, S. 5: »Wenn wir aber hier in diesem Buche von Revolution reden, so meinen wir nur eine solche, die ein für allemal ein neues Lebensprinzip in die Weltgeschichte hat einführen wollen, also eine Totalumwälzung.«



VI. Podium, Stefan Wolle, Bernd Faulenbach

es war eine nachholende Revolution.¹⁹⁸ Denn im Grunde genommen haben wir 1989/90, man kann sich unser Programm daraufhin durchlesen, Dinge gefordert, die es im Westen schon längst gab, und wir haben nur gesagt, das ist der revolutionäre Akt, dass wir nicht mehr bereit sind, zu akzeptieren, dass so viele Jahre nach 1945, nachdem ganz Deutschland befreit worden ist, diese Befreiung eben für die Menschen im Osten nicht gilt.«

Der Moderator fragt, ob diese Revolution ein utopisches Potenzial gehabt habe, und wenn ja, ob dieses Potenzial auch zum Zuge gekommen sei. Oder handelte es sich in dieser Beziehung um eine abgebrochene Revolution?

Stefan Wolle: »Das utopische Potenzial war in der Friedlichen Revolution vorhanden, es war sogar ziemlich stark, aber es ist binnen sehr kurzer Zeit überschwemmt worden von dem Willen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung der DDR, so schnell wie möglich die deutsche Einheit und so schnell wie möglich vergleichbare Lebensbedingungen und Freiheitsrechte wie die

¹⁹⁸ Vgl. Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution (Kleine politische Schriften VII), Frankfurt am Main 1990.

»Das utopische Potenzial war in der Friedlichen Revolution vorhanden, es war sogar ziemlich stark, aber es ist binnen sehr kurzer Zeit überschwemmt worden von dem Willen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung der DDR, so schnell wie möglich die deutsche Einheit und so schnell wie möglich vergleichbare Lebensbedingungen und Freiheitsrechte wie die Bürger der alten Bundesrepublik zu erreichen. [...] Aber dennoch sind die Ereignisse von 1989/90 global gesehen eine der ganz großen Zäsuren der Weltgeschichte.«

Bürger der alten Bundesrepublik zu erreichen. Insofern ist dieses Potenzial, dieses utopische Potenzial, sehr schnell untergegangen, wie auch schon in früheren Revolutionen davor. Das ist im Grunde ein ganz normaler Prozess, bloß ging es diesmal ganz besonders schnell durch dieses Vorhandensein einer Gesellschaft, der sich sozusagen alle vollkommen angleichen wollten. Aber dennoch sind die Ereignisse von 1989/90 global gesehen eine der ganz großen Zäsuren der Weltgeschichte. Ich weiß gar nicht, in welches hohe Fach man da greifen sollte – seit dem Untergang des Römischen Reiches gab es im Grunde bloß drei, vier Zäsuren von einer ähnlichen Bedeutung, die alles durcheinander gewirbelt haben, was an politischen Konstellationen der Welt bis dahin vorhanden gewesen ist. Insofern sollte man sich vor dem Revolutionsbegriff auch nicht scheuen. Gerade in marxistisch-leninistischer Hinsicht war es eine Revolution, nämlich eine totale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn man so über Alltagsdinge spricht, ist mir dieser Revolutionsbegriff dann ein kleines bisschen zu pathetisch, und wenn man darüber schreibt, hat man natürlich Ausweichmöglichkeiten, zum Beispiel mit ›die Ereignisse von 1989‹ oder ›Umbruch‹ oder ›Zäsur‹. Aber ich gestehe, ich bin schon dabei ertappt worden, dass ich ›Wende‹ gesagt habe, und Rainer Eppelmann¹⁹⁹ wollte einmal einführen, dass man dann einen Groschen bezahlen muss oder gar einen Euro. Also, ›Wende‹ würde ich jetzt auch nicht mehr schreiben wollen. Wir kennen alle die Herkunft dieses Wendebegriffs und wissen auch, dass er von Anfang an eine Lüge gewesen ist.«

***Der Moderator** fragt Heike Christina Mätzing, die auch die im Foyer gezeigte Ausstellung zum Mauerfall in Schulbüchern im internationalen Vergleich konzipiert hat, nach der Rezeption der Ereignisse von 1989/90 in den jeweiligen Lehrmitteln. Diese stellten ja auch ein Stück weit einen Spiegel dar für das, was in den einzelnen Ländern über diese Umwälzung gedacht wurde. Sehe man sie auch in anderen Ländern als eine tiefgreifende Epochen­zäsur, die durch eine revolutionäre Umwälzung bewirkt wurde?*

¹⁹⁹ Rainer Eppelmann, geb. 1943, Pfarrer, Oppositioneller in der DDR, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, Mitglied der Volkskammer, Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett Lothar de Maizière.

Heike Christina Mätzing: Der Historiker und Geschichtsdidaktiker Karl Ernst Jeismann²⁰⁰ habe Schulbücher einmal als »nationale Autobiografien« bezeichnet – und das impliziere bereits: In Schulbüchern stelle sich ein Staat (in der Bundesrepublik sind es die sechzehn Länder) mit einem bestimmten Geschichtsbild dar, mit dem er die nachfolgende Generation sozialisieren möchte. Das heiße aber noch nicht, dass diese unbedingt auch rezipiere, was in den Schulbüchern stehe. Sie könne nicht für sämtliche Schulbücher angeben, welche Begrifflichkeit für den Umbruch 1989/90 in Deutschland verwendet werde, es gebe aber Beispiele von 2006, von 2010, in denen der Begriff Friedliche Revolution ohne Einschränkungen, auch nicht in Anführungsstrichen, verwendet werde. »Sie müssen sich vorstellen, dass Geschichtsbücher auf der Basis von Rahmenrichtlinien oder Curricula entstehen und diese Curricula in den Ministerien erstellt werden – für Deutschland heißt das, dass in sechzehn Bundesländern jeweils Kommissionen gebildet werden, in denen alle gesellschaftlichen Kräfte vertreten sind. Die Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften sind an der Erstellung beteiligt. Man kann daraus schließen, dass Schulbücher einen gesellschaftlichen Konsens widerspiegeln. Dass es dann innerhalb der Bücher manchmal noch Quellen gibt, die bestimmte Begrifflichkeiten durchaus in Frage stellen, steht auf einem anderen Blatt, das müsste man im Einzelnen untersuchen. Aber wir haben hier in Deutschland für diesen Begriff Friedliche Revolution eine ganz klare Haltung, die nicht in Frage gestellt wird.«

Was die Darstellung in internationalen Schulbüchern angehe, so sei schon das Ausstellungsprojekt selbst eine außerordentlich spannende Angelegenheit gewesen. Sie habe mit einer Gruppe von elf Studierenden daran gearbeitet, zum Teil seien die Beteiligten westdeutsch sozialisiert gewesen, zum Teil hätten sie aus ostdeutschen Bundesländern gestammt (die TU Braunschweig an der Grenze zu Sachsen-Anhalt hat dort ein großes Einzugsgebiet), und es hätten auch Studierende mit Migrationshintergrund mit gemacht. Dabei habe es interessanterweise in der Zusammenarbeit zum Teil aus den geographischen Bezügen abzuleitende Reibungen gegeben. Alle Beteiligten seien aber sehr überrascht gewesen, als sie sich die internationalen Positionen

200 Karl Ernst Jeismann (1925 bis 2012), Dr., Gymnasiallehrer. Seit 1966 am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Münster, 1971 Habilitation an der Universität Bochum. 1978 bis 1984 Leiter des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig, bis 1990 am Institut für Didaktik der Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster tätig.

»Der Fall der Berliner Mauer, das ist das politische Symbol für das Ende des Kalten Krieges und es wird von den von uns untersuchten internationalen Schulbüchern auch so gesehen.«

angesehen hätten. Man habe Bücher aus den Ländern der vier ehemaligen Alliierten, USA, UdSSR/Russland, Großbritannien und Frankreich, ausgewählt, dann die polnische und die österreichische Sicht berücksichtigt. Bei der österreichischen wäre sicher interessant, nun spontan eine Publikumsbefragung zu machen. Was wohl kaum vermutet werde: Das Thema Mauerfall komme dort so gut wie überhaupt nicht vor. Das Gegenteil davon spiele sich in den französischen Schulbüchern ab. Sie bildeten oft schon auf dem Cover den Fall der Berliner Mauer ab und sie räumten wie in keinem anderen der genannten Länder diesem Thema unglaublich viel Platz ein. »Es ist eine ausgesprochen weltpolitische Perspektive, die sich da widerspiegelt, nämlich das, was auch Stefan Wolle gerade sagte, es ist das Ereignis, das die Weltgeschichte bestimmt. Das ist nicht unbedingt der Liebe zu Deutschland geschuldet, obwohl die Schulbücher auch sehr weit ins Detail gehen, bis zur Abbildung des verhüllten Reichstags, das hat man teilweise nicht einmal in bundesdeutschen Schulbüchern. Der Fall der Berliner Mauer, das ist das politische Symbol für das Ende des Kalten Krieges und es wird von den von uns untersuchten internationalen Schulbüchern auch so gesehen. Die deutschen Schulbücher betonen im Wesentlichen die nationale Perspektive, dort ist das Europäische und das Weltpolitische gar nicht so dominant.«

Bernd Faulenbach: *Wenn man nun davon ausgehen könne, dass es eine weltgeschichtliche Zäsur gewesen sei, »warum gibt es nicht mehr Stolz auf diese Sache bei denjenigen, die Akteure in diesem Prozess gewesen sind? In Frankreich ist man stolz auf die Französische Revolution.« Er richtet an Thomas Krüger die Frage, ob dies auf die geringe zeitliche Entfernung zurückführen sei – man wisse, dass es immer eine Weile dauere, bis sich Stolz entwickle, – woran liege es, dass diese Dinge in der deutschen Gesellschaft nicht unstrittig seien? Wäre es nicht auch eine Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, die Bedeutung dieser Zäsur noch stärker bewusst zu machen, auch bei denjenigen, die Zweifel am Charakter dieser Ereignisse haben? Merkwürdigerweise sei dies auch in den ostdeutschen Bundesländern der Fall, obgleich von dort die damit verbundenen Leistungen ja eigentlich herkämen.*

Thomas Krüger sieht in dem Begriff Stolz eine schwierige Kategorie für die historische Diskussion, auch habe die Bundeszentrale für politische Bildung nichts mit Agitation oder Propaganda zu tun. Die Akzeptanz von politischer



VI. Podium, Thomas Krüger, Stefan Woll, Bernd Faulenbach

Kontroversität, auch Widersprüchlichkeit, gehöre zum Grundverständnis ihrer Arbeit. Dies spiegle sich auch in den unterschiedlichen Biografien der Akteure, die an diesem Prozess mitgewirkt haben. Es gebe Bürgerrechtler, die eine Gestaltungserfahrung gemacht hätten und Bürgerrechtler, die sich relativ schnell wieder aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hätten, einfach weil schon die Präferenzen und persönlichen Entscheidungen über die Art und Weise einer Beteiligung an diesem Prozess unterschiedlich gewesen seien. Entsprechend differenziert fielen dann auch die Urteile darüber aus. Außerdem hätten sich aufgrund des Transformationsprozesses der letzten zwanzig Jahre die Biografien in unterschiedliche Richtungen weiterentwickelt. Zwar könne die Zeit 1989/90 ein großes Selbstbewusstsein in unserem Land auslösen, das sei aber eben nicht bei allen der Fall kann, und das habe mit den unterschiedlichen Bewertungen und Differenzierungen zu tun. Die Bundeszentrale habe – »gerade weil man sich ja sozusagen in diesem zwanzigsten Jahr ständig besoffen redet an diesem Prozess 1989/90« mit Transformationsforschern der Universitäten Halle-Wittenberg und Jena zusammengearbeitet, die über einen Zeitraum von zwanzig Jahren ausgewertet haben, was sich im Leben

»Einfach die Tatsache, dass achtzig Prozent der Ostdeutschen bis Mitte 1991 ihren Job verloren oder sich beruflich verändert haben, ist eine tiefgreifende Basiserfahrung, die im Westen so nie gemacht worden ist, und einfach bis heute auch nur bedingt gesehen wird.«

der Menschen, in der Ökonomie, in den Strukturen, verändert habe. »Das sind teilweise sehr interessante Befunde – Befunde, die diese Kategorie des

Selbstbewusstseins untermauern können, aber auch bedenkenswerte Befunde. Einfach die Tatsache, dass achtzig Prozent der Ostdeutschen bis Mitte 1991 ihren Job verloren oder sich beruflich verändert haben, ist eine tiefgreifende Basiserfahrung, die im Westen so nie gemacht worden ist, und einfach bis heute auch nur bedingt gesehen wird. Oder die Tatsache, dass in den ersten vier Jahren nach der deutschen Einheit ein riesiger Vermögenstransfer von Ost nach West stattgefunden hat, das war mir auch nicht so klar, bevor ich die Grafiken gesehen habe. Die Steuerpolitik von Theo Waigel hat eben dazu geführt, dass viele Leute investiert haben, manchmal ist das Geld auch in den Sand gesetzt worden in den neuen Bundesländern, aber viele haben ihr Steuergeld, was sie sonst eigentlich an den Staat abführen, in Eigentum in den neuen Bundesländern verwandelt. Oder die Tatsache der demografischen Entwicklung, dass sehr viele Leute vor allem mit guten Bildungsab-

schlüssen in die alten Bundesländer gegangen sind. Man kann nachweisen, dass die Regionen, in denen die Vereinigung am gelungensten stattgefunden hat, Baden-Württemberg und Bayern sind, weil da die vielen qualifizierten jungen Leute hingegangen sind, die auch im Westen, in den alten Bundesländern, eine Einheitserfahrung haben stattfinden lassen. Die sieht dann so aus, dass da Leute mit hohem Bildungsabschluss kommen, bereit sind, Überstunden zu schieben, sich Anerkennungsbiografien organisieren und die Wirtschaft im Westen gehörig unter Dampf setzen, mit dem Effekt, dass dort mehr Geld verdient und eine ungeheure Dynamik erzeugt wird. Das trifft übrigens auch auf bestimmte Städte zu, Hamburg zum Beispiel hat auch sehr stark profitiert von der Zuwanderung. Man kann bis heute nachweisen, dass vor allem aus den ländlichen Regionen, aber nicht nur von dort, eine anhaltende Wanderungsbewegung von jungen, qualifizierten Leuten stattfindet. Ich war einmal in Anklam bei einem Projekt, das wir dort machen, da hat der Schulleiter einer Schule erzählt, vom letzten Abiturjahrgang waren nach vier Monaten 98,5 Prozent weg, und zwar aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern weg. Und nach sechs Monaten war auch die letzte Person weg – das waren die restlichen 1,5 Prozent dieses Jahrgangs. Da zeigt sich dieses riesige Gefälle, und was bleibt zurück? Zurück bleibt in den ländlichen Räumen eine überalternde, schrumpfende Bevölkerung, zurück bleiben

»Man kann nachweisen, dass die Regionen, in denen die Vereinigung am gelungensten stattgefunden hat, Baden-Württemberg und Bayern sind, weil da die vielen qualifizierten jungen Leute hingegangen sind, die auch im Westen, in den alten Bundesländern, eine Einheitserfahrung haben stattfinden lassen.«

männliche Hauptschüler und Leute ohne Bildungsabschluss. Das ist der Befund, der einfach in bestimmten Landkreisen festzustellen ist und mit dem man umgehen muss. Und deshalb gibt es sehr, sehr unterschiedliche Erfahrungen und deshalb auch sehr gute Gründe, unterschiedliche Niveaus von Selbstbewusstsein bei diesem Prozess an den Tag zu legen.«

Bernd Faulenbach stellt eine weitgehende Übereinstimmung unter den Diskussionsteilnehmern darüber fest, dass es sich 1989/90 um eine revolutionäre Umwälzung gehandelt habe. Gerade im Westen gebe es aber viele, die diesen Prozess in erster Linie unter dem Begriff »Wiedervereinigung« subsummierten. Seine Frage an Steffen Reiche: Ob dies einer der Punkte sei, an dem sich wegen der unterschiedlichen Auswirkungen und der damit verbundenen Härten die erwähnten Probleme in der Beurteilung ergäben? Bernd Faulenbach erinnert an Matthias Platzecks Bemerkung, er könne den 3. Oktober nicht so recht feiern wegen der Auswirkungen, die diese Vereinigung gehabt habe, und Schuld an diesen ganzen Entwicklungen und Problemen sei letztlich das Anschlussbestreben der Westdeutschen gewesen.²⁰¹ »Der Begriff Anschluss aus dem Munde eines Sozialdemokraten, also ein Begriff, der belastet ist durch das Jahr 1938, den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich unter Hitler, das tut einigen in Westdeutschland weh.« Auch handele es sich um eine Umwälzung, die – insgesamt gesehen – wie man hier in der Diskussion festgestellt habe, zweifellos auch gewaltige Fortschritte gebracht habe, die zum Beispiel Joachim Gauck, der emphatisch die Erfahrung der Freiheit beschreibt, hervorhebe. Selbst von wohlmeinenden westdeutschen Pressestimmen sei Platzecks Äußerung sehr kritisch kommentiert worden. Müsse man deshalb die Verwendung des Begriffs Anschluss nicht als Fehlgriff bezeichnen?

Steffen Reiche hat mit dem Begriff Wiedervereinigung Probleme, da sich dies so anhöre, als ob sich zwei Staaten nach vierundvierzig Jahren auf gleichem Niveau einfach wieder zusammengetan hätten, und dann sei es wie vorher gewesen. Diese 44 Jahre hätten große Unterschiede entstehen lassen, und insofern sei da nicht etwas eins zu eins wiedervereinigt worden, was 1945 oder 1949 dann endgültig in zwei verschiedene Richtungen, bezie-

201 Vgl. dazu <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,714409,00.html> und <http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-um-deutsche-einheit-wiedervereinigung-oder-an-schluss-1.993920>.

hungsweise 1949 in zwei verschiedene Staaten geteilt worden sei. Er könne verstehen, dass man sage: Ich feiere nicht so gerne den 3. Oktober, weil das größere Fest der 9. November 1989 ist. Nach den Vorbereitungen zu urteilen, werde wohl bei den bevorstehenden Feierlichkeiten auch der Schwerpunkt auf den 9. November gelegt, was er dankbar zur Kenntnis nehme. Man müsse aber immer wieder in Erinnerung rufen, dass man in der Volkskammer einen guten Einigungsvertrag habe machen wollen. Das habe Zeit gekostet. Aber man habe auch nicht als DDR noch einmal deren 40. Jahrestag feiern wollen; wäre die deutsche Einheit erst nach dem 3. Oktober hergestellt worden, dann hätte man im Ostteil dieses Datum in irgendeiner Weise begehen oder daran erinnern müssen. »Mit dem Begriff Anschluss ist eindeutig in die falsche Schublade gegriffen worden. Wenn man das, was sich 1989/90 ereignet hat, kritisch bezeichnen will, finde ich es ausreichend mit dem Wort Beitritt beschrieben. Da klingt diese kritische Nuance, die man dem Ganzen durchaus geben kann, genügend deutlich mit an.«

Zur Frage, warum so wenig Stolz vorhanden sei: Es gebe ja viele, die an der revolutionären Umwälzung beteiligt gewesen seien und die auch heute noch stolz seien. Es gebe aber natürlich auch viele andere, die erst ganz zum Schluss ihre Kerze aus dem Fenster gehalten hätten, und die fühlten sich in Bezug auf den Oktober/November 1989 dann auch ein bisschen unangenehm an ihre eigene Rolle erinnert. Es gebe wieder andere, die fühlten sich enttäuscht, weil ihre großen Erwartungen nicht erfüllt worden seien. Sie sähen in der Umwälzung das, was vorhin als eine abgebrochene Revolution bezeichnet worden sei. Und es gebe schließlich eine weitere Gruppe, die sehe darin die eigentliche Zäsur ihres Lebens, den großen Misserfolg. »Ich war vor einem Dreivierteljahr in Erkner, da hatte ein Sozialdemokrat Menschen aus der Region zu einem Streitgespräch zwischen dem ehemaligen Armeegeneral Heinz Kessler²⁰² und mir zusammengeholt – das war eine gespenstische Veranstaltung. Es war so voll wie 1989 im Keller dieser Grundschule, es gab keine Stühle mehr, und bei allen Menschen, die gekommen waren, bei jedem Wort, merkte man, dass bei ihnen das, was wir damals gemacht haben, heute noch als Hochverrat, als die große Zäsur in ihrem Leben gilt.«

Heike Christina Mätzing greift noch einmal die Frage des Stolz-Seins auf und die Rolle des Biografischen bei der Bewertung. Vielleicht ergebe sich

202 Heinz Kessler, geb. 1920, 1985 bis 1989 DDR-Verteidigungsminister.

noch eine andere Perspektive, wenn man als Kategorie die Generationen einbeziehe, zum Beispiel auch die heute Studierenden. Sie sei häufig von Studentinnen und Studenten gefragt worden, warum dieses Ereignis nicht positiver im Geschichtsbild verankert sei, so, wie es auch in den Schulbüchern stehe. Von den europäischen Nachbarn sei uns doch früher immer vorgeworfen worden, wir hätten ja nicht einmal eine richtige Revolution gehabt, und nun habe es sie gegeben. Zu den Gründen: »Ich glaube, dass das kritische Potenzial im Bewusstsein der bundesdeutschen Gesellschaft keine starke Position hat. Wir haben keine Erfahrung im Umgang mit Revolutionen. Wenn wir an die Französische Revolution denken, so ist jeder Franzose mächtig stolz darauf, auch wenn das, worauf er stolz ist, gar nicht unbedingt mehr mit den historischen Ereignissen zusammenpasst. Aber es ist ein wesentlicher Teil seiner nationalen Identität. Das ist natürlich bei uns Deutschen wegen der Belastungen, die sich aus unserer Geschichte ergeben und auf Grund unserer eher obrigkeitkeitsstaatlichen Traditionen ungleich schwerer. Die Friedliche Revolution von 1989/90 könnte hier durchaus einen Anknüpfungspunkt bieten, er ist jedoch zumindest im Moment noch nicht in der Lage, das Geschichtsbewusstsein zu bestimmen. Denn die im Osten friedlich entwickelte revolutionäre Kraft, dieser Aufbruch von unten, wird überwölbt von der spezifischen Form der Wiedervereinigung, die staatlich, also von oben, reguliert worden ist. Diese staatliche Komponente dominiert in unseren offiziellen Schulbüchern und drängt den Stolz auf die Friedliche Revolution von unten in den Hintergrund. Bei einer solchen Ambivalenz kann sich nur schwer Nationalstolz entwickeln.«

»Ich glaube, dass das kritische Potenzial im Bewusstsein der bundesdeutschen Gesellschaft keine starke Position hat. Wir haben keine Erfahrung im Umgang mit Revolutionen.«

Heike Christina Mätzing führt als Beleg zwei Beispiele aus nach 1990 zugelassenen Schulbüchern an: »Da geht es um die Frage der Akteneinsicht beim Ministerium für Staatssicherheit. Ein Schulbuch nennt überhaupt nicht den Volkskammerbeschluss. Dort steht einfach nur: Der Bundestag beschloss, dass jedermann das Recht zur Akteneinsicht hat. Es fehlt die gesamte Bürgerbewegung, die ansonsten allerdings vorkommt, es fehlt der Hungerstreik, außerdem fehlt das, ich nenne es jetzt einmal das ›Gewaltpotenzial‹, das dazu geführt hat, dass Herr Schäuble schließlich gezwungen war, dies entsprechend zu verankern. Und der Eindruck entsteht, na ja, die Bundesdeutschen und das Parlament, die haben schon dafür gesorgt, dass die Akteneinsicht funktioniert. Das ist zwar nicht falsch, aber es ist nur die Hälfte der Wahrheit, und damit entsteht natürlich ein schiefes Bild.«



VI. Podium, Heike Christina Mätzing, Steffen Reiche

Der andere Punkt betreffe den 3. Oktober als Feiertag. Warum habe man nicht den 17. Juni belassen, wenn man den 9. November nicht haben nehmen können? »So hat man die Erinnerung an den Aufstand vom 17. Juni völlig eliminiert, und wenn ich jetzt ein Seminar dazu veranstalte, weiß kaum einer der Studierenden, dass da überhaupt etwas stattgefunden hat. Das ist ein ganz mühsames Herantasten, und wenn die Studierenden etwas darüber erfahren haben, sind sie richtig begeistert, fragen nach Kontinuitäten und verstehen die Spannungen, die seinerzeit in der DDR bestanden haben. Da entsteht plötzlich ein ganz anderes Bewusstsein. Es gibt jetzt einige Studierende, die speziell über die Rezeptionsgeschichte arbeiten, weil sie einfach nicht verstehen können, warum dieser Aufstand vom 17. Juni 1953 der Öffentlichkeit nicht mehr bekannt ist.«

Für die begriffliche Diskussion regt Heike Christina Mätzing an, die deutsche Geschichte als eine gemeinsame Geschichte bis 1945 zu sehen und sich zu vergegenwärtigen, wo die gemeinsamen mentalen und sozialen Errungenschaften und Belastungen liegen. 1945 habe sich dieser Fluss in zwei Ströme geteilt, die 1989 wieder zusammengefloßen seien. Eine solche Sicht negiere überhaupt nicht die Unterschiede in der Sozialisation. Sie mache



VI. Podium,
Bernd Faulenbach

aber deutlich, dass es wirklich eine gemeinschaftliche Erinnerung von Ost- und Westdeutschen geben könne. Das ost- wie westdeutsche Bewusstsein dürfe sich nicht nur auf die Zweistaatlichkeit und (im Westen) auf den Nationalsozialismus beziehen, sondern müsse endlich die Jahrhunderte deutscher Geschichte bis 1933 reintegrieren.

Steffen Reiche erinnert daran, dass man am 17. Juni gerade erst den Vertrag zur deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion fertig gehabt habe, die dann am 1. Juli in Kraft treten konnte. Es werde eine Aufgabe für die Zukunft sein, alle drei Tage (17. Juni, 3. Oktober, 9. November) in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu begehen.

***Der Moderator** gibt zu bedenken, dass der 17. Juni in der Bundesrepublik über die Jahre hinweg nur mehr routinemäßig genutzt und regelrecht »vernutzt« worden sei. Erst im Jahr 2003 sei er von einer breiteren Öffentlichkeit wieder entdeckt worden. Das gehöre auch zu unserer Geschichte, dass bestimmte Dinge dann irgendwann in Vergessenheit gerieten. Man habe nun festgestellt, Deutschland sei lange Zeit als Land ohne Revolution dargestellt worden. Ganz so stimme das natürlich nicht, daher werde auch gesagt, es sei ein Land ohne erfolgreiche Revolution gewesen. 1848/49 sei in der Tat gescheitert, aber gewisse Folgen habe diese Revolution schon gehabt. 1918/19 pauschal für gescheitert zu*

erklären, falle ihm etwas schwerer, obgleich man das natürlich mit Blick auf das Jahr 1933 schon vertreten könne. Vor diesem Hintergrund lasse sich tatsächlich sagen, 1989/90 sei in vieler Beziehung unstreitig eine erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte gewesen. Er sei persönlich überzeugt, dass es mit größerem zeitlichen Abstand leichter sein werde, sich damit zu identifizieren als in der Gegenwart, wo die von Thomas Krüger genannten erheblichen Probleme für viele Menschen dieses Bild ein Stück weit auch eintrübten und damit die großen Zusammenhänge etwas verdeckten.

Ein anderes Problem sei die Frage der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Er bittet Stefan Wolle und Thomas Krüger im Kontext dieser Entwicklung den notwendigerweise gleichfalls schmerzhaften Prozess der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu beurteilen, der ebenfalls immer wieder zu bestimmten Diskussionen und Auseinandersetzungen geführt habe. Sei dieser Prozess gelungen? Es gebe Leute, die der Ansicht seien, er sei nicht entschieden genug betrieben worden. Andere meinten, das Umgekehrte sei der Fall, es sei zu rigoros geurteilt worden.

Stefan Wolle: »Die Aufarbeitung der SED-Diktatur war ein offener Diskurs, dessen Verlauf in einer pluralistischen Gesellschaft ja nicht vorgegeben war.

Dieser Prozess ist im Großen und Ganzen jedoch mit sehr viel Würde, mit sehr viel wissenschaftlicher Kompetenz, mit sehr viel medialer Kompetenz geführt worden.« Besonders hervorheben wolle er, dass in diesen zwanzig Jahren sehr viele Filme gemacht worden seien, Spielfilme zum Teil, Dokumentarfilme, Fernsehdokumentationen, die im Großen und Ganzen eigentlich das erfüllt hätten, was er selbst sich unter einem sinnvollen Prozess der Aufarbeitung vorgestellt habe. Dass es Stimmen gebe, die mehr Schärfe in die Auseinandersetzung tragen wollten, die fragten, welche Täter noch unter uns seien, und denen auch die Strafverfolgung nicht weit genug gehe, die gebe es natürlich. Und auf der anderen Seite gebe es auch viele, die der Meinung seien, die schöne DDR werde nun schlecht gemacht. Aber das blieben im Grunde Stimmen am Rande; die solle, die müsse es geben, und die werde es auch weiter geben, dafür habe man eine freiheitliche Gesellschaft.

Die Probleme lägen dagegen wirklich in den von Thomas Krüger angesprochenen Bereichen, im sozialen und im wirtschaftlichen Bereich. Und dann seien auch viele Menschen 1989/90 nicht wirklich beteiligt gewesen.

»Die Aufarbeitung der SED-Diktatur war ein offener Diskurs, dessen Verlauf in einer pluralistischen Gesellschaft ja nicht vorgegeben war. Dieser Prozess ist im Großen und Ganzen jedoch mit sehr viel Würde, mit sehr viel wissenschaftlicher Kompetenz, mit sehr viel medialer Kompetenz geführt worden.«

Jeder habe natürlich diese gewaltigen Massen auf dem Alexanderplatz vor Augen, aber wenn man am 4. November 1989 dabei gewesen sei und irgendwo eingeklinkt in der Masse gestanden habe, da sei dann deutlich zu spüren gewesen, dass mindestens der Hälfte der Anwesenden alles schon zu schnell und zu weit ging. Das seien zum großen Teil eher die Bremser gewesen, die laut gejubelt hätten, als dann Schabowski gekommen sei, Leute, die sich im Grunde eine reformierte SED gewünscht hätten. Er selbst habe das so erlebt, er habe damals befürchtet, dass die Leute den sogenannten Reformern noch einmal auf den Leim kriechen würden. Die wirklich Beteiligten, die Engagierten, die auch etwas riskiert hätten, seien damals eine kleine Minderheit gewesen und das auch immer irgendwie geblieben. Ein anderer Punkt sei, dass dann sehr schnell diese Enttäuschung eingesetzt habe – Stichwort »Entwertung der Biografie«. »Diese Leute sehen den Absturz aus ihrem Erwerbsleben, sie sehen, dass sie arbeitslos geworden sind, aus ihren Organisationen heraus gefallen, und das geht eben los bei denen, die bei den bewaffneten Organen waren, um einmal diesen DDR-Begriff zu gebrauchen, in wissenschaftlichen Instituten oder in den großen Betrieben gearbeitet haben, denen fällt es manchmal schwer, die reine und helle Begeisterung für Freiheit und Demokratie zu teilen. Das verstehe ich bis zu einem gewissen Grad, und ich fühle mich persönlich so ein bisschen als der Dolmetscher zwischen diesen beiden Gruppen und versuche zu erklären, was da mental vor sich gegangen ist, ohne diese Einstellung selbst zu teilen.«

Thomas Krüger teilt Stefan Wolles Analyse hinsichtlich der Aufarbeitung. Es sei aufs Ganze gesehen ein Prozess, der sehr differenziert gelaufen sei, allerdings mit ein paar Ausreißern. Die seien ja auch angesprochen worden, also besonders rigorose Positionen oder besonders verklärende Positionen. Er weist auf die Zeitschrift »Rotfuchs« hin, die mit einer Auflage von 45.000 abonnierten Exemplaren verkauft werde – für einen Verleger schon eine ergiebige Sache.²⁰³ Das sei ein Magazin ehemaliger MfS- und SED-Kader, das regelmäßig gelesen werde, also verlockend für einen linken Verleger, das zur Risikofinanzierung zu nehmen. Es gebe auch Leute, die heute noch einer relativ grobschlächtigen Totalitarismustheorie anhängen, die Anfang der 1990er Jahre ein zweites Leben bekommen habe, nachdem sie im Histo-

203 Die Zeitschrift erscheint im Verlag Wiljo Heinen. In den Inhaltsverzeichnissen findet sich zum Beispiel regelmäßig die Rubrik »Die Konterrevolution von 1989/90. Ihre Ursachen und Folgen«. Vgl. <http://www.rotfuchs.net/Zeitung/Archiv/RF-Inhalt-10.pdf>.

rikerstreit eigentlich differenziert und zu den Akten gelegt worden sei. Der Grund sei wohl darin zu sehen, dass mit der PDS einfach eine politische Kraft vorhanden war, die Anknüpfungspunkte für das Wiedererwachen dieser Totalitarismustheorie geboten habe. Heute sei Zeitgeschichte viel differenzierter aufgestellt. Man rede über Systemgeschichte genauso wie über die alterskulturellen Fragestellungen. Es gebe Autoren, die sich schon immer bemüht hätten, dies darzustellen. Vieles sei aber in den ersten Jahren nach 1990 im politischen Meinungsstreit sehr auf diese Totalitarismustheorie zugespitzt worden. Andererseits habe dieser Prozess durch viele Institutionen, die sich dem Thema zugewendet hätten, eine breite Ausdifferenzierung erfahren. Zur DDR werde enorm viel geforscht, man könne fast sagen, die DDR sei »überforscht«.

Es gelte aber immer noch eine »zweite deutsche Einheit« herzustellen – ein Thema, das ihm im Zusammenhang mit deutscher Einheit und Geschichtspolitik besonders wichtig sei. Er knüpfe dabei an die Dissertation einer Wissenschaftlerin der Humboldt-Universität an, die zeige, »dass eine ganze Generation von Migrantinnen und Migranten die deutsche Einheit, bezogen auf ihr persönliches Leben, als eine riesige Verschiebung, eine Generationsverschiebung von Integrationsgeschichte erfahren hat. Und diese zweite deutsche Einheit, die notwendige Integration von Migrantinnen und Migranten, die sollte man nicht aus dem Blick verlieren, denn das ist auch ein Narrativ, das existiert. Diese Menschen haben sehr oft die deutsche Einheit als die Verlängerung von Diskriminierungsgeschichte erfahren. Junge Türken hier in Berlin und Brandenburg haben keinen Ausbildungsplatz bekommen, weil natürlich die brandenburgischen Jugendlichen eher genommen worden sind. Und es ist heute noch so, dass Leute, die sich auf bestimmte Stellen bewerben und einen Namen haben, der nach Zuwanderung klingt, erst einmal aussortiert werden. Wir klagen im Zusammenhang des deutschen Einigungsprozesses über die Nichtanerkennung von Berufsabschlüssen, zu Recht. Aber bis heute ist es so, dass die meisten Berufsabschlüsse von Migranten, die ins Land kommen, nicht anerkannt sind. Ich finde, die Sozialdemokratie sollte auch mit Blick auf die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre Management deutsche Einheit die eine oder andere Erfahrung einmal konstruktiv in die Debatte einbringen und sich gestaltend um die Zukunft von Integration kümmern und nicht immer nur den Sanktionsdiskurs über Hassprediger führen. Das ist alles *auch* eine wichtige Geschichte, sie hat mit Angst und Unsicherheit zu tun, aber ich finde, damit kann man anders um-

gehen. So kann man auch eine Führungsrolle bei einer Gestaltungsaufgabe in unserem Land übernehmen.«

Bernd Faulenbach stellt abschließend fest, dass auf dem Podium übereinstimmend die Position vertreten worden sei, dass es sich um eine friedliche Revolution und eine daran anschließende Vereinigung gehandelt habe, die beide zusammen einen wirklichen Fortschritt in der deutschen Geschichte darstellten. Dies schließe aber nicht aus, dass es – und das sei ebenfalls deutlich geworden – eine Fülle von Begleiterscheinungen gebe, die man offen ansprechen müsse, auch von Problemen, von bewältigten und weniger bewältigten. »Dieses müssen wir aushalten, diese Spannung zwischen der Würdigung des Gesamtatbestandes und einer dennoch differenzierten Beurteilung durch viele Individuen, auch der Wissenschaft und der Publizistik.« Es blieben offene Fragen, auch politisch zu lösende Fragen, und es kämen immer wieder auch neue Fragen hinzu.

Wolfgang Thierse

Ostdeutschland und die Zukunft der sozialen Demokratie – Forderungen an die Politik

»Ich unterdrücke die Versuchung, mein – wie Thomas Krüger das genannt hat – Narrativ zu 1989/90 zu liefern. Ich will nur sagen, wie wäre es denn eigentlich mit dem 9. Oktober gewesen? Das war der Höhepunkt der Friedlichen Revolution und ich will daran erinnern, an einen einfachen Umstand der Geschichte, der eben auch für unsere Geschichte gilt: Revolutionen werden von Minderheiten gemacht, und wenn sie gut ausgehen, sind Mehrheiten die Nutznießer. Aber da Revolutionen selten vollständig gut ausgehen, haben diese Mehrheiten immer auch Grund zu nörgeln über diejenigen, die die Revolution gemacht haben. Das gilt auch für 1989/90. Nun, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der SPD-Volkskammerfraktion, es ist immer schön, Euch wieder zu sehen aus einer Zeit, die so etwas von intensiv war, dass man das nicht wiederholen kann. Ich trage nicht vor, was ich alles vorbereitet habe. Es ist heute schon so viel Richtiges und Zustimmungswertes gesagt worden.

Also sage ich, zwanzig Jahre danach lässt sich der Zustand der SPD in den ostdeutschen Ländern nicht gerade mit Hochmut betrachten. Ich stimme dem zu, was Steffen Reiche ziemlich genau, ziemlich präzise gesagt hat. Wir sind keine Volkspartei geworden, weder personell noch finanziell, noch emotional, noch strukturell, aber immerhin, wir haben immer wieder neu den Versuch gemacht, inhaltlich programmatisch und praktisch politisch eine Volkspartei zu sein. Und ich kann nicht sehen, dass es irgendetwas Positives bewirken könnte, wenn wir den Anspruch nun aufgeben, eine Volkspartei sein zu wollen. Das heißt aber auch, dass wir eine unserer Schwächen immer wieder bekennen müssen und an ihr zu arbeiten haben, nämlich unsere mangelnde Präsenz im Umfeld, in den Strukturen des geselligen und gesellschaftlichen Lebens der Zivilgesellschaft – aber indem ich das sage, mangelnde Präsenz, bin ich ja wieder bei dem Problem, dass wir personell keine Volkspartei geworden sind. Denn diese Form der Präsenz setzt voraus, dass wir genügend aktiv im Parteileben Stehende sind, die diesen Anspruch

umsetzen können. Und Steffen Reiche und andere haben ja daran erinnert, dass in diesen zwanzig Jahren ziemlich wenige Sozialdemokraten – das gilt übrigens auch in verwandter Form für die Grünen, sogar für die CDU – dass viel zu wenige engagierte Demokraten in den Parteien eine Fülle von Aufgabenfunktionen übernommen haben, immer hart am Rande ihrer Überforderung, und das sage ich ohne Vorwurf. Ich sage damit zugleich auch: Es gibt keinen einfachen Ausweg. Aber bei der Schlussfolgerung, da will ich Steffen Reiche ein bisschen widersprechen, dass diese Parteiendemokratie von gestern sei, da bin ich nicht so sicher. Dass sie in einem kritischen Zustand ist aus vielerlei Gründen, das stimmt. Aber solange mir keiner beantworten kann, welche Strukturen stabilen demokratischen Engagements an die Stelle von Parteien treten sollen, bitte ich darum, nicht allzu leichtfertig und liederlich mit den Parteien umzugehen, gerade auch in Perioden ihrer Schwäche.

Nun, der Befund der letzten Bundestageswahl vor genau einem Jahr war schlicht bestürzend. Die SPD lag nur an dritter Stelle in Ostdeutschland. Und die Nachfolgepartei der SED und die Nachfolgepartei zweier Blockparteien teilten sich die Direktmandate. Das ist ein bitterer Befund für eine Gruppe von Menschen, die vor zwanzig Jahren aufgebrochen ist. Und es ist kein Trost, dass die Niederlage Teil eines wahrlich dramatischen Niedergangs der gesamten SPD ist: Halbierung der Wählerstimmen seit 1998, Verlust fast der Hälfte unserer Mitglieder. Es ist auch kein Trost, dass ein beträchtlicher Teil der europäischen Sozialdemokratie das Schicksal dieses Niedergangs teilt. Und es ist ebenso wenig ein Trost, dass alle großen politischen Strukturen – Parteien, Gewerkschaften, Kirchen bis hinein in die Sportverbände – in schwierigen Situationen sind. Aber bezogen auf unsere Partei: Wir hatten doch durchaus Grund zu der Annahme, in Deutschland, auch in Europa, dass die globale Krise des Finanzkapitalismus die Stunde der Sozialdemokratie sein könnte, dass nun die Zeit gekommen sei, Alternativen zur neoliberalen Ordnung und Ideologie zu formulieren und diese mehrheitsfähig machen zu können. Die Bürger hätten doch, das war die Hoffnung, das Zerstörerische des Marktradikalismus und der Privatisierung einstmals öffentlicher Güter hinlänglich erfahren. Klassische Verteilungskonflikte sind ja keineswegs verschwunden. Und die Begriffe links und rechts füllten sich wieder mit Bedeutung. Nun, auch das sieht man mit Enttäuschung, dass das nicht wahr geworden ist. Gewiss, sozialdemokratische Grundorientierungen sind in unserer Gesellschaft, wie wir aus Umfragen wissen, immer noch mehrheitlich vorhanden. Man spricht ja von der Sozialdemokratisie-



Wolfgang Thierse: »Ostdeutschland und die Zukunft der sozialen Demokratie – Forderungen an die Politik«

rung aller Parteien und der Gesellschaft. Die Mahnung, der Staat habe zum Funktionieren der Wirtschaft und für den sozialen Zusammenhang Regulierungs- und Verteilungsfunktionen zu leisten, wird ja durchaus wieder zum Teil von den Konservativen geteilt, und die Liberalen sind ein wenig leiser geworden, jedenfalls in dieser Frage. Aber das Wahlergebnis vor einem Jahr besagte doch auch: Es gibt im gemeinsamen Deutschland keine antikapitalistische Stimmung, keine antikapitalistische Mehrheit, noch nicht mal eine richtig manifeste kapitalismuskritische Mehrheit, trotz Krise.

Inzwischen sind zwölf Monate vergangen, Schwarz-Gelb arbeitet auf eigentümliche Weise. Die Stimmung hat sich laut Umfragen ein wenig geändert. Wir erfahren mehr Zustimmung, ein bisschen, es ist nicht viel. Wir haben doch, und das war notwendig in den vergangenen zwölf Jahren, eine kritische Bilanz von elf Jahren sozialdemokratischer Regierungsarbeit gezogen, die Erfolge zu buchstabieren versucht, die Fehler, auch die problematischen Wirkungen richtiger Entscheidungen bewertet. Das war ein wichtiger, gewiss auch schmerzlicher Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Und übermorgen auf dem Bundesparteitag wird das noch einmal Gegenstand sein, es wird noch einmal ein kritisches Resümee geben müssen und die

Frage wird gestellt werden: Was müssen wir in der Kritik an der Regierungspolitik jetzt inhaltlich ändern, und welche veränderten Antworten müssen wir geben. Ein schwieriger, kollektiver Lernvorgang, der – und das finde ich wichtig – uns hoffentlich in die Lage versetzt, wieder Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft zurück zu gewinnen. Ich glaube, es gibt eine Menge Menschen, die sagen, es ist nicht schlecht, wenn Parteien selbstkritisch mit dem umgehen, was sie gesagt und getan haben. Aber ich glaube ebenso sehr, dass wir Glaubwürdigkeit nicht dadurch zurückgewinnen, indem wir – ich verwende ausdrücklich einen Ausdruck aus der Zeit von 1989 – indem wir eine Wendehalspartei werden, also bei allen möglichen Themen um 180 Grad Kehrtwendungen vollziehen. Die Verteufelung alles Bisherigen ist ebenso falsch, wie ignorante Apologetik selbst der Politik, die wir inzwischen als problematisch erkannt haben. Und wir sollten auch nicht in eine Art Überbietungswettbewerb in Sachen Linkspopulismus eintreten, den können wir gegen die Linkspartei sowieso nicht gewinnen. Wir müssen immer – das ist unser Schicksal, das ich in diesem Fall aber gerne trage – wir müssen das politisch Machbare im Blick behalten. Für Erlösungsrhetorik ist sozialdemokratische Politik nicht zuständig, und deshalb sollten wir auch künftig selbst bestimmen, was links ist und was sozialdemokratisch ist, und nicht zulassen, dass andere das für uns tun. Das heißt ja auch, es wäre ganz gut, wenn wir – wie soll ich das nennen – aus dieser mehr oder minder ungeschickten defensiven Haltung gegenüber der Linkspartei immer wieder neu herauszukommen versuchten. Diese Partei ist da, wir leben in einer sich offensichtlich stabilisierenden Fünf-Parteien-Landschaft. Wir müssen zur Linkspartei Stellung beziehen, weder Ausgrenzungsbeschlüsse helfen etwas noch Verbrüderungsphantasien, sondern die nüchterne Prüfung, was in einem gegebenen Moment angesichts der Personen und angesichts dessen, was die andere Partei will, aber vor allem angesichts dessen, was wir wollen, an Zusammenarbeit mit ihr möglich ist und wie viel Auseinandersetzung mit ihr notwendig ist.

Vor welchen aktuellen Herausforderungen für Ostdeutschland steht nun die Politik aus der Perspektive der Sozialdemokratie? Ich will nur einige Handlungsfelder benennen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, es sind eher disparate Punkte.

Ich beginne mit dem Stichwort politische Kultur, davon war heute immer wieder einmal die Rede. 1990 hat der inzwischen ver-

»Wir müssen zur Linkspartei Stellung beziehen, weder Ausgrenzungsbeschlüsse helfen etwas noch Verbrüderungsphantasien, sondern die nüchterne Prüfung, was in einem gegebenen Moment angesichts der Personen und angesichts dessen, was die andere Partei will, aber vor allem angesichts dessen, was wir wollen, an Zusammenarbeit mit ihr möglich ist und wie viel Auseinandersetzung mit ihr notwendig ist.«

storbene Ralf Dahrendorf folgenden Zeitbedarf für die Transformation in den ehemals kommunistischen Ländern prognostiziert: Für den Aufbau von Demokratie und rechtsstaatlichen Strukturen sechs Monate, für die Einführung und das Funktionieren von Marktwirtschaft sechs Jahre und für das Entstehen und die Entwicklung einer richtigen Zivilgesellschaft sechzig Jahre. Eine verblüffende Prognose, der ich jedenfalls einiges abgewinnen kann. Ich muss jetzt nicht ausführlich reden über Vertrauensverlust in die demokratische Politik, über Parteien und Politikverdruss, das ist in unendlichen Untersuchungen immer wieder festgestellt worden. Ich will nur darauf hinweisen, und lasse alle Zahlen weg, dass das, was da festgestellt wurde für Deutschland, für die westlichen Länder, für Ostdeutschland noch einmal alles viel gravierender ausfällt als für andere Regionen – noch geringeres Vertrauen in die Demokratie, noch geringeres Vertrauen in die Institutionen der Demokratie, noch geringeres Vertrauen in die Parteien. Der Befund wiederholt sich mehrfach, ein signifikanter quantitativer Unterschied. Das hat gewiss viele Ursachen, über die ich heute nicht reden kann, es ist hier in der Diskussion schon immer wieder thematisiert worden – die Dramatik der Umwälzung mit tiefer Verunsicherung und Ängsten als Folge, auch von Entwurzelungen, die Erfahrung einer schmerzenden, sich verschärfenden sozialen Spaltung. Für Menschen, die aus einer egalitären Gesellschaft kommen, tut das noch mehr weh. Die Erfahrung auch, das ist ja in den zwanzig Jahren sichtbar geworden, einer zunehmenden regionalen Disparität. Ostdeutschland, dieses egalitäre Land, wird regional und sozial immer disparater. Eine Entwicklung über zwei Jahrzehnte hinweg, gegen die alle Anstrengungen, alle riesigen Fördersummen und was alles passiert ist, nichts geholfen haben, im Gegenteil, manche Gegensätze wurden noch verschärft.

Was macht das mit den Leuten? Wie fördert das ihr Vertrauen in Demokratie und Politik? – Die sozialen, die ökonomischen Zusammenhänge, die Transformationsergebnisse, die Überforderungsängste, Zukunftsängste und Unsicherheiten, das alles trifft auf etwas, worüber man auch reden muss, obwohl es gelegentlich weh tut: Ich nenne es etwas polemisch die autoritäre Erbschaft der DDR, die ja da ist. Wir haben, ich sage jetzt ausdrücklich wir, damit es nicht so wie ein erhobener Zeigefinger klingt, wir haben hier in der DDR gezwungenermaßen gelebt, doch immer fixiert auf die da oben. Es war ja ein autoritärer Staat. Es war nur erlaubt, was von oben erlaubt war. Alles von denen da oben zu erwarten, das ist uns

»Die Erwartungen an das, was Staat und Politik möglichst schnell richten sollen, sind in Ostdeutschland nach allem, was wir wissen, größer als im Westen. Entsprechend größer ist auch die Enttäuschbarkeit der Wähler.«

gewissermaßen aufgezwungen worden, und es wirkt nach. Die Erwartungen an das, was Staat und Politik möglichst schnell richten sollen, sind in Ostdeutschland nach allem, was wir wissen, größer als im Westen. Entsprechend größer ist auch die Enttäuschbarkeit der Wähler. Man muss sich nur die Wahlen 1990, 1994, 1998 ansehen. Helmut Kohl hat die Wahlen gewonnen mit der großen paternalistischen Geste, ich nehme euch an die Hand und führe euch ins Wirtschaftswunderland. Ich löse die Probleme. Und eine Mehrheit der Ostdeutschen wollte erlöst werden von den Problemen. Das ging 1994 noch einigermaßen gut, aber danach hat die Mehrheit der Ostdeutschen begriffen, die schaffen es nicht, und sie haben ihre Enttäuschung ausgedrückt und haben sie zur SPD und zu Gerhard Schröder getragen. Und nach einer weiteren Anzahl von Jahren waren sie auch von uns enttäuscht, dass die Wunder ausblieben, dass das, was von uns erwartet wurde, nicht eintritt. Ich füge immer sofort hinzu, das ist nur wirksam im Zusammenhang mit den Transformationsschmerzen und -unsicherheiten und Benachteiligungserfahrungen, nur damit das klar ist. Wenn man dann auch noch sieht, das gehört ja auch zur Wahrheit, wenn man über politische Kultur spricht, dass Rechtsextremismus, alltägliche Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland quantitativ schlimmer sind und auch aggressivere Formen annehmen, obwohl das kein nur ostdeutsches Problem ist, dann gehört das zu dem, was ich unter autoritäre Erbschaft subsumiere.

Wenn wir Sozialdemokraten also jemals mehr und wieder neu Erfolg haben wollen, ist unsere Aufgabe eben mehr als eine Parteipolitik, sondern immer auch Arbeit an der politischen Kultur, am Werben für Demokratie, am Eintreten für selbstverantwortliches Handeln, am Aufbau oder der Stärkung von Zivilgesellschaft. Da müssen wir immer dabei sein und sichtbar sein. Und ich denke auch, wir können das doch tun, denn wenn ich das so pathetisch sagen darf, wir bringen doch eine geradezu existentielle Erfahrung mit. Und diese Erfahrung heißt, wir kennen den untrennbaren Zusammenhang von Gerechtigkeit und Freiheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Der Kommunismus war unter anderem auch der Versuch, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen unter Preisgabe der Freiheit. Und wir wissen auch aus sozialdemokratischer Erfahrung, wo Freiheit nicht mit dem Eintreten für Gerechtigkeit verbunden wird, ist sie immer gefährdet. Gerechtigkeit ist gewissermaßen die Grundlage funktionierender Demokratie als der poli-

»Wenn wir Sozialdemokraten also jemals mehr und wieder neu Erfolg haben wollen, ist unsere Aufgabe eben mehr als eine Parteipolitik, sondern immer auch Arbeit an der politischen Kultur, am Werben für Demokratie, am Eintreten für selbstverantwortliches Handeln, am Aufbau oder der Stärkung von Zivilgesellschaft.«

tischen Lebensform der Freiheit. Es gibt Gerechtigkeit oder das jeweils mögliche größere Maß an Gerechtigkeit nur unter Einsatz selbstverantwortlichen Handelns. Dieses gewissermaßen immer *ad personam* zu zeigen, durch den persönlichen Einsatz, das ist eine unserer Aufgaben.

Anderes Stichwort: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ist der Aufbau Ost noch ein eigenständiges Thema? Nicht nur Thomas de Maizière, sondern viele andere sagen, eigentlich gibt es gar nicht mehr so viele Sonderprobleme Ost. Ostdeutschland ist inzwischen, wie wir wissen, ein Flickenteppich, in sich unterschiedlich. Es gibt wirkliche Wachstumsregionen mit hoher Produktivität, mit relativ gutem Einkommen, und es gibt genau das Gegenteil. Ist es also deswegen trotzdem sinnvoll, weiterhin von dieser Aufgabe der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu reden, vom Aufbau Ost? Ich glaube ja, der Befund ist ziemlich deutlich. Wir waren neulich wieder einmal mit einigen Wirtschaftswissenschaftlern und Sozialwissenschaftlern im Gespräch, die kontinuierlich die Entwicklung in Ostdeutschland untersuchen. Und ich zitiere zwei von ihnen. Professor Joachim Ragnitz²⁰⁴ vom ifo-Institut Dresden beginnt seinen Befund mit folgenden zwei Sätzen: ›Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland kommt nur noch schleppend voran. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lücke beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nur noch um 7 Prozentpunkte geschlossen, jeweils ohne Berlin; der Abstand beträgt derzeit 30 Prozentpunkte.‹ Nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft gab es von Anfang bis gegen Ende der 1990er Jahre einen rasanten Aufstieg und dann begann die Stagnationsphase. Manche erinnern sich an meine bissige Bemerkung, der Osten stehe auf der Kippe. Zweite Studie: Professor Udo Ludwig²⁰⁵ vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle sagt: ›Hinsichtlich der großen Strukturen ist Ostdeutschland nach wie vor deutlich schwächer mit der Gefahr, dass der Abstand sich zementiert.‹ Und er beschreibt dann sechs Problempunkte, die alle schon genannt wurden. Ich referiere sie noch einmal, damit das Gesamtbild vollständig ist:

204 Joachim Ragnitz, geb. 1960, Dr., Prof., Volkswirt, Politikberater mit Schwerpunkt wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, stellvertretender Geschäftsführer von ifo Dresden.

205 Udo Ludwig, geb. 1943, Dr., Prof., Wirtschaftswissenschaftler, 1986 bis 1991 am Akademiestitut für Wirtschaftswissenschaften in der DDR tätig, seit 1992 am Institut für Wirtschaftsforschung in Halle, Schwerpunkt Konjunktur- und Wachstumsanalysen, wirtschaftliche Strukturveränderungen in Deutschland.

1. Ostdeutschland ist nach wie vor in erster Linie eine Transferökonomie, umgangssprachlich haben wir immer gesagt: Ostdeutschland hat noch keine selbst tragende Wirtschaft, hat keine großen Unternehmen, sondern ist – mit den berühmten Ausnahmen – ganz stark abhängig von der westdeutschen Ökonomie und von den finanziellen Leistungen, die aus dem Westen nach dem Osten kommen.
2. variiert denselben Gedanken: Ostdeutschland ist Filialökonomie, eine Zweigstellenökonomie.
3. Ostdeutschland hat eine größere Kleinteiligkeit. Es gibt eine sehr schöne Zahl, die ich wirklich respektabel finde. Thomas de Maizière hat sie jetzt wiederholt. In Ostdeutschland gibt es jetzt bereits mehr Selbstständige als im Westen. Das finde ich, ist eine positive Nachricht, aber man muss wissen, dass die Unternehmen der Selbstständigen in Ostdeutschland immer viel kleiner sind, viel weniger Beschäftigte haben und immer noch gefährdeter sind als im Westen.
4. Ostdeutschland hat ein problematisches, labiles, prekäres industrielles Spezialisierungsmuster.
5. Dann gibt es in Ostdeutschland einen Arbeitsplatzmangel, das wissen wir, höhere Arbeitslosigkeit und
6. Udo Ludwig nennt es das ›demografische Dilemma‹, wir kennen es: Einerseits Abwanderung, andererseits ›Überalterung‹, das ist die Situationsbeschreibung.

Ja, ich sage das ausdrücklich, bei allen positiven Entwicklungen beim Aufbau Ost, die es ja gibt, und die gerade wir Ostdeutschen auch loben sollten, damit wir nicht immer das Klischee des Jammer-Ossis erfüllen, stehen wir weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen. Ich habe sie mit diesen Stichworten genannt. Und was uns besonders beschäftigen wird und beschäftigen muss, sind die langfristigen Folgen der Arbeitslosigkeit, die drohende Altersarmut, die anhaltende Abwanderung, eine alternde Bevölkerung in noch größerem Ausmaß als im Westen.

Ich will einige der genannten Probleme ganz kurz durchbuchstabieren. Eines der Probleme, wodurch das ostdeutsche Gerechtigkeitsbedürfnis besonders berührt wird, sind die Löhne, die im Osten Deutschlands immer noch deutlich niedriger sind als im Westen. Aber man muss beschreiben, wie die Entwicklung war: Heute verdienen Arbeitnehmer im Osten im Schnitt etwa 80 Prozent dessen, was die Arbeitnehmer in Westdeutschland

verdienen, ich lasse einzelne Unterschiede jetzt einmal beiseite, 1991 waren es 50 Prozent. Dort, wo Tariflöhne bezahlt werden, sind es übrigens über 90 Prozent des Westniveaus. Das wiederum sagt etwas über den geringen Organisationsgrad der ostdeutschen Arbeitnehmerschaft aus, über die Schwäche der Gewerkschaften, die auch die Sozialdemokratische Partei nicht ausgleichen kann.

Unsere größte Herausforderung bleibt die Arbeitslosigkeit. Das Verückte, das die Wissenschaftler prognostizieren, ist, dass wir einerseits im

»Unsere größte Herausforderung bleibt die Arbeitslosigkeit.«

Osten in den nächsten Jahren immer eine stabile, hohe Arbeitslosigkeit haben werden und gleichzeitig bereits einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Das ist ein Widerspruch, ich weiß nicht, wie die Ostdeutschen den aushalten sollen. Die Arbeitslosenquote, ihr wisst es, ist nach wie vor doppelt so hoch, auch wenn sie, das soll man positiv vermerken, gesamtdeutsch zurückgegangen ist, und damit auch in Ostdeutschland.

Ich komme zu dem sehr speziellen Problem der Altersarmut, zu einem dritten Punkt. Angesichts der fast doppelt so hohen Arbeitslosigkeit im Osten, angesichts der niedrigeren Löhne, angesichts der vielfach gebrochenen Erwerbsverläufe und der sich verschärfenden Entwicklung im Altersaufbau müssen wir mit sinkenden Renten in Ostdeutschland rechnen. Das ist eine große Herausforderung. Bisher reagieren wir darauf mit einer gesamtdeutschen Antwort. Ich erinnere noch mal an die Debatte über die längere Lebensarbeitszeit, Rente mit 67. Die Korrektur halte ich für richtig, allerdings man kann diese richtige Orientierung nur dann durchsetzen, wenn die Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer tatsächlich da sind. Deswegen ist es richtig, dass die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zunehmen muss. Die Rente, und das wird eine große Herausforderung sein für den Bundeshaushalt und die Länderhaushalte, muss auch in Ostdeutschland höher sein als die Grundsicherung. Natürlich brauchen wir auch den gesetzlichen Mindestlohn. Er ist eine Antwort auf eine teilweise skandalöse Situation am ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Ich nenne einen nächsten Punkt: innerdeutsche Solidarität, also den Solidarpakt II. Ich will nur eine Zahl nennen, die besonders problematisch ist hinsichtlich der ostdeutschen Zukunft. Nur fünf Prozent der privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung werden in Ostdeutschland getätigt, nur fünf Prozent. Eine wahrlich alarmierende Zahl, sie hat etwas mit Transfer- und Filialökonomie zu tun. Die Forschungszentren der großen

Unternehmen sind alle nicht in Ostdeutschland. Was in Ostdeutschland an Forschungs- und Entwicklungskapazität existiert, ist staatlich finanziert. Da ist viel geleistet worden, Universitäten, Hochschulen, öffentlich finanzierte Institute. Was Politik tun kann in einem direkten Sinne, haben wir miteinander gemacht, aber das ist nun einer der dramatischen Befunde. Und deswegen zitiere ich noch einmal Udo Ludwig, der empfiehlt – Zielgruppe Unternehmen – man solle sich auf die Stärken endogener Potenziale der Eigenständler²⁰⁶ konzentrieren. Und dann sagt er: ›Bezogen auf die Unternehmen müssen wir eine Politik betreiben, die Wachstumskräfte durch Innovation fördert, also tatsächlich Unternehmen dazu bewegt, mehr private Investitionen in Forschung und Entwicklung zu tätigen.‹ Und dann erwähne ich hier der Vollständigkeit halber, endlich auch die Abkehr von der Niedriglohnstrategie in Ostdeutschland, die in den 1990er Jahren, ich drücke mich vorsichtig aus, eine gewisse Plausibilität hatte, aber inzwischen ihre Kehrseite zeigt und zu einem Vehikel mit negativen Auswirkungen geworden ist. Und dann sagt Udo Ludwig: ›Für den Staat gilt es nach wie vor und noch mehr als bisher, Vorrang für die Förderung von Wachstumspolen und die Bildung von Humankapital zu schaffen, also Politik muss mit allen Anstrengungen versuchen, sowohl die privaten wie die öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland zu stärken.‹ Wenn man das sieht, denke ich, begreift man auch, dass der Aufbau Ost nach wie vor eine eigene, erkennbare Aufgabe ist und sein muss und dass wir den Solidarpakt II, der ja bis 2019 gilt, tatsächlich verteidigen, und in ihm möglicherweise Akzentuierungen vornehmen müssen. Eine dieser Akzentuierungen könnte sein, dass wir an der Finanzausstattung der ostdeutschen Länder festhalten über den Länderfinanzausgleich und möglicherweise – ich finde das eine ganz originelle Idee – sie durch etwas ergänzen, das Professor Ragnitz eine ›Dünnsiedlerzulage‹ genannt hat. Das heißt also, ein Instrumentarium zu entwickeln, das darauf reagiert, dass Ostdeutschland insgesamt ländlicher strukturiert ist und damit besondere Probleme hat; möglicherweise kann man dafür Bündnisse mit westdeutschen Ländern finden, die in analogen Problemsituationen sind. Und dann wird man über die bisherige Praxis hinaus dafür sorgen müssen, dass die Solidarpakt-II-Mittel hinsichtlich ihrer

206 Von Udo Ludwig benutzter Begriff für Unternehmen in west- oder ostdeutscher Hand, die ihren Hauptsitz in Ostdeutschland haben. Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-09/eigenstaendler-kathi-serumwerk>.

Verwendungsvorschriften gelockert werden und mehr und konzentriert für Wachstum und Bildung ausgegeben werden können.

Ich komme zu einem speziellen Punkt, die Energiepolitik als Standortfrage. Wenn es neben der Landwirtschaft, davon war heute einmal kurz die Rede, einen Erfolgssektor gibt, dann ist das der Sektor der erneuerbaren Energien. Ich erzähle im Westen immer, weil es wichtig ist, auch Erfolgsgeschichten zu erzählen, die Erfolgsgeschichte eines Unternehmens namens Q-Cells in Thalheim, im ehemaligen Chemiesiedlungsgebiet. Die haben 2001 angefangen, neunzehn Mitarbeiter beschäftigt, sie sind spezialisiert auf die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Solarzellen. Der Umsatz betrug 2002 17 Millionen, 2008 beschäftigte Q-Cells bereits 2.500 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Umsatz von 1,3 Milliarden.²⁰⁷ Es gibt viele andere Beispiele, die ich erwähnen könnte. Dass dieser Bereich der Energiewirtschaft in Ostdeutschland besonders stark und erfolgreich ist, auch sehr exportfähig, und deswegen – ein Argument aus der aktuellen Politik – geht es bei der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke auch um diese Unternehmen. Sie werden nämlich gefährdet durch die Energiepolitik der schwarz-gelben Koalition.²⁰⁸

Nächster Punkt: Ich habe davon gesprochen, dass in Ostdeutschland die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit des Staates besonders groß sind, und das heißt auch, dass die ausreichende Finanzierung von Ländern und Kommunen in Ostdeutschland eine ständige Aufgabe ist. Nun haben wir eine Schuldenbremse, ab 2016 ist keine Neuverschuldung mehr erlaubt. Ich stimme Steffen Reiche zu, das ist ein Konflikt, der auf uns zukommt, von dem ich noch nicht weiß, wie er zu lösen ist. Und ich kann nur hoffen, dass es dann genügend westdeutsche Länder gibt, die in einer vergleichbaren Situation sind wie die ostdeutschen Länder, um gemeinsam hinreichend Kraft zu entwickeln, für diesen Konflikt Lösungen zu finden. Es ist das eine, in dem berechtigten Anliegen, die Verschuldungspolitik zu verändern, mit einer Verfassungsänderung etwas zu beschließen, das eine dramatische Ent-

207 Die Firma wurde später von der Krise der deutschen Solarbranche erfasst und musste im April 2012 Insolvenz anmelden.

208 Zum Zeitpunkt der Rede war die Koalition aus CDU/CSU und FDP gegen den Widerstand der Opposition dabei, eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke im Schnitt um zwölf Jahre durchzusetzen. Damit wurde der von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 mit den Kraftwerksbetreibern ausgehandelte Atomausstieg (»Atomkonsens«), der 2001 vom Bundestag beschlossen worden war, außer Kraft gesetzt. Eine Revision erfolgte nach dem Reaktorunfall in Fukushima im Juni 2011.

wicklung zur Folge haben wird, wenn man zugleich sieht, dass die starken westdeutschen Länder quasi einen Wettbewerbsföderalismus favorisieren und durchsetzen wollen. Dann weiß man auch, dass dessen Opfer die ostdeutschen Länder sein werden, weil sie auf absehbare Zeit finanziell in einer benachteiligten Situation sind.

Mit meinen Ausführungen wollte ich nur ein paar Punkte nennen, politische Probleme, mit denen wir uns beschäftigen müssen, Herausforderungen. Zum Schluss will ich dann doch noch etwas sagen über die Haltung, aus der heraus die Sozialdemokraten in Ostdeutschland agieren sollten, wenn es denn geht. Ich glaube, dass wir die Unterdrückungs- und Unfreiheitserfahrung aus der DDR-Zeit in lebendiger Erinnerung behalten sollten. Es ist wichtig, weiter zu tragen, woher wir kommen. Nur dann weiß man, welche Wegstrecke wir zurückgelegt haben. Es ist ebenso wichtig, die Aufbrucherfahrungen von 1989/90 als Quelle von ostdeutschem Selbstbewusstsein immer neu zu bestärken. Das Wort Stolz, ist vielleicht falsch, aber Anlass für Selbstbewusstsein ist es ja durchaus, was wir da in die Einheit eingebracht haben. Und schließlich, es ist richtig, die Transformationserfahrungen in all ihren Widersprüchen darzustellen. Wir Sozialdemokraten sollten weder zu denen gehören, die nur vernichtende Urteile abgeben über das, was in den letzten zwanzig Jahren passiert ist; wir sollten aber ebenso wenig die wirklichen Probleme, Widersprüche, Konflikte und vor uns liegenden Aufgaben verschweigen. Wir sind in einer eigentümlichen Situation. Auf der einen Seite von uns steht eine Partei, die eher dazu neigt, nur zu loben und Apologetik zu betreiben, und auf der anderen Seite eine andere Partei, die eher dazu neigt, nur kritische oder vernichtende Urteile abzugeben. Und dazwischen müssen wir uns behaupten. Und deswegen haben wir nur eine Chance, wenn wir nicht larmoyant agieren, wenn wir weder nostalgische oder negative Grundstimmungen bedienen, sie gar verstärken oder ausbeuten – das müssen wir der Linkspartei überlassen – nein, wir müssen an positive Erfahrungen anknüpfen und Probleme besprechen und insofern nach wie vor im besten Sinne des Wortes Ostlobbyisten sein. Warum denn? Nordrhein-westfälische Sozialdemokraten sind mit großer Selbstverständlichkeit Lobbyisten ihrer Landesinteressen. Und Lobbyisten müssen auch immer konfliktfähig und kompromissfähig mit Bezug auf die Interessen anderer sein. Und zum Schluss sage ich das, was ich immer wieder sage: Wir müssen Lobbyisten einer differenzierten Bewertung von Leben und Biografien in der DDR

»Ich glaube, dass wir die Unterdrückungs- und Unfreiheitserfahrung aus der DDR-Zeit in lebendiger Erinnerung behalten sollten. Es ist wichtig, weiter zu tragen, woher wir kommen. Nur dann weiß man, welche Wegstrecke wir zurückgelegt haben.«

»Meine Formel ist immer dieselbe: Das Urteil über das System namens DDR, das muss klar und entschieden und meinerseits auch ohne Zweifel sein, aber die Urteile über Menschen, die darin gelebt haben und die Biografien, die da gelebt worden sind, müssen behutsam, differenziert und voller Zweifel sein.«

sein – die deutsche Vereinigung ist ja nicht nur ein wirtschaftlicher und sozialer und politischer Prozess –, sie ist auch eine Vereinigung von Erinnerungen, und Erinnerungen sind immer mit Bewertungen verbunden. Meine Formel ist immer dieselbe: Das Urteil über das System namens DDR, das muss klar und entschieden und meinerseits auch ohne Zweifel sein, aber die Urteile über Menschen, die darin gelebt haben und die Biografien, die da gelebt worden sind, müssen behutsam, differenziert und voller Zweifel sein. Wir dürfen es nicht den Knabes²⁰⁹ überlassen, wie über DDR-Geschichte geredet wird, und wir dürfen das auch nicht manchen Linksparteipolitikern überlassen. Ich schrecke immer zusammen, wenn im Ton der Entrüstung davon gesprochen wird, da wolle jemand die DDR delegitimieren und das sei unanständig. Und da muss ich mich daran erinnern, dass die Mehrheit der DDR-Bürger diese DDR 1989/90 delegitimiert hat. Damit haben sie doch nicht ihr eigenes Leben delegitimiert, aber sie haben die Verhältnisse verabschieden wollen, unter denen sie haben leben müssen. Und dieser feine Unterschied ist wichtig. Das gilt übrigens auch für diese immerfort aufflackernde Debatte um das Stichwort Unrechtsstaat. Natürlich weiß ich, dass das ein unpräziser Begriff ist, ein Kürzel, wenn Sie so wollen auch ein Gesslerhut meinerseits, aber es macht doch keinen Sinn, zu bestreiten, dass es in der DDR keine rechtsstaatlichen Strukturen gegeben hat im Sinne einer unabhängigen Justiz, einer Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es macht keinen Sinn, das zu bestreiten, aber wir müssen immerhin dazu sagen, das ist nicht alles, was wir über die DDR zu sagen haben. Sie war eine Diktatur, sie war ein System mit einer Planwirtschaft, das gescheitert ist, aber sie war auch eine Solidargemeinschaft ihrer Bürger gegen die alltägliche Not und gegen die Enge und den Zwang und die Unfreiheiten. Und sie war der Versuch, mit Anstand widrige Verhältnisse zu überleben. Wenn wir so selbstbewusst und differenziert zugleich über unsere Geschichte und unsere Geschichten reden, dann werden sich Menschen auch emotional eher von uns gerührt, berührt und verstanden fühlen, und dann können wir sie auch eher erreichen mit unseren differenzierten Botschaften, die weder die Hölle noch den Himmel mei-

209 Hubertus Knabe, geb. 1959, Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, tritt für eine wesentlich negativere Beurteilung der DDR ein. 2009 kritisierte er Wolfgang Thierse's Forderung nach einer differenzierten Beurteilung der DDR. Vgl. dazu http://www.morgenpost.de/berlin/article1071206/Knabe_wirft_Thierse_Verharmlosung_der_DDR_vor.html.

nen. Wir haben viel vor uns, weil wir viel zu wenig von dem erreicht haben, was manche von uns 1990 geträumt haben. Da waren viele Illusionen dabei, aber ich weigere mich bis heute, alle Träume nur Illusionen zu nennen. Man muss sie nur produktiv machen, sonst quälen sie einen nur und belasten.«

Kurzbiografien der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Herta Däubler-Gmelin, Prof., Dr., geb. 1943 in Bratislava, Rechtsanwältin, Honorarprofessorin u. a. an der Freien Universität Berlin und der Tongji-Universität Shanghai. Nach dem Abitur Studium der Geschichte, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaften in Tübingen und Berlin, Promotion 1975. SPD-Mitglied seit 1965, von 1988 bis 1997 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. 1972 bis 2009 Abgeordnete des Deutschen Bundestages; von 1980 bis 1983 Vorsitzende des Rechtsausschusses, von 1994 bis 1998 Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtspolitik. Von 2002 bis 2005 Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, von 2005 bis 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Von 1983 bis 1993 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. 1998 bis 2002 Bundesministerin der Justiz (Schwerpunkte u. a.: Völkerstrafgesetzbuch, Gesetz gegen häusliche Gewalt, Lebenspartnerschaften-Gesetz, Schuldrechtsmodernisierung, Urhebervertragsrecht).

Alfred Eichhorn, geb. 1944 in Großzössen/Sachsen, Journalist. Besuch der Erweiterten Oberschule in Borna, Abitur und Ausbildung zum Chemiefacharbeiter für organische Chemie. Journalistik-Studium an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Mitarbeiter bei der Tageszeitung »Freiheit« in Halle. Seit 1967 beim Rundfunk in der DDR, 1989/90 letzter Chefredakteur von Radio DDR. Dort Autor des II. Programms, das am Ende der DDR unter »Radio Aktuell« sendete. Schwerpunkt der journalistischen Arbeit im Kulturbereich. Seit 1993 Mitarbeiter beim SFB; bis 2009 Redakteur und Moderator von »Forum – die Debatte im Inforadio«. Nach dem Mauerfall gemeinsame (»deutsch-deutsche«) Interviews mit Peter Keller vom Saarländischen Rundfunk. Seit Anfang 2009 Arbeit als freier Journalist in Berlin. Publikationen: Peter Keller/ Alfred Eichhorn: »... die Karre durch den Dreck bringen! Erste deutsch-deutsche Gemeinschaftsinterviews«, Hrsg.: Funkhaus Berlin und Saarländischer Rundfunk (1990); »Nach langem Schweigen endlich sprechen«, Briefe an Walter Janka (Berlin und Weimar 1990). Die Sammlung enthält Hörerbriefe, die nach der Sendung des Features »Zwischen Atem-

losigkeit und Mut« von Alfred Eichhorn und Andreas Reinhardt an den DDR-Rundfunk geschickt wurden.

Konrad Elmer-Herzig, Dr., geb. 1949 in Bad Berka, evangelischer Pfarrer. Besuch der Erweiterten Oberschule in Bleicherode. Wehrdienstverweigerung. Nach dem Abitur Beginn eines Biologiestudiums, dann 1968 bis 1973 Studium der Theologie an der Martin-Luther-Universität in Halle (Saale), 1982 Promotion über das Häresieverständnis bei Karl Barth. 1976 bis 1982 Kreisjugendpfarrer in Aschersleben, anschließend Studentenpfarrer in Berlin. Ab 1989 Dozent für Philosophie und Theologie am Paulinum (Ausbildungsstätte für Pfarrer) in Berlin. Im Oktober 1989 Mitgründer der SDP in Schwante und Mitglied im Parteivorstand der SDP/SPD. Beteiligung an der Gründung des SDP-Bezirksverbandes Berlin. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, dort Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, nach der deutschen Einigung Mitglied des Deutschen Bundestags von Dezember 1990 bis 1994, Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Seit 1995 Pfarrer an der Erlöserkirche in Potsdam, Gründer des Potsdamer Ökocentfonds.

Bernd Faulenbach, Prof., Dr., geb. 1943 in Pyritz (Pommern), Historiker. Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik, Philosophie und Pädagogik. Staatsexamen für das höhere Lehramt, Promotion, Lehrtätigkeit an der Fachhochschule Dortmund; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhruniversität Bochum, 1982 bis 1987 stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) in Recklinghausen, seit 1993 Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1989 Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD; stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie. Durchführung zahlreicher Projekte zu Themen der Sozial- und Zeitgeschichte, u. a. zur Geschichte der Mitbestimmung, Betriebsgeschichte und Arbeitnehmererfahrung, Oral History, Geschichtsbewusstsein, Erinnerungskulturen in Deutschland und in Europa, politische Bildung durch Museen und Gedenkstätten, Beiträge zu den großen Geschichtsdiskussionen der 1980er und 1990er Jahre (»Historikerstreit«, Epochenwende 1989/90, Holocaust-Denkmal). Autor und Herausgeber zahlreicher historischer Publikationen, u. a.: »Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90« (mit Heinrich Potthoff),

Essen 2001; »Transformationen« der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989« (Essen 2006), »Vergangenheitsaufarbeitung und Erinnerungskultur nach 1989 im europäischen Kontext« (Gespräch mit Frank Möller), in: Frank Möller/Ulrich Mähler (Hrsg.): »Abgrenzung und Verflechtung: Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte«, Berlin 2008; »Das sozialdemokratische Jahrzehnt: Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982« (Bonn 2011).

Ilse Fischer, Dr., geb. 1947 in Nürnberg. Historikerin. Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften in Erlangen, 1978 bis 2011 Referentin im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Forschungen und Publikationen zur Sozialgeschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Ausstellungsprojekte u. a. zu August Bebel, Widerstand, Verfolgung und Exil in der NS-Zeit. Publikationen u. a.: »August Bebel und der Verband deutscher Arbeitervereine 1867/68. Brief-tagebuch und Dokumente« (Bonn 1994); »Versöhnung von Nation und Sozialismus?« Lothar Erdmann (1888–1939). Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern« (Bonn 2004); »Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90« (Bonn 2009).

Christina Fritsch, geb. 1950 in Ortmannsdorf (Sachsen), Diplomlehrerin, Referentin im Sächsischen Bildungsinstitut. Nach der Polytechnischen Oberschule in Mülsen St. Jacob 1965 bis 1969 Besuch der Erweiterten Oberschule in Zwickau mit Berufsausbildung zur Spinnereifacharbeiterin, Abitur. 1969 bis 1973 Studium Musikerziehung und Deutsch an der Pädagogischen Hochschule Zwickau. 1973 bis 1990 Lehrerin an verschiedenen Polytechnischen Oberschulen; seit 1988 zusätzlich Lehrerin an der Volkshochschule Zwickau-Land. Im Dezember 1989 Mitbegründerin der SPD in Zwickau, bis März 1990 Mitglied im SPD-Ortsvereinsvorstand Mülsengrund. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, anschließend bis Dezember 1990 Mitglied des 11. Deutschen Bundestages. 2002 bis 2010 Mitglied des SPD-Vorstandes im Unterbezirk Pirna; 2002 bis 2008 Mitglied im Landesvorstand der ASF Sachsen. 1991 Referentin im Sächsischen Staatsministerium für Kultus. 1991 bis 2006 in Leitungsfunktionen im sächsischen Schulwesen tätig, u. a. bis 1998 Direktorin des Sächsischen Staatsinstituts für Bildung und Schulentwicklung in Radebeul; 1999 bis 2005 Abteilungsleiterin für Grund- und Förderschulen im Regionalschulamt Dresden; 2005/2006 Stellvertretende

Direktorin der Sächsischen Akademie für Lehrerfortbildung in Meißen. Von 2007 bis 2011 Referentin für Führungskräftefortbildung im Sächsischen Bildungsinstitut in Radebeul.

Martin Gutzeit, geb. 1952 in Cottbus, Theologe, Landesbeauftragter für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Berlin. Aufgewachsen in einem Pfarrhaus, 1968 bis 1970 Lehre als Elektromonteur und Tätigkeit als Relaismechaniker. 1971 Abitur an einer Abend-schule, Wehrdienstverweigerung. 1972 bis 1979 Studium der Theologie und Philosophie am evangelischen Sprachenkonvikt in Berlin. Zwischen 1980 und 1986 Vikar in Berlin-Pankow und Pastor in Schwarz bei Neustrelitz. Anschließend bis 1990 Repetent und Assistent bei Richard Schröder am Sprachenkonvikt in Berlin. 1984 Mitarbeiter im Arbeitskreis Theologie und Philosophie beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin; Initiator für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR und Verfasser des Aufrufs zur Bildung einer Initiative zur Gründung einer Sozialdemo-kratischen Partei. Im Oktober 1989 Mitgründer der SDP in Schwante. De-zember 1989 bis März 1989 Mitglied des Zentralen Runden Tisches in Berlin; Mitglied des SDP/SPD-Parteivorstands bis September 1990. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion und Mitglied des Präsidiums der Volkskammer. Vom 3. Oktober bis 20. Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags. Ab Februar 1991 bis September 1991 Assistent an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin; Oktober 1991 bis Dezember 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. 1992 bis 1994 Sachver-ständiger in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Auf-arbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Seit Januar 1993 Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheits-dienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Hans-Joachim Hacker, geb. 1949 in Glasow (damals Kreis Teltow, Be-zirk Potsdam), Wirtschaftsjurist. Nach der Mittleren Reife Ausbildung als Maschinenbauer mit Abitur im Landtechnischen Industrieanlagenbau Nauen. Ab 1969 Jurastudium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wit-tenberg, 1973 Abschluss als Diplomjurist für Wirtschaftsrecht. Anschließend Justitiar in der Wirtschaftsvereinigung Obst, Gemüse und Speisekartoffeln (später Kombinat OGS im Bezirk Schwerin). Im Oktober 1989 Eintritt in

die SDP, von November 1989 bis Februar 1990 Vorsitzender des Ortsvereins Schwerin. Im Januar 1990 Beendigung der beruflichen Arbeit im Kombinat OGS, anschließend SPD-Bezirksgeschäftsführer. Von Januar bis Mai 1990 Vorsitzender des Bezirksvorstandes der SPD Schwerin; von April 1995 bis Mai 2001 erneut Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Schwerin. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, Vorsitzender des Rechtsausschusses. Seit dem 3. Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort u. a. Mitglied des Rechtsausschusses, des 1. Untersuchungsausschusses Kommerzielle Koordinierung (12. Wahlperiode) und des 2. Untersuchungsausschusses DDR-Vermögen (13. Wahlperiode), später Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Mitglied im Ausschuss für Tourismus.

Frank Heltzig, Dr., geb. 1939 in Dresden, Diplomphysiker. Nach der Grundschule Lehre als Werkstoffprüfer in Freital; 1961 Abitur an der Arbeiter- und Bauernfakultät in Dresden. 1961 bis 1966 Studium der Physik an der Technischen Universität Dresden, Diplom-Physiker. 1966 bis 1970 Problemanalytiker am Institut für Datenverarbeitung in Dresden, dann Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der DDR, dort 1976 Promotion zum Dr. rer. nat. Im November 1989 Mitgründer der Sozialdemokratischen Partei in Dresden, ab Februar 1990 SPD-Stadtverbandsvorsitzender. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, dort Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Präsidium der Volkskammer. Nach der Vereinigung bis Dezember 1990 Mitglied des 11. Deutschen Bundestags, später Referatsleiter Informationsdienst beim Sächsischen Landtag. 1995 erster Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Arbeiterwohlfahrt (AWO), seit 1996 stellvertretender Vorsitzender des AWO-Bundesverbandes. 2009 Kreistags-Mitglied für die SPD im Landkreis Sächsische Schweiz.

Stephan Hilsberg, geb. 1956 in Müncheberg (Brandenburg), Programmierer, Ingenieur für Datenverarbeitung. Kirchliches Elternhaus (Vater Pfarrer, Mutter Katechetin). 1962 bis 1972 Besuch einer Polytechnischen Oberschule in Berlin, nach Verweigerung der Aufnahme in die Erweiterte Oberschule 1972 bis 1974 Lehre als Facharbeiter für Datenverarbeitung. Nach dem Grundwehrdienst 1976 bis 1979 Tätigkeit als Programmierer am Institut für Medizinische Physik und Biophysik an der Berliner Charité. Nichtzulassung zum Musikstudium. 1995 Abschluss eines Fernstudiums zum Ingenieur für

Informationsverarbeitung. Seit Ende der 1980er Jahre Engagement in der Friedensbewegung, u. a. bei der Initiative Frieden und Menschenrechte, im Frühjahr 1989 Beteiligung an einer Kontrollgruppe zur Beobachtung der Kommunalwahlen in der DDR. Im Oktober 1989 Gründungsmitglied und erster Sprecher der SDP, von Februar bis Juli 1990 Geschäftsführer der SPD in der DDR. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR. Seit 1992 im SPD-Landesvorstand Brandenburg. Oktober 1990 bis Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit 1998 bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. In verschiedenen Wahlperioden Mitglied des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft; Mitglied in der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. 2005 bis 2007 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. November 2000 bis Oktober 2002 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Reinhard Höppner, Dr., geb. 1948 in Haldensleben (Bezirk Magdeburg), Mathematiker. Elternhaus: Vater Pfarrer, Mutter Katechetin. 1963 bis 1967 Oberschule, dann Lehre als Elektromonteur mit Abitur in Lauchhammer. 1967 bis 1971 Studium der Mathematik an der Technischen Universität Dresden; Diplom-Mathematiker; 1976 Promotion zum Dr. rer.nat. 1971 bis 1990 Lektor im Akademie-Verlag in Berlin. Seit 1972 Mitglied der Synode der Kirchenprovinz Sachsen, ab 1980 Präses. Engagement in der kirchlichen Friedensbewegung und in der Ökumenischen Bewegung (Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR). Im Dezember 1989 Eintritt in die SDP, im Februar 1990 Wahl in den SPD-Parteivorstand der DDR, im September 1990 in den SPD-Parteivorstand der vereinten Partei. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, Vizepräsident der Volkskammer. 1990 bis Januar 2006 Mitglied des Landtags in Sachsen-Anhalt, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender und bis Juli 1994 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Von Juli 1994 bis April 2002 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, von 1994 bis 1998 in einer von der PDS tolerierten Koalitionsregierung mit den Grünen, ab 1998 in einer SPD-Alleinregierung mit Tolerierung durch die PDS (»Magdeburger Modell«). 2005 bis 2007 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags.

Thomas Krüger, geb. 1959 in Buttstädt (Bezirk Erfurt), Theologe. 1976 bis 1979 Ausbildung zum Facharbeiter für Plast- und Elastverarbeitung in Fürs-

tenwalde. 1981 bis 1987 Studium der Theologie in Berlin und Eisenach. 1987 bis 1989 Vikar in Berlin und Eisenach. Im Oktober 1989 Gründungsmitglied der SDP in der DDR; bis August 1990 Mitglied der 10. Volkskammer der DDR. 1990 bis 1991 Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters Ost-Berlins sowie Stadtrat für Inneres beim Magistrat Berlin und in der Gemeinsamen Landesregierung. Von 1990 bis 1992 stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD (gesamt). Januar 1991 bis November 1994 Senator für Jugend und Familie in Berlin. 1994 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach zweijähriger Erziehungspause seit Juli 2000 Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung/bpb in Bonn. Seit 1995 Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes; in kulturellen Funktionen tätig, u. a. 2005 bis 2009 Mitglied der Jury des Hauptstadtkulturfonds, seit 2012 zweiter stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM).

Susanne Kschenka (bis 16.6.1990: **Seils**), geb. 1964 in Naumburg (Saale), Volljuristin, Mediatorin. Bis 1983 Besuch der Polytechnischen und der Erweiterten Oberschule in Naumburg. Nach dem Abitur 1983 bis 1987 Jura-Studium an der Karl-Marx-Universität Leipzig; Diplom-Juristin. In der kirchlichen Jugendbewegung aktiv (Vertreterin der Jungen Gemeinde im Landesjugendkonvent, Jugenddelegierte in der Synode der Kirchenprovinz Sachsen). 1990 Erwerb der Anstellungsbefähigung für Kirchenbeamte. Von 1987 bis 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Evangelischen Konsistorium Magdeburg, Kirchliches Referendariat; ab 1988 im Leitungskreis der Aktion Sühnezeichen tätig. 1989 Eintritt in die SDP in Magdeburg. 1990 hauptamtliche Schatzmeisterin des SPD-Bezirksverbands Magdeburg. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR. 1994 Austritt aus der SPD. Nach 1990 Mitarbeiterin in Kommunal- und Bundesbehörden, 2000 Zweites juristisches Staatsexamen, 2004 bis 2008 Projektleiterin bei der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e. V. (jetzt Demokratie und Integration Brandenburg e. V.) in Forst (Bundesprojekte zur Förderung der Partizipation Jugendlicher, zu Gemeinwesenarbeit, Arbeit mit jugendlichen Spätaussiedlern). Seit Mai 2008 Beraterin beim Mobilen Beratungsteam in Cottbus im Rahmen des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung.

Hinrich Kuessner, geb. 1943 in Gerdauen (Ostpreußen), Theologe, Geschäftsführer in kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen. Vater Pfarrer. Nach

dem Abitur ab 1961 Studium der Theologie an der Universität Rostock; 1968 erstes Theologisches Examen, 1970 zweites Examen. 1968 bis 1972 Tätigkeit als Vikar und Pfarrer. Absolvierung einer kirchlichen Verwaltungsausbildung. 1975 bis 1978 Abteilungsleiter und Revisor im Evangelischen Konsistorium Greifswald, 1979 Geschäftsführer des Diakonischen Werkes in Greifswald, 1989/90 Vorsteher der Johanna-Odebrecht-Stiftung in Greifswald. Im September 1989 Anschluss an das Neue Forum, 1. Sprecher in Greifswald, im Dezember Eintritt in die SDP. Beteiligung an der Besetzung des Quartiers der Staatssicherheit in Greifswald; 1989/90 Vorsitzender des Greifswalder Untersuchungsausschusses zur Aufdeckung der Strukturen und der Arbeitsweise von Stasi und SED. Im Januar/Februar 1990 stellvertretender Vorsitzender der SPD im Bezirk Rostock, Februar bis September 1990 Schatzmeister der SPD in der DDR. 1990/91 Vorsitzender der Multiple-Sklerose-Gesellschaft in der DDR, danach stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, von Oktober 1990 bis Oktober 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, u. a. Mitglied im Haushaltsausschuss und im Ausschuss Treuhandanstalt. Seit 1994 Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, 1998 Landtagspräsident. 1994 bis 1998 Sozialminister in Mecklenburg-Vorpommern, ab 1996 auch Stellvertretender Ministerpräsident. 1999 bis 2003 Präsident des Landestourismusverbandes MV, seit 2002 Vorsitzender des Vereins Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit e. V., 2012 Mitglied im Stiftungsrat der Bürgerstiftung Vorpommern.

Ulrich Mählert, Dr., geb. 1968 in Neckarsulm, Politikwissenschaftler, Publizist. 1987 bis 1992 Studium der Politischen Wissenschaft, Anglistik und Germanistik an der Universität Mannheim; 1994 Promotion. Bis 1998 Mitarbeiter am Arbeitsbereich DDR-Geschichte, Arbeit im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts zur Geschichte der Parteisäuberungen im Kommunismus zu den »Säuberungswellen« in der SED zwischen 1948 und 1953. Redaktion des Geschichtsforums »Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte« im Jahr 1999 zur doppelten deutschen Staatsgründung 1949 und zur friedlichen Revolution 1989. Seit November 1999 wissenschaftlicher Referent bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit. Seit 2000 Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und im wissenschaftlichen Beirat des Bundesbeauf-

trugen für die Stasi-Unterlagen. Autor und Herausgeber zahlreicher historischer Publikationen, u. a.: »Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949« (Paderborn 1995); *Kleine Geschichte der DDR* (München, 4. Aufl. 2004); »Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953 (Paderborn 1998, gemeinsam mit Hermann Weber); »Vademecum DDR-Forschung« (Berlin 2002).

Heike Christina Mätzing, Dr., geb. 1959 in Peine (Niedersachsen), Historikerin. Nach dem Abitur 1981 bis 1985 Studium der Fächer Deutsch, Geschichte und Geographie an der Technischen Universität Braunschweig. 1986/87 Referendariat und zweites Staatsexamen. Promotion 1996 über die Rolle der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts in der DDR. Ab 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann Akademische Rätin, beziehungsweise Oberrätin am Historischen Seminar der TU Braunschweig; assoziierte Wissenschaftlerin des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Forschungen zu Theorie und Praxis des Geschichtsunterrichts und zur Erinnerungskultur. Publikationen u. a. »Geschichte im Zeichen des Historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR« (Hannover 1999); Hrsg. (mit Verena Radkau-Garcia): *Internationale Schulbuchforschung* 22 (2000) 4. Themenschwerpunkt: »Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung. Die DDR im Geschichtsbewusstsein der Deutschen«. Zurzeit Arbeit an einer Biografie über Georg Eckert.

Ingrid Matthäus-Maier, geb. 1945 in Werlte (Niedersachsen), Juristin, Bankmanagerin. Nach dem Abitur in Duisburg Studium der Rechtswissenschaft in Gießen und Münster. Nach dem ersten und zweiten Staatsexamen bis 1976 Verwaltungsrichterin in Münster. Während des Studiums Engagement in der Humanistischen Union. 1969 Mitglied der FDP und der Jungdemokraten, deren Vorsitzende sie 1972 wurde. Mitglied im FDP-Bundesvorstand bis 1982. Ab 1976 FDP-Bundestagsabgeordnete, ab 1979 Vorsitzende des Finanzausschusses. 1982 aus Protest gegen den Wechsel der FDP von der sozialliberalen Koalition in eine Koalition mit der CDU/CSU unter Helmut Kohl Niederlegung aller Ämter in der FDP, Rücktritt vom Finanzausschuss-Vorsitz und Niederlegung des Bundestagsmandats. Im Dezember 1982 Eintritt in die SPD. Von 1983 bis 1999 SPD-Bundestagsabgeordnete, von 1988 bis 1999 finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. 1988 Vorsitzende im Untersuchungsaus-

schuss »Transnuklear«. 1999 Niederlegung des Bundestagsmandats, Wechsel in den Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), im Dezember 2005 Vorstandssprecherin der KfW-Bankengruppe (bis 2008). Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Markus Meckel, geb. 1952 in Müncheberg bei Frankfurt/Oder, evangelischer Pfarrer. Vater Pfarrer. Nach einem Verweis aus politischen Gründen von der Erweiterten Oberschule 1969 Wechsel an das Kirchliche Oberseminar in Potsdam-Hermannswerder, dort 1971 Abitur. Anschließend bis 1978 Studium der Theologie in Naumburg (Saale) und am Sprachenkonvikt in Berlin. Nach dem Vikariat Pfarrer in Vipperow/Müritz. 1988 bis 1990 Leiter der ökumenischen Bildungs- und Begegnungsstätte in Niederdodeleben bei Magdeburg. Seit den 1970er Jahren in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung engagiert. Delegierter der Ökumenischen Versammlung in der DDR und der Europäische Ökumenischen Versammlung in Basel. Gründer der »Mobilen Friedensseminare« in Mecklenburg. Gemeinsam mit Martin Gutzeit Vorbereitung der Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Mitgründer der SDP in Schwante im Oktober 1989, 2. Sprecher. Mitglied des Zentralen Runden Tisches in Berlin. Februar bis September 1990 stellvertretender (von März bis Juni amtierender) Parteivorsitzender der SPD in der DDR. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, von April bis August 1990 Außenminister der DDR. 1990 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags, 1992 bis 1994 Mitinitiator und Sprecher der SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« und 1995 bis 1998 in der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. Vorsitzender des Stiftungsrates der 1998 gegründeten Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 1998 bis 2006 Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, 2000 bis 2002 deren Vizepräsident. Ab 2001 stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. 1994 bis 2009 Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe; seit 2003 Mitglied und Ko-Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Deutsch-polnische Zusammenarbeit.

Hans Misselwitz, Dr., geb. 1950 in Altenburg (Bezirk Leipzig), Biochemiker, Theologe. Nach dem Abitur in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Wehrdienst 1970 bis 1972 Studium der Biologie an der Friedrich-Schiller-

Universität Jena, bis 1974 Fachstudium der Biophysik an der Humboldt-Universität Berlin; Diplom-Biologe; 1979 bis 1981 Aspirantur an der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch, wissenschaftlicher Assistent am Pharmakologischen Institut der Humboldt-Universität. Nach Verweigerung der erneuten Einberufung zur Nationalen Volksarmee erzwungene Beendigung der wissenschaftlichen Laufbahn. 1985 Promotion zum Dr. rer. nat. Ab 1981 Theologiestudium am Sprachenkonvikt Berlin, 1986 1. Theologisches Staatsexamen; 1987/88 mit Stipendium des Weltrates der Kirchen postgraduales Studium in Alexandria/USA. September 1989 bis März 1990 Pfarrer in Henningsdorf. 1981 u. a. mit Freya Klier, Vera Lengsfeld und Ruth Misselwitz Gründung und Leitung des Friedenskreises in Pankow. Beteiligung an der Initiative zur SDP-Gründung. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium, Leiter der DDR-Delegation bei den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen; Oktober bis Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags. Von 1991 bis 1999 Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung in Brandenburg, dann Mitarbeiter beim SPD-Parteivorstand, bis 2005 Büroleiter von Wolfgang Thierse, seit 2006 Geschäftsführer des Forums Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V. und Sekretär der Grundwertekommission der SPD.

Jes Albert Möller, geb. 1961 in Greifswald, Gärtner, Theologe, Jurist. Nach dem Schulbesuch in Barth und Rathenow 1978 bis 1981 Berufsausbildung als Gärtner und Abitur. 1981 bis 1986 als Gärtner tätig. Engagement bei Umweltaktionen und in einer kirchlichen Jugendgruppe. Nichtzulassung zum Biologiestudium. 1986 bis 1989 Theologiestudium am Sprachenkonvikt. 1989 bis März 1990 Mitarbeit im Bürgerkomitee zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit; Beteiligung am Aufbau der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Potsdam. März bis Oktober 1990 Mitglied der 10. Volkskammer der DDR. 1991 bis 1995 Studium der Rechtswissenschaft an der FU Berlin. 1997 zweites Staatsexamen. 1998 bis 2004 Richter an den Verwaltungsgerichten Potsdam und Frankfurt/Oder; dort ab 2006 Vorsitzender Richter. 2009 Wahl zum Richter am Verfassungsgericht Brandenburg, seit 2012 Präsident des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg. Seit November 2010 Direktor des Sozialgerichts Neuruppin.

Wilhelm Polte, Dr., geb. 1938 in Niegripp bei Magdeburg. Maschinenschlosser, Diplom-Ingenieur. Nach der Grundschule und der Verweigerung des

Zugangs zur Oberschule Lehre als Maschinenschlosser; 1955 bis 1958 Ingenieurstudium, Arbeit als Ingenieur in einem Leipziger Landmaschinenbaubetrieb. 1960 bis 1965 Studium an der Technischen Universität Dresden, nach Abschluss als Diplom-Ingenieur Weiterarbeit in dem Leipziger Betrieb. Ab 1968 Tätigkeit im Wissenschaftlich-Technischen Zentrum für Getriebe und Kupplungen in Magdeburg, 1978 Wechsel an die Technische Universität Magdeburg, Übernahme von Lehr- und Forschungsaufgaben im Fachbereich »Technologie der metallverarbeitenden Industrie«; Promotion zum Dr.-Ing. 1989 Mitinitiator der SDP-Gründung in Magdeburg und 1. Vorsitzender im Bezirk und in der Stadt Magdeburg; Mitglied des »Runden Tisches der Stadt Magdeburg«. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR bis Juni 1990. Nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 bis 2001 Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Mitglied im Präsidium des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages, von 1994 bis 2001 Präsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen Anhalt. Von 2002 bis 2006 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt. Ab 2001 acht Jahre lang ehrenamtlicher Ortsbürgermeister seines Geburtsortes Niegripp (Stadt Burg).

Steffen Reiche, geb. 1960 in Potsdam, Pfarrer. Besuch der Erweiterten Oberschule, Abitur mit Berufsausbildung Tischler. Wehrdienstverweigerung. 1981 bis 1986 Studium am Sprachenkonvikt in Berlin, Diplom-Theologe. 1988 bis 1990 Pfarrer in Christinendorf (Brandenburg). Mitgründer der SDP in Schwante, Mitglied im SDP-Parteivorstand. Im Oktober 1989 Kontaktaufnahme mit dem SPD-Präsidium in Bonn. Mai 1990 bis 2000 Landesvorsitzender der SPD Brandenburg. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR; von Oktober 1990 bis Oktober 2005 Mitglied des Landtags von Brandenburg. Ab Oktober 1994 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur in der brandenburgischen Landesregierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe, 1999 Übernahme des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (bis 2004). Von 2005 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags, Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Ab 2010 wieder als Pfarrer tätig.

Volker Schemmel, geb. 1942 in Altenburg (Bezirk Leipzig). Ingenieur. 1961 Abitur, Lehre als Chemiefacharbeiter, Schichtarbeiter im Teerverarbeitungswerk Rositz, Chemiefacharbeiter bis 1971; 1966/67 Studium an der Technischen Universität Dresden; 1969 bis 1973 Abendstudium an der Ingenieurschule Zwickau mit Abschluss Ingenieur für Maschinenbau/Che-

mieanlagenbau. Ab 1973 Entwicklungsingenieur im Petrolchemischen Kombinat Schwedt/Böhlen, bis März 1990 Investbauleiter. 1989 Mitbegründer der Altenburger SPD, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Altenburg und stellvertretender Unterbezirksvorsitzender. 1991 bis 1998 Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Thüringen, 1992 bis 1994 stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, von Juli bis Oktober 1990 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Bis Dezember 1990 Mitglied des 11. Deutschen Bundestages. 1991 bis 1994 Referent im Deutschen Bundestag. 1994 bis 1999 Staatssekretär im Thüringischen Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten. 1999 bis 2004 Mitglied des Thüringer Landtages; seit 2004 Mitglied im Kreistag (Fraktionsvorsitzender) Altenburger Land, 2007 bis 2012 ehrenamtlicher Beigeordneter des Landkreises und Stellvertreter des Landrats.

Mike Schmeitzner, Dr., geb. 1968 in Dresden, Historiker. 1988 bis 1994 Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule und der Technischen Universität Dresden. 1994 bis 1997 Graduiertenstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Promotion 1999, seit 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Forschungsschwerpunkte u. a. Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, Sachsen in der Weimarer Republik und unter zwei Diktaturen, Geschichte der SBZ und frühen DDR, Jugendbewegung, Totalitarismusforschung. Publikationen u. a.: »Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie« (Köln/Weimar/Wien 2000); »Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952« (zusammen mit Stefan Donth, Köln/Weimar/Wien 2002); (Hrsg.): »Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert« (Göttingen 2007); »Doppelt verfolgt. Das widerständige Leben des Arno Wend« (Berlin 2009).

Klemens Schrenk, geb. 1968 in Görlitz, Politikwissenschaftler. Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Kommunikationswissenschaft an den Universitäten Dresden, Kapstadt und Jerusalem. 2001 bis 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dresden. 2003 bis 2008 Dozent für Politische Bildung und Bachelorkoordinator an der Hochschule der Sächsischen Polizei. Seit 2008 Dozent am Institut für Politikwissenschaft an der TU Dresden in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht. Publikationen u. a.: »Föderalismus in Südafrika. Historische Entwicklung, ge-

genwärtige Strukturen und Funktionsweise« (Saarbrücken 2007); »Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr« (mit Markus Soldner, Wiesbaden 2010); »Polizei in der demokratischen Gesellschaft« (Rothenburg/O.L. 2010).

Richard Schröder, Prof. Dr., geb. 1943 in Frohburg (Bezirk Leipzig), Theologe. Nach dem Besuch der Grundschule keine Zulassung zur Oberschule; Besuch der Vorschule für kirchliche Dienste in Moritzburg, kirchliches Abitur. 1962 bis 1968 Studium der Theologie am Katechetischen Oberseminar in Naumburg und am Sprachenkonvikt in Berlin. 1977 kirchliche Promotion zum Dr. theol.; 1991 Habilitation an der Kirchlichen Hochschule Leipzig. 1968/69 Vikar, 1969 bis 1973 Repetent, dann Assistent für Systematische Theologie am Sprachenkonvikt Berlin. 1973 bis 1977 Pfarrer in Wiederstedt und Walbeck (Mansfelder Land). 1977 bis 1990 Dozent des kirchlichen Lehramtes im Fach Philosophie am Sprachenkonvikt und am Katechetischen Oberseminar Naumburg. September/Oktober 1990 staatliche Anerkennung des Promotionsverfahrens, Verleihung des Professoren-Titels. 1988/89 Mitarbeit in der »Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« in der DDR als Berater der Arbeitsgruppe »Mehr Gerechtigkeit in der DDR«. Dezember 1989 Mitglied der SDP, Mitarbeit am Zentralen Runden Tisch. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, April bis August 1990 SPD-Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer. 1990 Mitglied der Grundwertekommission der SPD. Ab 1992 Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. 1992 bis 2009 Professor für Philosophie in Verbindung mit Systematischer Theologie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, 1998 bis 2000 1. Vizepräsident der Humboldt-Universität. 1993 bis 2009 Verfassungsrichter im Land Brandenburg, Präsident des Senats. 1991 Mitglied des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland. Seit 2001 Mitglied des Nationalen Ethikrats.

Rolf Schwanitz, geb. 1959 in Gera, Baufacharbeiter, Diplomingenieurökonom, Diplommjurist. Nach dem Besuch der Polytechnischen Oberschule in Gotha 1975 bis 1978 Abitur und Lehre zum Baufacharbeiter in Erfurt. 1979 bis 1983 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Diplomingenieurökonom. 1983 bis 1989 Lehrer an der Fachschule für Ökonomie in Plauen. 1984 bis 1990 Fernstudium Jura

an der Humboldt-Universität Berlin, Diplombjurist. 1989 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Hochschule Zwickau. Im Oktober 1989 Eintritt in das Neue Forum, ab November 1989 Mitglied der SDP, bis März 1990 Mitglied der Arbeitsgruppe gegen Korruption und Amtsmissbrauch beim Rat der Stadt Plauen. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Volkskammerfraktion, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium der Justiz, stellvertretender Vorsitzender des zeitweiligen Prüfungsausschusses der Volkskammer. 1991 bis 1993 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Vogtland. 1993 bis 2010 stellvertretender Vorsitzender der SPD in Sachsen. Seit 3. Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Innenausschuss, im Rechtsausschuss, im Haushaltsausschuss und anderen Ausschüssen. 1992 bis 1998 Vorsitzender der Querschnittsgruppe Deutsche Einheit und Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Von Oktober 1998 bis November 2005 Staatsminister beim Bundeskanzler; 1998 bis 2002 Beauftragter der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Länder, 2002 bis 2005 für die Bund-Länder-Koordinierung zuständig. Von November 2005 bis Oktober 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium.

Wolfgang Thierse, Dr. h. c., geb. 1943 in Breslau, Kulturwissenschaftler. Nach der Grundschule in Eisfeld Besuch der Oberschule in Hildburghausen, Abitur, dann Lehre als Schriftsetzer in Weimar. 1964 bis 1971 Studium der Kulturwissenschaft und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin, Diplom-Kulturwissenschaftler. 1971 bis 1975 Assistent im Bereich Kulturtheorie/ Ästhetik. Ab 1975 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR. 1976 Entlassung wegen der Nichtunterzeichnung einer Erklärung zur Ausbürgerung Wolf Biermanns. Januar 1977 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR/Zentralinstitut für Literaturgeschichte in Berlin. Im Oktober 1989 Beitritt zum Neuen Forum, Januar 1990 Eintritt in die SPD, Juni 1990 bis September 1990 Vorsitzender der SPD in der DDR; Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, von August bis Oktober 1990 Vorsitzender der SPD-Volkskammerfraktion. September 1990 bis 2005 stellvertretender SPD-Vorsitzender. Seit Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1990 bis 1998 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 Vizepräsident. Mitglied u. a. im Zentralkomitee der

Deutschen Katholiken, im Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes, Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

Bernd Voigtländer, geb. 1939 in Dresden, Maurer, Bauingenieur. Nach der Grundschule Maurerlehre. 1956 bis 1959 Besuch der Ingenieurschule für Bauwesen in Zittau, Bauingenieur. Arbeit als Projektierungsingenieur im Baubereich. 1970 bis 1972 postgraduales Studium der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft in Magdeburg. Bis 1990 Projektierungsingenieur im VEB Projektierung Wasserwirtschaft Halle. Ab 1991 Planungsingenieur in einem Ingenieurbüro in Halle. 1989 Mitgründer des SPD-Stadtverbandes Halle. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft. Nach dem 3. Oktober bis Dezember 1990 Mitglied des 11. Deutschen Bundestages. 1991 bis 2007 SPD-Ortsvereinsvorsitzender (Halle-Nordwest); in dieser Zeit mehrere Jahre stellvertretender Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Halle, seit 2007 Vorsitzender der Schiedskommission. Seit 2009 Sachkundiger Bürger bei der SPD-Stadtratsfraktion in Halle.

Gunter Weißgerber, geb. 1955 in Mildenau (Bezirk Karl-Marx-Stadt)/Erzgebirge, Häuer, Betriebsingenieur. Besuch der Oberschulen in Annaberg/Erzgebirge und Böhlen bei Leipzig. 1971 bis 1975 Besuch der Erweiterten Oberschule in Borna bei Leipzig, Abitur. 1975 bis 1978 Arbeit als Häuer im Braunkohletagebau, Armeezeit bei der Baukompagnie. 1978 bis 1982 Studium der Tiefbohrtechnologie an der Bergakademie in Freiberg, Bohringenieur. Bis 1990 Betriebsingenieur und Abteilungsleiter für Erkundungsbohrungen im Braunkohlewerk Borna/Silberschacht Auenhain. Im November 1989 Gründungsmitglied der SDP in Leipzig. November 1989 bis März 1990 Redner für die SDP/SPD auf den Leipziger Montagsdemonstrationen. Gründungsvorsitzender der Kurt-Schumacher-Gesellschaft in der DDR, seit 1990 stellvertretender Vorsitzender. Mitglied der 10. Volkskammer der DDR, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seit Oktober 1990 bis Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Herrschaft in der ehemaligen DDR. Mitglied u. a. im Haushaltsausschuss, im Rechtsausschuss und im Innenausschuss. 1990 bis 2005 Vorsitzender der SPD-

Landesgruppe Sachsen. 1997 bis 2006 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Leipzig-Borna. Mitglied im Kuratorium der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin und im Kuratorium der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

Stefan Wolle, Dr., geb. 22. Oktober 1950 in Halle/Saale, Historiker. Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin, 1972 aus politischen Gründen relegiert. 1976 bis 1989 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1984 Promotion. 1989 bis 1991 Mitglied des Bürgerkomitees für die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit; Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Von 1991 bis 1996 wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität, dann Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1998 bis 2000 Referent bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, ab 2002 Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Seit 2005 wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums in Berlin. Mitglied u. a. bei der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und im Beirat des Dokumentationszentrums »Berliner Mauer« an der Bernauer Straße. Autor zahlreicher Publikationen zur DDR-Geschichte, u. a.: »Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West« (Göttingen 2008, mit Jochen Staadt und Tobias Voigt); »Die heile Welt der Diktatur« (Berlin 1998); »»Ich liebe Euch doch alle!«. Befehle und Lageberichte des MfS« (Berlin 1990, zusammen mit Armin Mitter).

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD)
Akten der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR

Protokolle, Periodika, Datenbanken

Protokoll vom Programm-Parteitag der SPD in Berlin 18.–20.12.1989, Bonn o. J. [1990]

Presseservice der SPD, 1990

Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, 5 Bde., bearbeitet und mit einem Essay versehen und herausgegeben von Uwe Thaysen, Opladen 2000

Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990), Nachdruck, hrsg. vom Deutschen Bundestag/Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 1–3, Berlin 2000

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Datenbank Volkparl, http://biosop.zhsf.uni-koeln.de/ParlamentarierPortal/vk_db/vk_db.php
http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/10_volkammer/mediathek/index.jsp

Quelleneditionen und Literatur

Andreas H. Apelt: Die Opposition in der DDR und die deutsche Frage 1989/90, Berlin 2009

Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hrsg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden, Berlin 2010

Klaus Bästlein: »Meine Akte gehört mir!« Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Unterlagen, http://www.bpb.de/themen/ZA37WL,0,Meine_Akte_geh%F6rt_mir!.html

Christiane Baumann: Manfred »Ibrahim« Böhme: Ein rekonstruierter Lebenslauf, Berlin 2009

- Andreas Bertram: Erinnerungsfetzen an eine berauschende Zeit, in: Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der sächsischen Sozialdemokratie 1989/90. S. 141–160
- Frank Bogisch (Hrsg.): Querschnitt. Denkmodelle zur künftigen Wirtschaft-, Umwelt- und Sozialpolitik in der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, Berlin 1990
- Markus Bremers: Die Gemeinsame Verfassungskommission. Warum gilt das Grundgesetz? Verfassungstheoretische Herausforderung und parlamentarische Bewältigung der Verfassungsdebatte der deutschen Einheit, Wiesbaden 2001
- Georg Chatzoudis: Die Deutschlandpolitik der SPD in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte, Heft 60), Bonn 2005
- »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«. Die Fraktion der SPD in der Volkskammer der DDR, (Hrsg.) SPD-Bundestagsfraktion, Berlin 2000
- Christian von Ditfurth: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991
- Dieter Dowe (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Mit den aktuellen Programmentwürfen im Anhang, 4., überarb. und aktualisierte Aufl., Bonn 2004
- Dieter Dowe in Zusammenarbeit mit Rainer Eckert (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte, Heft 3), Bonn 1993
- Horst Ehmke: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur deutschen Einheit, Berlin 1994
- Konrad Elmer: Vor- und Wirkungsgeschichte des Organisationsstatuts der SDP, in: Dieter Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 29–39
- Walter Euchner (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993
- Jürgen W. Falter: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/ Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 163–188

- Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001
- Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?«. Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 19, Essen 2005
- Rüdiger Fikentscher: Zwischen König und Bebel. Deutsche Geschichten aus zwei Jahrhunderten, Stuttgart u. a 2006
- Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009
- Karl Wilhelm Fricke/Hans Lechner/Uwe Thaysen: Errungenschaften und Legenden. Runder Tisch, Willkürherrschaft und Kommandowirtschaft im DDR-Sozialismus. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1990
- Peter Gohle: Gründungsgeschichte und Politik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 1989/90, in: »Wir haben die Machtfrage gestellt!«. SDP-Gründung und Friedliche Revolution 1989/90. Eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2009, Anhang
- Wolfgang Gröf: »In der frischen Tradition des Herbstes 1989«. Die SDP/SPD in der DDR: Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit, 3. Aufl., Bonn 1996
- Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998
- Martin Gutzeit: Die Stasi – Repression oder Geburtshilfe? in: Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 41–52
- Martin Gutzeit: Der Weg der Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der »Opposition« im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR, in: Walter Euchner (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 84–114
- Martin Gutzeit/Stephan Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: Eberhard Kuhrt/Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 607–686
- Martin Gutzeit: Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 23–36

- Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers: Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2010
- Martin Gutzeit: SDP/SPD und Zentraler Runder Tisch, in: Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers: Opposition und SED, S. 156–S. 163
- Christopher Hausmann: Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990), Köln u. a. 2000
- Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009
- Helmut Herles/Ewald Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990
- Wolfgang Herzberg/Patrick von zur Mühlen: Interview mit Annemarie und Matthias Müller, in: Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der Sächsischen Sozialdemokratie, S. 41–60
- Günther Heydemann/Gunther Mai/Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999
- Reinhard Höppner: Wunder muss man ausprobieren. Der Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2009
- Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90, Köln 1998
- Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 3, Stuttgart 1998
- Konrad Jarausch: »Die notwendige Demokratisierung unseres Landes«, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001
- Franz-Josef Jelic/Stefan Goch (Hrsg.): Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach, Essen 2003
- Eckhard Jesse (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006
- Hans Käseberg: Pioniere für Zwickau. Geschichte der Sozialdemokratie 1863 bis 1989, Dresden 2008
- Lutz Kätzelt: Die SPD im Vogtland, in: Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der sächsischen Sozialdemokratie, S. 128–131
- Hans Michael Kloth: Einige Zahlen zur 10. Volkskammer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22 (1991), S. 467–473

- Hans Michael Kloth: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000
- Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009
- Ilko-Sascha Kowalczuk: Die alte Macht und die Revolution: Reaktionen von SED und MfS in der Krise, in: Martin Gutzeit/Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers: Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2010, S. 94–106
- Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998
- Eberhard Kuhrt/Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999
- Peter Lösche: SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Aufl., Wiesbaden 2009
- Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit, Freiburg u. a. 2010
- Volker Manhenke: Erinnerungen und Gedanken eines Mitgründers der SDP Leipzig, in: Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedegründung der sächsischen Sozialdemokratie, S. 182–200
- Materialien der Enquête-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 9 Bde., Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995
- Materialien der Enquête-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, 8 Bde., Baden-Baden/Frankfurt am Main 1999
- Markus Meckel: Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung?, in: Dieter Dowe in Zusammenarbeit mit Rainer Eckert (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 53–66
- Markus Meckel/Martin Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994
- Markus Meckel: Der Streit um die Große Koalition, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 37–50

- Markus Meckel: Selbstbewusst in die Deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen, Berlin 2001
- Markus Meckel: Zum Wiedererstehen der Sozialdemokratie in Ostdeutschland. Die Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP). Friedrich-Ebert-Stiftung, Online-Akademie, Bonn 2007
- Markus Meckel/Steffen Reiche (Hrsg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist.« Gedanken zur Gründung der Ost-SPD, Berlin 2010
- Dirk Mellies/Frank Möller (Hrsg.): Greifswald 1989. Zeitzeugen erinnern sich, Marburg 2009
- Hans Misselwitz/Richard Schröder (Hrsg.): Mandat für Deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Op-laden 2000
- Jes Möller: »Dann nimmt doch Regine Hildebrandt«. Stolz und selbstbewusst: Die SPD-Fraktion in der Volkskammer, in: perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, Heft 43, 2009, S. 37–46
- Patrick von zur Mühlen: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR, in: Wolfgang Herzberg/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993
- Patrick von zur Mühlen: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. Zur Entstehung einer oppositionellen Öffentlichkeit, in: Von der SDP zur SPD. Bd. 8 der Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern. Hrsg. Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD, Bonn 1994
- Annemarie Müller: »Ich glaube, ich wäre gelyncht worden«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit, S. 88–100
- Ingo Münch (Hrsg.): Die Verträge zur Einheit Deutschlands. Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einführung von Ingo Münch. Stand 15. Oktober 1990, München 1990
- Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997
- Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski: Die SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation, Berlin 1992
- Gero Neugebauer: Von der »Sofarunde« in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie«, in: Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski: Die SPD in der DDR 1989–1990, S. 4–18

- Gero Neugebauer: Die SDP/SPD in der DDR: Zur Geschichte und Entwicklung einer unvollendeten Partei, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch, S. 75–104
- Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994
- Gunnar Peters: Verfassungsfragen in der 10. Volkskammer der DDR (1990), in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 37. Jg., 2004, H. 5, S. 828–839
- Gunnar Peters: Ungleiche Parlamente: 11. Bundestag und 10. Volkskammer (1990), in: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, 6, 2009, H. 1, S. [69]–85
- Dorit Pries: Stasi-Mitarbeiter in deutschen Parlamenten? Die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR, Berlin 2008
- Steffen Reiche: Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD, in: Franz-Josef Jelich/Stefan Goch (Hrsg.): Geschichte als Last und Chance, S. 193–203
- Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009
- Edelbert Richter: Erlangte Einheit – verfehlte Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991
- Edelbert Richter: Die Volkskammerfraktion der SPD und der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 63–69.
- Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006
- Andreas Rödter: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009
- Jörg Roesler: Eine verpasste Chance. Praktizierte Wirtschaftsdemokratie im letzten Jahr der DDR und was daraus wurde, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 4. Jg., 2005, Heft 3, S. 94–105
- Michael Rudloff/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Die Wiedergründung der sächsischen Sozialdemokratie 1989/90. Erinnerungen, Dresden [2000]
- Bettina Scholz: Verfassungsfragen, Verträge zur Einheit, Stasi-Unterlagen-Gesetz – Verlauf der Diskussions- und Entscheidungsprozesse, in: Hans

- Misselwitz / Richard Schröder (Hrsg.): Mandat für Deutsche Einheit, S. 21–45
- Richard Schröder: Die Einigungsvertragsverhandlungen, in: »Die Handschrift der SPD muß erkennbar sein«, S. 77–83
- Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg 2007
- Richard Schröder: Ein eigenes Profil – das Leipziger Grundsatzprogramm der SPD (Ost) vom Februar 1990, in: Dieter Dowe (Hrsg.): Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 73–88
- Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München 1997
- Petra Schuh: Die SPD (West) im Einigungsprozeß 1989/90, in: Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90, S. 181–346
- Rolf Schwanitz: Aufarbeitung der Vergangenheit in der SPD-Volkskammerfraktion, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 55–62
- Dietrich Stobbe: »Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion!«, in: »Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein«, S. 15–22
- Ed Stuhler: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2010
- Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006
- Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990
- Wolfgang Thierse/Ilse Spittmann-Rühle/Johannes L. Kuppe (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz, Opladen 2000
- Karsten Timmer: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000
- Hans-Jochen Vogel: Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996
- Bianca M. von der Weiden: Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD). Von ihrer Gründung bis zum ersten Parteitag (1989/90), in: Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90, S. 13–180
- Jens Walter: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag – 356 Tage ostdeutsche Sozialdemokratie im Spannungsfeld der deutschen Einheit, in: Günther Heydemann/Gunther Mai/

Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, S. 407–428

Wilhelm Weege: Die Mitglieder der 10. DDR-Volkskammer, 15. März 2010, http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/mitglieder_volkskammer.pdf

Gunter Weißgerber: Von der friedlichen Revolution in den deutschen Bundestag. Erinnerungen an bewegte Zeiten, 2., erw. Aufl., Berlin [2006]

Nikolaus Werz: Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 66–113

Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998

Abbildungsnachweis

Titel:

Erstes und zweites Foto: J. H. Darchinger

Drittes Foto: AdsD/Jens Jeske

Im Hintergrund:

Ausschnitt aus den Protokollen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode (15. April bis 2. Oktober 1990). Nachdruck. Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bd. 2, Berlin 2000, Protokoll der 10. Sitzung bis 25. Sitzung, 15. Tagung (Sondertagung), Sonntag, den 17. Juni 1990, S. 542, Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung des Deutschen Bundestages.

Alle Fotos im Text:

AdsD/Jens Jeske

Nach der Friedlichen Revolution 1989/90 und den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 trat in der DDR zum ersten Mal ein demokratisch legitimiertes Parlament zusammen. Es stand vor enormen Herausforderungen, galt es doch, das Land innerhalb weniger Monate auf die deutsche Einheit vorzubereiten. Dieses kurze, aber spannende Kapitel deutscher Parlamentsgeschichte stand zwanzig Jahre später im Mittelpunkt einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit ehemaligen Mitgliedern der SPD-Volkskammerfraktion. Der vorliegende Band dokumentiert die Gespräche, Vorträge und Diskussionen über Politik- und Umbrucherfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter im deutschen Einigungsprozess.